

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner

Günter Grass

Klaus Harpprecht

Johannes Rau

Carola Stern

Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz

(Chefredakteur)

Norbert Seitz

(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit

Klaus Bloemer

Tilman Fichter

Eve-Marie Kallen

Christine Pries

Hans-Joachim Schabedoth

Uli Schoeler

Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler

Jürgen Burckhardt

Gottfried Erb

Iring Fetscher

Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen

Norbert Greinacher

Reinhard Höppner

Reimut Jochimsen

Tomas Kosta

Ferdinand W. Menne

Thomas Meyer

Susanne Miller

Peter von Oertzen

Richard Schröder

Wolfgang Thierse

5 1994
41. Jahrgang

Inhalt

387 Editorial

Aktuelles

- 389 GESPRÄCH MIT
KONRAD SCHACHT
Machtwechsel '94?
- 393 WERNER KREMP
»In Deutschland liegt
unser Amerika«
- 400 LEOPOLD GLASER
Die Zumutung des Erinnerens
- 403 JUDITH KLEIN
Nach dem Film . . .
den Widerspruch denken.

Thema:

Auf den Trümmern Jugoslawiens

- 406 RAINER MÜNZ
Jugoslawien – ein Nekrolog
- 412 IVAN IVANJI
Die Nächte der Ultimaten
- 418 SLAVKO GOLDSTEIN
Demokratische Diktatur
in Kroatien
- 424 ZELJKO VUKOVIC
Alija Izetbegović –
ein Gefangener seiner Mission
- 429 NENAD ZAKOŠEK
Die Chancen einer
nicht-nationalistischen Politik
- 437 TILMAN FICHTER
Bosnien – Krieg ohne Ende?
- 440 LUTZ UNTERSEHER
Eine Militärintervention
und ihre Folgen
- 445 SIBYLLE TÖNNIES
»Diesmal werd' ich nicht
mit ihnen zieh'n . . .«
- 449 DOKUMENTATION

Kultur

- 452 GABRIELE DIETZE
Nachdenken über Christa W.
- 457 ELISABETH ENDRES
Nachforschungen über eine Wahl
- 461 FRANZISKA FITTING
Demokratische Gelassenheit
- 463 ROBERT MISIK
Wenn die Irrtümer verbraucht sind
- 467 HANS-MARTIN LOHMANN
Zeitschriften-Forum

Kritik

- 469 BERND FAULENBACH
Antifaschismus –
ein antidemokratischer Mythos?
- 471 BIRGIT MEYER
»Ich bin keine politische Frau
in dem Sinne«
- 475 RENATE WIGGERSHAUS
Briefwechsel Nelly Sachs
und Paul Celan
- 477 HARALD BRÄUNER
Peter Szondis Briefe
- 480 Zu den Autorinnen und Autoren
- 480 Impressum

Titelfoto: Die alte Brücke von Mostar, dpa

Editorial

Die Überschrift für das Schwerpunktthema des Mai-Heftes haben wir von John Dos Passos geliehen. Sein berühmtester Roman heißt *Auf den Trümmern*. Wir beschäftigen uns mit den Trümmern Jugoslawiens, unter Tito das Führungsland der Blockfreien. Heute ist es in weiten Teilen ein politisches Grundstück ohne staatliche Strukturen. Wieviel Macht hat in Pale, der Hauptstadt der bosnischen Serben, Milošević, Karadžić, wieviel der General Mladić? Was hat Alija Izetbegović (über den der Bosnier Zeljko Vukovic, ein naher Bekannter Izetbegovićs, ein höchst kritisches Portrait zeichnet) bei den Moslems noch zu sagen? Wie stark sind die Ustascha-nahen Rechtskräfte in Kroatien um den Verteidigungsminister Šusak? Alles offene Fragen.

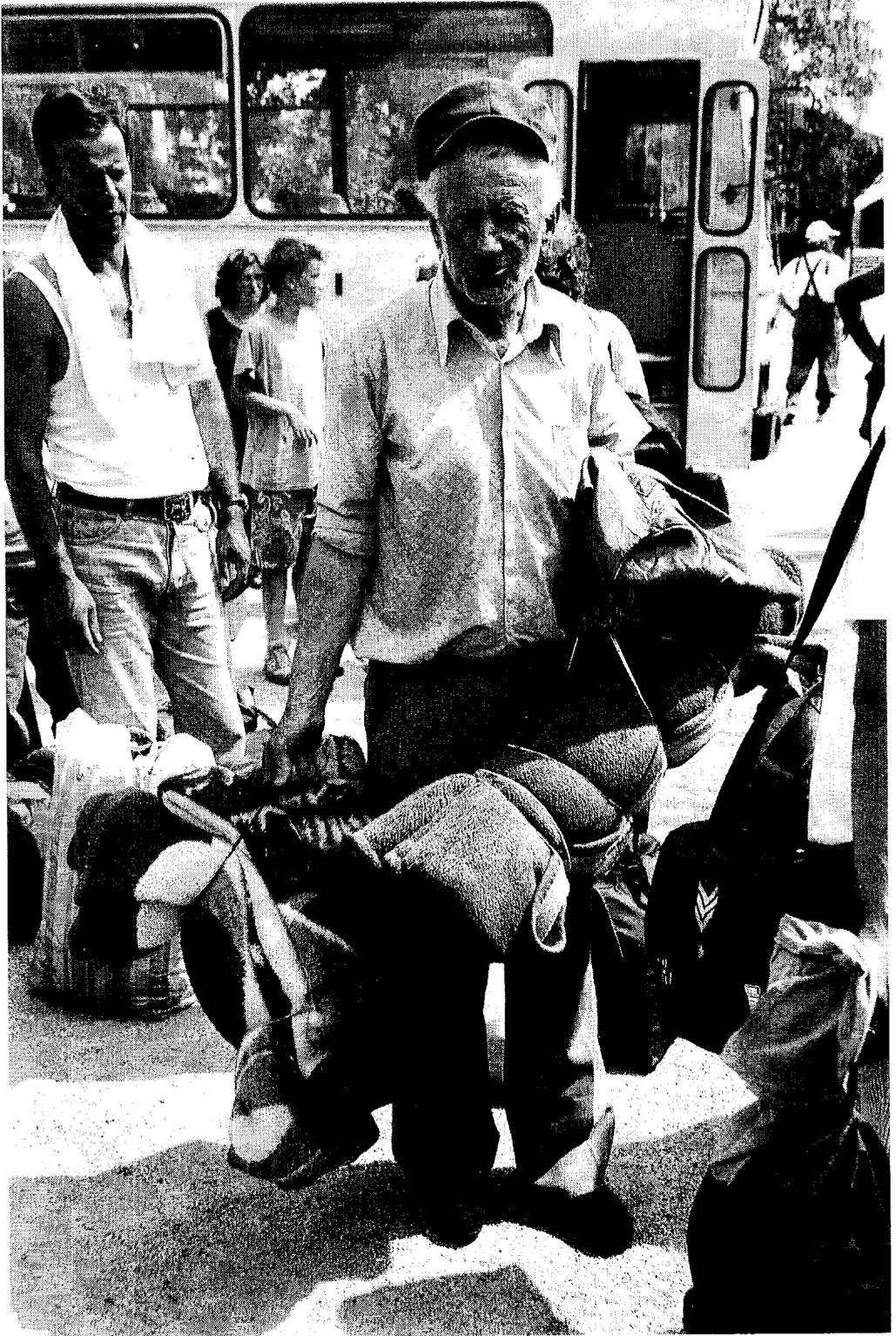
In Deutschland dominiert eine höchst einfache Erklärung des verwickelten Konflikts: „Serbische Aggression“. Wir verkennen nicht die schwere Verantwortung des Slobodan Milošević für die jugoslawischen Kriege, die mit seiner nationalistischen Agitation gegen die Kosovo-Albaner im Jahr '87 begann. Auch waren es die Serben, die zuerst zu den Waffen griffen. Die Angriffe der bosnischen Serben auf Krankenhäuser in Gorazde sind nicht zu rechtfertigen, selbst wenn es richtig sein sollte, daß die Muslime in dem beschossenen Krankenhaus schwere Waffen stationiert hatten. Wir wollen aber auch auf das Trauma aufmerksam machen, das der antiserbische Ustascha-Terror in Konzentrationslagern wie Jasenovac während der Hitlerzeit im serbischen Volk auslösen mußte – und die Angst, die der völkische Nationalismus des Kroaten Tudjman bei den Krajina-Serben und anderswo auslöste. Deshalb bietet diese Zeitschrift immer wieder Gegeninformationen, die man in Johann Georg Reissmüllers FAZ-Leitartikeln nicht finden kann. Die großserbische Idee (alle Serben in einen Staat) liegt uns fern; die großkroatische und großalbanische aber auch. Und wir zweifeln, daß Orthodoxe und Katholiken in einem Staat leben wollten, wie Izetbegović ihn ersehnt. Die Beiträge des Serben Ivan Ivanji, des Bosniers Vukovic, des Slowenen Zakošek und des Kroaten Goldstein zeigen: Die Patentrezepte der *Brzezinski*-Schule oder der *Glucksmann/Levy*-Schickeria sind fragwürdiger als die sicher umstreitbaren Vorschläge von Peter Carrington, Cy Vance, David Owen oder Thorwald Stoltenberg.

In Jugoslawien wird demnächst auch ein Deutscher eine wichtige Rolle spielen. Hans Koschnick, zwanzig Jahre Präsident des Bremer Senats und heute stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, wird Administrator des unter UN-Verwaltung gestellten Mostar, einer wunderbaren alten Stadt, die heute geteilt ist wie Berlin in den übelsten Zeiten, geteilt zwischen Kroaten und Muslimen. Daß ein Mann von Mitte sechzig, nach einem langen politischen Leben diese gefährliche und aufreibende Aufgabe übernimmt, ist aller Bewunderung wert.

In dieser Zeitschrift stand vor Jahren ein großes Interview mit dem kürzlich verstorbenen Leo Löwenthal, einem bedeutenden Literatursoziologen der Frankfurter Schule, von dem die Linke lernen konnte (oder hätte lernen können?), daß Populärkultur nichts Verachtenswertes ist. In Berlusconi-Zeiten, in der Mogule zu Ministerpräsidenten werden, wird diese Erkenntnis um so wichtiger. Deshalb gratulieren wir einem in der Wolle gefärbten Linken, dem es gelungen ist, zweiundsiebzig Millionen Exemplare zeitkritischer Literatur unter die Leute zu bringen: *Johannes Mario Simmel* wurde siebzig. Ach, wie könnte Deutschland aussehen, wenn es mehr Leute wie Kisch, Feuchtwanger, Kästner und eben Simmel gegeben hätte. Oder geben würde.

In eigener Sache ist zu berichten, daß unsere Kollegin Ulrike Ackermann, seit 1989 verantwortliche Redakteurin jedes zweiten Heftes, auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist. Es sei nicht verschwiegen, daß ihre Entscheidung (auch) mit Konflikten zu tun hatte, die sich seit 1989 im ganzen Land, also auch in unserer Redaktion entwickelt haben: Ostpolitik, Rolle der osteuropäischen Dissidenz, Bosnien als Stichworte. Wie wir mit solchen Konflikten umgehen, zeigt die Fichter/Glotz-Kontroverse in diesem Heft. Ulrike Ackermann hat sich um die FRANKFURTER HEFTE, insbesondere durch ihre journalistische Bemühung um Osteuropa und die Frauenfrage große Verdienste erworben. Eve-Marie Kallen, Christine Pries und Uli Schöler – die wir herzlich begrüßen – sollen dafür sorgen, daß diese Themen in der Zukunft die gleiche Rolle spielen wie in der jüngeren Vergangenheit.

Peter Glotz



Menschen auf der Flucht

Foto: JOKER/Lutz Schmidt

Aktuelles

GESPRÄCH MIT KONRAD SCHACHT

Machtwechsel '94?

*Das Gespräch führte Norbert Seitz
am 25. März 1994 in Wiesbaden*

NG/FH: Wie beurteilen Sie die Wertung des niedersächsischen Landtagswahlergebnisses als Absage an die Parteienverdrossenheit?

Konrad Schacht: Erst einmal muß man sagen, dies ist *ein* Wahlergebnis. Es gab sehr viele Wahlergebnisse, die gezeigt haben, daß die Wahlbeteiligung stark sinkt, daß es eine Erosion der Volksparteien gibt. Bislang steht nur ein Wahlergebnis dagegen. Es zeigt, daß der Trend gegen die Volksparteien und die Wahlenthaltung durchaus gestoppt werden kann. Umfragen zeigen ja deutlich, daß es seit Jahren eine steigendes politisches Interesse gibt, das nicht richtig »umgesetzt« wird.

Gewiß, in Niedersachsen scheint sich dieses politische Interesse wieder in Wählerstimmen niedergeschlagen zu haben – das ist gut so, aber man muß immer bedenken, daß wir in etwas über einem halben Jahr Bundestagswahlen haben. Der Sog der Bundestagswahl auf diese Landtagswahl wurde deutlich; insofern kann man diese Wahl nicht mit denen der vergangenen Jahre vergleichen.

NG/FH: Außerdem wurde behauptet, die REPUBLIKANER hätten nunmehr endgültig ihren Zenit überschritten. Ursula Feist von INFAS hält dagegen, immer noch gäbe es eine »hohe Latenz« und schlummernde Zustimmung für die REPS.

K. Sch.: Niedersachsen hat gezeigt, daß es sehr unterschiedliche regionale politische Kulturen in Deutschland gibt, die auch den Erfolg bei Landtagswahlen beeinflussen. Diese regionalen Kulturen sind auch für den Erfolg der Rechts-extremisten wichtig. Je nachdem, welche Partei dominiert, nehmen sie der SPD oder der CDU über- oder unterdurchschnittlich viele Stimmen weg. Aber wer glaubt, daß nach den Wahlen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein »Entwarnung« wegen der Mißerfolge der rechts-extremen Parteien gegeben werden kann, der wird wohl schon bei der Europawahl eines Besseren belehrt werden. Jenseits aktueller Wahlerfolge existiert das Potential für die rechts-extremen Ideologien und Parteien – es hat eher wachsende Tendenzen.

NG/FH: In welcher Höhe etwa?

K. Sch.: Das Potential ist exakt schwer zu schätzen. Ronald Inglehart, ein bedeutender amerikanischer Sozialwissenschaftler, hat

schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß in den westeuropäischen Gesellschaften ein Potential von 14 % für rechtsextreme Parteien existiert.

NG/FH: Die dritte umstrittene Behauptung nach der zur Parteienverdrossenheit und dem Abschneiden der REPUBLIKANER lautet, daß die Union in Niedersachsen ihre Talsohle endlich durchschritten habe. Wie beurteilen Sie dies?

K. Sch.: Der neueste Politikertrick beim Herunterspielen der Interpretation von schlechten Wahlergebnissen ist, daß Umfrageergebnisse mit Wahlergebnissen verglichen werden. Das ist völlig unseriös. Stimmungen sind keine Stimmen! So kann man natürlich Ergebnisse schönreden. Das CDU-Ergebnis in Niedersachsen ist das schlechteste Ergebnis seit drei Jahrzehnten. Die CDU hatte vor allem in ihren Hochburgen drastische Verluste. Was besonders wichtig ist: Sie hat auch sehr stark an die SPD verloren – das zeigen die nicht ganz unproblematischen Wanderungsbilanzen. Der »Oppositionsbonus« wirkt vielleicht doch wieder besser als in den vergangenen Jahren zugunsten der SPD, die bisher nicht davon profitieren konnte. Den Bonus bei den Regionalwahlen hatten überwiegend die kleinen »Flügelparteien«.

NG/FH: Zahlt sich die Rückbesinnung auf die Traditionswähler der SPD künftig aus, wie es Gerhard Schröder mit seiner betonten Industrie- und Arbeitsmarktpolitik zum einen wie mit einer ganz starken Polarisierung gegen Republikaner zum anderen gemacht hat?

K. Sch.: Ich würde nicht so gerne den Begriff »Traditionswähler« nehmen, sondern es die Besinnung auf Themen nennen, die den Menschen auf den Nägeln brennen, z. B. Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik in einem modernen Sinne, Wohnungsnot, Zuwanderung – Themen also, die gerade wichtig sind in der Auseinandersetzung mit dieser Bundesregierung, die eine schwere wirtschaftliche und soziale Krise zu verantworten hat, die viele Menschen in Existenznot gestürzt hat. Das Angstpotential in Deutschland ist dementsprechend groß. Die SPD hat solche Themen vernachlässigt. Sie ist deshalb selbst in die Defensive geraten. Sie hätte z. B. viel früher für das Einwanderungsproblem Konzepte vorgelegt und die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen müssen.

Aber das Ausländer- und Asylthema hat in den Umfragen deutlich an Bedeutung verloren. Jetzt sind die Themen vorn, wo der SPD große Kompetenz bescheinigt wird. Themen, die für die grünen oder postmateriellen Wählerschichten wichtig sind, die können DIE GRÜNEN überwiegend besser vertreten. Ihre Thematisierung durch die SPD kann bewirken, daß SPD-Wähler, die von ihr »materialistische« politische Leistungen erwarten, sich von ihr abwenden – in die Enthaltung, zur Union, oder auch zu den REPs.

NG/FH: Aber gewinnt man von der Union, was man an DIE GRÜNEN abgibt? Zahlt sich das per Saldo aus?

K. Sch.: Die SPD hat natürlich in Niedersachsen an DIE GRÜNEN verloren. DIE GRÜNEN sind seit Jahren eine Wachstumspartei, insbesondere in den neuen Mittelschichten, wo sie zunehmend die FDP zu verdrängen beginnen. Hier ist das existenzielle Problem für die FDP zu suchen.

Die Wahl in Niedersachsen hat vor allem gezeigt – und das ist von strategischer Bedeutung für die 90er Jahre –, daß beide Parteien – SPD wie die Grüne – in einer Koalition gewinnen können, wenn sie ihre jeweiligen Zielgruppen ansprechen, ihre Themen behandeln und daher trotzdem eine gute Kooperationsbasis behalten. Vor allen Dingen sollten die innerparteilichen SPD-Kritiker rot-grüner Regierungen endlich einmal daraus lernen, daß das der SPD nicht schaden muß.

NG/FH: Inwieweit ist Schröders Wahlkampf auch ein Modell für die Bundes-SPD?

K. Sch.: Es ist nicht meine Sache, hier Ratschläge zu geben, aber in einem ist der Wahlkampf von Gerhard Schröder mit Sicherheit modellhaft: Die eigene Position klar profilieren, dafür Wähler selbstbewußt zu mobilisieren und fortschrittliche Koalitionen nicht auszuschließen und zu tabuisieren, wenn es denn in die Diskussion kommt. Es ist zu wenig beachtet worden, daß sich die SPD und Schröder haben halten können trotz der Stimmenverluste an DIE GRÜNEN, die durch Abwerbung von CDU-Stimmen kompensiert wurden. Das ist ein gutes Modell. Henning Voscheraus Argumentation gegen rot-grün ist im Grunde genommen das Schwächeeingeständnis eines sozialdemokratischen Politikers, der sich und seiner Partei nicht zutraut, selbstbewußt eine Koalition mit den GRÜNEN durchzuhalten.

NG/FH: Da taucht das abschreckende Argument auf: Die Exportnation Bundesrepublik könne sich ein rot-grünes Bündnis im Bund nicht leisten.

K. Sch.: Das wird versucht werden. Aber rot-grüne Koalitionen gehören inzwischen zur Nor-

malität. Wir haben rot-grüne Koalitionen auf Landesebene, wir haben eine rot-grüne Koalition in der Wirtschaftsmetropole Frankfurt. Der jetzige Zustand der Bonner Koalition wird ja auch nicht als Abschreckungsbeispiel für die Exportnation Bundesrepublik diskutiert, obwohl von ihr eine riesige Staatsverschuldung zu verantworten ist.

NG/FH: Aber der GRÜNEN-Parteitag von Mannheim hat doch bedenkliche Schatten geworfen?

K. Sch.: Der GRÜNEN-Parteitag kann in der Wahlauseinandersetzung ausgeschlachtet werden, zum Beispiel in bezug auf Fragen der Bundeswehr. Die Klientel der GRÜNEN muß wohl teilweise auch durch problematische und utopische Forderungen gebunden werden. Sie dürfen auch nicht zu pragmatisch werden, um mobilisierungsfähig zu bleiben. Von Joschka Fischer bis zu diesen Programmpunkten des Parteitages ist ein breites Spektrum, das haben andere Parteien auch. Und andere Parteien haben auch Positionen und Forderungen, die in Teilen der Bevölkerung nicht gerade auf Akzeptanz stoßen.

NG/FH: Kommen wir noch einmal zu Ihrer These des Austauschprozesses GRÜNE - FDP. Bisher hat man ja nur den Austauschprozeß zwischen SPD und GRÜNEN, also innerhalb des rot-grünen Lagers gesehen und jetzt heißt es, daß es vor allem unter den bildungsbürgerlichen Wählern in Großstadregionen starke Austauschprozesse zwischen der FDP und den GRÜNEN gibt.

K. Sch.: Ich bin erfreut darüber, daß sich diese Erkenntnis jetzt in der politischen Publizistik und Wahlforschung durchsetzt. Ich habe schon vor Jahren bei meinen Wahlanalysen in Frankfurt, das ein Zukunftslabor für politische Trends ist, darauf hingewiesen, daß GRÜNE und FDP sozialstrukturell auf dem selben Holz wachsen, daß oft die grünen Wähler die Kinder von FDP-Haushalten sind, um es einmal vereinfacht zu formulieren. Sie stammen aus dem bürgerlich-liberalen Milieu, und es ist völlig richtig, daß die jüngeren, gut gebildeten Leute aus den Mittelschichten in wachsendem Maße nicht zur FDP, sondern zu den GRÜNEN gehen werden. Das wird dann für die FDP ein Existenzproblem erster Güte in den 90er Jahren, das sie heute offenbar noch nicht erkannt hat.

NG/FH: Hat denn nach dem Verlust des freisinnigen Spielbeins der FDP eine vornehmlich bürgerrechtsorientierte Politik bei wachsender organisierter Kriminalität überhaupt noch große Chancen der Akzeptanz?

K. Sch.: Die innere Sicherheit ist ein wichtiges Thema. Damit muß man sich auseinandersetzen. Aber gerade weil hier die Bedrohungspos-



Strahlende Sieger Hiltrud und Gerhard Schröder

Foto: dpa/Ingo Wagner

tentiale so stark sind und weil der Staatsapparat hier entsprechende Instrumente zur Verfügung stellen muß, wird man gleichzeitig darüber diskutieren müssen, wie die Bürger vor möglichen Mißgriffen des Staates geschützt werden, die immer wieder stattfinden können. Gerade deshalb ist eine Diskussion über Freiheitsspielräume und Schutzrechte der Bürgerinnen und Bürger notwendig.

NG/FH: Die FDP verliert bei jeder Wahl dramatisch. Wie beurteilen Sie ihre parlamentarischen Überlebenschancen, nachdem sie ihre alte koalitionsinterne Doppelstrategie nicht mehr zu spielen vermag: der »Schmusekurs« Kinkels wird wohl kaum in einen Koalitionsinnenwahlkampf münden, der bisher der FDP immer genutzt hat in der Schlußphase eines Wahlkampfes – von 1980 bis 1990?

K. Sch.: Dies ist eine schwierige Frage, weil es davon abhängt, wie sich das Parteiensystem und die Wahlergebnisse in den nächsten Wahlen entwickeln. Dort sind wegen der Häufung von Wahlen viele Effekte möglich. Deshalb müssen auch die klassischen Integrations- und Mobilisierungsbewegungen vor Bundestagswahlen nicht eintreten. Die FDP wird um so unbedeutender, desto pluralisierter das Parteien-

system wird und desto zersplitterter die Wahlergebnisse sind, weil sie dann ihre Mehrheitsbeschaffungsfunktion in Bonn nicht mehr deutlich machen kann. Aber es spricht ja seit Niedersachsen einiges dafür, daß sich das Parteiensystem im Mobilisierungshoch der Bundestagswahl reintegriert und es doch wieder zu einer Konzentration auf die großen Parteien kommt. Hier könnte es schon sein, daß nach etlichen Niederlagen die FDP erneut – wenn auch geschwächt – in den Bundestag kommt und der jetzigen Regierung eine Mehrheit verschafft. Man darf schließlich nicht vergessen, daß die FDP bei der Bundestagswahl 1990 11 % der Stimmen erhielt.

NG/FH: Kommen wir zur CDU. Der Hamburger Parteitag bewegte sich wieder mehr zur Mitte. Dies überraschte nach den Schreckensmeldungen aus Berlin, wo auf dem letztjährigen Parteitag bei der Heitmann-Kür von einer national-konservativen Wendung gesprochen worden war. Man hatte den Eindruck: Die Union versucht, weniger national-konservativ REPUBLIKANER-Stimmen einzufangen, als in der Mitte den Vormarsch von Scharping zu stoppen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

K. Sch.: Ich erinnere mich zur Zeit amüsiert an

die Diskussionen, als die REPUBLIKANER 1989 ihre Anfangserfolge hatten, an die Kommentare zum Beispiel in der FAZ, auch die Diskussionen in der CDU, daß Geißler und die Modernisierer Schuld an diesen Erfolgen der REPUBLIKANER hätten, weil wegen ihnen der rechte Rand wegbrockeln würde.

Die Union würde, wenn sie sich an diesen rechten Rand anpaßte, katastrophale Verluste in der Mitte erleiden. Und das hat Helmut Kohl nach der Niedersachsen-Wahl wohl auch erkannt. SPD und FDP würden in den liberalen CDU-Rand tief einbrechen und könnten gute Wahlerfolge haben. Deshalb hat die CDU in unserer modernen Gesellschaft keine Alternative, als den Weg weiterzugehen, den Heiner Geißler ihr vorgezeichnet hat.

NG/FH: Geißler sagt selbst, es gibt keine Automatik, daß man die Stimmen, die man in der Mitte gewinnt, auf dem Flügel automatisch wieder verliert.

K. Sch.: Die beiden Volksparteien müssen natürlich aufpassen – beide, das betone ich –, daß sie ihre »Stammwähler« nicht verprellen, weil sie den Wechselwählern in der Mitte zu große Zugeständnisse machen. Man muß beides vereinen; vor allem seitdem wir merken, daß es diese »Stammwähler« immer weniger gibt, daß auch Wechselbewegungen bei Schichten stattfinden, im ländlich-katholischen Bereich oder bei der Arbeiterschaft, mit denen man früher nicht rechnen mußte. Auch diese Wähler sind unabhängig geworden.

NG/FH: Stärkt das nicht auch die REPs?

K. Sch.: Ja, zum Teil durchaus, daß die REPUBLIKANER entstanden sind, hat sehr vielfältige politische und gesellschaftliche Ursachen. Eine Ursache ist z. B. die, daß seit dem Regierungswechsel in Bonn bestimmte rechte Positionen von der großen Regierungspartei nicht mehr aufgefangen werden können. Da entstanden am rechten Rand Unzufriedenheiten. Es gibt dann gesellschaftliche Ursachen in der Individualisierung. Dann können die Volksparteien ihre Potentiale nicht mehr halten, weil ihre Bindungsfähigkeit insgesamt nachgelassen hat, auch von früher bei ihnen integrierten rechten Wählern.

NG/FH: Wir wissen nicht, welche Dynamik dieses Wahljahr noch nehmen wird, sei es, daß die SPD sich in den Ländern zu Tode siegt, aber dann ausgerechnet die Bundestagswahl nicht gewinnt, weil sie bis dahin längst eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat hat. Wird die Bundestagswahl im Osten gewonnen, und gibt es schon sich abzeichnende Wählerkonstanten im Osten, was die künftigen Landtagswahlen und das Verhalten bei der Bundestagswahl angeht?

K. Sch.: Es hat nach der Herstellung der deutschen Einheit Wahlsoziologen gegeben, die gesagt haben, dadurch werde die Wählerschaft zu Ungunsten der Union verändert, weil nicht mehr religiös gebundene, von der Arbeiterschaft geprägte Wähler die Gesamtwählerschaft verändern. Die damalige Bundestagswahl hat allerdings gezeigt, daß die parteipolitisch noch wenig gebundene Bevölkerung der neuen Bundesländer eine Plebiszit für die DM abgegeben und die amtierende Bundesregierung gewählt hat. Diese Wähler in den neuen Bundesländern sind nach wie vor sehr flexibel. Sie sind wenig eingebunden in politisch-organisatorische Strukturen, und sie sind massiv enttäuscht worden durch die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen bei der Gestaltung der deutschen Einheit. Es ist sehr schwer kalkulierbar, weil auch die Umfragen dort häufig fehlerhaft sind, was in den neuen Bundesländern bei den kommenden Wahlen passiert. Wir haben bisher Umfragen, aber kaum Wahlen. Es deutet vieles darauf hin, daß die Union dort massiv verlieren wird und daß die kleinen Parteien relativ gut abschneiden werden – außer den Rechtsradikalen. Auch hier hat es Fehlprognosen gegeben, denn die Rechtsradikalen scheinen im Osten viel schwächer zu sein als immer angenommen wurde. Aber einer der Gewinner ist dort die PDS, die gut abschneiden könnte, wenn sie sich als eine Ost-Protestpartei und Regionalpartei profiliert. Das ist für die SPD folgenreich, weil sie von den Verlusten der Union nicht profitieren könnte. Das könnte einen Machtwechsel in Bonn verhindern.

NG/FH: Welche Szenarien zur Bundestagswahl lassen sich denken?

K. Sch.: Einmal ist das Bundestagswahljahr selber schwer zu beurteilen. Es kann sein, daß von der Bundestagswahl wieder ein starker Sog ausgeht, eine starke Mobilisierung, die sich dann zugunsten der Kanzlerpartei auswirken würde. Dann würde sich auch das traditionelle Parteiensystem stärker stabilisieren, als wir das bisher glauben können. Niedersachsen gibt Indizien dafür. Das würde dafür sprechen, daß sich die jetzige Koalition, wenn auch bei deutlich geschrumpften Mehrheiten, noch einmal knapp behaupten könnte, wenn die kleinen Parteien außer der FDP »unter den Rost fallen« würden.

Eine Alternative ist aber durchaus denkbar. Der Erosionsprozeß der Volksparteien geht trotz Niedersachsen weiter, die kleinen Parteien nehmen zu. Auch die SPD legt deutlich zu. Dann könnte es einen stark fragmentierten Bundestag geben, und dann sind verschiedene Regierungskonstellationen jenseits der jetzigen

Regierungskonstellation denkbar. Das hieße aber auch ein starkes Abweichen von bisherigen Mustern des Wahlverhaltens im Umfeld von Bundestagswahlen, die anderen Gesetzen unterliegen als Europa- und Regionalwahlen.

Im Grunde genommen erwarten viele Wählerinnen und Wähler, das zeigen die Umfragen, einen Wechsel in Bonn. Diese Regierung befindet sich in den Augen vieler Menschen in einer tiefgehenden Krise. Sie hat nicht mehr die Kompetenz, die anstehenden Probleme zu lösen. Sie hat insbesondere die Wirtschaftskompetenz seit längerer Zeit an die SPD verloren. Das spricht dafür, daß es zu einem Wechsel kommt. Dieser Wechsel wäre auch deshalb notwendig, um das konservativ-rechte Lager wieder in die Union zu reintegrieren. Dann könnten sich neue Polarisierungen, neue Problemlösungen herausbilden. Der Wechsel würde die Demokratie stabilisieren. Kommt er nicht, wird die nächste Bonner Legislaturperiode noch krisenhafter – auch bei Wahlen – als die jetzige.

Wir hatten bei der letzten Bundestagswahl folgendes Ergebnis: CDU 43,8 %, SPD 33,5 %, FDP 11,0 %, GRÜNE 3,8 %, Sonstige 7,8 %. Da sehen Sie, wie schwer es aber sein wird, einen Machtwechsel in Bonn zu erreichen. Die Regierungsparteien müßten enorm verlieren, um ernsthaft gefährdet zu sein. Zehn Prozent z. B. wären für hiesige Verhältnisse ein extremer Erdbeben bei einer Bundestagswahl! Man kann keineswegs ausschließen, daß trotz wachsender Oppositionsanteile die Regierung sich noch einmal knapp behauptet. Wir hätten dann einen Bundesrat, der sehr stark von der Opposition dominiert würde, es würden sehr schnell wieder Wahlerfolge für Protestparteien und rechte Parteien aufflammen.

NG/FH: Ist denn die SPD gut beraten, wenn sie auf einen Wahlkampf à la Clinton *It's time for a change* verzichtet, um ja nicht Wähler der Mitte abzuschrecken? Liegt in dieser Strategie nicht eine gewisse Gefahr, sich so weit anzugleichen, daß der Wähler am Schluß dann doch lieber das bewährte Kohlsche Original wählt?

K.Sch.: In der Tat müßte die SPD nach meiner Einschätzung eine Kampagne starten, daß es Zeit für einen Wechsel ist. Viele Wähler erwarten und wollen ihn. Man muß natürlich den Leuten auch die Angst vor dem Wechsel nehmen, d. h. eine gewisse Anpassung an die Regierungsparteien ist immer notwendig, damit auch Wählerinnen und Wähler von den bisherigen Regierungsparteien zur SPD wandern. Aber das darf nicht so weit gehen, daß man auf eine offensive Auseinandersetzung mit Fehlern und Problemen der jetzigen Regierung verzichtet. Man darf sich nicht dauernd in die Probleme der

amtierenden Regierung hineinversetzen und deren Probleme zu lösen versuchen. Die SPD befindet sich in der Opposition. Damit hat sie auch die Anti-Stimmung gegen Bonn massiv zu mobilisieren. Die exakten Problemlösungen muß sie dann formulieren, wenn sie an der Macht ist. Das wäre ein guter Wahlkämpfer, der nicht auf die Konfrontation verzichtet, weil er dauernd im Hinterkopf das Gefühl hat, vielleicht im Herbst selber regieren zu müssen. Da verzichtet man auf die Mobilisierungsmomente, die man doch für den Machtwechsel dringend braucht und bleibt paradoxerweise in der Opposition.

WERNER KREMP

»In Deutschland liegt unser
Amerika«

Zum Verhältnis SPD – USA

Wenn man Freunden – auch historisch bewanderten – erzählt, man beschäftige sich mit der Geschichte des Verhältnisses von SPD und USA von den Anfängen der Partei bis heute, wird man in aller Regel erstaunt angeschaut und gefragt, ob es denn da viel zu forschen gebe, ob das dazu vorhandene Material mehr hergebe als ein, zwei Ausätze, und ob nicht ganz generell die Essenz dieses Verhältnisses mit wenigen Worten umschrieben sei, nämlich als meistens ein Nichtverhältnis, mindestens aber ein über all die Zeiten hin recht gespanntes, das allenfalls nach dem Zweiten Weltkrieg ein wenig intensiviert und aufgehellt wurde. Nun, nicht zuletzt eine jüngst erschienene detaillierte Studie¹ zeigt: wer so denkt, irrt gewaltig. Denn man kann getrost sagen, daß sich die SPD nicht nur von Anfang an intensiv mit den USA auseinandergesetzt hat (auch deshalb, weil ihre Geburt mit der Neugeburt der amerikanischen Nation im Bürgerkrieg zusammenfiel), sondern daß sie gewissermaßen in der und durch die Auseinandersetzung mit den USA geworden ist, was sie heute ist.

Doch es soll und kann im folgenden nicht diese ganze unendliche Geschichte nacherzählt werden; vielmehr möchte ich schlaglichtartig einige wichtige historische, aber gleichzeitig auch aktuell bedeutsame Facetten des sozialde-

mokratisch-amerikanischen Verhältnisses beleuchten; und ich tue dies, indem ich zwei Äußerungen zu amerikanischen Vorgängen zitiere und interpretiere, von denen eine den Anfang der nunmehr fast einhalb Jahrhunderte sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Beschäftigung mit den USA markiert, die andere deren – sicher nur vorläufigen – Endpunkt. Beide Äußerungen sind in vieler Hinsicht exemplarisch und eignen sich deshalb gut als Einstieg in die Betrachtung dieses spannenden und spannungsvollen Verhältnisses.

1864 und 1992

Erstes Zitat: »Vom Anfang des amerikanischen Titanenkampfes an fühlten die Arbeiter Europas instinktmäßig, daß an dem Sternbanner das Geschick ihrer Klasse hing. . . , daß die Rebellion der Sklavenhalter die Sturmglöcke zu einem allgemeinen Kreuzzug des Eigentums gegen die Arbeit läuten würde, und daß für die Männer der Arbeit außer ihren Hoffnungen auf die Zukunft auch ihre vergangenen Eroberungen in diesem Riesenkampfe jenseits des Ozeans auf dem Spiele standen. . .

Die Arbeiter Europas sind von der Überzeugung durchdrungen, daß, wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Mittelklasse einweihete, so der amerikanische Krieg gegen die Sklaverei eine neue Epoche der Machtentfaltung für die Arbeiterklasse einweihen wird. Sie betrachten es als ein Wahrzeichen der kommenden Epoche, daß Abraham Lincoln, dem stark-sinnigen, eisernen Sohn der Arbeiterklasse, das Los zugefallen ist, sein Vaterland durch den beispiellosen Kampf für die Erlösung einer geknechteten Race und für die Umgestaltung der sozialen Welt hindurchzuführen.«

Zweites Zitat: »Mit der Wahl Bill Clintons haben die Amerikaner ein klares Signal für eine politische Zeitenwende gegeben. Wenn der neue Präsident am 20. Januar ins Weiße Haus einzieht, beginnt in den Vereinigten Staaten eine neue Ära. Der 42. Präsident wird – davon bin ich überzeugt – weit über die Grenzen seines Landes hinaus Chancen für eine tiefgreifende Erneuerung eröffnen. Dieser Wahlsieg bedeutet mehr als die Rückkehr eines Demokraten ins Weiße Haus. Der neugewählte Präsident spricht für eine neue Generation, die sich aus einem zeitgenössischen Verständnis von Weltinnenpolitik um einen Strukturwandel im eigenen Land bemüht. So wie Europa 1961 vom Schwung des Amtsantritts von John F. Kennedy erfaßt wurde, wird der Veränderungswille, der Clinton zur Präsidentschaft getragen

hat, Europa erreichen. Ich bin sicher, daß auch bei uns die Rufe nach einem Generationswechsel und nach politischem Wandel noch lauter werden. Das wird nicht zuletzt von neuen Akzenten abhängen, die Clinton vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik setzen will.«

Diese beiden Zitate markieren die Eckpunkte, Anfang und – vorläufiges – Ende einer nun schon fast anderthalb Jahrhunderte währenden Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit, um nicht zu sagen: Fixiertheit auf Amerika. Meine These ist: Das Entstehen, die Entwicklung und die Gedankenwelt der SPD, der *Grand Old Party* Deutschlands, können nur unzureichend und unvollständig verstanden werden, wenn sie nicht vor dem Hintergrund der Entstehung und Konsolidierung der USA sowie ihres Aufstiegs zur Weltmacht gesehen werden. Das heißt: Die deutsche Sozialdemokratie ist in hohem Maße auch – ich betone: auch – durch die Auseinandersetzung mit der Realität USA das geworden, was sie heute ist; und wer das heutige Verhältnis der SPD sei es verstehen, sei es neu bestimmen will, kann dies besser, wenn er die sozusagen lebenslange Auseinandersetzung dieser Partei mit dem ideellen und real existierenden Amerikanismus miteinbezieht. Ja, man kann gewissermaßen die SPD seit ihren Anfängen als Heldin eines transatlantischen Bildungsromans betrachten, die sich an den USA abgearbeitet hat und nicht zuletzt durch diese Auseinandersetzung zu immer größerer Reife herangewachsen ist. Freilich ist die SPD, wie die katholische Kirche, eine altehrwürdige Institution, die nicht in Jahren und Jahrzehnten, sondern in Jahrhunderten rechnet und sich deshalb für ihre Erkenntnis- und Entwicklungsprozesse viel Zeit lassen kann; und so ist sie notwendigerweise in ihrem Verhältnis zu Amerika und dem Amerikanismus auch heute noch keineswegs fertig, sondern tritt in diesen Tagen in eine weitere, und, wie zu hoffen ist, qualitativ neue Phase ihres transatlantischen Reifungsprozesses ein – ich werde am Ende darauf zurückkommen.

Doch sehen wir uns die beiden Äußerungen an. Wir finden hier, trotz des zeitlichen Abstands von 130 Jahren, frappierende strukturelle Ähnlichkeiten, was ihr historisches Umfeld und ihre Argumentationsstruktur angeht. Aber zunächst sei verraten, von wem die Zitate stammen. Das erste ist ein Auszug aus der Adresse der Internationalen Arbeiterassoziation an Abraham Lincoln, verfaßt von Karl Marx im Jahre 1864;² das zweite Zitat ist einem Beitrag Björn Engholms in der ZEIT zum Wahlsieg Clintons entnommen.³

Beide Äußerungen erfolgen zu einer Zeit, in

der sich Deutschland in einem Umbruchprozeß größeren Ausmaßes befindet; und beide Krisen ereignen sich im Umfeld einer deutschen Einigung und damit im Zusammenhang mit der Neudefinition Deutschlands in Europa, in der Welt – und gegenüber Amerika. Im einen Falle sind es nur noch zwei Jahre bis zur Gründung des Norddeutschen Bundes bzw. sieben Jahre bis zur Reichseinigung, im anderen, dem heutigen Fall, sind gerade zwei Jahre seit der staatsrechtlichen Einigung Deutschlands vergangen. In beiden Fällen ist eine lebhafteste Debatte über das Für und Wider der Einigung im Gange, ein Streit über die künftige deutsche Identität und über die bevorstehende Rolle Deutschlands in der Welt.

Beide Äußerungen kommen von Vertretern einer sich in der Opposition befindlichen Strömung bzw. Bewegung bzw. Partei, die glaubt und den Anspruch vertritt, zur Überwindung der Krise berufen zu sein und auch ein Programm dafür zu haben – nämlich die Arbeiterbewegung bzw. die Sozialisten bzw. die Sozialdemokratie.

Das Rezept für die Überwindung der Krise besteht in dem einen Fall in einer Art von sozia-

ler und politischer Revolution, im anderen, heutigen Fall in einer grundlegenden Reform.

Beiden Fällen ist gemeinsam, daß Ziel und Richtung des angestrebten grundlegenden Wandels nicht gerade von überwältigender Klarheit und Plausibilität sind – dafür wird insbesondere im ersten Fall der weltumfassende Anspruch umso nachdrücklicher erhoben; und auch im zweiten Fall sind solche Töne (speziell was die internationale Rolle Deutschlands anbelangt) nicht immer ganz ohne Alleinvertretungsanspruch.

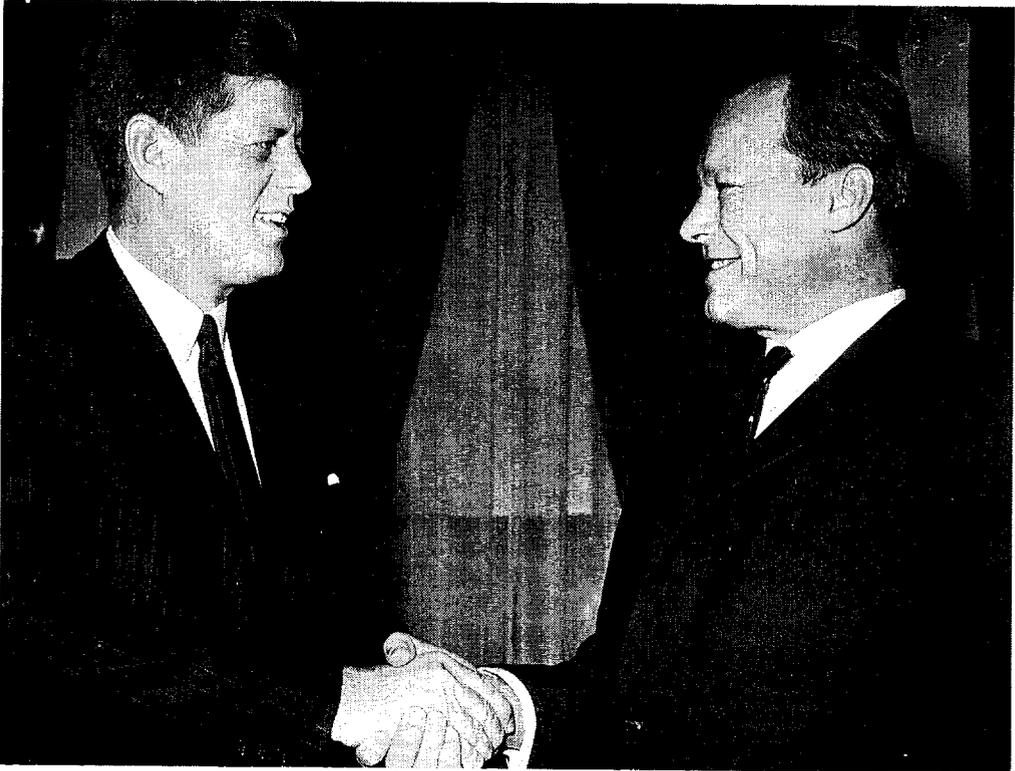
Die Opposition erhofft sich für ihr Wirken, d. h. sowohl für die Übernahme der Macht wie auch für die Verwirklichung ihrer politischen Vorstellungen, welthistorischen bzw. weltpolitischen Rückenwind.

Clintons neue Akzente

Dieser Rückenwind soll insbesondere von jenseits des Atlantiks kommen, von den USA – sei es in Form einer dort zu erfolgenden gewaltigen Revolution, sei es in Form eines grundlegenden Reformschubs. In jedem Fall werden von solchen gründlichen sozialen Änderungen

Brandt bei Kennedy

Foto: dpa



im Epizentrum USA Auswirkungen auf Europa, Deutschland und die deutsche (sozialistische bzw. sozialdemokratische) Opposition erhofft.

So soll für Karl Marx die Sklavenbefreiung durch den Bürgerkrieg das Vorspiel und der Auslöser für eine Arbeiterrevolution in den USA und in deren Gefolge einer Revolution in Europa und Deutschland sein. Der Parteivorsitzende von 1992 wiederum – und sicher nicht nur er, sondern ein Großteil der SPD – erhofft sich von den Clintonischen Reformen einen Strukturwandel in den USA und von neuen Akzenten in Wirtschaft und Technologie, in der Gesellschafts- und Sozialpolitik einen nachhaltigen Veränderungsschwung in Europa sowie einen *kick* zum Übergang von einer alten, abgewirtschafteten Generation zu einer jungen, was gleichbedeutend sein soll mit einem Wechsel von einer konservativen zu einer sozialdemokratischen Herrschaft.

Beide Male konzentriert sich das Augenmerk für amerikanische Entwicklungen sehr stark auf bestimmte Personen, die zu Symbolfiguren der erwarteten Veränderungen, zu Hoffnungsträgern werden. Dies wäre an und für sich nicht ungewöhnlich, da Präsidenten sicherlich auch in den USA Repräsentanten bestimmter Richtungen sind und als solche gewählt, verehrt oder abgelehnt werden. Was aber die sozialdemokratische Fixierung auf sie nicht selten kennzeichnet, ist, daß diese Politiker – im konkreten Fall Lincoln und Clinton – zu einer Art von Erlösern stilisiert werden, die das alte Europa und das vergreisende Deutschland aus ihrer Agonie emporziehen und gleichzeitig die Opposition aus ihrer lange andauernden Verbannung aus dem Zentrum der Macht erlösen sollen. Nun wäre selbst diese Heroisierung nicht ganz unangebracht und ungewöhnlich, wenn nicht hinzukäme, daß die deutschen Bewunderer den Amerikanern hier gelegentlich weit vorauseilten. Das heißt: Lange bevor die Amerikaner Lincoln als nationalen Heros in ihren zivilreligiösen Himmel erhoben hatten, war er für Marx schon zum strahlenden Helden einer imaginierten sozialistisch-proletarischen Revolution in Amerika und zum Vorkämpfer der europäischen Arbeiterbewegung geworden; und noch bevor Clinton auch nur ein Gesetz unterzeichnet bzw. auf den Weg und durch den Kongreß gebracht hatte, war er von deutschen Sozialdemokraten schon zum säkularen amerikanischen Reformen gekürt worden und zum Hoffnungsträger der deutschen Sozialdemokratie.

Zwischen Lincoln und Clinton, zwischen Karl Marx und Björn Engholm liegen einhalb Jahrhunderte sozialdemokratischer Aus-

einandersetzung mit den USA; aber das im Vorangegangenen sichtbar gewordene Grundmuster, das da heißt: »am amerikanischen Sternenbanner bzw. Präsidenten hängt die sozialdemokratische Hoffnung« – dieses Grundmuster wird in ziemlich regelmäßigen Abständen immer wieder sichtbar.

Fast genau ein halbes Jahrhundert nach dem Tod Lincolns, im Ersten Weltkrieg, war es Woodrow Wilson, der einem bedeutenden Teil der deutschen Linken als Retter aus der Not erschien, der den Pariah Deutschland vor der Vernichtung und Demütigung durch die europäischen Siegermächte retten und in Deutschland der demokratischen Linken an die Macht verhelfen sollte. Und ein weiteres knappes halbes Jahrhundert später war es – Engholm verweist darauf – ein strahlender, schöner junger amerikanischer Held namens John F. Kennedy, der dem strahlenden sozialdemokratischen Frontstadthelden namens Willy Brandt den Weg zur Macht ebnen helfen sollte.

Dreißig Jahre nach Kennedy ist wieder ein dynamischer junger amerikanischer Präsident auf dem Spielplan der Sozialdemokratie erschienen, in dessen Windschleppe sie siegreich in die Hauptstadt der neuen deutschen Republik einzuziehen hofft.

»Am Sternenbanner unser Geschick« – wo soviel Erlösungshoffnung ist, ist Enttäuschung, Wut der Enttäuschung, ja, Vernichtungsangst und gar Dämonisierung, sei es des ursprünglich Verehrten, sei es seiner Vorläufer und Nachfolger, sei es sogar des ganzen Landes, nicht fern.

Denn natürlich läutete der Sieg der Nordstaaten nicht die Sturmglöcke der sozialistischen Revolution, weder in Amerika noch in Deutschland; nach der, ohnehin nur unvollständigen, »Befreiung der schwarzen Sklaven« folgte nicht die revolutionäre Befreiung der »weißen Sklaven«, d. h. der Arbeiterklasse. Amerika tat Karl Marx nicht den Gefallen, dem von ihm vorgezeichneten historischen Drehbuch zu folgen, demgemäß es als höchstentwickeltes kapitalistisches Land der erste Anwärter auf die nach deutsch-sozialistischen Vorgaben zu erfolgende Revolution hätte sein sollen. Je länger diese Revolution nach dem Bürgerkrieg auf sich warten ließ, und je ungezügelter sich der amerikanische Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entfaltete, desto mehr wandten sich alle jene Sozialdemokraten, die an den marxischen Geschichtsdeterminismus glaubten – und das war lange Zeit eine große Mehrheit –, von Amerika ab. Amerikanismus und Sozialismus – der deutsche Sozialismus – wurden immer mehr zu Gegensätzen; deutsch-sozialistisches Sendungsbewußtsein ri-

valisierte immer deutlicher mit amerikanischem Sendungsbewußtsein; und bis heute sind Reste dieser Rivalität, die auch Nichtzurkenntnisnahme amerikanischer Realität miteinschließt, Teil des sozialdemokratischen Kollektivbewußtseins.

Enttäuschung – um den obigen Gedankengang zu vervollständigen – folgte notwendigerweise auch auf die Idealisierung Wilsons, die mindestens dreierlei übersehen hatte: daß der amerikanische Präsident im eigenen Land kein autokratischer Alleinherrscher wie der Kaiser ist, sondern einem mächtigen Kongreß gegenübersteht; daß, zweitens, Wilson kein Sozialdemokrat oder Sozialist war; und drittens, daß seine Ordnungsvorstellungen für Europa, verdichtet in den 14 Punkten, gegen die europäischen Ordnungsmächte, speziell gegen Deutschlands Erzfeind Frankreich, durchgesetzt werden konnten. Das Resultat dieses übermäßigen Vertrauens in die angeblichen Riesenkräfte eines amerikanischen Präsidenten war, wie gesagt, Enttäuschung und vielfach häßlichste Beschimpfung des angeblichen Verkäufers eigener Ideale.

Die Entzauberung Kennedys dauerte wesentlich länger, war weit weniger dramatisch (es sei denn, man führt die Revolte der 60er Jahre mit ihrem ausgeprägten Antiamerikanismus auch auf enttäuschte Idealisierung Kennedy-Amerikas zurück!) – und läßt (mit einigem Recht) viele Sozialdemokraten von Willy Brandt bis zu seinen »Enkeln« auch heute noch vollkommen ungerührt. Die Altersgenossen Clintons auf beiden Seiten des Atlantiks zehren, unbeschadet der geringen Erfolge Kennedys und auch unbeschadet neuerer Skandalgeschichten über ihn, immer noch vom Kapital der von ihm vermittelten Aufbruch- und Reformstimmung.

Weitere Determinanten

Nun ist wieder ein junger, dynamischer Mann zum Präsidenten Amerikas gekrönt worden; und wieder hofft die Sozialdemokratie, daß vom Krönungsbalsam eine Fingerspitze voll übriggeblieben ist, um die sozialdemokratische Seele zu heilen und das Räderwerk der sozialdemokratisch-amerikanischen Beziehungen zu ölen. Und natürlich muß man auch in diesem Falle fragen: Wird es wiederum Enttäuschung und Desillusionierung geben, und in welcher Form werden sie sich manifestieren?

Als weitere Determinanten des sozialdemokratisch-amerikanischen Verhältnisses sind erkennbar: Wenn wir eine Zeittafel der Entwicklung der USA und der deutschen Sozialdemokra-

tie seit ihrer jeweiligen »offiziellen« Gründung, also seit 1776 bzw. 1863, synoptisch gegenüberstellen, springt eines sofort ins Auge: Das sozialdemokratische Ordnungsmodell ist um einiges jünger als das amerikanische. Die »offiziellen« Gründungsdaten der beiden später vielfach rivalisierenden politischen Ordnungsmodelle liegen fast ein Jahrhundert auseinander: Bei Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (1863) bestehen die Vereinigten Staaten von Amerika seit 87 Jahren, und der Gothaer Vereinigungsparteitag trifft fast aufs Jahr mit der amerikanischen Hundertjahrfeier der Unabhängigkeitserklärung zusammen. Als die deutsche Sozialdemokratie sich als Partei gründete, war Amerika schon längst da, war, was besonders wichtig ist, auf deutschem Boden und im deutschen Bewußtsein schon so wirksam geworden, daß z. B. die Verfassungsväter der Paulskirche sich die amerikanische Verfassung als Vorbild genommen hatten und daß bereits über eine Million Deutscher ausgewandert waren.

Es stellt sich die Frage, ob die Tatsache einer unterschiedlichen historischen Dignität beider Modelle nicht zumindest im Unterbewußtsein die sozialdemokratischen Gefühle gegenüber den USA bestimmt hat und vielleicht immer noch bestimmt. Ganz gewiß aber hat die durch die Auswanderung bedingte Konkurrenzsituation – die Amerikawanderung wurde von Sozialdemokraten nicht nur als *brain-* und *soul-drain*, sondern auch als Absage an das sozialdemokratische Modell Deutschland verstanden – das allgemeine Konkurrenzgefühl gegenüber den USA erhöht.

Dazu gehört ein weiteres Moment. Nicht von ungefähr hat die Sozialdemokratie, als sie in Deutschland auf der Bühne erschien, den Anspruch erhoben, die NEUE WELT, und das hieß im zeitgenössischen Kontext eben: die Neue Welt zu repräsentieren. Wir finden, sehen wir uns die überreiche sozialdemokratische Presselandschaft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an, eine ausgeprägte, insbesondere in Zeitungs- und Zeitschriftentiteln aufscheinende Symbolik, die durchaus mit derjenigen des amerikanischen Selbstverständnisses konkurriert: Als die transatlantische Welt schon hundert Jahre lang als politisch organisierte Ordnung existierte, erschien das »Illustrierte Unterhaltungsblatt für das Volk« (so der Untertitel) DIE NEUE WELT (1876–1919) auf dem sozialdemokratischen Zeitungsmarkt; das wichtigste theoretische Organ neben den Sozialistischen Monatsheften, DIE NEUE ZEIT, war 1883 zum erstenmal erhältlich; und als die Zeitschrift DIE NEUE GESELLSCHAFT zum erstenmal erschien, war die trans-

atlantische neue Gesellschaft schon fast anderthalb Jahrhunderte lang installiert.

Andere Periodika nannten sich DIE FACKEL, LICHTSTRAHLEN, DIE FREIHEIT oder FREIE WELT – unverkennbar auch dies an die amerikanische Symbolik erinnernde Titel, die vermuten lassen, daß sich die Sozialdemokraten als Repräsentanten und Kündler einer *anderen* neuen Welt gefühlt haben, die der älteren Neuen Welt als jüngere, zu deren Ablösung bestimmte gegenübertritt. Freilich könnte ein bestimmter Zug des sozialdemokratischen Amerikabildes auch vermuten lassen, daß man sich nicht als Konkurrent Amerikas verstand, sondern sich vielmehr die sozialistische Gesellschaftsordnung als ein weiteres, anderes oder besseres Amerika vorstellte. Wenn Wilhelm Liebknecht den Auswanderern zuruft: »Geht nicht fort! In Deutschland liegt unser Amerika!« – dann spielt wohl die Vorstellung eine Rolle, die Sozialdemokratie sei dazu bestimmt, Amerika – was immer dies in den Köpfen bedeutete – nach Deutschland zu bringen. Dies würde darüber hinaus auch heißen, daß deutsche Sozialdemokraten den Sozialismus als – um einen Titel des amerikanischen Komponisten Charles Ives zu zitieren – *Variation on America* verstanden.

Wenn man sich die vergleichende Zeittafel ansieht, fällt noch eines ins Auge: Es gab seit der Gründung der Sozialdemokratie 1863 auf Regierungsebene nur in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum Gelegenheit zu sozialdemokratisch-amerikanischen Beziehungen. Dies hängt natürlich damit zusammen, daß von den bisher vergangenen rund 130 Jahren nur relativ wenige die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung gesehen haben. Nur in 16 dieser Jahre stellte sie den Regierungschef; und gar einen sozialdemokratischen Außenminister gab es in der Weimarer Republik nur ein knappes Jahr und in der Bonner Republik drei Jahre lang.

Ein letzter Gedanke drängt sich bei der Betrachtung der vergleichenden Zeittafel auf. Die Sozialdemokratie war ja angetreten, Deutschland – und die Welt – nach ihrem Bild und Gleichnis zu formen; sie fühlte sich, und dies zur Jahrhundertwende sicher nicht ganz zu unrecht, als »die stärkste der Parteien«, anerkannt und ob ihrer Stärke auch von den Schwesterparteien bewundert. Aber in entscheidenden Momenten der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert – im und nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, und in gewissem Sinne

Scharping bei Clinton

Foto: dpa



bei der deutschen Einigung 1989/90 – gab es einen Mitakteur, der mindestens so entscheidend auf das Schicksal und die Gestaltung Deutschlands Einfluß nahm wie die deutsche Sozialdemokratie, nämlich die USA. Noch deutlicher gesagt: Die entscheidenden – und unerläßlichen – Umstürze der deutschen politischen Ordnung hin zu mehr Freiheit sind, sehr vorsichtig gesagt, mindestens so sehr amerikanischem militärischem (und damit verbundenem politischem) wie sozialdemokratischem revolutionärem Eingreifen zu verdanken.

Die Befreiung der Arbeiterklasse – von der autoritären Monarchie des Kaisers, von der Diktatur der Nazis, war nicht das Werk der Arbeiterklasse, sondern des ›kapitalistischen‹ Amerikas (nicht allein, aber in hohem Maße). In der Tat: Mindestens zweimal in diesem Jahrhundert hing, um nochmals Marx' Diktum aufzugreifen, »am Sternbanner das Schicksal der Arbeiterklasse« – allerdings auf andere Weise als vom Erzvater gemeint. Und angesichts dessen liegt die Frage nahe, ob dies nicht ein weiteres historisches Faktum ist, das im kollektiven Unbewußten der Sozialdemokratie nagt und plagt.

Die Jahre 1989–90, die Jahre der ›Revolutionierung‹ Osteuropas und des Zusammenbruchs des Kommunismus bzw. Sozialismus, diese Umbrüchepoche, aus der die USA als einzige – freilich zögernde und unsichere – Weltmacht hervorgegangen sind – diese europäischen Jahre voller Wunder berühren auch das Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie in hohem Maße.

Gewiß, im Jahre 1863 und in den folgenden Jahren schon orientierte sich die Sozialdemokratie sehr stark an den USA; indes waren es weniger die amerikanischen USA, an denen sie sich orientierte, sondern ein nach deutsch-sozialistischem Modell imaginierendes Amerika, an dem sie sich emporziehen wollte. Als dann diese Nation sich hartnäckig weigerte, sich dem marx'schen Geschichtsverlauf und Gesellschaftsmodell gemäß zu entwickeln, kam es zu einer zunehmenden ideologischen Konkurrenzsituation zwischen deutscher Sozialdemokratie und den USA, zu dem sozialdemokratischen Glauben, der transatlantischen Macht eine sozialistische Gegenmacht entgegenzusetzen zu müssen. Indes mußten die Sozialdemokraten in einem langen, mühseligen, mit vielen Umwegen verbundenen Weg sich allmählich zu der Einsicht bequemen, daß erstens die amerikanische Realität anders ist als in Europa und Deutschland, daß sie zweitens vielschichtig und drittens mächtig ist – mächtiger als die »Weltmacht SPD«, wie Willy Brandt gelegentlich spottete.

Heute ist der sozialdemokratisch-amerikanische Bildungsroman an einer weiteren wichtigen Wegmarke angelangt. Die SPD ist endgültig zu einem Teil des amerikanischen Kosmos geworden, weil es nach dem Zusammenbruch des Sozialismus als Ordnungsmodell nun wirklich keine prinzipielle Alternative mehr zum westlich-amerikanischen Modell (oder besser: zu westlich-amerikanischen Modellen) gibt – und nach dem Wegfall des Zweiten Wegs auch keinen Dritten Weg mehr. Was der SPD bleibt, ist, die USA als die einzige wirkliche Weltmacht zu akzeptieren, sie quasi endgültig diplomatisch anzuerkennen und ihre eigenen Ordnungsentwürfe als Varianten innerhalb des amerikanischen Kosmos zu betrachten, nicht als Gegenstück zum Amerikanismus.

Daß die SPD sich fortan bewußt und explizit als Teil des amerikanischen Kosmos betrachtet, bedeutet natürlich keineswegs, daß es hinfort nur noch harmonische Sphärenklänge unterm transatlantischen Himmel geben darf. Im Gegenteil: Erst durch die Anerkennung der USA ist Konflikt möglich, rationale und notwendige Austragung von Konflikten auf der Basis prinzipieller Gemeinsamkeit, vor dem Hintergrund teils divergenter, teils konvergenter Interessen – und nicht zuletzt im Bewußtsein dessen, daß Liebknechts »In Deutschland liegt unser Amerika« mehr denn je Realität geworden ist: Denn niemand kann die Tatsache übersehen, daß unsere Gesellschaft auf dem Weg ist, sich immer noch weiter zu »amerikanisieren«: pluralistischer zu werden, individualistischer, ethnisch gemischter, föderalistischer, konfliktreicher, härter, basisdemokratischer, weniger etatistisch – kurz, moderner und damit amerikanischer. Nicht zuletzt deshalb ist es nicht nur sinnvoll, sondern unerläßlich, sich mit den USA auseinanderzusetzen, sie auf erwachsene Art wahrzunehmen und nicht kindlich-überheblich.

Vielleicht kommt die SPD ja dann schließlich dazu, die Vision ihres Gründervaters Wilhelm Liebknecht zu teilen, der nach seinem Amerika-besuch 1886 in sein Reisetagebuch notierte: »Wie die Familien in Stämme, die Stämme in Nationen aufgehen, so gehen die Nationen allmählich in große Völkergemeinschaften auf – das ist der Gang der Kulturentwicklung. Eine solche Völkergemeinschaft bilden die Vereinigten Staaten – eine Völkergemeinschaft, die einst die gesamte neue Welt umfassen wird.« »Und wer weiß«, ergänzt Liebknecht visionär, »ob bloß die neue.«⁴ Er, so läßt sich eine Äußerung von Liebknecht an anderer Stelle seines Reiseberichts interpretieren, hätte nichts dagegen gehabt, ein *civis Americanus* zu werden, so wie man als Bewohner des römischen Impe-

riums sich *civis Romanus* nennen durfte. Für Liebknecht war Weltinnenpolitik amerikanische oder zumindest von Amerika entscheidend mitgestaltete Weltinnenpolitik. Und auch heute ist kaum etwas anderes vorstellbar – es sei denn wir gestalten die Vereinigten Staaten von Europa; und auch dies ist kaum anders möglich als mit dem ständigen neugierigen Blick auf die amerikanische Erfahrung.

- 1 Werner Kremp: In Deutschland liegt unser Amerika. Das sozialdemokratische Amerikabild von den Anfängen der SPD bis zur Weimarer Republik, LIT-Verlag, Münster 1993, DM 98,80; Subskriptionspreis DM 43,80.
- 2 Zitiert nach: DER SOZIALDEMOKRAT, Nr. 3 v. 30. 12. 1864.
- 3 DIE ZEIT v. 27. 11. 1992.
- 4 Wilhelm Liebknecht: Ein Blick in die neue Welt, Stuttgart 1887, S. 45 f.

LEOPOLD GLASER

Die Zumutung des Erinnerns

Zur deutschen Rezeption von
»Schindlers Liste«

Die Liste der symbolischen Orte wird immer länger. Lübeck, Solingen, Mölln, Rostock, Hünxe, Hoyerswerda, Eberswalde, Dresden usw. usw. Die brennende Synagoge von Lübeck: in Erinnerung dessen, was schon einmal war, eine besonders makabre Steigerung. Die Zeichen stehen nicht gut. Wir Deutschen stehen, so erfahren wir in diesen Tagen der Unsicherheit, wieder einmal vor einer Weggabelung, vor der Entscheidung, wohin es gehen soll: weiter auf dem Weg einer Gesellschaft der leidlich akzeptierten, leidlich gelernten republikanischen Tugenden, der Entfaltung von Freiheit, Offenheit, Vielfalt der Meinungen und Diskussionen, der Toleranz (*civil society*) – oder zurück zu einem vermeintlich »guten Alten«, das Ordnung und Sicherheit gewährleistet, zur »Stärke« des völkischen Nationalismus, zur »Normalität« des Abgrenzungs- und Ausgrenzungsdenkens (und einer ihm entsprechenden populistischen Politik); nach rechts also.

Dieser elende Rassismus, der in diesem Land wieder »normal« geworden ist; diese Normalität der Menschenverachtung und neuen Neigung zur Barbarei, die sich sichtbar äußert

in Rekonstruktionen des »Fremden«, in Brandstiftung und Mordanschlägen gegen Flüchtlinge und Juden, die deutsche Bürger sind – der Antisemitismus, der insgeheim wuchert, wie die jüngste EMNID-Umfrage ergab. Ein erschreckendes Wachstum des Ungeistes, der Verdächtigung und der Ablehnung der jüdischen »Mitbürger«: sie hätten zu viel Einfluß, sie instrumentalisierten den Holocaust zu ihrem Vorteil; und man wolle lieber nicht neben einem Juden wohnen, dies sagte fast ein Drittel der Befragten.

Was hat das alles mit Oskar Schindler und Spielbergs Film über ihn zu tun? Und mit den »anderen Schindlers«, die jetzt auf einmal entdeckt werden? Nicht viel, aber etwas Wesentliches. Die neue Barbarei, die Wiederkehr des Rassismus ist *auch* eine Folge des absichtsvollen Vergessens, der Verdrängung des Grauens, das einmal war, und der naiven Selbstgewißheit, daß »etwas (dem Holocaust) Vergleichbares« (*Adorno*) nicht wieder geschehen werde. Was sich als Irrtum erweisen könnte angesichts der vielen fremdenfeindlichen Exzesse und einer nun wieder brennenden Synagoge. Und der Mehrheitsmeinung, nun endlich von Auschwitz und der ganzen Vergangenheit nichts mehr hören und sehen zu wollen (52 Prozent der Bundesbürger äußerten in der genannten Umfrage, daß es Zeit sei für einen »Schlußstrich«).

Die Erinnerung an Oskar Schindler, der sich angesichts des Holocaust, als Zuschauer des Mordens im Warschauer Getto, vom Nazi-gauner zum Judenretter, vom damals typischen Deutschen zu einem guten Menschen wandelte, trifft uns in einer kritischen, unübersichtlichen Zeit explodierender Ängste. Die Unsicherheit hat unterschiedliche Gründe, soziale und seelische: Einsturz der mental und materiell stabilisierenden Stützen des täglichen Lebens, Krise des neuzeitlichen Subjekts, Zerfall der gesellschaftsbildenden Normen, kurz: die Dialektik der Moderne, deren immanente Selbsterstörungskräfte die instrumentelle, um die Sittlichkeit halbierte Vernunft freisetze – schon vor 1989 virulent zwar, aber meist ignoriert; insgesamt verschärft durch den unerhörten Umsturz der herrschenden Verhältnisse der bis dato wohlgeordneten Blöcke. Deutscher Sonderfall: als Folge der Befreiung der »Brüder & Schwestern« die »Vereinigungskrise«.

Das alles belastet den Seelenhaushalt beträchtlich und steigert die Verführbarkeit zu riskanten Manövern, zumal im Stadium weitgehender Bewußtlosigkeit gegenüber der eigenen Geschichte. Unter den besonderen deutschen Umständen ist die derzeitige *Identitäts*-Krise

insofern auch eine Folge des Vergessens, als die Barrieren des *Nie wieder* durch die gängige Normalisierungs-Behauptung schon weitgehend niedrigerissen wurden. 1989 bedeutet für uns Deutsche auch einen weiteren Schub der Entsorgung der Vergangenheit: Verdrängung der Erinnerung an Haß und Unmenschlichkeit, die dem Holocaust den Boden bereiteten. Jetzt meinen 37 Prozent der Bundesbürger, der Holocaust habe keine Bedeutung mehr. Der derzeit grassierende kollektive Gedächtnisverlust, den manche mit Fleiß und Methode betreiben, ist aber gerade in dieser schwierigen Zeit die Bedingung der Möglichkeit, daß der deutsche Weg wieder einmal in die Irre führt und daß die »eingekapselten Schmelzbrände der NS-Ideologie« (*Filmann Moser*), Grund vieler deutscher Störungen, durch neue Luftzufuhr wieder entfacht werden.

Die Zeichen stehen nicht gut am »Ende der Nachkriegszeit«, am vermeintlichen Ende der Geschichte und dem behaupteten Ende der Utopie. Mit der triumphalistischen Absage an *die Utopie (J. Fest)* liefern wir uns der normativen Kraft der verheerenden Fakten (Ungerechtigkeit und Entsolidarisierung) aus – und düngen damit den Boden für die gefährliche Regression »völlig verblendeter Menschen«, wie »nach Lübeck« entrüstete Biedermänner die Brandstifter identifizierten.

Natürlich sind die, die so etwas Verrücktes tun, verblendete »Einzeltäter«. Aber sie stehen nicht allein; hinter ihnen stehen viele, sie gedeihen in einer vergifteten, denkverschmutzten Umwelt, die einem Weltbild anhängt, dessen reaktionäre Utopie von völkischer Homogenität die »Fremden« stigmatisiert und diskriminiert – auch wieder »die Juden«, deren einige wenige deutsche Staatsbürger sind. Hinter den Brandsatzlegern stehen die Rattenfänger und Hetzer. Aber nicht nur die Extremisten am äußersten rechten Rand der Gesellschaft sind es, die für sich und in ihrer immer noch geringen Zahl der Republik vermutlich nicht einmal so sehr gefährlich werden könnten; vielmehr sind es auch solche, die in der Mitte der Gesellschaft ihre Wegweiser postieren; die vorgeben, die Extremisten zu bekämpfen, indem sie ihre Parolen sich aneignen; die vorgeben, den Fremdenhaß abzuwehren, indem sie die »Fremden« abwehren – und so dem dumpfen Denken Futter geben.

Der (un)geistige Hintergrund dieser Fehlentwicklung: Die »Revisionisten« haben offenbar erfolgreich gearbeitet und den Historikerstreit unbeschädigt überstanden. Ihr Normalisierungs-Bemühen zeigt Wirkung: von Bitburg bis Berlin, von der »Versöhnung über den

(SS)Gräbern« bis zur Relativierung von Auschwitz als »asiatischer Tat« durch Ernst Nolte und zur »Legende von der Zweiten Schuld« seines gelehrigen Schülers Manfred Kittel, der Schluß machen möchte mit der ganzen »Vergangenheitsbewältigung«, dieser elenden, schwächlichen deutschen »Zerknirschungsmentalität« und »Erinnerungskultur«, die eine selbstbewußte »Rolle Deutschlands in der Welt« so sehr behindere. *Normalisierung* heißt natürlich auch: Normalität der Konfliktlösungsstrategien durch Militarismus.

Man möchte »unbelastet« wieder auf den alten Pfaden gehen. Man sucht die Rückkehr zum »Eigenen«. Man möchte »endlich wieder normal« sein. Gut, wenn es denn ginge. Aber die neue Normalität, in der so viele sich als unsicher, verängstigt und »heimatlos« erkennen, eben auch infolge unserer bedrückenden Geschichte und der Weigerung, ihr auf die Spur zu kommen und sie zu begreifen, erweist sich als neue Gefahr, weil sie uns erstarren läßt in aggressivem Sicherheitsverlangen (auch nach völkischer Reinheit) und hilflosem Selbsthaß, die beide sich Luft machen in gnadenlosem Fremdenhaß.

Anstoß zur Erinnerung

In dieser Lage, auf diesem mit braunen Giftstoffen überdüngten Feld trifft uns Steven Spielberg mit *Schindlers Liste*. Und Erstaunliches, anscheinend Ermutigendes geschieht: die »Rezeption« des Films ist überaus positiv, und der Wille, wissen zu wollen, was war, ist stark. Die professionelle Kritik lobt den »authentischen« Nachvollzug des Holocaust-Geschehens und empfiehlt den Film, wie US-Präsident Clinton: »Go see it«. Und das Publikum füllt seit Wochen die Kinosäle und verläßt sie nach mehr als drei Stunden – ganz überwiegend – mit verstörtem Schweigen.

Kann uns das Gedächtnis an Oskar Schindler helfen, da sich angesichts der jüngsten Erfahrung, Lübeck zum Beispiel, wieder herausgestellt hat, daß wir und die ganze Welt mit der Hitlerei noch lange nicht fertig sind? Kann ein Film, noch dazu einer aus Hollywood, in nachholender Erinnerung die Köpfe und Herzen zur bisher versäumten Trauerarbeit bewegen, damit die braunen Schatten sich wieder und nun vielleicht ein für allemal verziehen?

Claude Lanzmann, der jüdische Franzose, Autor des großen, erschütternden, unübertrefflichen Dokumentarfilms *Shoah* (den leider viel zu wenige sahen), hat gesagt, den Holocaust (besser jüdisch zu sagen: die *Shoah*) könne/dürfe man überhaupt nicht verfilmen; das Un-

geheuerliche sei nicht darstellbar, die Filmbilder zerstörten die Imagination des Grauens. Das Argument ist bedenkenswert und ernstzunehmen; jede(r), der/die sich der Auschwitz-Wahrheit ernsthaft stellt, wird die Unzulänglichkeit jeder Vermittlung, durch welches Medium auch immer, erkennen und erleiden müssen; denn auch das macht die Singularität der Shoah aus, daß das Entsetzen nicht »darstellbar«, reproduzierbar ist. An Adornos Verdikt, daß nach Auschwitz keine Gedichte mehr geschrieben werden dürften, ist soviel wahr, daß über die Shoah, den Völkermord, nicht aus der Sicht des Zuschauers geschrieben werden kann. Agnes Heller, die ungarische Philosophin, die jetzt in Amerika lebt, hat vor einiger Zeit in einem großen, wuchtigen Essay *Schreiben nach Auschwitz?* gesagt: »Der Holocaust kann nicht dargestellt, blossinnlich gemacht, beschrieben oder ausgedrückt werden – das ist nur möglich für das Schweigen, das den Holocaust umgibt . . . Die Schrecken, die wir beschreiben können, sind Vergleiche; sie sind Kopien des Originals.«

Medium der Vermittlung

Ja. Aber auf die Kopien können wir nicht verzichten um der Erinnerung willen, die das Geheimnis der Erlösung ist: »Das Vergessenwollen verlängert das Exil«, sagt der Talmud. Oder Günther Eich, lapidar und hermetisch: »Bleibt bei uns, ihr Toten, bewahrt uns vor neuer Schuld.« Der Holocaust lebt in der Welt fort als Metapher für den schlimmsten denkbaren Schrecken, sagt Agnes Heller; und es gibt keine Form, die ihm angemessen wäre, er bedarf keiner Verdichtung und Erhöhung, aber der Erinnerung. Und in unserer Zeit der Vermittlung (»Kommunikation«) durch Bilder kann (trotz aller Probleme mit der flutartigen Massenhaftigkeit der Bilder, zumal durch die Bildverschmutzung des Privatfernsehens), kann das alte, weise jüdische Bilderverbot nicht mehr die Geltung von einst beanspruchen, wenn denn eine große Zahl von Menschen, zumal in einer weithin entpolitisierten Gesellschaft, aus den Nischen des Privatismus abgeholt werden sollen. Der Rigorismus des Bildverbots entspricht nicht mehr heutigen Wahrnehmungsverhältnissen.

Der Film von Spielberg ist als Medium (der Vermittlung) gut geeignet; er ist, trotz einiger Ausrutscher und Konzessionen an den Geschmack des Hollywood-Publikums, ein gelungener Versuch, das Memento des Bösen, das die Shoah ist, zu bewahren. Ein gelungener, weil wahrhaftiger Annäherungsversuch, der keine

billige Ent-Schuldigung und kein leichtes Vergessen nahelegt.

Als »seelische Schnellreinigung, als Instant-Absolution«, wie die Wiener Journalistin Sigrid Löffler in der Berliner WOCHENPOST vermutet, eignet er sich nicht.

Aber natürlich kann er nicht, sozusagen stellvertretend, das je eigene Erinnern und Durcharbeiten leisten und die »kollektive innere Verschmutzung« durch die NS-Vergangenheit (Moser) auswaschen. Er kann nur Anstoß geben, Beihilfe zu leisten, ein Widerstandssignal setzen gegen die Gleichgültigkeit; die eigentliche Arbeit, die mit dem Wort *Trauerarbeit* gemeint ist, muß in jedem/jeder selbst stattfinden; sie läßt sich nicht durch eine Kinokarte abkaufen. Vor allem muß sie andauern, auch wenn das momentane Mediengewitter sich wieder verzogen hat und sich auf neue, andere Felder ergießt.

Jedenfalls kann eines jetzt schon als Gewinn verbucht werden: Der Film ruft, indem er die Folgen des Rassenhasses und auch die Zivilcourage eines einzelnen, also die Möglichkeit des Widerstands gegen die furchtbare Gefühlstarre dramatisch vorführt, das Gedächtnis an die Maßstäbe der Menschlichkeit zurück. Der Zuschauer sieht, was persönlicher Mut vermag – und, an die Adresse der Mitläufer von damals gesagt, vermocht hätte. Damit wird nicht zuletzt ein Mythos zerstört, eine deutsche Lebenslüge: die selbstreinigende Behauptung, es sei nicht anders gegangen, »wir hatten keine andere Wahl«. Oskar Schindler und all die anderen, viel zu wenigen Judenretter, deren Namen jetzt, da der Film sie zu neuem Leben erweckt: Hans Georg Calmeyer, Berthold Beitz, Maria Gräfin von Maltzahn und auch die anonymen Helfer, stehen für die andere Möglichkeit – und bestätigen, diese beschämend, das allgemeine Versagen der Mehrheit.

Schindlers Hilfe

Die brennende Synagoge in Lübeck und all die anderen Anschläge auf dem faulen Grund rassistischen Denkens und Handelns, die angestregten »Normalisierungs«-Versuche revisionistischer Historiker, aber auch einer maßstablosen Politik, der triumphierende Spott über das vermeintliche »Ende des Universalismus«: im Gedenken an das Böse und angesichts seiner Verharmloser, Verdränger und Leugner sollten wir des moralischen Fundaments unserer Republik nicht (mehr) so sicher sein. Könnte sein, daß wir mit Oskar Schindlers Hilfe ein bißchen wachsamer werden.

JUDITH KLEIN

Nach dem Film ... den Widerspruch denken

*Die Menschheitsgeschichte kennt keine Geschichte,
die zu berichten schwieriger wäre.
(Hannah Arendt)*

Die Debatte um den Film könnte so wichtig werden wie der Film selbst, wenn sie uns mit dem Denken in Widersprüchen familiarisieren würde, mit folgendem Widerspruch: aus dem Massenmord eine erzählte, und das heißt erzählbare, Geschichte zu machen, verharmlost das Geschehene – wir bedürfen aber der Erzählung, um davon Kenntnis zu nehmen und um uns zu erinnern. Gebietet auch die Moral, von der Leidenserfahrung der Opfer zu erzählen, weil sie nicht um das einzige betrogen werden dürfen, »was unsere Ohnmacht ihnen schenken kann, das Gedächtnis« (Adorno), so werden alle

Versuche der Darstellung von eben dieser Moral widerlegt: aus dem Leid der Opfer Kunstwerke zu bereiten, »der Welt zum Fraß vorgeworfen, die sie umbrachte«, widerspricht der Moral, weil sie den Völkermord zum Kulturbesitz macht. Theodor Adorno hat nicht aufgehört, diesen Widerspruch zu benennen, ohne ihn jedoch aufzulösen. Bei aller Ausweglosigkeit enthalten seine Bemerkungen Appelle an die Kunst, als dem beinahe einzigen Ort, wo das Leiden »noch seine eigene Stimme« fände.

Daß beides, die Unmöglichkeit und die Notwendigkeit, in dialektischer Verschlingung ge-

Deutschland-Premiere von »Schindlers Liste« in Frankfurt a.M.: Regisseur Steven Spielberg und Schirmherr Richard von Weizsäcker

Foto: dpa/Kleefeldt



staltet werden kann, hat Romain Gary in seinem Roman über Auschwitz *Der Tanz des Gengis Cohn* gezeigt. Ironie und Selbstreflexion deuten dort beständig die Inadäquatheit des Werks an. Der Erzähler – der Dibbuk des ermordeten Gengis Cohn – und der intervenierende Autor werfen das, was vor sich geht: die künstlerische Aneignung des Grauens. Der Dibbuk ist empört, daß die »grausamsten Verbrechen zu Edelsteingruben werden, zu Themen, zur Quelle, aus der der Geist sprudelt, Flamme des Genies«. Er wirft auch die Frage auf, ob die kulturellen Werke über den Holocaust nicht auf Tröstung und auf Verwischung der Verbrechen hinauslaufen, während doch die Wunden offen gehalten werden sollten.

Andere haben einen Ausweg gewiesen, haben versucht, den Widerspruch zu lösen, indem sie nur eine bestimmte Weise des Bezeichnens zuließen. Nach Sarah Kofman, Psychoanalytikerin und Schriftstellerin, lautet die entscheidende Frage: Wie kann sich ein Zeugnis über das Grauen dem idyllischen Gesetz des Erzählens entziehen? Nicht nur über Auschwitz, auch nach Auschwitz sei es unstatthaft, Sinn machende Ereignis-Geschichten zu erzählen. Ein Ereignis, das alle Kontinuität zerbrochen habe, könne nicht in Formen gefaßt werden, die auf Klarheit, Sinn, Kontinuität, Kausalität, Verführung gründen, es habe diese Formen zerstört. Dabei überwindet Sarah Kofman die übliche Trennung zwischen fiktionaler und autobiographischer Darstellung und setzt an ihre Stelle die Unterscheidung zwischen einem Bezeichnen, das die Machtlosigkeit der Opfer nicht in souveräne Sprache und Sinnstiftung ummünzt, was vielleicht nur höchster Poesie gelingen kann, und Texten der Macht und des Wissens.

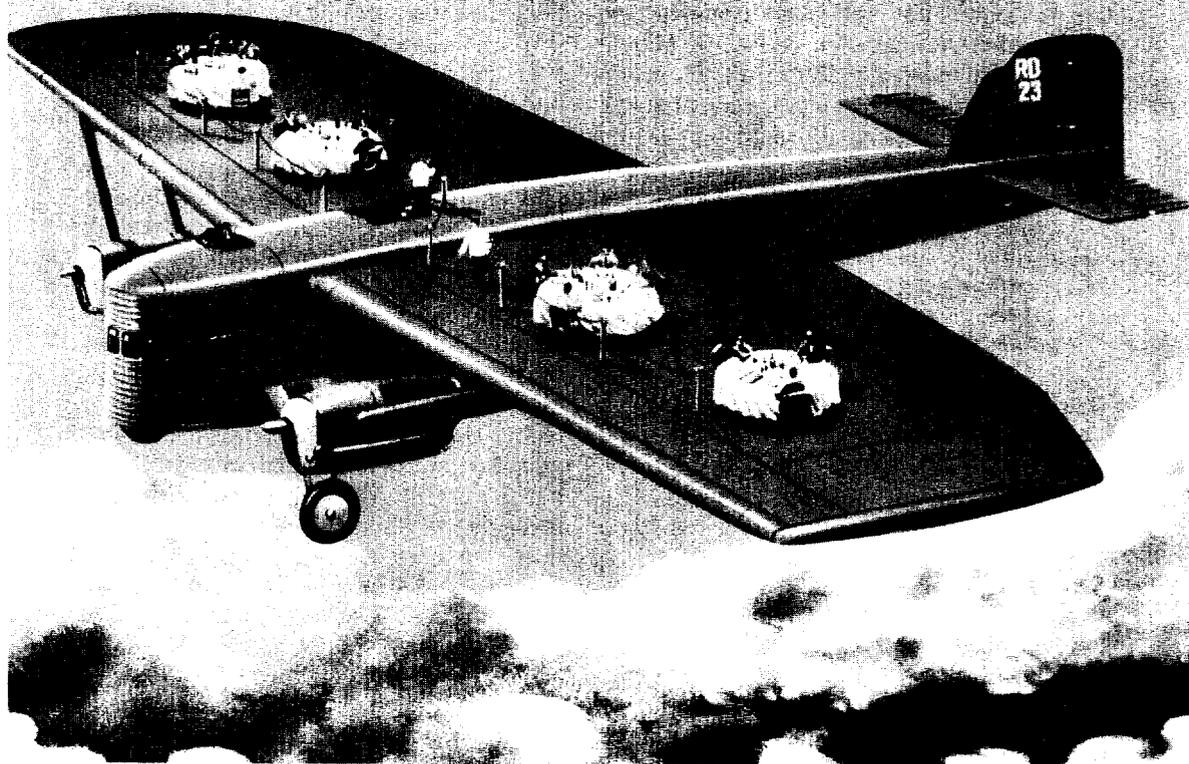
»Die Erde hat gebebt, der Mensch ist sich gleich geblieben.«

Die Gewohnheiten und Bedürfnisse des heutigen Publikums scheinen aber ganz andere. Mochten Philosophen und Psychoanalytiker auch versichern, Auschwitz habe unser Sein in der Welt und unser Bewußtsein tiefgreifend verändert, und sogar die Frage aufwerfen, »ob nach Auschwitz noch sich leben lasse« (*Adorno*), so waren und sind die wirklichen Verhaltensweisen doch ganz andere. Das »wirkliche« Leben hat sich durch das Geschehen der Lager nach 1945 kaum verrücken lassen: »Die Erde hat gebebt, und der Mensch ist sich gleich geblieben«, schrieb Ellie Wiesel. Die wirklichen Verhältnisse und Verhaltensweisen – Indifferenz, Kälte, Selbstbezogenheit, Streben nach Komfort und Aufstieg – strafen und

strafen die philosophische Rede vom Bruch Lügen oder verleihen ihr den bloßen Schein geschichtsphilosophischer Abstraktion.

Der Bruch ist ausgeblieben. So brauchen denn die Menschen erzählte Geschichten, um von Geschichte Notiz zu nehmen. Der Filmtheoretiker Siegfried Kracauer hat festgestellt, daß »wir wirkliche Greuel nicht sehen und auch nicht sehen können, weil die Angst, die sie erregen, uns lähmt und blind macht; und daß wir nur dann erfahren werden, wie sie aussehen, wenn wir Bilder von ihnen betrachten, die ihre wahre Erscheinung reproduzieren.« Vielleicht handelt es sich dabei um eine anthropologische Konstante, vielleicht aber bewirken gerade die Bilder, daß die Menschen sich von den wirklichen Greueln abwenden oder daß ihre Wahrnehmung stumpf wird. Kracauer schloß, daß Filme, dokumentarische Filme, das Vermögen hätten, »das Grauenhafte aus seiner Unsichtbarkeit hinter den Schleier von Panik und Phantasie zu erlösen«. Günther Anders, der sich an der Debatte um den Film *Holocaust* beteiligte, gab dagegen Bildern zweiten Grades den Vorrang, Bildern, die durch Fiktion und Imagination verfremdet und der herkömmlichen Sensibilität angenähert seien: »Nur durch fictio kann das faktum [...] deutlich und unvergeßbar gemacht werden.« Es gelte, die »unauffaßbare Wahrheit so zu verkleinern, daß wir von ihr nicht ganz ausgeschlossen bleiben«. Anders' Offenheit gegenüber Formen in Film und Literatur, die die Rezeptionsgewohnheiten des Publikums gelten lassen, liegt im Wunsch begründet, dessen Imagination- und Erinnerungskraft zu stärken. Er schätzte den Gewinn an Erkenntnisvermögen und Erinnerungsfähigkeit höher ein als das Risiko, das Grauen durch ästhetische Darstellung erträglich, ja genießbar zu machen.

Die Erde hat gebebt und ist sich gleich geblieben – die alten Darstellungsformen gelten noch, und wir müssen den Widerspruch denken, daß Kunst über den Mord an den Juden und Zigeunern nicht statthaft und doch notwendig ist.



So kühn wie Ihre Träume.

Ist es nicht seltsam, daß die größten Erfindungen und Errungenschaften der Menschheit immer erkämpft, aber fast nie gefördert wurden?

Sie glauben fest an einen Traum, zu Recht. Aber wer glaubt an Sie? Ganz einfach, wir. Planen Sie die WestLB mit ein. Wir sind groß und gut genug, Träume zu verwirk-

lichen. Mit maßgeschneiderten Finanzierungskonzepten, ein paar Ideen mehr und einer höchst persönlichen Beratung. Dafür nehmen wir uns Zeit, soviel Sie wollen. Weil wir wissen, daß hinter Träumen oft die Welt von morgen steckt. Und Ihr Erfolg. Versteht sich.

Telefon: (02 11) 826 4035
Telefax: (02 11) 826 6144

WestLB

Thema: Auf den Trümmern Jugoslawiens

RAINER MÜNZ

Jugoslawien – ein Nekrolog

Solange Tito das Land regierte, erschien Jugoslawien vielen als Modell oder zumindest als Glücksfall. Manchen gefiel der Selbstverwaltungssozialismus, auch wenn dessen Defizite im Detail gerne übersehen wurden. Anderen imponierte die Rolle Belgrads als akzeptierter Partner der Dritten Welt und Sprecher der Blockfreien. Wieder andere verwiesen auf die multikulturelle Vielfalt dieses Landes zwischen Mittelmeer und Balkan. Für die Mehrzahl war dieser kommunistisch geführte Staat ohne Mauern, ohne Stacheldraht und ohne allgegenwärtige poststalinistische Staatsbürokratie wegen seiner Adriaküste zumindest ein Urlaubsziel. All das spielte auch in der offiziellen Selbstdarstellung von Titos Jugoslawien eine zentrale Rolle.

Erstes Jugoslawien

Zur Vielfalt gab es ein mehrfach variiertes Zahlenspiel: Jugoslawien = ein Land, zwei Schriften, drei große Religionen, vier anerkannte Sprachen, fünf staatstragende Nationalitäten, sechs Republiken. Bei strengerer Zählung hätte man auch auf mehr Nationalitäten kommen können. Aber damit sind wir schon mitten im Thema.

Das *erste* Jugoslawien war ein Resultat des Weltkrieges I. Und es war beinahe eine Willensnation. Der Zusammenschluß aller südslawischen Völker entsprach damals dem Wunsch der politischen und intellektuellen Eliten. Dafür hatten sich Panslawismus und illyrische Bewegung schon im 19. Jahrhundert stark gemacht. Auch die Kodifikation einer gemeinsamen serbo-kroatischen Sprache war Bestandteil dieses historischen Projekts, selbst wenn sich heute in Zagreb niemand mehr daran erinnern möchte.

In der Realität blieb von den panslawisch-illyrischen Idealen nicht viel übrig.

Die slowenischen und kroatischen Eliten wollten eine föderale Republik. Aber am 1. 12. 1918 wurde ein Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) ausgerufen. Von Republik war nun keine Rede mehr, selbst der Staatsname täuschte. Das SHS war eigentlich ein groß-serbischer Staat. Hier mischten sich serbisches Sendungsbewußtsein und reale Machtverhältnisse. Denn Serbien hatte es schon vor dem Ersten Weltkrieg als eigenständigen Staat samt Armee, Bürokratie und Königshaus gegeben, Slowenien, Kroatien und Bosnien hingegen nicht. Und Serbien gehörte zu den Siegermächten des Weltkrieges I. Damit hatte Belgrad 1918/22 bei der Etablierung des SHS-Staates von vornherein die besseren Karten. Und dies wußten die serbischen Eliten zu nutzen. Die historischen Länder Krain, Kroatien, Dalmatien, Bosnien, Montenegro etc. verschwanden 1922 von der Landkarte. Das Land, das sich ab 1929 Jugoslawien nannte, wurde rasch zu einem zentralistischen Staat unter serbisch-monarchistischer Führung. Die fragile Demokratie zerbrach an der Konfrontation zwischen serbischem Nationalismus und kroatischer Bauernpartei. Von 1929 bis 1941 herrschten zwei Könige mit diktatorischen Vollmachten, gestützt auf die serbisch-nationalistische Tschetnik-Bewegung. Mazedonier, Kroaten, Moslems sowie Demokraten und Kommunisten wurden drangsaliert oder ausgeschaltet.

Von der Ustascha-Bewegung, von der mazedonischen IMRO und vom faschistischen Kroatien unter Ante Pavelic bekamen die Serben dafür später die Rechnung präsentiert. Erstes prominentes Opfer wurde König Alexander Karadjordjević selbst. Er wurde 1934 in Marseille erschossen. Zehn Jahre später war die Zahl der Opfer sechsstellig. Nach der gewaltsamen Auflösung des ersten Jugo-

slawien im Jahr 1941 ließen Hunderttausende Serben bei ethnischen Säuberungen, gezielter Verfolgung und in kroatischen KZ's ihr Leben.

Zweites Jugoslawien

Das *zweite* Jugoslawien war eine Kreation Titos und seiner im Weltkrieg II. erfolgreichen Partisanenarmee. Wieder gehörte Belgrad zu den Siegermächten. Doch diesmal entwickelte sich ein Staat, dem eine andere Vision zugrunde lag: die Kombination von realem Sozialismus und Koexistenz der südslawischen Nationen als Staatsvölker. Die Betonung lag weiterhin auf »slawisch«. Kosovo-Albaner und die Ungarn der Vojvodina blieben als Nichtslawen auch nach 1945 Nationalitäten zweiter Klasse, also ohne eigene Teilrepublik. Zugleich dienten die interne Grenzziehung, die Gründung der eigenständigen Republiken Montenegro und Mazedonien, die Teilautonomie des Kosovo und der Vojvodina sowie die bis heute folgenreiche »Erhebung« der slawischen Moslems zu einer eigenständigen »Nation« als Maßnahmen gegen eine neuerliche serbische Hegemonie in diesem zweiten Jugoslawien.

Zusammengehalten wurde der Staat von einer – trotz ihrer diversen Nationalismen – panjugoslawisch orientierten politischen Elite, von einer siegreichen Armee und von einer charismatischen Führerfigur. Zusammengehalten wurde er auch durch Unterdrückung und Verdrängung aller aus den Jahren 1919–40 und 1941–45 noch offenen Rechnungen. Die Greuelthaten wurden praktischerweise dem kroatischen Faschismus, den Italienern und der deutschen Wehrmacht angelastet, die auf dem Balkan tatsächlich einen besonders schmutzigen und verbrecherischen Krieg gegen die Zivilbevölkerung geführt hatten.

Hinzu kam nach 1948 der Bruch zwischen Tito und Stalin. Jugoslawien wurde ein Scharnier des Ost-West-Konflikts. Auch dies hielt das Land zusammen. Denn einerseits herrschte Angst vor einer Militärintervention des Warschauer Pakts. Andererseits leistete der

Westen politische Rückendeckung und diskrete Finanzhilfe. Tito war – lange vor Ceausescu – der Lieblingskommunist der Anti-Kommunisten. Den Grundstein dafür hatten schon britische Sympathien für Tito in den frühen 40er Jahren gelegt.

Aus der Erfolgsstory des zweiten Jugoslawien wurde die bislang größte politische, demographische und menschliche Katastrophe in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Darüber, was dafür letztlich den Ausschlag gab, werden zukünftige Historiker wohl noch lange streiten, insbesondere südslawische Historiker, wenn sie denn im 21. Jahrhundert wieder miteinander ins Gespräch kommen sollten. Einiges läßt sich freilich heute schon sagen.

Der ethnische Konflikt im ehemaligen Jugoslawien war keineswegs unausweichlich. Vor allem in den größeren Städten entstand nach 1945 eine urbane Gesellschaft, in der die ethnisch-religiöse Herkunft keine so zentrale Rolle spielte, wie unter der Landbevölkerung. Der staatlich verordnete Atheismus und die gemeinsame Sprache von Kroaten, Serben und bosnischen Moslems verstärkten diesen Prozeß. Gleichzeitig bewirkten Binnenmigration und staatlich gesteuerte Siedlungspolitik eine stärkere ethnisch-religiöse »Durchmischung« vieler Regionen. Auch gemischte Ehen waren an der Tagesordnung. Konversionen und Austritte aus der jeweiligen Religionsgemeinschaft führten in etlichen Fällen sogar dazu, daß Blutsverwandte unterschiedlichen ethnischen Gruppen zugeordnet wurden. Gleichzeitig stieg die Zahl derer, die sich selbst als »Jugoslawen« bezeichneten und offiziell jede weitere ethnisch-nationale Zuordnung verweigerten – zuletzt immerhin rund zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger des ehemaligen Jugoslawien.

Bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre gab es zwar ärmere und reichere Republiken, mächtigere und weniger einflußreiche ethnische Eliten, insbesondere ein Übergewicht der Serben in Armee, Miliz und Staatsapparat, also strukturelle und politisch gewollte Bevorzugun-



Ljubljana, Slowenien: Bosnische Flüchtlinge

Foto: JOKER/Arn von der Osten-Sacken

gen und Benachteiligungen, aber keine offene Gewalt gegen Angehörige jeweils anderer ethnischer Gruppen. Was brachte diese Situation zum Kippen?

Destabilisierend wirkten jedenfalls Gorbatschows Perestrojka und der Niedergang der Sowjetunion als Supermacht. Denn für Jugoslawien bedeutete das Ende des Ost-West-Konflikts einen doppelten Verlust. Einerseits entfiel die disziplinierende Angst vor einer sowjetischen Militärintervention, die 1968 und danach noch ein durchaus realistisches Szenario gewesen war. Andererseits verlor der Westen sein Interesse an den unbotmäßigen Kommunisten, die Moskau und auch Peking die Stirn geboten hatten. Kein Interesse des Westens hieß auch: keine Devisenhilfe mehr; stattdessen die bekannten Auflagen des Internationalen Währungsfonds. Dies beschleunigte den wirtschaftlichen Niedergang und heizte die Verteilungskämpfe zwischen Betrieben, Republiken, Nationalitäten, zivilem Bereich und Militär erheblich an. Schließlich wurde Jugoslawien – ähnlich wie Österreich – nach Wegfall der ideologischen und militärischen

Blöcke auch in seiner Mittlerrolle als neutraler und blockfreier Staat überflüssig.

Schon vor der Klammer des Ost-West-Konflikts hatte das zweite Jugoslawien sein Zentrum verloren. Als Tito starb, hinterließ er seinen Erben keine gefestigten politischen Strukturen, sondern ein fragiles System von *checks* und *balances*, das die ständige Rotation an der Spitze des Staates erzwang, die Blockade wichtiger Entscheidungen und damit kollektive Unverantwortlichkeit begünstigte. Dies wurde möglich, weil Tito all seine potentiellen Kronprinzen und Nachfolger politisch überlebt oder eigenhändig demontiert hatte; und weil er 1974 via Verfassung dafür sorgen wollte, daß sich nach ihm kein Politiker und damit auch keine Nationalität im Zentrum der Macht fest etablieren konnte. Damit aber verlagerte sich die Macht endgültig aus dem politischen Zentrum einerseits zur Armee, andererseits in Richtung Teilrepubliken. Dort fiel sie in die Hände lokaler Eliten, die vor allem an den Ausbau ihrer eigenen Positionen sowie an die Zukunft der je-

weiligen Republik und ihrer Mehrheitsbevölkerung dachten. Und diese Zukunft hieß für die lokalen Eliten außerhalb Belgrads eben nicht *Jugoslawien* im Sinne Titos, sondern Kontrolle über die Deviseneinnahmen, politische Autonomie in einem lockeren Staatsverband und schließlich – von Slowenien ausgehend – volle Souveränität.

Für einen Teil der serbischen Eliten stand hingegen die Revision der Verfassung von 1974, die Gleichschaltung bzw. »Heimholung« des Kosovo und der Vojvodina sowie ein noch stärker serbisch dominiertes Jugoslawien auf der Tagesordnung. Im Kosovo führte Serbien den anderen Teilrepubliken vor, was sie von einer Hegemonie Belgrads zukünftig zu erwarten hätten und testete zugleich die Weltmeinung. Heftiger Protest der UNO, der EU oder der Großmächte gegen die serbische Repression im Kosovo blieb während der 80er Jahre bekanntlich aus. Manche in Belgrad müssen dies als Freibrief für den Erhalt Jugoslawiens zu ihren Bedingungen verstanden haben.

Schon unter Tito waren Politik und Gesellschaft in Jugoslawien aus Gründen des Proporz und Machtbalance stark ethnisiert. Doch die Spitzenfunktionäre mußten sich einer Rhetorik von »Frieden und Völkerfreundschaft« bedienen und bis zu einem gewissen Grad panjugoslawisch argumentieren. Mit zunehmender Demokratisierung, die ja zuerst auf der Ebene der Teilrepubliken und nicht auf der Bundesebene einsetzte, gewannen statt der moderaten Kommunisten fast überall aggressivere Nationalisten die Oberhand. Wie auch anderswo in Ost-Mitteleuropa und auf dem Balkan fehlt es an einer breiten Mittelschicht als Träger des politischen *common sense*. Und wo es Mittelschichten gab, verarmten oder emigrierten sie während der aktuellen Krise. Der ökonomische Niedergang Jugoslawiens begünstigte zusätzlich die Radikalisierung. Verteilungskämpfe bei rasch schrumpfender Wirtschaftsleistung und zerfallender Staatsmacht waren und sind immer die Stunde populistischer Ideologen und simpler Verschwörungstheorien.

Völkische Kriterien

An der Stelle von Selbstverwaltungssozialismus, Internationalismus und jugoslawischer Staatsidee trat die Vision vom Nationalstaat auf ethnischer Grundlage. In einer ethnisch gemischten Gesellschaft kann dies nur zweierlei bedeuten: Erstens die forcierte Assimilation, Vertreibung oder totale Unterdrückung von Minderheiten auf dem eigenen Territorium; und zweitens die »Befreiung« von Angehörigen der eigenen Volksgruppe jenseits der Grenze.

In Slowenien hatten die Eliten ein größeres Maß an Eigenständigkeit von langer Hand vorbereitet. Hier hieß die Parole unter dem Reformkommunisten Milan Kucan: »Los von Belgrad! (und:) Rette sich wer kann!« Im Gegensatz dazu stolperte Kroatien unter dem exkommunistischen Partisanengeneral Franjo Tudjman trotz aller großen Worte recht unvorbereitet in die selbstproklamierte Unabhängigkeit. Hier hießen die Forderungen: »Souveränität in den von Tito gezogenen Grenzen! (und:) Keine Macht den Serben im eigenen Land!«. Diese Drohung wurde von den Serben in Slowenien und der Krajina recht gut verstanden. Gleichzeitig versprach Slobodan Milosevic: Einen gemeinsamen Staat für alle Serben! Die Nicht-Serben stellte und stellt dieses Programm vor die Alternative, auszuwandern oder das Schicksal der Albaner im Kosovo zu teilen. Nur in Bosnien-Herzegowina hielt sich noch eine Zeitlang die Hoffnung auf Toleranz und friedliches Zusammenleben. Dafür gingen in Sarajevo zu Jahresanfang 1992 noch Zehntausende auf die Straße. Aber auch das ist inzwischen Geschichte. Die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens schien den Repräsentanten der moslemischen Mehrheit kaum eine andere Wahl zu lassen, als ebenfalls die Souveränität zu erklären. Doch die bosnischen Serben und die Kroaten der Herzegowina wollen genauso wenig in einem moslemisch dominierten Staat leben wie die Serben der Krajina in einem kroatischen. Daß dies das Recht auf Sezession, politische Selbstbestimmung oder weit-

gehende Autonomie auch für Minderheiten auf dem jeweils eigenen Territorium einschließen müßte, ist aus Sicht der selbsternannten Herrenvölker nicht einseitig. Deren Logik kennt nur Unterwerfung oder ethnische Säuberung.

In allen Fällen diene die Berufung auf völkische Kriterien als Mittel zur politischen Mobilisierung. Dies bedeutete nicht nur das Aus für den Vielvölkerstaat, sondern auch das Ende des laizistisch-kosmopolitischen und weltoffenen Jugoslawien. Seit Ende der 80er Jahre haben mehrheitlich provinzielle Scharfmacher das Sagen. Und die haben weder mit Urbanität noch mit der Moderne etwas im Sinn. Sie berufen sich lieber auf Mythen einer bäuerlich-vormodernen Welt. Und bringen damit vermeintliche wie tatsächliche Opfer des Modernisierungsprozesses der letzten Jahrzehnte auf ihre Seite. Dies ist heute mindestens ebenso eine Hauptkonflikt in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens wie der oft zitierte Gegensatz zwischen Katholizismus, Orthodoxie und Islam: das Hinterland nimmt Rache an den Städtern, das Binnenland an den Küstenbewohnern.

Seit dem 15. Januar 1992 gibt es das *zweite* Jugoslawien nicht mehr. Mit dreimonatigem Moratorium erkannten die EU und andere Länder Slowenien und Kroatien als souveräne Staaten an. Treibende Kraft dahinter waren Deutschland und bis zu einem gewissen Grad auch Österreich und der Vatikan gewesen. Es folgten die formelle Unabhängigkeit Bosniens, die Gründung Rest-»Jugoslawiens«, bestehend aus Serbien und Montenegro, und schließlich im April 1993 die Anerkennung Mazedoniens unter dem provisorischen Namen »Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM)«. Das aber war eine Konzession des Westens an den Nato-Partner Griechenland; und nicht an Belgrad.

Die Folgen sind bekannt. Belgrad und die Jugoslawische Bundesarmee wehrten sich gegen den Zerfall des Landes, scheiterten damit in Slowenien und schlugen sich schließlich auf die Seite Serbiens und der serbischen Diaspora in Kroatien und Bosnien. Seither herrscht

Krieg in diesen Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens und trügerische Friedhofsruhe im Kosovo.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien hat bis jetzt direkt oder indirekt weit über Hunderttausend Menschen das Leben gekostet und über fünf Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht. Hauptbetroffene und Opfer sind nicht in erster Linie die kämpfenden Soldaten, Milizionäre und Söldner, sondern die unbewaffnete Zivilbevölkerung, insbesondere die moslemische Bevölkerung Bosniens. An dieser Zivilbevölkerung wurden Kriegsverbrechen mit enormer Brutalität begangen, die an das Kriegsgeschehen auf dem Balkan während des Zweiten Weltkriegs erinnern.

Die Hauptlast der größten Flüchtlingsbewegung in Europa seit 1946 trägt Bosnien-Herzegovina. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat hat dort 2,74 Millionen Flüchtlinge registriert. An zweiter Stelle folgt Kroatien mit 690 000 Flüchtlingen in den von Zagreb verwalteten Landesteilen und 110 000 Geflüchteten in den von der UNO und serbischen Milizen kontrollierten serbischen Siedlungsgebieten der Krajina und Ostslawoniens. An dritter Stelle steht Serbien mit offiziell 565 000 Flüchtlingen. Viel kleiner ist die Zahl der von Montenegro (82 000), Slowenien (45 000) und Mazedonien (27 000) aufgenommenen Flüchtlinge.

Außerhalb der Grenzen des ehemaligen Jugoslawien halten sich nur 700 000 Kriegsflüchtlinge und Vertriebene auf. Sie gingen entweder ins unmittelbar benachbarte Ausland, u.a. nach Ungarn und Österreich oder dorthin, wo ex-jugoslawische Arbeitsmigranten leben. Hauptaufnahmeland ist Deutschland, das seit Mitte der 80er Jahre schon ohne diesen Migrationsstrom zum Haupteinwanderungsland Europas avancierte. Die Bundesrepublik beherbergt zur Zeit fast 355 000 Kriegsflüchtlinge und andere Neuzuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und bemüht sich, einen Teil dieser Kriegsoffer möglichst rasch wieder »nach Hause« zu schicken. Dahinter kommen mit großem Abstand die Schweiz (80 000), Schweden (74 000)

und Österreich (70 000). Den meisten dieser Kriegsoffer verwehrten die Behörden in Westeuropa allerdings die Anerkennung als politische Flüchtlinge. Und zwar mit dem Hinweis, die Genfer Konvention sehe für Bürgerkriegsflüchtlinge keinen besonderen Schutz vor. Allerdings wird der Aufenthalt bei einem Großteil vorübergehend toleriert.

Der Zerfall Jugoslawiens und der Krieg in diesem Teil des Balkans sind nicht bloß Tragödien. Sie sind auch eine Chiffre für das Versagen europäischer Politik. Mit dem Ende der Welt von Jalta und des Kalten Krieges hätte, so glaubten wir, eine Zeit des Friedens anbrechen müssen. Stattdessen stand plötzlich die Friedensordnung des Ersten Weltkrieges zur Disposition. Drei der um 1918 gegründeten Staaten sind seither auseinandergebrochen: Die UdSSR, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Nur im Fall Jugoslawiens gab es dabei aktive Ermunterung und Mitwirkung von außen. Deutschland und Österreich spielten unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker die aktivste Rolle. Daß in Deutschland ein stärker ethnisches Konzept von Staat und Nation vorherrscht als in Frankreich und Großbritannien, mag dabei eine Rolle gespielt haben. Das historische Feindbild Serbien ebenfalls.

Als es darum ging, den angerichteten Schaden wirkungsvoll zu begrenzen, herrschte in vielen Staatskanzleien diesseits des Atlantik noble Zurückhaltung. Diese hat System. Von Anfang an ist dem kroatischen Chauvinismus und der serbischen Aggression in Westeuropa niemand energisch entgegengetreten. Manche bekundeten sogar ein gewisses Verständnis. Als Bündnispartner der Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges hatte sich Serbien im 20. Jahrhundert nicht nur in Rußland, sondern auch westlich des Rheins einen besseren Ruf erworben, als es gegenwärtig verdient. Gleiches gilt diesseits des Rheins für Kroatien. Es porträtierte sich hier ausschließlich als Opfer.

Doch sonst war es mit der Solidarität der Europäer nicht weit her. Wenn

Großbritannien ein Flüchtlingskontingent auf der slowenischen Seite des Wurzenpasses hängen ließ, wenn Österreich Kriegsdienstverweigerer aus Rest-Jugoslawien in Schubhaft nahm und abschob, wenn wir den Opfern ethnischer Säuberungen bei uns den Flüchtlingsstatus verwehrten oder sie gar nicht erst ins Land ließen, dann waren das nicht bloß bürokratische Pannen. In Wahrheit konnten und wollten wir den fast fünf Millionen Kriegsflüchtlingen, Opfern und Vertriebenen, außer einem brüchigen Waffenstillstand und Lebensmittelhilfe keine Perspektive bieten. Und selbst diese Lösung wurde nicht von den Europäern durchgesetzt, sondern kam erst in Sicht, als die NATO mit einem gezielten Militärschlag drohte, ein Ultimatum setzte und die USA und Rußland begannen, auf die Kriegsparteien tatsächlich Druck auszuüben:

Im nachhinein sieht es trotz des sehr späten Eingriffs des Westens und Rußlands so aus, als hätte sich der Krieg für die Angreifer zumindest territorial ausgezahlt. Fast ein Drittel Kroatiens bleibt trotz Stationierung von UN-Truppen und trotz angebotener Halb-Autonomie *de facto* unter serbischer Kontrolle. Die massive Unterdrückung der Albaner im Kosovo wird bis heute von der Weltöffentlichkeit fast völlig ignoriert. Den geflüchteten Serben und Kroaten droht das klassische Vertriebenen-Schicksal. Sie werden sich in ihrer Mehrheit dort ansiedeln müssen, wo sie der Kriegsverlauf hin verschlagen hat, oder wo sie Häuser und Felder ermordeter bzw. vertriebener Angehöriger anderer Volksgruppen in Besitz nehmen können. Denn die Friedensregelung für Kroatien und vor allem jene für Bosnien schreibt den Terraingewinn der Serben und in kleinerem Umfang jenen der Kroaten in der Herzegowina trotz Föderation, Konföderation und Kantonslösung fest. Am Ende wird es in Bosnien wahrscheinlich nur noch eine serbische und eine kroatische Einflußzone mit moslemischen Einsprengseln geben. Zwischen diesen beiden Zonen wird eine neue Ost-West-Grenze Europas verlaufen.

Die Nächte der Ultimaten

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien

Es ist schwer zu sagen, ob ein Aufatmen im ehemaligen Jugoslawien im Frühjahr 1994 schon gerechtfertigt ist. Einige positive Tendenzen sind zu verzeichnen, aber keines der Probleme, die zu der furchtbaren Entwicklung kurz vor der Jahrtausendwende auf dem Balkan, immerhin einem wichtigen Teil, einem Verkehrsknotenpunkt Europas, geführt haben, ist tatsächlich gelöst.

Ernsthafte Befürchtungen waren gerechtfertigt, daß es im Frühling zum totalen Krieg zwischen Kroatien und dem nur noch aus Serbien und Montenegro bestehenden Jugoslawien, (das sich so nennt und das wir der Höflichkeit und der Einfachheit halber auch so nennen wollen) kommen könnte. Ein solcher Konflikt würde zu einer Eskalation führen, die sogar die bosnische Tragödie in den Schatten stellt. Jugoslawien hat seine Raketen gar nicht, seine Luftwaffe kaum benützt, der neue jugoslawische Generalstabschef Momčilo Perišić, (der erste Offizier der Städte, nämlich Zadar und Mostar, in diesem Krieg beschossen hat) ist Raketenfachmann und brennt wahrscheinlich darauf, sein im Lande entwickeltes und nur im Irak erprobtes Spielzeug einzusetzen, Kroatien wird inzwischen ähnliches Gerät angeschafft haben. Und einen totalen Krieg mit Luftangriffen auch auf die Hauptstädte könnte die Welt nicht dulden, wie den Brand in Bosnien oder der Krajina.

Nun scheint mit dem in der russischen Botschaft in Zagreb unterzeichneten Abkommen zwischen Kroatien und der Führung der Krajina diese Gefahr gebannt. In Bosnien ist nach dem Abzug der serbischen Artillerie um Sarajevo, der Freigabe des Flughafens von Tuzla und dem Beschluß, eine Föderation aus moslemischen und kroatischen Kantonen zu gründen, die sich in einer Konföderation mit Kroatien verbinden soll, eine etwas ruhigere Situation eingetreten.

Die Lage in Bosnien/Herzegowina und in Kroatien muß man stets auf ihre Wechselwirkung hin prüfen, es geht da und dort um die »serbische Frage«. Sie muß gelöst werden, genau so, wie die »albanische Frage«, die unter dem fest aufgesetzten Deckel vor sich hinbrodeln und mit einer Explosion droht. Es geht dabei keineswegs nur um Kosovo, sondern auch um die Albaner in Mazedonien, wo sie mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung stellen, in Montenegro und einigen südlichen Gemeinden des eigentlichen Serbiens. Die Albaner können von sich sagen, sie seien ein geteiltes Volk, sie irren, wenn sie behaupten, sie seien das einzige auf mehrere Staaten aufgeteilte Volk in Europa. Ich meine in dieser Hinsicht keine Minderheiten. Die Ungarn in der Vojvodina stellen ca. 5 Prozent aller Ungarn auf der Welt; die Albaner bilden nicht nur etwa 90 Prozent der Bevölkerung des Kosovo und fast 30 Prozent der Bevölkerung Mazedoniens, sondern zusammen bilden die Auslandsalbaner wohl mehr als die Hälfte ihrer Nation. (Prozentangaben sind unsicher, beruhen nur auf Schätzungen, weil es in den letzten Jahren bei den Ungarn viel Bewegung gab, die Albaner aus prinzipiellen Gründen die letzten Volkszählungen boykottierten.) Ein geteiltes Volk sind die Serben, weil nach dem Zerfall Jugoslawiens Teile der Nation in Kroatien, Bosnien/Herzegowina und Mazedonien geblieben sind.

Im 19. Jahrhundert hatten sich unter den Südslawen nur die Serben und Montenegriner, wie es in meinen Schulbüchern hieß, »vom türkischen Joch« befreit. Mazedonien war fester Bestandteil des ottomanischen Reiches, Kroatien und Slowenien Österreich-Ungarns. Eine »Erbfeindschaft« zwischen Serben und Kroaten bestand schon aus diesem Grund nicht, es gab keine direkte Berührung zwischen ihnen.

Die damaligen Großmächte machten sich Sorgen um den Balkan. So wie heute. In Berlin wurden 1878 neue Grenzen gezogen, die Königreiche Serbien und Montenegro anerkannt, für Bosnien/Herzegowina, von dem man schon damals nicht wußte, was man mit ihm anfangen sollte, erklärte man Wien zuständig. Bei den Serben – oder sagen wir lieber, den politischen Führungen der Serben, vor allem den beiden rivalisierenden Dynastien, von denen sich die Karadjorvić auf Rußland, die Obrenović auf Österreich stützten – bestand der Wunsch, sich in einem Staat zu vereinigen. Der spätere, nach der Ermordung von König Aleksandar Obrenović 1903 auf den Thron gelangte König Petar I. Karadjordjević kämpfte Ende des 19. Jahrhunderts unter dem Pseudonym Petar Mrkonjić in Bosnien.

Es handelt sich also keineswegs um ein neues Problem, und die Interessen ausländischer Großmächte waren von Anfang an mit im Spiel. Für heute wesentlich, besonders wenn man von einer serbischen Aggression in Kroatien und Bosnien spricht, ist, von der Tatsache auszugehen, daß nicht von Außen her die Serben in den letzten beiden Jahren hereingeströmt und Land an sich gerissen haben – wie Zeitungsleser und Fernsehzuschauer im Westen auf Grund der oberflächlichen Berichterstattung glauben – sondern, daß sich die seit vielen Jahrhunderten hier lebenden Serben mit ihrem Mutterland, wenn es sein muß, auf Rechnung der anderen Völker, vereinigen wollen.

Das nationale Ziel »alle Serben im selben Staat« schien nach dem I. Weltkrieg auf Grund der Beschlüsse in Versailles, (wieder beschlossen die großen Siegermächte über Grenzen auf dem Balkan) im »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen«, das sich 1929 in Jugoslawien umbenannte, mit einer serbischen Dynastie erreicht. In Titos föderalistisch organisiertem Jugoslawien kam die relative Mehrheit der Serben im gemeinsamen Staat nicht mehr so stark zum Ausdruck, aber sie lebten innerhalb der selben Grenzen. Der Einsatz der »ju-

goslawischen Volksarmee« gegen die »Abspaltung« Sloweniens, Kroatiens und zuletzt Bosnien/Herzegowinas galt der Erhaltung Gesamtjugoslawiens, was gleichzeitig auch das vorrangige Interesse der Serben war. Die Armee wurde aber relativ früh abgezogen, ihre Rolle sollte man nicht überbewerten. Nicht zufällig sprechen die Nationalisten in Serbien sogar von einer »verräterischen Rolle« der führenden jugoslawischen Generale 1991 und 1992.

Die meisten Serben glauben 1994, daß sie dem Ziel der Vereinigung näher gekommen sind. Zur Zeit aber spricht man von »serbischen Ländern«. Das sind neben der *Bundesrepublik Jugoslawien* die *Republik der Serben* in Bosnien und die *Serbische Republik Krajina* in Kroatien. Aus ihren Hauptstädten Pale und Knin sind schon öfter Vorschläge, sogar Beschlüsse gekommen, ihre Vereinigung mit Jugoslawien zu formalisieren. Belgrad hat es abgelehnt. Die Begründung: Man ist an dem internationalen Prozeß der Befriedung aller vom Krieg ergriffener Gebiete in Kroatien und Bosnien/Herzegowina beteiligt und will einer Entscheidung, die allen involvierten Parteien gerecht wird, nicht vorgreifen. Dazu heißt es, selbstverständlich gewähre man den Serben »jede mögliche humanitäre und andere Hilfe«.

Belgrad betont, es sei seit dem Rückzug der jugoslawischen Streitkräfte aus Bosnien und Kroatien, seit Mai 1992, am Krieg nicht beteiligt. Für die Teilnahme von Freiwilligen aus Jugoslawien könne man nichts. Es gibt viele konkrete Beweise dafür, daß es so einfach nicht ist. Allerdings sind Ende März die »Schulungszentren« der »Serbischen Freiwilligengarde«, genannt »Tiger«, unter dem Kommando des international steckbrieflich gesuchten Verbrechers Željko Ražnatović-Arkan, und ein anderes unter Kommando des geheimnisvollen »Hauptmann Dragan« aufgelöst worden.

Natürlich könnten ohne wirtschaftliche Hilfe die serbischen »Staaten« in Bosnien und Kroatien keinen Tag existieren. Trotzdem ist der Einfluß von Slobodan Milošević auf ihre Führungen un-

klar. In der letzten Zeit hat er sich in der Krajina sicher vergrößert. Nach langem Tauziehen gelang es Milošević, einen ihm vollkommen ergebenen Mann, den früheren Provinzpolizisten Milan Martić, als »Präsidenten der Republik« einzusetzen. Die Beziehungen zu den »Präsidenten« der bosnischen Serben Dr. Radovan Karadžić verändern sich von Woche zu Woche. Er ist eine viel stärkere und eigenständigere Persönlichkeit als Martić. Dafür ist der Kommandant der serbischen Truppen in Bosnien General Ratko Mladić mit dem Generalstabschef Jugoslawiens General Momčilo Perišić kameradschaftlich eng verbunden und nimmt seine »Ratschläge« meist gerne an. Und man darf annehmen, daß Perišić sagt, was ihm Milošević zuflüstert.

Die Serbenrepubliken in Bosnien und Kroatien haben eine lange gemeinsame Grenze und sind durch denselben schmalen Korridor südlich des Save-Flusses mit dem Mutterland Serbien verbunden. Nicht zufällig hat Zagreb im März versucht, die Blauhelme an der Grenze Kroatiens zu Bosnien, sprich, zwischen den beiden serbischen Gebieten, stationieren zu lassen, (was der Sicherheitsrat nicht in seine Resolution aufgenommen hat) um ihre Gemeinsamkeit zu erschweren. Die ersten Flugzeuge, die vom bosnischen Himmel hinuntergeschossen wurden, sind vom Flugplatz Udbine der kroatischen Serben aufgestiegen. Andererseits haben in den vergangenen zwei Jahren die Kroaten nie ernsthaft versucht, die Verbindung zwischen Serbien und den westlichen Serbengebieten zu unterbrechen, was auf eine mindestens stillschweigende Abmachung schließen läßt.

Ereignisse überstürzen sich, und der Mensch ist vergeßlich. Um die heutige Lage zu verstehen, muß man sich immer wieder vergegenwärtigen, wie es zu diesem Kriegsgeschwür auf der empfindlichen südöstlichen Flanke Europas gekommen ist. Für mich sind folgende Ereignisse die wichtigsten Meilensteine:

Vom 21. bis 23. Januar 1990 fand der 14. (letzte) Parteitag des BUNDES DER KOMMUNISTEN JUGOSLAWIENS statt. Der

wichtigste Streitpunkt: Die serbischen Kommunisten forderten für jedes Parteimitglied eine Stimme. Damit könnten Serben die Partei dominieren. Vor allem die Slowenen kämpften verzweifelt für die Beibehaltung des Status quo: Gleichberechtigung bei den Entscheidungen für die *neun Parteiorganisationen* (der sechs Republiken, zwei autonome Gebiete Kosowo und Vojvodina und der Streitkräfte). Als sie einsahen, daß nichts zu machen war, zogen sie aus dem Saal. Ich werde das Bild nie vergessen: Einige Slowenen weinten. Mitten in der serbischen Delegation saß Milošević und lachte. Die Partei war die wichtigste Klammer, die Jugoslawien zusammenhielt. Erst als sich das als unmöglich erwies, ergriff die sezessionistischen Kräfte in Slowenien, Kroatien, danach Mazedonien und Bosnien/Herzegowina die Chance und gewannen die ersten freien Wahlen in ihren Ländern.

Am 17. August 1990 lehnten es Polizisten in Knin ab, die neuen kroatischen Hoheitszeichen auf ihre Mützen zu setzen. Vorher hatte am 23. April die nationalistische Partei HDZ (Kroatische Demokratische Union) die Wahlen haushoch gewonnen und ein altes kroatisches Wappen aus dem Mittelalter eingeführt, das auch vom faschistischen Ustascha-Staat 1941–1945 geführt worden war. Um Gewalt aus Zagreb zu verhindern, wurden am 19. August Balken auf die Straßen gelegt. Damit begann die Abtrennung der Krajina von Kroatien. Der Polizist, der die Aktion in Knin befahl, Milan Martić, ist heute »Präsident der Serbischen Republik Krajina«.

Am 16. November fanden Wahlen in Bosnien/Herzegowina statt (Stichwahl am 12. Dezember). Über 80 Prozent der Bürger gaben den drei nationalistischen Parteien, der moslemischen SDA, der serbischen SDS und der kroatischen HDZ (die mit der führenden Partei in Kroatien identisch ist) ihre Stimmen, die übrigen, vor allem Reformisten, die den noch amtierenden gesamtjugoslawischen Premier Ante Marković unterstützen, und die zu »demokratischen Sozialisten« gemauserten Exkommunisten, die sich für den Er-

halt eines gemeinsamen Jugoslawiens einsetzten, erlitten eine vernichtende Niederlage. Ante Marković hatte sich mit voller Kraft eingesetzt, gerade in Bosnien und Herzegowina Unterstützung zu finden – umsonst. (Erst ein Jahr später wird der längst Entmachtete aufgeben und am 20. Dezember 1991 zurücktreten.)

An diese Wahlen in Bosnien muß man heute denken. Alle Akteure berufen sich auf sie. Aus ihnen ist Alija Izetbegović als Präsident des Staatspräsidiums (bestehend aus zwei Moslems, zwei Serben, zwei Kroaten und einem »Jugoslawen«) hervorgegangen. Die serbischen Abgeordneten in Pale sind genau so »selbsternannt«, wie die Abgeordneten der Izetbegović-Partei SDA und Izetbegović selbst. Die serbischen Abgeordneten haben, nachdem sie mehrmals von den moslemischen und kroatischen Abgeordneten überstimmt wurden, obwohl verabredet war, man würde in wichtigen Fragen stets einen Konsens zwischen den

drei Nationen suchen, das gemeinsame Parlament verlassen und sich als *eigenes* konstituiert.

Vor drei Jahren, am 31. April, dem Ostersonntag 1991, wollte eine kroatische Polizeieinheit Serben aus der Direktion des Nationalparks von Plitvice verjagen, die dort gewaltsam die Leitung übernommen hatten. Es kam zu Gefechten, die Bundesarmee mischete sich ein. In Split kam es zu Ausschreitungen gegen die Armee. Das Staatspräsidium erklärt am 2. Mai: »Jugoslawien steht am Rande des Bürgerkrieges«, das Oberkommando der Streitkräfte am 7. Mai: »Der Bürgerkrieg hat begonnen«.

Am 16. Juni übernahm Slowenien die Oberhoheit an seinem Teil der jugoslawischen Grenze und die Zollabwicklung. Zwei Wochen später versuchte die Bundesarmee, diese Grenzen zu übernehmen. Es kam zum »Siebentagekrieg« in Slowenien. Die slowenische Territorialverteidigung besiegte die Bundesarmee, die vor allem aus unmotivierten, schlecht

Sarajevo: Der permanente Notstand

Foto: dpa



ausgebildeten jungen Soldaten bestand und nicht wagte, schwere Waffen in vollem Umfang einzusetzen.

Am 30. September begann die jugoslawische Armee ihre sinnloseste Aktion, den Großangriff auf Dubrovnik und den südlichsten Teil der kroatischen Adriaküste. Aus den Memoiren des damaligen Verteidigungsministers General Kadijević läßt sich feststellen, daß die Absicht war, den ganzen östlichen Teil Kroatiens zu erobern. Das mißlang. Die Eroberung des Gebietes Konavle östlich von Dubrovnik wurde zu einem Plünderungszug undisziplinierter, ungehorsamer Horden in jugoslawischer Uniform.

Ende 1991 nahmen Jugoslawien und Kroatien den *Vance-Plan* der UNO an. Die Aktion der UNO konnte beginnen. Blauhelme stellten sich zwischen Kroaten und Serben. Über den endgültigen Status der von Serben besetzten Gebiete sollte auf friedlichem Wege verhandelt werden. Das funktionierte nur halbwegs, aber das Schlimmste war abgewendet. Immer wieder flackerten Kämpfe auf. Die neueste Entscheidung des Sicherheitsrates vom März 1994 unterscheidet sich von jener im Dezember 1991 nur im Detail.

Ostern 1992 – wieder Ostern – wurde in Sarajevo auf eine serbische Hochzeitsgesellschaft geschossen. Das war der Beginn der Kämpfe in Bosnien. Vorher, am 27. Februar, hatten bei einem Referendum 99 Prozent der Moslems und Kroaten – die Serben hatten diesen Volksentscheid boykottiert, weil sie sich für einen eigenen »Serbenstaat« entschieden hatten – für die Unabhängigkeit Bosniens und Herzegowinas gestimmt. Schon am 5. Mai gab das Oberkommando der jugoslawischen Streitkräfte auf, rief Soldaten mit Wohnsitz in Serbien und Montenegro aus Bosnien und Herzegowina zurück. Lokale Offiziere übernahmen das Kommando. Waffen, Stützpunkte, unterirdische Waffenfabriken, Munition, Ersatzteil- und Benzinlager gerieten in die Hände serbischer Offiziere, aber keineswegs alle. Die Beute für alle drei Nationen war groß. Zu Titos Zeiten wurde Bosnien als Stützpunkt und Kommandozentrale für den Fall eines Angriffes des

Warschauer Paktes auf Jugoslawien ausgerüstet. In den höheren Rängen der »Jugoslawischen Volksarmee« waren Angehörige aller Völker gleichmäßig vertreten, erst auf der Ebene von Bataillonen und darunter ergab sich die Überzahl der Serben, weil andere den militärischen Beruf ungern ergriffen.

Keine Hoffnung auf den Frieden

Für den Krieg in Bosnien und Herzegowina ist bis zu dem heutigen Tag entscheidend, daß die »Heerführer« aller drei Seiten aus derselben Schule kommen. Die meisten von ihnen, die jetzt als Generäle miteinander verhandeln oder Krieg führen, waren als Leutnants oder Obersten Kameraden in den Militärschulen, haben in denselben Garnisonen gedient, in denselben Kasinos Karten gespielt, in denselben gesonderten Ferienanlagen am Meer und in den Bergen Urlaub gemacht, mit den selben Frauen geflirtet. Sie kennen einander in- und auswendig. Und wenn man ihre Karrieren betrachtet – trifft man auf ähnliche Typen. Meist waren sie undisziplinierte, bei ihren Vorgesetzten unbeliebte Offiziere – wurden oft versetzt; als Soldaten begabt, sind sie trotzdem schnell Oberstleutnant oder Oberst geworden: Man konnte nicht umhin, sie zu befördern, wollte sie aber stets loswerden.

Allerdings darf man nicht vergessen, daß außer hohen Offizieren, die das Land, vor allem Bosnien und Herzegowina, zugrunde gerichtet haben, als seien es Erdhaufen beim Sandkastenspiel, es noch eine zweite Kategorie von Menschen gibt, die keinen Frieden wollen: jene, die am Krieg verdienen.

Gerade dank Fronten, Grenzen und Sanktionen gegen Jugoslawien ist eine Schicht von Schmugglern, Waffenhändlern, Schwarzmarktbossen und Räufern, die von keinem Verbrechen und keinem Mord zurückschrecken, um sich zu bereichern, zum Zuge gekommen. Die Verstrickung dieser Leute mit dem herrschenden Regime in Serbien ist unheimlich; aber überall, besonders in Bosnien auf allen drei Seiten, sind sie stark ge-

nug, um mit Provokationen die Friedensversuche zu vereiteln.

Das Frühjahr 1994 brachte eine neue Entwicklung. Sie stützt sich auf allgemeine Kriegsmüdigkeit und Parteien. Ob sie die Wende bedeutet ist unsicher, weil die beiden wichtigsten Fragen offen und scheinbar unlösbar geblieben sind:

- In *Kroatien* besteht Zagreb darauf, daß die Serben in der Krajina Rebellen sind, das Gebiet somit ein Teil des souveränen Kroatiens ist, die Serben doch eine eigene Republik bilden, Kroatien könne nur als Staat mit einem anderen Staat über gemeinsame Interessen verhandeln;
- In *Bosnien/Herzegowina* sind nicht einmal die Grenzen zwischen den kroatischen und moslemischen Kantonen ausgehandelt, geschweige denn, welche Gebiete die Serben noch abtreten müssen. Die »ethnische Säuberung« ist noch auf allen Seiten in vollem Gange.

Was aber bezweckte die EU, als sie nach ihrem Ultimatum, die schweren, serbischen Waffen um Sarajevo zurückzuziehen – nachdem sie schon gesehen hatten, daß sie es durchsetzen können – die Russen so feierlich auf den Plan zu rufen? Die Nacht des Ultimatus verstrich deshalb bei den bosnischen Serben als Volksfest. Ochsen wurden zur Feier des Tages auf dem Spieß gebraten. Die olympischen Scheinwerfer auf dem Berg Jahorina waren eingeschaltet, man fuhr Ski in dieser Nacht. Die dreihundert Russen hätte der britische General Rose auch ohne große UNO-Beschlüsse aus Vukovar nach Sarajevo kommandieren können, wenn er es für richtig hielt. So beriefen sich die Serben auf ihren alten Trost: Mit den Russen zusammen zählen wir 170 Millionen!

Vielleicht wird es jetzt friedlicher. Vielleicht. In Sarajevo fahren zwei Straßenbahnlinien. Man spielt Fußball. Schwieriger als vor fünf Jahren aus West- nach Ostberlin, aber immerhin kann man aus dem moslemischen Zentrum Sarajevos in die serbischen Vorstädte gelangen, und es gibt öfter Strom und Gas und ein klein wenig mehr zu es-

sen. In Sarajevo, längst nicht in allen bosnischen Städten!

Während ich dies Anfang April schreibe, behaupten serbische Medien, die Moslems hätten ihre angekündigte Frühlingsoffensive in Ostbosnien gestartet, weil sie nicht mehr in die Kämpfe mit den Kroaten verwickelt sind. Aus Sarajevo wird behauptet, die Serben wollen Goražde und die letzten Moslemenklaven nach der Drina erobern. Beides klingt logisch. Man weiß nicht einmal, wer genau die (hoffentlich) letzte Granate auf Sarajevo abgefeuert hat, die Dutzende von Menschen auf dem Markt *Markale* (Verballhornung des deutschen Wortes »Markthalle«) feuerte, nicht einmal, was wirklich im UNO-Bericht darüber steht. Es ist auch egal, tausende und abertausende von Granaten hat die Artillerie des serbischen Generals Mladić auf Sarajevo geschossen, selbst wenn diese eine nicht auf ihr Konto geht, ihre Hände können sie nicht in Unschuld waschen.

Nein. Ich glaube nicht an den Frieden, so lange die jetzigen führenden Politiker in den Staaten, die sich auf dem Raum des ehemaligen Jugoslawiens gebildet haben, an der Macht sind. Ich will sie nicht gleichsetzen. Sie sind tatsächlich nicht gleich schuldig. Aber zu den Konsequenzen, die gezogen werden müssen, gehört die Einsicht: Mit ihnen geht es nicht.

Sarajevo, Vukovar und all die vielen sinnlos zerstörten Städte werden wieder aufgebaut. Die wunderbare steinerne Brücke in Mostar wird von Stahlträgern und Beton gestützt, aber doch in alter Form wiederentstehen und junge Burschen werden für ein Kleingeld von ihr in die dunkelgrüne Neretva springen. Wie einst. Ich weine oft vor dem Fernsehgerät, aber vielleicht wird das mehr mit der Wehleidigkeit des Alters zusammenhängen, als damit, daß die Menschen so schlecht sind. Sie sind nicht schlechter geworden, als sie schon immer waren.

Demokratische Diktatur in Kroatien

Es mag paradox erscheinen, daß Kroatien vier Jahre nach den ersten freien Mehrparteienwahlen mit etwa 30, meist aktiven politischen Parteien immer noch im Zeichen des politischen Einparteiensystems lebt. Es handelt sich dabei nicht mehr um das kommunistische Einparteiensystem, aber es weist ziemliche Ähnlichkeit mit diesem auf. Die Partei, die die Wahlen im April 1990 mit einer satten Mehrheit und die Wahlen von 1992/93 mit einer weniger überzeugenden Mehrheit gewonnen hatte (die *Kroatische Demokratische Gemeinschaft*), faßte ihre Wahlsiege als Mandat zur absoluten Herrschaft auf. Die gute Analytikerin des Postkommunismus, die kroatische Soziologin *Vesna Pusic*, nannte dieses Phänomen sehr treffend »Diktaturen mit einer demokratischen Legitimität« (Kulturzeitschrift *ERASMUS*, Zagreb, 1/93).

Zu Weihnachten 1990 nahm das kroatische Parlament eine Verfassung an, die den Kriterien eines modernen demokratischen Staates entspricht: Es werden die bürgerlichen und politischen Freiheiten, freies Unternehmertum und Eigentum, die Rechte nationaler Minderheiten, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und der Regierung, die gesetzgebende Kompetenz des Parlaments, die Freiheit der Presse und der elektronischen Medien garantiert. Aber seit Griechenland, Lateinamerika, Polen, Ungarn und Rußland hat sich schon oft gezeigt, daß Verfassungen an sich den bestehenden Zustand der Gesellschaft nicht verändern, obwohl sie ein notwendiger Schritt hin zu diesen Veränderungen sind. Sie bleiben »leere Worte auf dem Papier, wenn sie nicht durch gesellschaftliches Handeln zu einer achtenswerten Institution werden«, beziehungsweise »wenn sie zu einem Mittel der Tagespolitik werden, anstatt zu einem Rah-

men, innerhalb dessen es den politischen Kampf zu führen gilt« (Branko Smerdel, Zeitschrift *NASA ZAKONITOST*, Zagreb, 1/93).

Durch den Angriffskrieg gegen Kroatien 1991, mit den folgenden und bis heute andauernden Kriegsspannungen wurde die Anwendung der demokratisch verabschiedeten Verfassung wesentlich erschwert, aber dies ist dennoch nur ein Teil der Erklärung. Der Totalitarismus eines halben Jahrhunderts hinterließ tiefe Spuren in der politischen Kultur der Gesellschaft, im Verhalten und in der Mentalität der Menschen. Der Begriff der Macht, besonders der Staatsmacht, hat sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht wesentlich geändert.

Dank des Mehrheitswahlsystems darf die Siegerpartei des Jahres 1990 mit nur etwa 35 % Stimmen etwa 70 % der Abgeordnetensitze in beiden Häusern des Parlaments belegen. Auf diese Weise entstand ein Abstimmungsapparat, der gehorsam und fehlerlos den Willen der Parteiführung und Gesetz und Beschlüsse nach eigenem Gusto durchsetzt. Die Diskussionen im Parlament sind meist nur eine Unterhaltung für das Fernsehpublikum, denn noch nie haben sie zu einer Änderung der vorbereiteten Vorschläge geführt. Alle wesentlichen Entscheidungen werden in einem Kreis von fünf bis zehn Personen um den Parteivorsitzenden gefällt, der zugleich Präsident der Republik ist und sehr weitgefaßte Befugnisse hat. So bestätigt sich die alte Erfahrung, daß verfassungsmäßige Machtbeschränkungen sehr wenig zu bedeuten haben, wenn kein Pluralismus der Machtzentren besteht, ebenso, wie formal erstellte demokratische Institutionen wenig bedeuten, wenn sie aus einem Zentrum dirigiert werden. Zwar zeigten sich innerhalb der herrschenden

Partei in letzter Zeit offen große Unterschiede, insbesondere im Verhältnis zur Politik gegenüber Bosnien und der Herzegowina, aber Präsident Tudjman konnte bisher in diesen Diskussionen ausgleichend wirken und sich als fleißiger Politiker darstellen; somit hängen in letzter Instanz alle Entscheidungen von ihm ab. Der ehemalige General mit seinem autoritären Verhalten, der zu häufigen, langen Reden und einem übertriebenen Zeremoniell neigt, ahmt – wie es scheint – Marschall Tito in vielem nach, wodurch die jetzige Macht der früheren noch ähnlicher wird.

Obwohl schon die nächsten Wahlen in zwei Jahren eine Änderung der Machtverhältnisse bringen können (und Meinungsumfragen zeigen, daß dies durchaus im Bereich des Möglichen liegt), verhält sich die an der Macht befindliche Partei, als wäre sie für immer an der Macht, so wie dies früher die Kommunistische Partei tat. Die Regierung wird von einer Partei gestellt. Die größten Wirtschaftsunternehmen blieben in staatlichem Besitz, und in ihrem Vorstand (Direktoren und Verwaltungsräte) befinden sich nahezu ausschließlich Mitglieder der herrschenden Partei. Durch dauernde Umbesetzungen okkupierte die herrschende Partei alle Schlüsselpositionen in Militär und Polizei, im Ministerrat, dem Beraterteam bis hin zu lokalen Chefs und Kommandanten in einzelnen Regionen und Gemeinden. Ähnlich ist es in der Diplomatie, im Bankwesen und in der Mehrheit der anderen, staatlich kontrollierten Dienste. Es wird sogar in Schulen das Gesetz der Wiederwahl dazu benutzt, um möglichst viele Mitglieder der *Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft* (HDZ) auf Direktorenposten zu bringen. Unaufhörlich und hartnäckig ist die herrschende Partei bestrebt, überall eine Institution nach der anderen zu »erobern«, indem sie Führungsposten mit ihren Mitgliedern besetzt. Der Mitgliedsausweis der HDZ ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Karriere geworden, wichtiger als fachliche Fähigkeiten, ähnlich wie dies früher die Mitgliedskarte beim BUND DER KOMMUNISTEN war.

In der Schlußphase des schon geschwächten Kommunismus und beim kurzen Aufblitzen der freiheitlichen Bewegung von 1989–90 gelang es einigen Institutionen, einen hohen Grad an Autonomie zu erzielen, was nunmehr jedoch systematisch eingeeignet werden soll. Durch ein neues Gesetz vom Herbst 1993 wurde die bisherige Autonomie der Universität beschränkt, was ermöglichte, daß durch Manipulation und Druck die Wahl des Rektors der Zagreber Universität in einem an das alte kommunistische Wahlsystem gemahnenden Vorgang mit nur einem Kandidaten abgewickelt wurde. Die Wahl fiel auf einen Mann, der zugleich einer der fünf Vizepräsidenten von Tudjman in dessen HDZ ist! (In den letzten 25 Jahren kommunistischer Herrschaft gab es regelmäßig mehrere Kandidaten, von denen einige auch unabhängige Persönlichkeiten waren, die der herrschenden Partei nicht nahestanden.)

Derartige Manipulationen sind nicht widerstandslos durchzuführen; bezeichnend das Beispiel der MATICA HRVATSKA, der ältesten und einflußreichsten Kulturgesellschaft Kroatiens. Schon seit drei Jahren ist der Vorsitzende der MATICA HRVATSKA, Vlado Gotovac, ein hochgeschätzter Schriftsteller, der durch seine Opposition dem kommunistischen Regime gegenüber nationalen Ruhm erlangte und der wegen seiner Einstellung mehrmals, für insgesamt sechs Jahre, im Gefängnis war (als »kroatischer Havel«). Als starke, unabhängige Persönlichkeit liberaler Orientierung ist Gotovac auch jetzt ein heftiger Kritiker des Regimes und Präsident Tudjmans. Daher versuchen die Mitglieder der herrschenden Partei, innerhalb der MATICA HRVATSKA schon seit zwei Jahren, Gotovac abzulösen, was ihnen bisher nicht gelungen ist, so daß die »Matica« ihre Integrität und Unabhängigkeit dem Regime gegenüber zu bewahren imstande war.

Das Bestreben, die Unabhängigkeit zu bewahren, zeigt sich auch immer mehr im Gerichtswesen, dem ebenfalls hartnäckige Einmischungen der herrschenden Politik nicht erspart bleiben. Vom Gemeindegericht bis zum Obersten

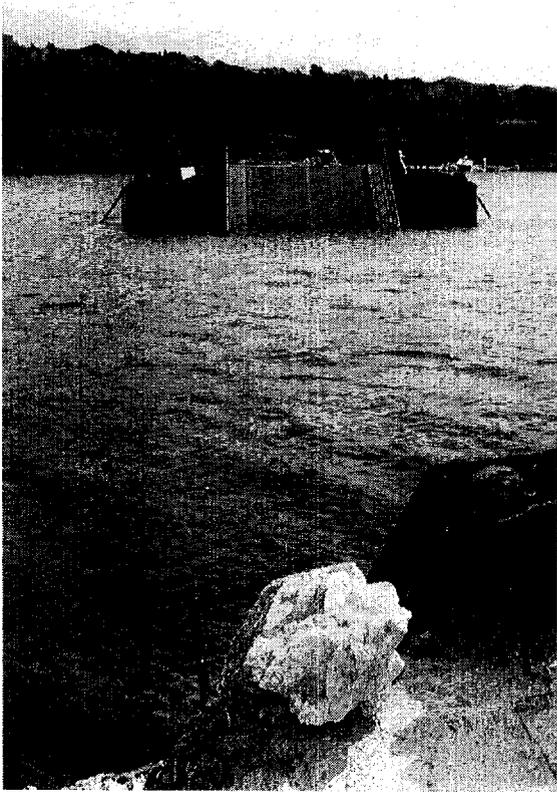
Gerichtshof gibt es an allen Gerichten zusammen etwa 1 800 Richter. Durch Ernennungen und Umbesetzungen, für die bisher das Parlament zuständig war, wurden in den letzten vier Jahren etwa 60 % der Richterämter umbesetzt. Vor allem wurden Richter abgelöst, die sich während des kommunistischen Regimes zu sehr kompromittiert hatten oder auch zahlreiche Richter mit serbischer Nationalität. Da die Richter nicht Mitglieder politischer Parteien sein dürfen, wurden die Neuernennungen nicht nach dem Kriterium der Zugehörigkeit zur herrschenden Partei vorgenommen, sondern nach dem der »Tauglichkeit«, was allerhand bedeuten kann, und sehr häufig bedeutete es Gehorsam der herrschenden Politik gegenüber.

Derart entstand eine heterogene Richterschaft, in der es Persönlichkeiten gibt, die ihre persönliche Integrität und Berufsethik wahren, aber es gibt auch solche, die schon bewiesen haben, daß sie bereit sind, den »Rat« der Vertreter der Macht oder der herrschenden Partei zu befolgen, und zu denen gehört leider auch der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes. So läßt sich auch eine Erklärung dafür finden, daß einige berüchtigte politische Morde kein gerichtliches Nachspiel haben, daß sich die Machthaber allzu häufig der gerichtlichen Verantwortung wegen Amtsmißbrauchs entziehen und Gewaltvergehen gegen Bürger serbischer Nationalität selten oder auffällig milde bestraft werden, während es vorkommen kann, daß Angehörige der politischen Opposition vor Gericht diskriminiert werden (z. B. die führenden Mitglieder eines Flügels der rechten *Partei des Rechts*). Jegliche Generalisierung wäre jedoch fehl am Platze, denn gerade in letzter Zeit kommt es häufig vor, daß auch Angehörige des politischen Establishments vor Gericht Prozesse verlieren, etwa wenn sie politische Kritik für beleidigend halten oder kritische Reporter verklagen wollen.

Nach neuem Gesetz unterliegen nunmehr alle Richter erneut der Wiederwahl. Ernennungen nimmt nicht mehr das Parlament vor, sondern ein aus 15 Mitglie-

dem bestehender Staatsgerichtsrat, wobei dessen Ernennung durch das Parlament erfolgt und sein Mandat acht Jahre beträgt. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs, Milan Vukovic, hat sich ohne Abstimmung als Vorsitzender des neuen Rates vorgeschlagen; dagegen protestierte die Mehrheit der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes. Bei einer geheimen Abstimmung verweigerten sie ihm, ihrem Vorsitzenden, die Unterstützung. Daraufhin ernannte der Präsident der Republik durch seinen Präsidialrat eine Kommission, die die Aufgabe hatte zu untersuchen, »warum die Vorschläge für den Staatsgerichtsrat noch nicht vorliegen«. Diese Kommission schlug erneut den aktuellen Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Milan Vukovic, als Vorsitzenden des Staatsgerichtsrates vor. Inzwischen protestierte der Justizminister dagegen, weil er von niemandem eine Unterstützung für Vukovic bekommen hatte. Der Klub der HDZ-Abgeordneten in Parlament blieb trotzdem beim vorgefaßten Beschluß zugunsten Vukovics. Nach weiteren Protesten in der Öffentlichkeit und formalen Verwirrspielen wird nun die Angelegenheit in den Parlamentsausschüssen verzögert. Ein Ende ist nicht abzusehen.

Gleichzeitig zeichnet sich eine noch schwerwiegendere Affäre ab: Der Präsident einer der beiden Parlamentskammern (*zupanijski dom*), Josip Manolic, der leitende Mann des gemäßigten Flügels der HDZ, wurde wegen parteiinterner Streitigkeiten aus dem Zentralrat der HDZ ausgeschlossen. Schon am selben Tag verlangte seine Partei auch seinen Rücktritt vom Posten des Vorsitzenden der Parlamentskammer, was er aber ablehnte. In der noch andauernden Diskussion zeigte sich erneut, daß die herrschende Partei ihre eigenen Interessen den Staatsinteressen gleichsetzt, auch wenn dies, wie im vorliegenden Falle, im Widerspruch zur öffentlichen Meinung und der vorgeschriebenen Prozedur steht. Dennoch ist es ermutigend, daß derartige Machenschaften auf immer stärkeren Widerstand und öffentliche Kritik stoßen.



Zadar, Kroatien: Die gesunkene Maslenica-Brücke
Foto: dpa/Rajtic

Es scheint, als stünden Kroatien nach drei Jahren Krieg ruhigere Tage bevor. Nach Krieg und Ausnahmezustand, die die ersten Schritte der Demokratie erschwerten, könnte die Beruhigung der Lage für die Demokratie in Kroatien eine Ermutigung bedeuten. Es ist bereits ein Rückgang des nationalistischen Radikalismus zu verspüren. Leider haben auch die Oppositionsparteien bisher keine Wirtschafts-, Sozial- oder Systemprogramme entwickelt, waren sie doch in der Hauptsache damit beschäftigt, wettzueifern, wer die Verteidigung der nationalen und staatlichen Integrität Kroatiens überzeugender vertreten würde. Die politische Kultur der Oppositionsparteien unterscheidet sich zu wenig von der herrschenden Partei. Deshalb ist auch für die kroatische Demokratie von der jetzigen Opposition nicht allzu viel zu erwarten. Zum Unterschied zwischen der HDZ und der HSLs (*Kroatische liberal-so-*

ziale Partei, momentan stärkste Oppositionspartei) äußerte sich Vesna Pusic in einem Interview: »Auf den ersten Blick scheinen die Unterschiede unwesentlich und gering zu sein, und dennoch: Wenn die HDZ die Wahlen verlieren sollte, sind wir nicht sicher, daß sie ruhig abtreten wird; im Gegensatz dazu würde dies die HSLs gewiß tun.« Natürlich waren der Zusammenbruch des Kommunismus und die Machtübernahme durch die siegreiche Partei ein erster Schritt in Richtung Demokratie. Demokratie setzt aber auch voraus, daß jene Partei auch eine Wahlniederlage hinnimmt und abzutreten versteht.

Das Gefühl, daß die Machthaber, wer immer sie auch sein mögen, abwählbar sind, ist im Vergleich zur Psychose des öffentlichen Lebens im Kommunismus ein ganz anderes; damals nämlich war es gekennzeichnet durch die Apathie, daß ohnehin nichts zu ändern sei. Welche Partei auch immer nach der HDZ an die Macht kommt, sie wird es nicht leicht haben. Die wichtigsten staatlichen Institutionen und die größten öffentlichen Unternehmen stehen unter der Kontrolle der HDZ.

Außerdem befinden sich das Fernsehen und zentrale Rundfunkstationen vollständig unter staatlicher Kontrolle, ihr informatives und politisches Programm wurde – teils wegen des Krieges und teils wegen der Gewohnheiten aus dem Einparteiensystem – zum bloßen Werkzeug der Kriegspropaganda. Erst kürzlich gelangte an die Öffentlichkeit, daß man dort schriftliche Anleitungen aus dem Büro des Präsidenten der Republik bekommt, die angeben, worüber und wie berichtet bzw. was verschwiegen werden soll. Alle alten Tages- und Wochenzeitungen wurden zunächst per Gesetz verstaatlicht und deren Aktien zu lächerlichen Preisen an verlässliche Mitglieder der herrschenden Partei verschleudert. Es entstanden keine unabhängigen Blätter. Selbst fähige professionelle Zeitungsleute können die ständig sinkende Auflage nicht halten; die Defizite werden aus staatlichen Fonds gedeckt, von staatlich kontrollierten Banken oder von der größten, ebenfalls unter staatlicher

Kontrolle stehenden Druckerei. Der Raum für die freie Äußerung öffentlicher Kritik ist damit deutlich eingeengt, aber er besteht dennoch. Bei den lokalen Wahlen in der Stadt Rijeka hat die HDZ nicht die Mehrheit gewonnen, so daß die dortigen Tageszeitungen dem Einparteiendruck weichen konnten und unabhängig blieben.

Publizistische Opposition auf dem Vormarsch

Eine Gruppe von fähigen Journalisten hat vor drei Jahren mit eigenen Mitteln das Wochenblatt *GLOBUS* gegründet, das durch die Aufdeckung verschiedener Skandale und Affären eine für kroatische Verhältnisse hohe Auflage von nahezu 200 000 Stück erzielt. Das Blatt ist finanziell und politisch unabhängig, häufig provokativ und der Staatsmacht gegenüber kritisch. Auf ähnliche Weise entstand voriges Jahr das Blatt *FERAL TRIBUNE*, zunächst als zweimal monatlich erscheinendes satirisches Blatt, das bald zum Wochenblatt wurde und nun auf dem besten Wege ist, zur anspruchsvollsten politischen Zeitung Kroatiens zu werden. Zu den unabhängigen Medien sind auch die Monatsschrift *ARKZIN*, finanziert von der *Soros-Foundation*, und die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift *ERASMUS* zu zählen.

ERASMUS wurde mit der finanziellen Unterstützung des *International Media Fund* aus Washington gegründet. Es gibt keine Zensur, und wenn man einige Schwierigkeiten um Druckereien und Distribution außer acht läßt, kann man sagen, daß finanziell unabhängige Medien volle Freiheit der Äußerung genießen. Ein gewisser eingeengter, karger Raum für Kritik besteht auch in den regimetreuen Blättern, die, um die Auflage und ihr quasi-demokratisches Gesicht zu retten, in einigen ihrer Rubriken Polemiken zulassen (z. B. Leserbriefe, Rubriken unter dem Titel »Reaktionen« oder »Standpunkte«). Dies ist für echte Kritik dennoch ein sehr beengter Raum, denn in delikaten Fällen orientiert sich die Redaktion trotz allem an regimetreuen

Standpunkten. Eine unabhängige Tageszeitung, ein unabhängiges Fernseh- und Rundfunknetz würden einen Gewinn für die demokratischen Atmosphäre in Kroatien bedeuten. Auch die finanziellen Perspektiven sind längerfristig nicht schlecht, was der Erfolg der bestehenden unabhängigen Medien beweist. Leider fehlt Startkapital, zudem machen offizielle Stellen beim Erhalt von Radio- und Fernsehfrequenzen Schwierigkeiten.

Impulse zur Förderung der demokratischen Atmosphäre in Kroatien werden also nicht aus den bestehenden politischen Strukturen kommen, am wenigsten aus jenen, die mit den heutigen Machthabern verbunden sind. Auch die bestehenden Oppositionsparteien stellen in dieser Hinsicht keine ausreichende Stütze dar. Die echten Anstöße kommen jetzt schon aus unabhängigen Kulturgemeinschaften, unabhängigen Institutionen zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte (der kroatische *Helsinki-Ausschuß*), aus den Kreisen Intellektueller oder von Bürgerinitiativen.

Ein zukunftsweisendes Beispiel ist die Wende, die mit der Versöhnung zwischen Kroaten und Moslems in Bosnien eintrat, wohl das Beste, was sich in den letzten drei Jahren auf dem gesamten Raum des ehemaligen Jugoslawien ereignete: Nach zahlreichen Mißerfolgen, einen Friedensschluß zu erzielen, kam endlich jene Idee einer geeigneten Kantonisierung und Gewaltentrennung bei einem Treffen bosnischer Kroaten am 6. Februar dieses Jahres in Sarajevo zum Tragen. Dies stellte die erste Grundlage einer Versöhnung dar, die weder die Staatsmacht, noch die politischen Parteien hervorgebracht hatten, am wenigsten die kämpferischen Politiker der Herzegowina. Diese Bürgerinitiative der bosnischen Kroaten wurde von der amerikanischen Administration aufgenommen; auf dieser Basis konnte sie sie durch ihren Einfluß, auch durch Druck bis zu einem Abkommen weiterentwickeln, das, nach nunmehr drei Jahren Verzweigung, endlich eine Ermutigung für die Zukunft darstellt.



DER MITTELSTAND MACHT'S MÖGLICH

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung sprechen gerade heute für mittelständische Unternehmen und Selbständige.

Sie stellen sich flexibel auf neue Anforderungen der Großunternehmen ebenso ein wie auf individuelle Nachfrage der privaten Haushalte.

Die mittelständische Wirtschaft ermöglicht als Zulieferer und Abnehmer die rationelle Produktion großer Serien, berät Kunden und bietet individuellen Service. Sie stellt auch zwei Drittel aller Arbeitsplätze und über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze bereit.

Die Sparkassen unterstützen sachkundig die Belange der örtlichen Wirtschaft, vor allem

mittelständischer Betriebe der Produktion und der Dienstleistung.

Sie haben 350 Mrd. DM Kredite an Unternehmen und Selbständige vergeben und sind der bedeutendste Kreditgeber der örtlichen Wirtschaft. Mit spezieller Beratung einschließlich elektronischer Datendienste stehen sie den mittelständischen Betrieben auch zu ihrer Vorbereitung auf den Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt zur Seite.

Die Sparkassen



Alija Izetbegović – ein Gefangener seiner Mission

Es ist kein korrektes Bild, das jene Spiegel von der Person und dem politischen Führer der bosnischen Muslime, Alija Izetbegović, reflektieren, in die die europäischen Politiker schauen, während sie die Europa-Politik in bezug auf das ehemalige Jugoslawien diskutieren. Und ebendas erklärt denn auch die vielen Widersprüchlichkeiten und Extreme in der Definition des inzwischen 68jährigen pensionierten Rechtsanwaltes.

Alija Izetbegović verkörpert eine »neue Pflanze«. Eine neue Pflanze, die im europäischen Garten wächst. Eine Pflanze, die manche Europäer mit ihrer übertriebenen Fürsorge und Pflege vernichten und die andere samt ihren Wurzeln ausreißen. Die Pflanze hofft dennoch, trotz dieser unterschiedlichsten Behandlungen zu überleben. Und sie hofft, daß sie die Chance bekommt, wachsen und stärker werden zu können. Der einzige Weg herauszufinden, welche Art von Pflanze man da nun schützt oder auch bekämpft, ist, sie sich direkt und sehr genau anzuschauen – und nicht durch die Spiegel, die lediglich die von Freunden oder auch von Feinden geschaffenen Zerrbilder reflektieren.

Izetbegović, 1925 in der bosnischen Stadt Bosanski Samac geboren, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes – ein »Skojevac«. Unmittelbar nach Kriegsende schloß Izetbegović sich der Geheimorganisation der JUNGEN MUSLIME an. Eine Organisation, die sich das »religiöse Erwachen aller Menschen mit einem muslimischen Namen« als Ziel auf die Fahnen geschrieben hatte. Ob seiner Aktivitäten für diese Organisation wurde er 1946 zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe fing Izetbegović an, unter dem Pseudonym L.S.B. für verschiedene islamische Zeitungen zu schreiben. Dank des Mutes, den er in seinen theoretischen Abhandlungen über den Islam offen-

barte, verschaffte er sich alsbald auf internationaler Ebene einen Namen in islamischen Kreisen. So daß er relativ schnell das Privileg erhielt, sich mit seiner Arbeit auf die theoretische Auseinandersetzung mit dem Islam konzentrieren zu können. Nebenher lebte er »ein normales« Leben, wurde Anwalt und erhielt eine Stelle an der Universität von Sarajevo im Fachbereich Transport und Kommunikationswesen.

1975 veröffentlichte Izetbegović ein Buch – mit dem Titel: »Der Islam zwischen Ost und West.« Ohne jede hinreichende theoretische Kenntnis der »nicht-islamischen« Welt unternahm er hierin den Versuch zu erklären, warum »muslimische Werte« die einzige »Brücke« darstellen, über die der Osten und Westen sich friedlich vereinigen könnten. Ein Buch, das sich, kurz gesagt, als philosophische Suppe beschreiben läßt, deren Hauptgewürz Izetbegovićs absolute Hingabe zum Islam ist. Ein Sammelsurium widersprüchlicher Aussagen, von denen manche nur als radikale islamische Botschaften verstanden und andere durchaus als kosmopolitische Ideen interpretiert werden können.

Ein weiteres wichtiges Buch Izetbegovićs, die *Islamische Deklaration*, später publiziert, illegal vervielfältigt und unter den Muslimen des früheren Jugoslawiens verteilt, brachte ihn zusammen mit elf weiteren Anhängern des Islamischen Jugendverbandes neuerlich ins Gefängnis. Das Gericht sah seine Schrift als »Aufforderung zur Vernichtung Jugoslawiens« und verurteilte ihn zu 14 Jahren.

1989, nach sechs Jahren, wurde Izetbegović vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. Zu einer Zeit, da serbische, kroatische und slowenische Nationalisten längst begonnen hatten, an der multiethnischen Struktur Jugoslawiens zu rütteln. Den Zeitgeist nutzend, gründete Izetbegović alsbald die muslimische Demokratische Aktionspartei/SDA, die die

Interessen der muslimischen Bevölkerung in Jugoslawien repräsentieren sollte. Eingangs schien es, als könne aus Izetbegovićs Sicht einzig das Überleben Jugoslawiens die oberste politische Priorität für die muslimische Bevölkerung sein. Er besann sich dann jedoch eines anderen, als offensichtlich wurde, daß Slowenien und Kroatien ihre Souveränität erreichen würden. Und Izetbegovićs neue Zielvorgabe lautete, Bosnien-Herzegowina zu einem eigenständigen Staat zu machen.

Unabhängiges Bosnien

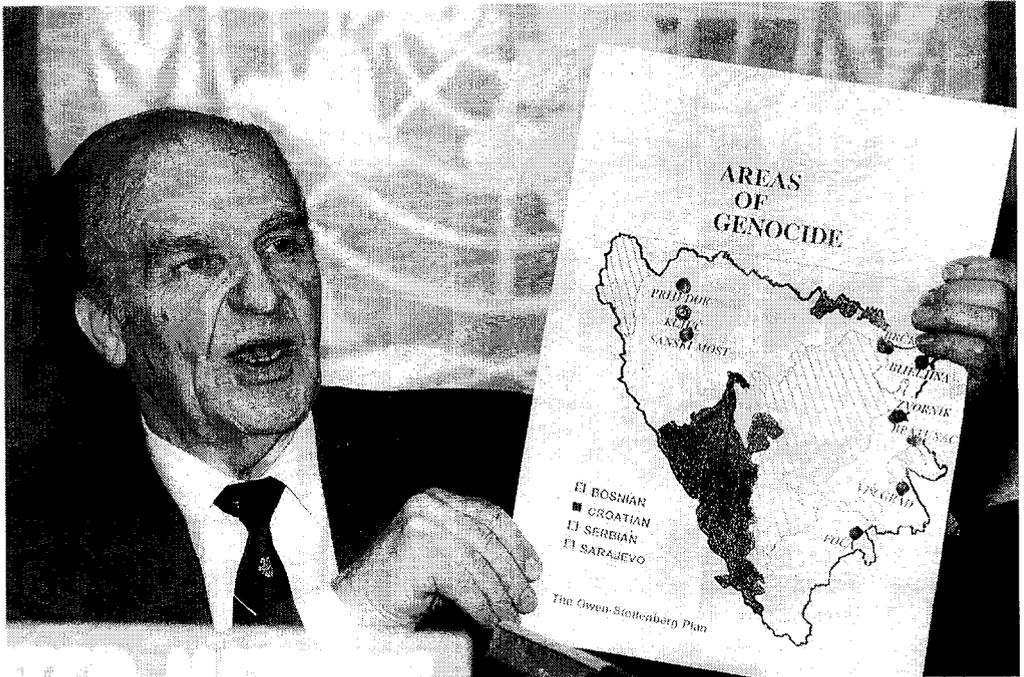
Izetbegovićs Methoden zur Durchsetzung der Unabhängigkeit Bosniens sind höchst aufschlußreich. Aufschlußreich hinsichtlich seiner Pläne, einen Staat nach dem Muster seiner eigenen philosophischen Vorstellungen zu errichten. Letztendlich hat er nie einen Hehl aus seinem innersten Wunsch gemacht, in einem islamischen Staat zu leben. Direkte Fragen nach seinen Bemühungen zur Schaffung eines islamischen Staates in Bosnien beantwortete er wiederholt mit der gleichen lapidaren Feststellung, wonach »ein derartiger Staat im Augenblick nicht real ist«. Konkret bestritten, daß er versucht, ihn zu errichten, hat er nie. Aber ebensowenig konnte er bisher seine Visionen von einem muslimischen Staat öffentlich proklamieren. Denn nach 50 Jahren Kommunismus und dem damit verbundenen nachdrücklichen Atheisierungs- und Urbanisierungsprozeß ist die muslimische Bevölkerung Bosniens an Izetbegovićs Ideen von einer »islamischen Zukunft« nicht sonderlich interessiert.

Dennoch hat Izetbegović sein Vorhaben klar definiert: Die Errichtung eines unabhängigen Bosniens, in dem die Moslemspartei SDA die dominierende Rolle bei der Etablierung des neuen politischen und gesellschaftlichen Systems spielt. Seine Verlautbarungen, mit denen er die Schaffung »einer bürgerlichen Gesellschaft« propagierte, waren nichts weiter als ein politisch-strategischer Schachzug, um international Anerkennung für

ein souveränes Bosnien-Herzegowina zu finden. Daß er von einem bürgerlichen Staat nicht einmal träumte, zeigen seine politischen Entscheidungen überdeutlich. Zusammen mit den nationalen Führern der Serben und Kroaten unterdrückte er jedweden Versuch von politischen Kräften, die sich ehrlich darum bemühten, die wahre Identität und die wahren Interessen Bosnien-Herzegowinas, die kollektiven Interessen aller in dieser multi-nationalen Republik lebenden Menschen zu artikulieren.

Als Präsident der Republik Bosnien-Herzegowina vertrat Izetbegović einzig und allein die Interessen seiner eigenen muslimischen Demokratischen Aktionspartei/SDA, die, wie er sagte, die einzige Interessenvertretung aller bosnischen Muslime sei. Mit dem Ergebnis, daß er die bosnischen Bürger mit anderen ethnischen Wurzeln den beiden anderen nationalen Parteien zutrieb: der Sozialistischen Partei Serbiens/SFS sowie der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft/HDZ. Daß eine solche Politik nur zu einem, nämlich zur Spaltung der bosnischen Bevölkerung führen konnte, liegt auf der Hand. Denn sie hatte zwischen drei nationalen Parteien zu wählen, die jeweils ihre eigenen und vielfach recht gegensätzlichen Pläne und Programme für die »Zukunft Bosnien-Herzegowinas« verfochten.

Dem Westen versprach Izetbegović eine »demokratische Gesellschaft« und dem Osten ein »islamisches Bosnien«. Die so geschaffene vermeintlich unüberwindliche Kluft versuchte Izetbegović dennoch auf seine Art zu überwinden: Mit endlosem Lavieren und Taktieren mit ständig wechselnden Erklärungen. Was ihm bei den Bosniern alsbald den Ruf einbrachte, es gebe den »Vormittags- und den Nachmittags-Izetbegović«. Diese Art von Dichotomie, bei der die »westliche« Hälfte mit der anderen, der islamischen Hälfte nicht vereinbar ist, findet ihre Fortsetzung in Izetbegovićs Privatleben. Im Juni 1993 berichteten eine Reihe der von Izetbegovićs kontrollierten Zeitungen, daß er zwei Frauen habe, eine »legale«, den westlichen Maß-



Alija Izetbegović präsentiert »Karte des Völkermordes«

Foto: dpa

stäben entsprechend, und eine weitere, »geheime«, nach der »Scharia«, dem religiösen Gesetz des Islam.

Und diese nur allzu evidente Ost-West-Dichotomie erklärt denn auch, warum Izetbegovićs Versprechungen und Unterschriften nie irgendeinen Wert hatten und warum man ihnen nie vertrauen konnte. Nichtsdestotrotz wurde er durch die internationale Gesellschaft legitimiert, die ihn zum einzigen legitimen Repräsentanten aller bosnischen Bürger erklärte. Einhellig wurde er von Europa und Welt mit dem Titel des »Präsidenten von Bosnien-Herzegowina« ausgezeichnet. Ein Titel, der in der Verfassung Bosnien-Herzegowinas nicht einmal existiert. In Wirklichkeit ist Izetbegović bis dato nichts weiter als der Führer seiner nationalen Demokratischen Aktionspartei/SDA.

Als ihm bewußt wurde, daß er Unterstützung auf seiten der internationalen Gemeinschaft fand, entschloß er sich, auf die strategische Karte »Alles oder Nichts« zu setzen. So daß er nun öffentlich in einer Rede vor dem bosnischen Parlament erklärte, er werde »für die

Unabhängigkeit Bosniens den Frieden opfern«. Wobei er hoffte, diese Unabhängigkeit in Zusammenarbeit mit dem kroatischen Führer Franjo Tudjman zu erreichen. Wohl wissend allerdings, daß diese Erklärung der Unabhängigkeit unweigerlich zu einem Krieg mit den Serben führen würde. Gleichwohl wichtig nach Izetbegovićs politischen Rechenkünsten war es, die Serben so zu provozieren, daß sie den Krieg anfangen, um sicherzustellen, daß die internationale Gemeinschaft sich auf seine und Tudjmans Seite schlug.

Eine Taktik, die von den Serben durchschaut wurde. Und so verteilten sie insgeheim ihr massives militärisches Potential über all jene bosnischen Gebiete, die (in den Augen des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević und des bosnischen Serbenführers Radovan Karadžić) den Serben »gehörten«. Fakt ist, daß die bosnischen Serben vor dem offiziellen Ausbruch des Krieges, Ende März 1992, bereits all jene Gebiete kontrollierten, die sie für sich reklamierten – und zwar ohne daß auch nur ein Schuß gefallen war. Aus dieser Situation gab es nach der in-

ternationalen Anerkennung Bosnien-Herzegowinas für Izetbegović nur zwei Auswege: Entweder die serbische Forderung nach einer Umwandlung Bosniens in eine Konföderation ethnischer Staaten zu akzeptieren oder einen Krieg gegen die bosnischen Serben zu beginnen, die ihrerseits für eine bewaffnete Auseinandersetzung wohlgerüstet waren.

«Die Serben schießen auf die Bürger Sarajevos – 6. April» – das war die Meldung, mit der der offizielle Kriegsbeginn in Bosnien-Herzegowina in den europäischen Medien verbreitet wurde. Eine Version, die fraglos in ganz Europa und weltweit akzeptiert wurde, obwohl aus den Fernsehaufnahmen ersichtlich war, daß die Schüsse auf die am 6. April vor dem bosnischen Parlament in Sarajevo versammelten Bürger von Mitgliedern der PATRIOTISCHEN LIGA abgegeben worden waren, jener geheimen militanten Organisation von Izetbegovićs Moslempartei, SDA, die zu jener Zeit rund 90 000 Mitglieder zählte. Dessen ungeachtet: Die Serben wurden für schuldig erklärt und für den Beginn des Krieges in Bosnien verantwortlich gemacht.

Kriegstaktik

Izetbegović wußte, daß er mit seiner kleinen militanten »Patriotischen Liga«, die überdies schlecht ausgerüstet war, den Krieg nicht gewinnen konnte. Aber das war auch gar nicht sein Ziel. Den Krieg sollten die kroatische Armee und die internationale Gemeinschaft gewinnen. Zweifellos wußte Izetbegović auch um die territorialen Gelüste Tudjmans in Herzegowina und Zentralbosnien. Er wähnte sich allerdings in dem Glauben, Tudjman werde es nicht wagen, nach einer militärischen Niederlage der Serben Ansprüche auf kroatische Territorien in Bosnien zu erheben. Was denn auch erklärt, warum Izetbegović sich nie – wie bei den bosnischen Serben und ihrer politischen Strategie – über die separatistische Politik der bosnischen Kroaten beschwerte, die immerhin zur Gründung der selbstausgerufenen »Republik Herceg-Bosna« führte. Und diese politi-

sche Fehleinschätzung Tudjmans und der internationalen Gemeinschaft war ein entscheidender und fataler Fehler Izetbegovićs.

Unterdessen setzte die Propagandamaschine des bosnischen Muslimen-Führers alles daran, um zu verbergen, daß sich weder die bosnischen Serben noch die Kroaten an dem »bosnischen Krieg« gegen Karadžićs Soldaten beteiligten. Was soweit funktionierte, daß es dank Izetbegovićs Bemühungen kaum noch zu erkennen war, daß es sich hier um einen »serbo-kroatischen Krieg bis zum letzten Muslimen« handelte.

Als Milošević und Tudjman sich schließlich auf ihren territorialen Kompromiß in Bosnien verständigten, fand Izetbegović sich plötzlich allein und umzingelt. Mit der Konsequenz, daß er sich nun gezwungen sah, einen offenen militärischen Konflikt mit den Kroaten zu beginnen. Er hatte jedoch keine Trümpfe, die er hätte ausspielen können. Entgegen seinen Erwartungen versagte die internationale Gemeinschaft ihm die Hilfe, auf die er gesetzt hatte. Sie war nicht bereit, das Waffenembargo für Bosnien-Herzegowina aufzuheben, mit dem Izetbegović auch von der Unterstützung durch die islamische Welt abgeschnitten war. So spielte er die einzige Karte aus, die er in der Hand hatte: die entsetzliche Tragödie der muslimischen Bevölkerung in Bosnien. Er opferte bewußt »sein Volk«, in der Hoffnung, damit eine internationale militärische Intervention zu provozieren.

Izetbegovićs Philosophie

Sarajevo ist das beste Beispiel für Izetbegovićs selbstmörderische Taktik und seine Denkstrukturen. Wenn Karadžićs Soldaten die Stadt nicht bombardierten, dann waren es Izetbegovićs Soldaten, die sie bombardierten. Und zwar insbesondere dann, wenn bekannte Politiker und Vertreter von Menschenrechtsorganisationen aus dem Ausland die Stadt besuchten. Izetbegovićs Streitkräfte haben Sarajevo nach eigener Fassung belagert. Nicht einmal Kindern war es erlaubt, die

Stadt zu verlassen. Eine Entscheidung, die der Muslimen-Führer damit rechtfertigte, daß er behauptete, »ohne Kinder ist Sarajevo eine wehrlose Stadt ...« Und im gleichen Tenor verteidigte er den Umstand, daß er »sein eigenes Volk« opferte: »Um ein Staat zu werden, um eine Nation zu werden, muß unser Volk all das durchmachen. Es ist eine Art von Fügung, eine Art von Schicksal. Dieser Krieg war nicht zu vermeiden ...«

Izetbegovićs islamisches missionarisches Bewußtsein erlaubt es ihm nicht, die Sinnlosigkeit der Unternehmung zu sehen, mit der er die bosnischen Muslime opfert. Und entsprechend weist er denn auch die letztendliche Verantwortung für sein eigenes Tun von sich. Schließlich liegt seinen eigenen Worten zufolge »alles in Gottes Hand ...«

In seinem Buch »Der Islam zwischen Ost und West« schreibt Izetbegović: »Der Mensch ist nicht das, was er tut, sondern das, was er wünscht und wonach er strebt. Der Wunsch, etwas zu tun, ist *unser* Wunsch; die Handlungen, die sich ergeben oder unternommen werden, um diesen Wunsch zu erfüllen, sind demgegenüber jedoch zufällig und irgendwie entfremdeter Natur. Die Moral ist das Begehren, nicht der Weg des Handelns. Die Größe der heroischen Tat liegt nicht in ihrer Nützlichkeit, da sie als solche nutzlos ist, und sie liegt nicht in ihrer Cleverness, da sie als solche oft sinnlos ist. Es ist das Drama des Erfahrenen und Gelebten, das die strahlendsten Spuren des Göttlichen in dieser Welt hinterläßt. Die Wahrhaftigkeit dieser »anderen« und göttlichen Welt sollte für uns noch sichtbarer werden durch den Umstand, daß wir wissen, daß viele große und tragische Männer dieser Welt nicht tot und geschlagen, sondern am Leben und siegreich sind. Mehr als alle Propheten und Gelehrten sind diese tragischen und gepeinigten Helden Omen jener anderen Welt ...«

Trotz seiner philosophischen Beschäftigung mit grundlegenden moralischen und ethischen Fragen ist Izetbegović keineswegs vor Nepotismus gefeit, der ihm zeit seiner Führerschaft der De-

mokratischen Aktionspartei/SDA vorgeworfen wird. Er hat zwei Töchter, einen Sohn und fünf Enkelkinder. Sie haben alle Bosnien rechtzeitig – vor dem Krieg – verlassen und leben, abgesehen von seiner Tochter Sabina und seinem Sohn Bakir, die hohe Funktionen in seinem Kabinett bekleiden, in islamischen Ländern. Sohn und Tochter können bei der Wahrnehmung ihrer Ämter, erlaubterweise, den legalen Rahmen sprengen, an den sie von ihren Positionen her eigentlich gebunden sind. Und neben ihnen haben viele weitere Familienmitglieder und »Freunde aus jenen illegalen Tagen« hohe Positionen in Izetbegovićs Machtapparat inne.

Chancen für die muslimische Bevölkerung

Das Problem ist nicht, daß Izetbegović ein erklärter islamischer Missionar in Europa ist. Das Problem ist, daß er versucht, seinen Traum um jeden Preis zu erfüllen und sein Ziel um jeden Preis zu erreichen. Seine eigene Verantwortung für die Tragödie des bosnischen Volkes kann nicht unter Verweis auf die Verantwortlichkeiten der anderen nationalen Führer in Bosnien getilgt und für null und nichtig erklärt werden, die gleichermaßen Schuld an der bosnischen Tragödie haben – und ebensowenig unter Verweis auf die Verantwortlichkeit der internationalen Gemeinschaft, die Izetbegović auf seinem tragischen Weg unterstützte und unterstützt.

Izetbegović selbst hat seine Ziele in Bosnien längst auf die geschrumpften »muslimischen Gebiete« zurückgeschraubt. Seine wiederholten Weigerungen, den Krieg zu beenden, waren nur an die Forderung nach ein paar zusätzlichen Städten und Dörfern gebunden, die er für sein Bosnien haben wollte. Unter dem Strich ist Izetbegovićs Territorium für seinen Staat letzten Endes kleiner als das, was Serben und Kroaten ihm vor dem Krieg angeboten hatten.

Mit der Gründung einer Zweier- und Dreier-Konföderation der ethnischen Staaten Bosnien-Herzegowinas erhielt

Die Chancen einer
nicht-nationalistischen Politik

Izetbegović lediglich die Macht über die muslimische Bevölkerung. Und das brächte neue Probleme für ihn mit sich, da er sein Volk nur im Sinne religiöser Maßstäbe und Leit motive versteht, da er sie nur als Muslime sieht. Das heißt, eine zivilisierte europäische Nation, wie die Bosnier sie darstellen, würde zu einem mehr oder weniger völlig anderen Lebensstil gezwungen – dem Lebensstil Izetbegovićs. Auf lange Sicht wird Izetbegović mit seinem missionarischen Eifer keinen Erfolg haben. Denn die unausweichliche Polarisierung unter der muslimischen Bevölkerung wird letzten Endes zu einem Identitätsverlust führen. Und dieser Identitätsverlust wird der Preis sein, den die serbische und die kroatische Seite für eine Beendigung des Krieges verlangen werden.

Als erstes sollten die bosnischen Muslime somit von ihren derzeitigen Führern und ihrer Politik befreit werden. Und anschließend müssen sie mit allen Mitteln vor ihren unfreundlichen Nachbarn geschützt werden. Wenn das unterbleibt, werden die bosnischen Muslime durch ein gespenstisches Blutbad von der Oberfläche dieser Erde verschwinden – und Europa wird vor einem nicht lösba- ren Problem stehen.

Der allererste Schritt zur Rettung der bosnischen Muslime ist allerdings fraglos der, daß man begreifen lernt, welche politischen Ziele der bosnische Muslimen-Führer Alija Izetbegović tatsächlich verkörpert.

*(Aus dem Englischen übersetzt von
Anni Pott)*

Die wichtigste Frage der jugoslawischen Krise – gewissermaßen die essentielle Vor-Frage überhaupt – besteht darin, wie man das, was dort geschieht, beschreiben und (politisch-konzeptuell) definieren soll. Es geht (wissenssoziologisch gesagt) um die »Definition der Situation«, von der Handlungsimperative abgeleitet werden: denn von der Situationsdefinition hängen auch die konkreten politischen und anderen Zielsetzungen und die entsprechenden Taten ab. Das gilt nicht nur für die internen Akteure des jugoslawischen Dramas, sondern auch für die Leute von außen, die auf irgendeine Weise in dieses Drama involviert sind und es somit durch ihre Haltungen und Handlungen beeinflussen.

Ohne Übertreibung oder Entstellung kann man die Behauptung aufstellen, daß die große Mehrheit der internationalen Öffentlichkeit – also all jener Akteure, die die jugoslawische Situation von außen betrachten – nicht in der Lage war, eine der wirklichen Komplexität der Dinge angemessene Situationsdefinition zu liefern. Dieses Unvermögen zum situationsgerechten Sachverständnis war leider nicht nur für die offiziellen »Subjekte« der internationalen Beziehung (Staaten und deren internationale Organisationen und Zusammenschlüsse wie die UNO, die KSZE oder die EG) charakteristisch, sondern auch für viele *grassroots*-Organisationen und Bewegungen, mitunter auch für viele Friedensgruppen und -organisationen. Die politischen Folgen dieses Sachverhalts waren verheerend.

Bei dem Versuch, die jugoslawische Situation »politisch handhabbar« zu definieren, griff man mit Vorliebe zu simplifizierenden Stereotypen und Schematismen (von denen einige auf schlichte eingewöhnte Vorurteile zurückzuführen sind). Einige dieser Stereotypen erfreuten sich leider einer großen Beliebtheit auch (und gerade) in der Friedensbewe-

gung und wurden zum Teil auch von einigen Friedensaktivisten im jugoslawischen Raum unterstützt. Auch linke und liberale Autoren aus dem Westen sind zu oft von solchen Stereotypen beherrscht worden. Zu diesen Stereotypen gehört auch jenes sehr verbreitete und von vielen akzeptierte Bild über die wildgewordenen Nationalismen und Separatismen im jugoslawischen Raum, die eine im Prinzip erhaltensfähige (und erhaltenswerte) Staatskonstruktion zerstörten. Dieses Bild impliziert, daß mehr oder weniger alle Nationalismen der südslawischen (und anderen) Völker des ehemaligen jugoslawischen Staates ähnlich (und daher gleich verachtenswert) seien. Den Nationalismen wird dann eine supranationale »bürgerliche« Position von authentischen »zivilgesellschaftlichen« Initiativen gegenübergestellt, die angeblich die einzige zukunftssträchtige Alternative zum vorherrschenden »nationalistischen Wahnsinn« und der entstehenden konfliktgenerierenden nationalstaatlichen Abkapselung darstellen.

Dieses Bild ist eine schematische Vereinfachung, die die eigentlichen Prozesse im jugoslawischen Raum verfehlt. Es läßt eine Reihe von wesentlichen Momenten der jugoslawischen Krise außer Betracht. Die ursprünglich spannungsreiche Konstruktion des jugoslawischen Staates und seine widersprüchliche geschichtliche Dynamik; die differenzierte und eigenständige Entwicklung der südslawischen Völker und die geschichtliche Kontinuität ihrer nationalen Integrationsprozesse auch im Rahmen des jugoslawischen Staates; fundamental verschiedene historische Erfahrungen und daher auch verschiedene Ausrichtungen nationaler Ideologien der einzelnen südslawischen Völker, die schließlich zum irreversiblen Zerfall des jugoslawischen Staates und zu unterschiedlichen politischen und institutionellen Eigenschaften der neuen Nationalstaaten führten; die notwendige Unterscheidung zwischen den Prozessen auf der Ebene der zivilen Gesellschaft und jenen auf der politischen Ebene, die sich zwar gegenseitig beeinflussen, aber keinesfalls un-

mittelbar miteinander gekoppelt sind und daher auch nicht voneinander abgeleitet werden können.

Wenn ich also über die Chancen nicht-nationalistischer Politik im jugoslawischen Raum nachzudenken veruche, so möchte ich das unbedingt außerhalb des erwähnten stereotypisierten Bildes von abstrakt aufgefaßtem »Nationalismus« und ihm gegenübergestellter supranationaler »ziviler Gesellschaft« tun. Dies erfordert, daß ich mich – zumindest in Umrissen – mit den wirklichen Nationalismen auf der jugoslawischen Szene beschäftige und daß ich auch die reale – keinesfalls geringzuschätzende – Bedeutung von nicht-nationalistischen politischen Kräften und zivilgesellschaftlichen Organisationen untersuche. Dies ist nicht anders zu machen als durch gesonderte Analyse der drei unterschiedlichen exemplarischen politischen Konstellationen im jugoslawischen Raum: jener in Slowenien, Kroatien und Serbien. Diese drei Republiken des ehemaligen Jugoslawiens eignen sich für diese Analyse auch deswegen, weil in ihnen die Konstituierung der Institutionen und die »politische Profilierung« am weitesten vorangeschritten ist. Mazedonien, Montenegro und der – heute höchst aktuelle – Fall Bosnien-Herzegowina müssen, zum Teil auch wegen ihrer weniger fortgeschrittenen politischen Entwicklung, unberücksichtigt bleiben.

Slowenien

Die Hauptmerkmale der heutigen postsozialistischen politischen Szene in Slowenien sind wesentlich durch ihre Genesis bestimmt: die Besonderheiten der Transformation des sozialistischen Regimes in Slowenien erklären die Tatsache, daß – anders als in anderen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens, aber auch in einigen osteuropäischen Staaten – die rechtsnationalistischen Kräfte nicht dominant geworden sind. Der Ursprung der Regimeveränderung liegt in zwei parallelen, aber voneinander unabhängigen Entwicklungen, die schließlich die kritische Schwelle zur demokratischen Um-

wälzung überschritten. Seit Mitte der 1980er Jahre entstanden unabhängige kulturelle und politische Initiativen, die sich im für Osteuropa neuentdeckten Modell der zivilen Gesellschaft wiedererkennen: alternative künstlerische Initiativen, theoretische und literarische Zeitschriften, unabhängige »junge« Medien (neben studentischen Zeitungen und Rundfunksendern vor allem die Jugendwochenzeitung MLADINA, die zur auflagenstärksten Zeitung in Slowenien wurde), autonome Frauen-, Umwelt- und Friedensgruppen. Diese Initiativen wurden politisch von der sich verselbständigenden Jugendorganisation als Basis unterstützt und auch in die Dynamik der offiziellen »sozialistischen« Politik hineingetragen. Ihre politische Katharsis erfuhren diese nur lose gebundenen und oft politikfernen Initiativen im Jahr 1988, als durch die dogmatischen Kräfte in der jugoslawischen Staats- und Parteispitze und in der Führung der Bundesarmee ein politischer Schauprozeß gegen einige herausragende Figuren der alternativen politischen Szene und »Mladina«-Journalisten organisiert wurde: es kam zu einer sehr breiten Mobilisierung der Öffentlichkeit, die sich nun vor allem gegen das Repressionspotential des jugoslawischen Bundesstaates richtete. Diese kritische politische Mobilisierung mündete 1989 in der Transformation des Jugendverbandes in eine oppositionelle Partei, aber auch in der Gründung vieler anderen politischen Parteien. Die zweite wichtige politische Entwicklung bestand im Reformprozess innerhalb der herrschenden Partei, dem BUND DER KOMMUNISTEN (BdK) Sloweniens, die in den Jahren 1987/88 zum Sieg der Reformer über die ideologischen Hardliner führte. Die beiden Entwicklungslinien haben die de-facto-Legalisierung des politischen Pluralismus 1989 (noch vor den osteuropäischen demokratischen Revolutionen im Herbst dieses Jahres) und die freien Wahlen 1990 ermöglicht. Die konservative nationale Intelligenz und andere rechtsnationalen Kräfte (vor allem die politischen Vertreter der Bauern und des katholisch orientierten Mittelstandes) traten erst

relativ spät auf die politische Szene, nämlich erst im politischen »Frühling« von 1989. Zwar war die nationalkonservative Intelligenz auch früher kritisch tätig und hatte einen beträchtlichen Einfluß in der Öffentlichkeit, überschritt aber nicht die Schwelle zum offenen politischen Engagement. Für den Nationalismus der konservativen slowenischen Intelligenz und ihrer politischen Verbündeten ist bezeichnend, daß er zwar kulturkonservative und katholisch-klerikale Präferenzen hatte (wodurch auch sein Gegensatz zum kulturellen »Balkan« betont wird), daß er aber auch eindeutig europafreundlich orientiert ist und slowenische ökonomisch-politische Integration mit West- und Mitteleuropa stark befürwortet.

Die dargestellte Konstellation hatte zur Folge, daß die rechtsnationalen Kräfte in Slowenien den Durchbruch zum politischen Pluralismus und zum unabhängigen slowenischen Staat nicht für sich reklamieren konnten: dies waren Punkte, in denen alle Kräfte des politischen Spektrums 1989/90 übereinstimmten. In den Wahlen vom April 1990 gewann zwar die Rechts-Mitte-Koalition *Demos*, in welcher die nationalistischen Kräfte vorherrschend waren, die Parlamentswahlen und konnte die Regierung bilden, aber der Reformkommunist Kučan wurde zum Republikpräsidenten gewählt. Kučans Gegengewicht zur konservativen Mehrheit, und auch die innere Instabilität von *Demos*, führten zu einem Zustand der prekären politischen Balance, in dem die radikaleren nationalkonservativen Töne nicht allzu laut werden konnten. Die Spaltung der *Demos* und seiner zentralen Kraft, der Demokratischen Partei, brachte schließlich im Frühjahr 1992 die konservative Parlamentsmehrheit und ihre Regierung zu Fall. Die neue Regierung wird von der parlamentarischen Mehrheit der liberalen Mitte und der reformierten Linken getragen, womit politischer Pragmatismus und laizistisch orientierter Liberalismus und Sozialdemokratie in Slowenien einen politischen Sieg über die nationalkonservativen, klerikal-katholisch orientierten Kräfte er-

rungen haben. Natürlich, auch einige wichtige Gestalten der politischen Mitte, die aus der ehemaligen alternativen politischen Szene hervorgegangen sind, etwa der Verteidigungsminister Janša oder der Innenminister Bavčar, könnten des Nationalismus bezichtigt werden (und dieser Vorwurf wurde oft sogar gegen den Reformsozialist Kučan und seine Partei erhoben) – aber dieser Nationalismus ist durchaus vergleichbar mit dem liberalen Nationalismus der britischen oder schwedischen Konservativen, und ist sicherlich weniger exklusiv und chauvinistisch borniert als zum Beispiel der Nationalismus der griechischen Sozialistischen Partei.

Und was ist aus der bunten alternativen Szene geworden, die sich selbst als die entstehende zivile Gesellschaft verstand? Der Enthusiasmus der 80er Jahre ist verloren, ein Teil der Alternative ist in die offizielle Politik gemündet, und andere Initiativen haben sich entpolitisiert, blieben aber zum Teil weiterhin öffentlich wirksam (z. B. die eindeutig antinationalistische liberale MLADINA oder das pazifistische *Zentrum für die Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit* in Ljubljana). Gerade in der kulturellen Sphäre, und auch auf der Ebene der Alltagskultur, beklagt die Alternative eine gewisse Provinzialisierung nach der Errichtung des selbständigen slowenischen Nationalstaates.

Dies bleibt aber ein notwendiger Widerspruch, den die slowenische Politik und slowenische zivile Gesellschaft – ähnlich wie in vielen anderen kleineren europäischen Staaten – notwendig zu leben haben: Widerspruch zwischen Provinzialisierung und kultureller Integration, zwischen Xenophobie und Kosmopolitismus. Unabhängig von der Qualität dieser kulturellen und zivilgesellschaftlichen Ebene bleibt die Spannung zwischen der nationalistisch-populistischen und der liberal-demokratischen Politik bestehen. Es gibt allerdings gute Chancen, daß sie auch in Zukunft zugunsten der letzteren gelöst werden kann.

Wenn die demokratische Transformation in Slowenien wesentlich durch

den Konsensus aller wichtigen politischen Kräfte in fundamentalen Fragen (politischer Pluralismus, staatliche Unabhängigkeit Sloweniens) gekennzeichnet war und dadurch die Dynamik einer Radikalisierung des Nationalismus verhindert wurde, so war dagegen die Genesis des pluralistisch-demokratischen Systems in Kroatien durch eine Reihe von grundlegenden Spaltungen bestimmt:

Kroatien

Schon in der Periode des Übergangs zum politischen Pluralismus und während des Wahlkampfs 1990 wurde die fundamentale kroatisch-serbische Spaltung deutlich. Zwischen kroatischer Mehrheit und serbischer nationaler Minderheit in Kroatien kamen entgegengesetzte politische Präferenzen zum Vorschein: die Kroaten entschieden sich mehrheitlich für den politischen Pluralismus und für eine weitere Dezentralisierung des jugoslawischen Staates (Konföderation) oder sogar für einen unabhängigen kroatischen Staat; die Serben dagegen haben nur zu einem geringen Prozentsatz den politischen Pluralismus akzeptiert und sprachen sich mehrheitlich für einen zentralisierten jugoslawischen Staat aus.

Innerhalb des herrschenden BUNDES DER KOMMUNISTEN Kroatiens bestand eine tiefe Spaltung zwischen dem starken Flügel der dogmatischen Hardliner, der zum großen Teil in der serbischen Parteibasis (vor allem in den mehrheitlich serbischen Bezirken Kroatiens) verankert war und den Reformern. Die Reformer konnten einen knappen Sieg beim Parteitag in Dezember 1989 erringen, aber waren auf eine paradoxe Weise in den Wahlen auf die serbische Wählerbasis angewiesen (die meisten Wahlbezirke, wo der BaK Kroatiens die Mehrheit errang, waren Bezirke mit Mehrheit oder zumindest großem Prozentsatz der serbischen Bevölkerung – die einzige Ausnahme waren einige Wahlbezirke in großen Städten und in der hochentwickelten Region von Istrien). Nach der Wahl spaltete sich der größte Teil dieser serbischen Parteikader und Parteibasis von den Reformisten ab

und ging zur extremistischen Serbischen Demokratischen Partei (SDS) über.

Schließlich war auch die Spaltung innerhalb der demokratisch orientierten kroatischen Intelligenz von Bedeutung. Die Intelligenz war der Träger demokratischer politischer Initiativen und führte den Prozess der politischen Pluralisierung an. Aber ausgehend vom gemeinsamen Kampf um den politischen Pluralismus in späten 80er Jahren, entstand in der unmittelbaren Transitionsperiode ein tiefer Gegensatz zwischen neuen Optionen, die eine demokratisch reformierte jugoslawische Föderation befürworteten, und den kroatisch-nationalen Optionen, die sich für kroatische Unabhängigkeit einsetzten.

Die nationalen, ideologischen und politischen Spaltungen, beim gleichzeitigen Ausbleiben eines Konsenses über die Grundlagen des politischen Systems, führten in dem Wahlkampf von 1990 und unmittelbar nach den Wahlen zu einer nationalistischen Radikalisierung der kroatischen politischen Szene. Die Wahlen brachten einen überwältigenden Sieg der rechtsnationalistischen Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) – sie errang rund 58 % aller Parlamentsmandate –, aber als Antwort darauf auch die Vorherrschaft der extremistischen nationalistischen SDS unter der serbischen Bevölkerung. Die Konsequenz der Polarisierungsdynamik zwischen zwei extremen nationalistischen Positionen war der Auszug der meisten serbischen politischen Vertreter aus dem kroatischen Parlament und anderen Institutionen des Systems, die Unterbrechung des politischen Dialogs und schließlich der bewaffnete Aufstand der serbischen Nationalisten im Sommer 1990 sowie offener Krieg der jugoslawischen Volksarmee und des aggressiven Belgrader Regimes der serbischen National-Kommunisten gegen den sich verselbständigenden kroatischen Staat.

Die Herrschaft der autoritär-populistischen HDZ und die Eskalation des Krieges sowie die vorläufige Einfrierung seiner Folgen durch das Eingreifen der internationalen Mächte zeitigten in Kroa-

ten widersprüchliche Folgen. Einerseits kam es zu einer weiteren Radikalisierung des kroatischen Nationalismus (dessen Ausdruck die Stärkung des rechtsextremistischen Parteiflügels der HDZ und das Anwachsen rechtsradikaler politischer Gruppierungen, die sich auf die Tradition des kroatischen Faschismus berufen, ist), wodurch besonders die Angehörigen der serbischen Minderheit, aber auch politisch Andersdenkende (jene, die als links oder projugoslawisch etikettiert wurden), zunehmend Schikanen ausgesetzt wurden. Es kam auch zur Einnahme öffentlicher und sozialer Spielräume zum Aufbau einer autonomen bürgerlichen Gesellschaft; die staatlichen Betriebe gerieten unter zunehmende politische Kontrolle, das staatliche Fernsehen wurde durch die HDZ-Kader »gleichgeschaltet«, den wenigen verbliebenen unabhängigen Medien und politisch unliebsamen Journalisten wurden verschiedenartige Hürden in den Weg gelegt, der Aufbau eines unabhängigen Gerichtswesens wurde verzögert (wobei die Wahlen neuer Richter vor allem nach Kriterien politischer Loyalität durchgeführt wurden).

Andererseits werden jedoch Umrisse eines neuen politischen Minimalkonsenses im neuen kroatischen Staat deutlich, in dessen Rahmen auch die Artikulation und Stärkung nicht-nationalistischer politischer Kräfte sowie die Konstitution einer staatsfreien zivilen Gesellschaft möglich werden sollte. Das erste Element dieses Konsenses ist die Beendigung des Krieges und Bewahrung der territorialen Integrität der kroatischen Republik (also Eingliederung der heute okkupierten Gebiete in das staatliche System Kroatiens). Zur Sicherung dieses Moments ist die Herausbildung einer zivilen nicht-nationalistischen serbischen Option in Kroatien notwendig, die die territoriale Integrität und Bewahrung der bestehenden Grenzen Kroatiens anerkennt. Zumindest in Ansätzen kommt diese Position im Serbischen Demokratischen Forum (SDF) und in der Serbischen Volkspartei (SNS) zum Vorschein (allerdings noch immer ohne ausreichende Un-

terstützung der serbischen Bevölkerung vor Ort, und besonders in den besetzten Gebieten Kroatiens). Die Formierung einer solchen moderaten serbischen Position in Kroatien setzt allerdings voraus, daß alle kroatischen politischen Kräfte einem besonderem Schutz der Rechte der serbischen Minderheit zustimmen. Zu Garantien dieser Rechte gehörte ebenfalls eine eindeutige Distanzierung kroatischer Politik vom faschistischen kroatischen Staat im Zweiten Weltkrieg, von seiner Ideologie ebenso wie von seiner Praxis der nationalen Diskrimination und des Völkermordes. Die Anerkennung der heutigen Grenzen der kroatischen Republik bedeutet auch die Zurückdrängung jener extremistischen nationalistischen Kräfte, die eine territoriale Vergrößerung Kroatiens auf Kosten Bosniens und Herzegowinas befürworten. Schließlich gehört zum politischen Minimalkonsens auch die Anerkennung der unbedingten Notwendigkeit liberaler Konstitution der politischen Macht: konsequente Gewaltenteilung, klare Schranken der staatlichen Intervention in die private Sphäre, wirksamer Schutz der Menschenrechte.

Innerhalb des kroatischen politischen Systems haben sich politische Kräfte herausgebildet, die sich für den umrissenen politischen Minimalkonsens einsetzen und ihn als den Rahmen einer nicht-nationalistischen kroatischen Politik annehmen: es geht vor allem um die Kräfte des liberalen Zentrums (Kroatische Sozialliberale Partei, HSLs) und der reformierten Linken (Sozialisten und mehrere sozialdemokratische Gruppierungen, einschließlich reformierte Ex-Kommunisten).

In dem Maße, wie der genannte politische Minimalkonsens in Kroatien mehrheitsfähig würde, und die herrschende autoritäre und nationalistische HDZ, ebenso wie die rechts von ihr stehenden extrem nationalistischen Gruppierungen, geschwächt würden, wüchsen auch die Chancen für eine nicht-nationalistische Politik in Kroatien und für die Konstitution einer liberal strukturierten zivilen Gesellschaft.

Serbien

Wie auch immer verschieden die Fälle von Slowenien und Kroatien sind, haben sie doch eine wesentliche Gemeinsamkeit: sie zeugen von der relativ schnellen Umwälzung des realsozialistischen politischen Regimes und zumindest von einem Beginn der liberaldemokratischen Transformation politischer Institutionen. Dieser Prozeß wurde durch die Krise des jugoslawischen staatlichen Rahmens und durch die nationalstaatlichen Neugründungen erheblich kompliziert, und im kroatischen Fall auch zusätzlich durch einen brutalen und zerstörerischen Krieg belastet. Das hatte auch das unterschiedliche Gewicht nationalistischer Politik in den Transformationsprozessen in den beiden Republiken zur Folge.

Die Situation in Serbien allerdings war und ist von Grund auf verschieden von dem slowenischen und kroatischen Fall: hier geht es darum, daß ein extremer und aggressiver Nationalismus zur *Erhaltung* (und nicht zur Umwälzung) des realsozialistischen Regimes mobilisiert wurde. Auch dieser Sachverhalt läßt sich an der Genesis des heutigen serbischen Regimes und seiner politischen Lage demonstrieren.

Der heutige serbische Nationalismus hat natürlich seine tieferen geschichtlichen Wurzeln und auch spezifische Verankerung in der Nachkriegsgeschichte Jugoslawiens, die allerdings hier uninteressant sind. Das neueste Erwachen dieses Nationalismus begann in den frühen 80er Jahren, als es sich zunächst spontan in zwei Formen manifestierte: in der nationalen Bewegung der serbischen Minderheit im Kosovo, die sich gegen die Autonomie der Albaner richtete, und in der anwachsenden nationalistischen Gesinnung der serbischen Intelligenz (verkörpert vor allem durch Institutionen wie Schriftstellerverband und Akademie der Wissenschaften und der Künste), die sich gegen die ungleiche Position Serbiens in der jugoslawischen Föderation wandte und zugleich die großen mythologischen Themen des serbischen Nationalismus erneuerte. Diese anwachsenden nationa-

listischen Manifestationen funktionierten allerdings zunächst als oppositionelle Phänomene. Zur entscheidenden Wende kam es, nachdem 1986 Slobodan Milošević den Vorsitz des BAK SERBIENS übernahm. Milošević und seine Anhänger in der Parteiführung nahmen sogleich die nationalistischen Impulse auf und nutzten sie zum Aufbau von Miloševićs nationalem Charisma und auch als Mittel im innerparteilichen Machtkampf in Serbien. Miloševićs Sieg und die Ausschaltung der gegnerischen Parteifraktion auf der berühmten »8. Sitzung« des ZKs des BAK SERBIEN im September 1987 bezeichnete den Beginn der systematischen national-kommunistischen Gleichschaltung aller Institutionen und Mechanismen des politischen Systems (einschließlich insbesondere aller Medien) und der Mobilisierung einer wahrlich massenhaften aggressiv-nationalistischen Bewegung, zunächst in Serbien, aber bald auch unter den Serben in anderen jugoslawischen Republiken. Die Jahre 1988 und 1989 standen im Zeichen des Milošević-Regimes der eisernen Faust, der durch einen weit verbreiteten Führerkult abgestützt wurde, und der Massenkundgebungen und -aufmärsche der nationalistisch fanatisierten Anhänger Miloševićs, die sich gegen die Gegenspieler des Regimes in den autonomen Provinzen Serbiens und in anderen jugoslawischen Republiken richteten (in diesem Kontext aber sehr bald auch gegen ethnisch definierte Feinde: vor allem gegen Kosovo-Albaner, aber auch gegen Moslems, Slowenen, Kroaten).

Miloševićs Machtapparat verfolgte durch die Mobilisierung der nationalistischen Massenbewegung *drei* wesentliche Ziele:

- Erneuerung und Festigung der Regimelegitimation in Serbien, vor allem gegen die mögliche Opposition von rechts;
- Brechung des Widerstands politischer Führungen der autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina gegen die staatliche Vereinheitlichung und politische Gleichschaltung Serbiens;
- Errichtung einer politischen Vorherr-

schaft Serbiens innerhalb eines zentralisierten jugoslawischen Staates und im Rahmen eines erneuerten kommunistischen Regimes.

Miloševićs Regime und die Massenbewegung, auf die es sich stützte, konnten die ersten beiden Ziele erfolgreich durchsetzen. Bei dem Versuch, auch das letztere zu verwirklichen, verursachten sie den Krieg und den Zerfall Jugoslawiens.

Diese politische Konstellation erklärt die prinzipiell unterschiedliche Position des serbischen Nationalismus im Vergleich zum slowenischen und kroatischen Nationalismus. Dieser Nationalismus war von seinen Ursprüngen an eindeutig antipluralistisch, gewaltbejahend und auf die Dominanz über die nationalen Minderheiten in Serbien und die anderen südslawischen Völker ausgerichtet. Er ging eine enge Symbiose mit dem wesentlich totalitär strukturierten Regime der serbischen National-Kommunisten ein, wodurch Mobilisierungsformen und Herrschaftsmechanismen hervorgebracht wurden, die viele Ähnlichkeiten mit dem Faschismus aufweisen.

Konsequenz dieser politischen Struktur war, daß es bis Mitte 1990 und den erfolgreich durchgeführten pluralistischen Wahlen in Slowenien und Kroatien keine nennenswerte politische Opposition in Serbien gab und daß auch die liberaldemokratische intellektuelle Kritik völlig marginalisiert wurde. Auch nachdem sich die »bürgerliche« Opposition herausbildete – darunter als stärkste Gruppierungen die extrem nationalistische Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) von Vuk Drašković und die gemäßigt nationalistische Demokratische Partei – konnte sie nicht die Übermacht von Miloševićs National-Kommunisten gefährden und errang mit nur rund 1/5 Mandaten in den Wahlen vom Dezember 1990 nur eine symbolische parlamentarische Präsenz. Die rechtsextreme nationalistische Opposition befand sich in einer besonderen Zwickmühle, da sie Miloševićs Position in ihrem nationalistischen Extremismus noch überbieten mußte und dadurch die Dynamik der nationalistischen

sehen Radikalisierung zusätzlich vertieft. Auch die Versuche zur Mobilisierung des außerparlamentarischen Widerstands gegen das herrschende Regime (so vor allem in den März-Demonstrationen 1991 in Belgrad) konnten dieses nicht gefährden.

Suche nach dem Minimalkonsens

Die schwerwiegenden Mißerfolge von Milošević – der Zusammenbruch des Kriegszuges gegen Slowenien, nur begrenzte Gebietsgewinne im Krieg gegen Kroatien und der eskalierende Krieg in Bosnien und Herzegowina, die zuerst als Ganzes für das verbleibende Rest-Jugoslawien bzw. Groß-Serbien reklamiert wurde – haben eine neue politische Lage geschaffen. Miloševićs Regime reduzierte seine Zielsetzungen auf die Sicherung der Grenzen eines Groß-Serbiens, welches die eroberten Territorien (die als »serbische ethnische Gebiet« deklariert werden – obwohl in vielen von ihnen die Serben vor dem Krieg nur eine kleine Minderheit bildeten) einschließen sollte, rückte zuletzt auch davon ab und begrenzte sich auf nur verdeckte Hilfe für die serbisch kontrollierten Gebiete außerhalb der Grenzen von Serbien und Montenegro (ohne prospektiv den prinzipiellen Anspruch auf diese aufzugeben).

Nach Miloševićs Mißerfolgen und strengen internationalen Sanktionen gegen Serbien unternahm die politische Opposition erneute Bemühungen, um Milošević zu stürzen: die ernsthaftesten Versuche waren der fast einmonatige Studentestreik und die Studentendemonstrationen in Belgrad, die den Rücktritt von Milošević verlangten, sowie der Protest der von Draškovićs SPO angeführten »Demokratischen Bewegung«, die den Thronfolger Alexander der Karadordević-Dynastie gegen Milošević ins Spiel brachte. Jedoch konnten auch diese Proteste das Regime nicht erschüttern: seine Legitimationsgrundlagen, die in den Jahren der nationalistischen Mobilisierung aufgebaut wurden, scheinen noch immer ausreichend zu sein. Diese Schwäche der nationalistischen Opposition ist aber nur

eine konsequente Folge ihres Unvermögens, ein alternatives Nationalprogramm anzubieten bzw. auf die groß-serbischen Territorialansprüche zu verzichten und den Aufbau einer demokratischen Ordnung innerhalb der Grenzen des bestehenden serbischen Staates vorbehaltlos zu akzeptieren. Mit anderen Worten, es wurde eindeutig demonstriert, daß man Milošević nicht auf der Grundlage seines eigenen Nationalprogramms stürzen kann – da er noch immer der beste Bürge für seine Verwirklichung ist.

Jenseits der nationalistischen Opposition existieren auch heute schon wichtige zivile Protestinitiativen und Brennpunkte der Kritik, so z. B. das oppositionelle Wochenmagazin *VREME* das »Zentrum für Antikriegsaktionen« die »Bürgeraktion für den Frieden« die »Zivile Widerstandsbewegung« und der »Belgrader Kreis« der Intellektuellen (alle aus Belgrad) oder auch die sehr aktive »Bewegung für den Frieden« aus Pančevo. Diese Gruppen haben allerdings vor allem die Bewahrung eines Frei-raums kritischer Öffentlichkeit zur Aufgabe, aber deren politischer Einfluß ist äußerst begrenzt. Sie können niemals zur politischen Alternative für Milošević und sein Nationalprogramm werden.

Chancen für eine nicht-nationalistische Politik entstünden erst auf der Grundlage eines breit abgestützten politischen Minimalkonsenses, welcher folgendes umfassen müßte: Verzicht auf militärische Gewaltanwendung in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, Aufgabe des Hegemonialanspruchs gegenüber anderen jugoslawischen Republiken, Anerkennung der bestehenden Republikgrenzen und Einleitung politischer Gespräche mit den Vertretern der albanischen, ungarischen und kroatischen Minderheit zur Sicherung ihrer Rechte und zur Erneuerung regionaler Autonomie von Kosovo und Vojvodina.

Es ist noch immer keine Konstellation politischer Kräfte in Sicht, die diesen Minimalkonsens hervorbringen und somit den Weg Serbiens aus der jetzigen Position des selbstverschuldeten nationalistischen Autismus einleiten könnte.

Bosnien – Krieg ohne Ende?

Die Waffenruhe in der Umgebung von Sarajevo ist noch immer fragil; Nacht für Nacht fallen einzelne Schüsse. UNO-Angaben zufolge beschossen z. B. bosnische Serben noch am 17. März ein Sanitätsfahrzeug, obwohl es deutlich mit dem Roten Kreuz gekennzeichnet war. Die Weigerung zahlreicher Staaten, zusätzliche Soldaten für das Blauhelmkontingent der UNO in Bosnien-Herzegowina bereitzustellen, gefährdet die Absicherung des Waffenstillstands in der 20-Kilometer-Zone um Sarajevo. Der britische UNPROFOR-Kommandeur, General Rose, forderte deshalb in den ersten Märztagen '94 eine – meines Erachtens äußerst bescheidene – Verstärkung der jetzigen UNO-Bodentruppen um ca. 5 000 Blauhelme. Doch Roses militärischer Sachverstand ist ganz offensichtlich in den Reihen der europäischen Appeasement-Politiker so gut wie nicht gefragt. Spanien und Frankreich wollen allerdings Anfang April je 200 weitere Blauhelme nach Bosnien schicken, doch gleicht dies alles nur einem Tropfen Wasser auf einer glühenden Ofenplatte. Insgesamt befinden sich derzeit 31 300 Blauhelme (Kampfverbände, Nachschub-, Reparatur- und Sanitätseinheiten sowie Verwaltungs- und Stabsstellen) in Ex-Jugoslawien. Zwar hat der UNO-Sicherheitsrat erst neulich die Entsendung von weiteren 3 500 UN-Soldaten nach Bosnien beschlossen, doch die finanziellen Mittel dafür stehen nicht zur Verfügung.

Die Militärs in den Planungsstäben der NATO vertrauen statt dessen auf die Feuerkraft der rd. 200 Kampfbomber, Abfangjäger und Aufklärungs- bzw. Kommandoflugzeuge der westlichen Militärallianz, die nach wie vor auf diversen Flugplätzen in Italien bzw. auf amerikanischen und französischen Flugzeugträgern in der Adria auf mögliche Einsatzbefehle warten. Die Konzeption der NATO-Generalstabsoffiziere lautet ganz offensichtlich: *Strategische Luftoffensive* ge-

gen die schweren Waffen der Serben statt Entwaffnung aller Kriegsparteien in Bosnien-Herzegowina. Die Logik dieser Art von Luftkriegsführung ist allerdings seit dem Zweiten Weltkrieg wohl bekannt: hohe Verluste bei der Zivilbevölkerung und verbrannte Städte, Dörfer und zerstörte Kulturgüter. Gut getarnte und bewegliche Truppenteile können sich dagegen erfahrungsgemäß sehr viel effektiver gegen solche Schläge aus der Luft wappnen.

Entwaffnet die Gewalt

Es scheint so, als ob es der NATO mit ihrem Ultimatum vorerst einmal gelungen sei, die Lage in der 20-Kilometer-Zone um Sarajevo zu verbessern. Die Serben zogen ihre Panzer, Geschütze, Granatwerfer, Raketen und Luftabwehrwaffen, die sie auf den Bergen um die bosnische Hauptstadt gruppiert hatten, weitgehend ab oder unterstellten sie der NATO-Aufsicht. Trotzdem bleiben vorerst die britischen Tornados sowie die französischen Mirage-2000-Kampfflugzeuge samt der amerikanischen und niederländischen F16-, FA-18- bzw. A-10-»Thunderbolt«-Abfangjäger und Bomber auf ihren jeweiligen Einsatzflugplätzen stationiert. Ein möglicher Angriff soll vermutlich in drei Wellen vorgetragen werden: Nach der seit Wochen geplanten Zerstörung der serbischen Boden-Luft-Raketen-Stellungen sollen dann in einer zweiten Welle vorwiegend mit Laser gesteuerte Bomber die serbischen Artilleriestellungen in Bosnien-Herzegowina zerschlagen. Anschließend sollen dann niedrigfliegende A-10- bzw. AC-130-Kampfbomber mit schweren Bordkanonen bei der »Erdzielbekämpfung« eingesetzt werden.

Statt über weitere »strategische Luftangriffe« nachzudenken, müßte in Brüssel jetzt jedoch – und zwar durchaus auf der Grundlage der augenblicklichen NATO-Luftüberlegenheit in diesem Raum

– über ein alternatives Militärkonzept geredet werden. So provozierend dies in den Ohren so mancher Pazifistin bzw. so manches Pazifisten in der westdeutschen SPD auch klingen mag: Es geht – trotz des begrenzten Erfolgs des NATO-Ultimatums bzw. der Wiener Verhandlungen über eine künftige Föderation der bosnischen Kroaten und Muslime – angesichts der schweren Kämpfe um Tuzla, Maglaj und Bihac im Norden und Westen Bosniens letztlich um eine Entmilitarisierung von Bosnien-Herzegowina. Um dies zu gewährleisten, müßten Eliteeinheiten der europäischen und nordamerikanischen Armeen Bosnien-Herzegowina in einer gemeinsamen Aktion besetzen und die gesamte Bevölkerung bzw. die unzähligen Freischärlergruppen, Bürgerwehren bzw. Heimatverbände entwaffnen. Ziel einer solchen, zuvor öffentlich angekündigten UNO-Militäraktion wäre die »Entmilitarisierung« dieser Region. Alle Waffen würden beschlagnahmt, und die ausländischen Freischärler bzw. Söldner müßten sofort das Land verlassen.

Modell Deutschland 1945: Vollständige Entmilitarisierung

Historisches Vorbild für eine solche UNO-Aktion könnte die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands im Frühsommer 1945 sein. Damals internierten die Siegermächte nicht nur rd. zwölf Millionen deutsche Offiziere und Soldaten, sondern entwaffneten auch die gesamte Zivilbevölkerung (einschl. aller Polizisten, Förster, Sportschützen usw.). Diese gründliche Entmilitarisierung des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland im Jahr 1945 schuf ganz sicher eine der Voraussetzungen dafür, daß sich schließlich auch in unserer Bevölkerung eine stabile demokratische Mehrheit herausbilden konnte.

Militärfachleute bezweifeln immer wieder die Realisierungschancen für eine völlige Entwaffnung der im Mythos des Partisanenkampfes großgewordenen Bevölkerung. Vergessen wird bei diesen Einwänden jedoch, daß ein Partisan nur

dann überleben kann, wenn er von der einheimischen Bevölkerung geschützt bzw. aktiv unterstützt wird. Warum sollte jedoch die muslimische Bevölkerung in einem bosnisch-islamischen Dorf serbische Freischärler unterstützen? Dies gilt natürlich auch für kroatisch-katholische Partisanen in einem Wohngebiet der christlich-orthodoxen Serben bzw. Muslime. Mit anderen Worten: Die inhomogene Bevölkerungs- und Religionsstruktur macht einen langanhaltenden Partisanenkampf der Serben gegen eine UNO-Landarmee in Bosnien-Herzegowina höchst unwahrscheinlich. Sollten jedoch die Nationalkommunisten in Belgrad eine solche supranationale Hilfsaktion im geschundenen Bosnien-Herzegowina militärisch vereiteln, dann wäre ein Militärschlag der NATO gegen die großserbisch dominierte ex-jugoslawische Volksarmee nicht zu vermeiden. In einem solchen Fall müßte die NATO den Serben vorher klarmachen, daß ihre Armee jetzt gegen die gesamte NATO-Streitmacht zu kämpfen hätte. Jede serbische Staatsführung wäre verrückt, wenn sie sich auf ein solches Militär-Abenteuer einließe. Auch wenn die GUS-Staaten in bezug auf diesen Konflikt andere Interessen haben und die Serben unterstützen, müßten sie in eine übernationale Pazifizierungsstrategie für den jugoslawischen Vielvölkerraum einbezogen werden.

Das größere Deutschland: Zusehen oder teilnehmen?

Bleibt noch die Frage, ob sich Truppenkontingente der Bundeswehr an einem eventuellen Einsatz der NATO in Bosnien-Herzegowina beteiligen sollten. Oder anders gefragt: Dürfen sich deutsche Soldaten – 50 Jahre, nachdem Hitlers Wehrmacht in Jugoslawien zahlreiche Kriegsverbrechen planvoll und vorsätzlich begangen hat – an einer solchen Friedensaktion beteiligen? Meine Antwort lautet eindeutig: Ja – und zwar gerade wegen dieser Geschichte. Der industriell geplante Völkermord der Deutschen und Österreicher in Auschwitz an den europäischen Juden verpflichtet heute die De-

mokraten in Deutschland (bzw. in Österreich) zu einem eindeutigen Engagement für Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten. Über Umfang und Art einer solchen Teilnahme deutscher Soldaten an einer eventuellen UNO-Friedensaktion in Bosnien-Herzegowina müßte allerdings noch im einzelnen nachgedacht werden. Denn die Ermordung von unzähligen Serben, Juden und Roma durch kroatische Ustascha-Soldateska und deutsch-österreichische Wehrmachts- bzw. SS-Soldaten Anfang der 40er Jahre ist in Serbien noch längst nicht vergessen (vgl. z. B.: Walter Manoschek, *Serbien ist judenfrei* – Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, Beiträge zur Militärgeschichte, Band 38, München 1993). Die damaligen Kriegsverbrechen der Deutschen und Österreicher werden in Serbien heute oft als Vorwand benutzt, um neue Kriegsverbrechen zu verüben. Mit anderen Worten: Die unaufgearbeitete bzw. mystifizierte Geschichte ist eine höchst ge-

fährliche Waffe im postjugoslawischen Schwestern- und Bruderkrieg.

»Wir haben auf dem Balkan mehr Geschichte, als wir bewältigen können«, so Haris Silajdzic, resigniert im Juni 1991. Die Zeiten für einen sensibleren Umgang mit der jüngsten Geschichte der unterschiedlichen Völker auf dem Balkan sind freilich vorerst vorbei. Heute geht es erst einmal darum, daß die UNO der großserbischen Parole des Präsidenten Slobodan Milošević, Serbien sei überall dort, wo Serben leben, entschlossen entgegentritt. Erst wenn die Armeen und Milizen entwaffnet sind, mag ein erneuter Dialog über die Zukunft dieser Vielvölkerkulturen sinnvoll sein. Die friedliche Zukunft der Menschen in Bosnien-Herzegowina wird dann eines Tages freilich – davon bin ich überzeugt – nicht in der künstlichen Errichtung neuer »ethnischer Nationen« liegen, sondern in der gemeinsamen Herausbildung einer »Vielvölkernation«, in der die Menschen- und Minderheitsrechte von allen geachtet werden.

Hilfsgüter für Sarajevo

Foto: dpa/Lopota



Bevor es jedoch dazu kommen kann, müßte die NATO im Auftrag der UNO höchstwahrscheinlich zunächst einmal militärisch intervenieren und Bosnien-Herzegowina darüber hinaus für etwa fünf Jahre besetzt halten. Die bedrohliche Alternative zu einer solchen militärischen UNO-Friedensdurchsetzungspolitik ist die Ghettoisierung und Vertreibung der muslimischen Bevölkerung. Wer das nicht will, muß jetzt handeln: Die angedrohten Einsätze der NATO-Flugzeuge bergen jedoch unkalkulierbare Gefahren für die Zivilbevölkerung. Nur ein gezielter Einsatz von Landstreitkräften könnte dagegen den teilweise offen geführten, teilweise schleichenden Nationalitätenkrieg im bosnischen Teil von Ex-Jugoslawien stoppen. Feuerpausen bzw. Waffenstillstandsgespräche im ehemaligen Jugoslawien sind bestenfalls Atempausen im Völkermord auf dem Balkan. Der Haß ist zu groß.

Daß man heute nur noch über militärische Lösungen redet, hängt auch damit zusammen, daß die politischen Reaktionsmöglichkeiten in den 80er Jahren, also zu einer Zeit, als dieser Nationalitätenkonflikt noch nicht so eskaliert war, von den Westeuropäern nicht ausgeschöpft worden sind. Die offene Unterdrückung der Kosovo-Albaner Anfang der 80er Jahre markiert m. E. eine wichtige Bruchstelle in diesem Konflikt. Damals hoffte man im Kosovo noch auf eine Solidarität aus Westeuropa. Eine gezielte Deeskalationspolitik der EG oder der Sozialistischen Internationalen hätte zu diesem frühen Zeitpunkt noch Aussicht auf Erfolg gehabt. Doch wer in London, Bonn oder Paris interessierte sich damals, 1981, schon für die Menschenrechte im Kosovo?

LUTZ UNTERSEHER

Eine Militärintervention und ihre Folgen

Sowohl manche Konservative als auch einige Vertreter der GRÜNEN sind für eine Militärintervention in Bosnien-Herzegowina eingetreten, um die Leiden der Menschen dort schnell zu beenden. Daß Konservative sich in diesem Sinne äußern, verwundert nicht weiter. Haben wir es doch hier mit einem geistigen Bezugssystem zu tun, in dem die unmittelbare Beantwortung von Gewalt durch Gewalt einen unverändert festen Platz einnimmt.

Moralischer Imperativ oder nüchternes Kalkül

Eher irritiert, daß auch im Lager der Grün-Alternativen mehr als nur vereinzelte Stimmen laut wurden, die einen Einmarsch in das frühere Jugoslawien forderten. Ein wesentlicher Auslöser dafür war wohl die Tatsache, daß uns vor etwa zwei Jahren Nachrichten über massenhafte Greueltaten an der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina – vor allem über systematische Vergewaltigungen von Frauen durch Freischärler, aber auch organisiertes Militär – erreichten und erschütterten.

Bei einigen führte die dadurch ausgelöste Betroffenheit zu noch intensiveren Bemühungen, angesichts einer hochkomplexen, verfahrenen Situation eine angemessene politische Antwort zu finden. Andere wiederum verzagten ob der Einsicht in die Begrenztheit der vorhandenen diplomatischen, institutionellen und militärischen Einwirkungsmöglichkeiten. Und schließlich gab es jene, die gleichsam »kurzen Prozeß« machen wollten. An ihnen, insbesondere wenn sie zum Lager der Grün-Alternativen gehören, fiel auf, daß sie in der Regel all die zusätzlichen Auskünfte schuldig geblieben sind, die ein besorgtes Publikum berechtigterweise verlangt, wenn es sich um eine so riskante Aktion handelt, wie

sie ein »Befreiungsschlag« in Bosnien-Herzegowina darstellt.

So wurde nicht klar, mit welcher politischen Zielsetzung Truppen eingesetzt werden sollten: *nur* zur Befreiung geschundener Menschen oder als Beitrag zu einer stabilen Nachkriegsordnung? Schon gar nicht äußerte man sich dazu, wessen Truppen in welcher Stärke die Aktion in welchem Zeitraum durchzuführen gehabt hätten. Eigentlich war eine Präzisierung auch gar nicht zu erwarten: Man mochte nämlich nicht danach gefragt werden, was aus seiner/ihrer notorischen Ablehnung von Bundeswehr und NATO geworden ist und mit ihrem/seinem Verweis auf die – militärisch zahnlosen – Vereinten Nationen als Not Helfer möglichst nicht beim Wort genommen werden. Und selbstverständlich gab es in diesen politischen Kreisen keinerlei Überlegungen darüber, welche Schäden der geforderte machtvolle Militäreinsatz unter der Zivilbevölkerung hätte anrichten können. Verhältnismäßigkeit der Mittel? Kein Thema!

Es ist, als wäre es vor allem darum gegangen, mit der Forderung nach einer Militärintervention eine Betroffenheit zu annonciieren, die so leicht von niemandem hätte überboten werden können und die einem deswegen in der »Betroffenheitskultur« einen besonderen Status versprach. Der böse, alte Max Weber hat eine solche moralische Haltung, der es zuvörderst darum geht, daß gehandelt wird, die aber die Diskussion der Folgen ausblendet, nicht nur »wertrational«, sondern auch »syndikalistisch« geheißen. Zu insistieren ist, daß dieser Verhaltensorientierung die Moral nicht alleine gehört. Auch »zweckrationales« Handeln, das nach den Folgen fragt, ist – wie Niklas Luhmann verdeutlicht hat – letztlich auf Wertungen angewiesen: nämlich, um zwischen den Ergebnissen unterschiedlicher Strategien wählen zu können.

Wahre Empathie macht rationale, wertgeleitete Strategiewahl unerlässlich; nur durch sie läßt sich langfristig beides erreichen: das gesteckte Ziel und eine Minimierung menschlichen Leides. Auf eine Militärintervention in Bosnien-Her-

zegowina bezogen bedeutet dies ein möglichst konkretes Durchspielen unterschiedlicher Optionen. Das soll hier zumindest ansatzweise geschehen: jenen deutschen Bildungsbürgern, etliche Sozialdemokraten eingeschlossen, zum Trotz, die schon die bloße Befassung mit Militärischem für »militaristisch« erklären.

Zur gegenwärtigen Lage

Um die Möglichkeiten und Risiken von militärischen Eingriffen in Bosnien-Herzegowina abschätzen zu können, müssen wir uns zunächst mit einigen Grunddaten vertraut machen:

Es handelt sich um ein gebirgig-unwegsames, verkehrsmäßig nur unzureichend erschlossenes Gebiet, das ein Siebtel der Fläche Deutschlands ausmacht, mit einer Bevölkerungsdichte, die nur etwa ein Drittel der unseren beträgt. Auf diesem Territorium stehen gegenwärtig (im Frühjahr 1994) die folgenden Armeen bzw. Truppenkontingente: die überwiegend muslimischen Streitkräfte der Regierung von Bosnien-Herzegowina mit etwa 200 000 Soldaten (darunter relativ viele Teilzeitkrieger), die militärisch organisierten Serben dieses Landes in einer Stärke von 120 000 sowie die entsprechenden kroatischen Verbände mit 30–40 000 Kämpfern. Hinzu kommen bis zu 12 000 Soldaten der Republik Kroatien, die in Bosnien-Herzegowina operieren.

An UNO-Truppen gibt es in dieser zerrissenen Republik 15 000 Mann, die bald um 3 500 aufgestockt werden sollen. Ansonsten stehen noch UNO-Kontingente in der Krajina und in Slavonien (16 000) sowie in Makedonien (1 000).

Zwar sind die Regierungstruppen in Bosnien-Herzegowina zahlenmäßig relativ stark, doch mangelt es ihnen an schwerem Gerät. Hierin liegt ein besonderer Vorteil der dortigen Serben, die relativen Personalmangel durch die Feuerkraft vor allem ihrer Panzer und Artillerie kompensieren können. Was die Versorgung mit solchen Hauptwaffensystemen angeht, können sie sich nicht nur

auf örtliche Bestände der früheren – serbisch dominierten – Volksarmee stützen, sondern letztlich wohl auch auf die der heutigen Streitkräfte Rest-Jugoslawiens.

Diese Armee verfügt der »Military Balance« des Londoner Institutes für Strategische Studien zufolge über 1 000 Kampfpanzer, mehr als 1 500 Artilleriesysteme sowie über 3 400 leichte und 3 000 schwere Mörser. (Zum Vergleich: Die deutsche Bundeswehr hatte vor der Vereinigung keine leichten und nur weniger als 1 000 schwere Mörser.) Gerade solche Steilfeuerwaffen sind in gebirgigem Gelände, bei überwiegend infanteristisch geführtem Gefecht, von enormer taktischer Bedeutung.

Die in Bosnien-Herzegowina operierenden »heimischen« Truppen können sich in ihrem Kern alle auf Personal stützen, das in der früheren jugoslawischen Volksarmee, die neben dem mechanisierten Feldheer auch für den Guerillakrieg bestimmte starke Territorialverbände hatte, eine solide infanteristische Ausbil-

dung erhielt. Sollte man die bosnischen Serben durch Luftschläge bzw. deren erneute Androhung ihrer Unterstützung durch schwere Waffen berauben, wären diese damit also keineswegs kampfunfähig. Sie behielten immer noch die Option amorph-fluiden Guerillataktik und wären dann um so schwerer zu fassen.

Eine Stammtisch-Hypothese besagt, daß es sich bei den in Bosnien-Herzegowina gegenüberstehenden Truppen um Kontingente geringer militärischer Leistungsfähigkeit handelt. Das Marodieren, Mordbrennen, Vergewaltigen und nicht zuletzt die Rekrutierung von Abenteurern und Psychopathen aus aller Herren Länder habe diese verdorben. Ein energisches Auftreten disziplinierter, gut bewaffneter und ausgebildeter Verbände militärischer Profis aus dem Westen: und der Horror wäre bald vorüber.

Vorsicht! Es handelt sich nur um eine – nicht einmal sonderlich plausible – Hypothese. Sie im Felde mit dem Risiko der Falsifizierung testen zu wollen, wäre pu-

Französische Blauhelme bei der Ankunft in Rijeka

Foto: dpa



res Vabanquespiel und damit das krasse Gegenteil rationaler Strategiewahl im Interesse der Menschen.

Das mehrfache Dilemma einer Intervention

Eine bereits 1992 durchgeführte interne NATO-Studie kam zu dem Schluß, daß Kampftruppen – nicht Blauhelme – im Umfang von etwa 50 000 Soldaten erforderlich sein würden, wollte man eine mehrere Dutzend von Kilometern breite Schneise zwischen der Adria und Sarajewo schlagen und halten, um die Hauptstadt dauerhaft aus der Umklammerung zu lösen und den geschundenen Menschen der südlichen Herzegowina eine halbwegs sichere Zuflucht verschaffen zu können.

Durchaus denkbar – wenn nicht gar wahrscheinlich – ist, daß eine solche Maßnahme, die sicherlich mit blutigen Kämpfen verbunden wäre, zu einer Intensivierung des Terrors in anderen Landesteilen führen würde. Dies jedenfalls ist die Erfahrung mit der angeblich so erfolgreichen Drohung der mit Lizenz der Vereinten Nationen agierenden NATO, die schweren Waffen der Belagerer von Sarajewo aus der Luft anzugreifen. Der darauf folgende Abzug dieser Waffen und die relativ lokale Beruhigung wurden zumindest zum großen Teil durch verstärkte Aktionen der Serben anderswo aufgewogen.

Eine Ausdehnung der Drohung aus der Luft auf alle Belagerungsringe würde eine enorme Aufstockung militärischen Überwachungspersonals der UNO erfordern (das übrigens schon zur Sicherung der Zone ohne schwere Waffen in und um Sarajewo kaum ausreicht). Eine grobe Schätzung ergibt, daß für die effiziente Kontrolle der unmittelbaren Umgebung der heute bedrohten größeren Ortschaften Truppen in einer Größenordnung erforderlich wären, die auch für den erwähnten »Schneisenschlag« zu veranschlagen sind.

Eine solche Eskalation des UNO-Einsatzes, der aber den Terrortruppen immer noch erhebliche Bewegungsspiel-

räume läßt, birgt die Gefahr in sich, nur örtlich zu »befrieden«, ansonsten aber eher zu provozieren: zu einem weite Landstriche erfassenden, aus der Luft nicht einzudämmenden Guerillakrieg mit »Hit-and-Run«-Attacken. Dies würde auch UN-Kontingente mit zunächst reinen Sicherungsaufgaben immer mehr in die Rolle von Kampf-Formationen hineindrängen. Damit erschiene eine weitere Eskalation programmiert, und es würde plötzlich die Alternative »Rückzug aus dem Chaos oder flächendeckender Einsatz von Bodentruppen« auf der Tagesordnung stehen.

Für einen »erfolgreichen«, also zumindest kurzfristig landesweit (Grabes-) Ruhe herstellenden Einsatz von Landstreitkräften veranschlagt das erwähnte interne NATO-Kalkül einen Personalbedarf von bis zu 500 000 Soldaten. Auch wenn man eine forciert optimistische Rechnung anstellt und annimmt, daß sich der Einsatzraum auf 50–70 % der Staatsfläche beschränken läßt, daß man es nur mit den Serben zu tun hat, von denen im übrigen noch die Hälfte das Hasenpanier ergreifen, ergibt sich für die Interventionstruppe immer noch ein Mindestumfang von ca. 300 000.

Der enorme, ja unverhältnismäßig wirkende Personalbedarf erklärt sich vor allem dadurch, daß es sich um ein in der Tendenz infanteristisches Szenario handelt, in dem »militärische Arbeit« sich nur begrenzt durch schweres Gerät unterstützen läßt – jedenfalls dann nicht, wenn das Ziel der Schadensminimierung unbestritten bleibt. Hinzu kommt, daß mit Guerillapraktiken gerechnet werden muß, die den Repressionsaufwand erfahrungsgemäß besonders personalintensiv machen.

Schon die zusätzliche Bereitstellung von Kampftruppen im Umfang von 50–100 000 Soldaten würde die gegenwärtigen Möglichkeiten der UNO bei weitem überschreiten. Auch scheint es nicht realistisch, wohlhabende Nationen für eine Beteiligung in dieser Höhe gewinnen zu können. Die unterschiedliche Interessenlage einmal bei Seite: Eine große Differenz zum Einsatz gegen den Irak

besteht darin, daß bei einer militärischen Eskalation in Bosnien-Herzegowina mit einem zeitlich eng befristeten Engagement nicht gerechnet werden darf. Die Truppen müßten in etwa halbjährlichem Turnus ausgetauscht werden: mit entsprechenden Folgen für den Bedarf. Zudem wären – anders als im Fall Irak – bei andauernden Kämpfen gegen Leute, die unfairerweise zurückschießen, eigene Opfer in einer Anzahl zu erwarten, die zumindest für westliche Gesellschaften kaum tolerierbar erscheinen.

Um auf einen Umfang der Eingreiftruppen von über 50 000 Soldaten, oder gar von 300 000, zu kommen, gibt es idealiter zwei gleichermaßen unrealistische Wege: zum einen eine rasche UNO-Reform, die der Weltorganisation die Möglichkeit gibt, selbst Streitkräfte zusammenzustellen, zu führen und zu alimentieren, und zum anderen den Versuch, die USA doch noch zu einem massiven Eingreifen zu bewegen.

Im ersten Fall hätten wir es, zumindest in der Anfangsphase mit babylonischem Sprachgewirr, mit einer schlecht integrierten, nicht sehr effizienten Streitmacht zu tun, die durch schlichte Unfähigkeit und wohl auch interne Kontrollprobleme sich selbst, aber auch die zu schützende Bevölkerung in unnötige Gefahr bringen könnte.

Im zweiten Fall würde es sich um Truppen handeln, die jedes Eigenrisiko zu externalisieren trachten und nach dem befremdlichen Motto *Squash 'em all flat!* (Matsch' se alle platt) vorwegnehmend, und ohne genauer hinzusehen, jeden möglichen Widerstand »bereinigen«. Zur Erinnerung: Die Zahl der Ziviltoten des zweiten Golfkrieges wird auch von eher konservativen Quellen auf nicht unter 100 000 geschätzt! So ergäbe sich die furchterliche Perspektive, daß die gemarterten Menschen, die man eigentlich retten will, am Ende noch »versehentlich« umgebracht werden.

Derartige ausufernde Militäraktionen haben im übrigen das Manko, daß Konflikte nur kurzfristig, oder solange Besatzungstruppen verfügbar sind, stillgestellt werden können. Danach ist oft

mit erneutem Entbrennen der Streitigkeiten zu rechnen: sind doch die tieferen Ursachen unberührt geblieben und die Gegensätze durch notgedrungen parteiliches Eingreifen noch verschärft worden.

Gangbare Wege

Den – wie ich meine – alternativenlosen Ausweg bietet ein Bündel von konfliktlösenden Maßnahmen, die als je einzelne wenig eindrucksvoll erscheinen mögen, im Konzert aber vielversprechend sind. Dazu gehören: eine interessengerechte, zähe Diplomatie, politische und ökonomische Sanktionen – aber auch Belohnungen, die Einbeziehung und Förderung völkerverbindender Bürgerinitiativen (NGOs), die Schaffung alternativer, nichtchauvinistischer Öffentlichkeit im Zielgebiet und, last but not least, der vorsichtige, wohl dosierte Einsatz von Militär zum humanitären Schutz.

Dieses Militär sollte in ein klares, konsistentes politisches Konzept eingebunden sein und danach trachten, jede Verwicklung in Kämpfe zu vermeiden, um den eigentlichen Hilfsauftrag nicht zu gefährden.

Zum Schluß noch ein Wort über die Rolle internationaler Streitkräfte vor Ausbruch eines Konfliktes oder in der Frühphase von Auseinandersetzungen: In Makedonien hat die vorsorgliche Stationierung eines – eher symbolischen – UNO-Kontingentes offenbar stabilisierend gewirkt. Und mit gewisser Plausibilität wird geltend gemacht, daß ein »rechtzeitiges« Flugverbot über Bosnien-Herzegowina eine Politik der Konflikteindämmung hätte glaubwürdiger machen können. Doch dies ist eine Frage der Funktionstauglichkeit der involvierten internationalen Institutionen. Militärisch gesehen war und ist eine solche Option unproblematisch.

»Diesmal werd' ich nicht mit ihnen zieh'n ...«

Wie fern sind uns diese Klänge von Franz Josef Degenhardt. Wenn die schwarzen Boote wieder zum Strand getragen würden, wollte er seine Söhne verstecken und ihnen Wachs in die Ohren stopfen: »... sperr meine Knechte mit den Mägden ein, und öffne ihnen meinen besten Wein ...« Wer möchte sich noch zu diesem Pazifismus bekennen? Wolf Biermann ist uns allen vorangegangen mit seinen Worten »Damit wir uns gleich richtig mißverstehen«, mit denen er die Illusion raubte, daß er den Protest gegen den Golfkrieg unterstütze. Wir brauchen uns nicht gegenseitig zu bezichtigen, auf der Skala zwischen Pazifismus und Militarismus nach rechts gerückt zu sein; es hat jeden erwischt, den einen mehr, den anderen weniger: die Möglichkeit eines gerechten Krieges ist in das allgemeine Blickfeld gerückt. Mich beunruhigt die Verschiebung, die sich in mir selbst abgespielt hat, noch mehr als die, die ich bei anderen feststelle, denn mich selbst jedenfalls hatte ich für eine feste Burg des Pazifismus gehalten. Und ich könnte auch keine rationale Erwägung angeben, die mich in dieser Haltung erschüttert hat. Das Ergebnis des Golfkriegs, daß die Verhältnisse in Kuwait restauriert sind und die Bevölkerung im Irak hungert, kann es nicht sein; ob Israel sich wirklich sicherer fühlen kann und nicht im Gegenteil der Gegenschlag der islamischen Welt noch aussteht, bleibt offen. Nein, daran kann es nicht liegen – mein Pazifismus hat einfach angefangen zu wackeln wie ein kranker Zahn, und wenn es so weiter geht, fällt er eines Tages ganz heraus, und ich werde nicht angeben können, warum. Der Zeitgeist hat sich gewendet, und wir gehen mit.

Es ist offenbar 50 Jahre nach dem letzten Waffengang natürlich, daß eine Gesellschaft nervös wird und die schlechten Erfahrungen, die bei der letzten Gelegenheit gemacht wurden, vergißt. Die attraktiven Seiten, die die Frontbildung

für die Gesellschaft hat, treten vor das geistige Auge. Es hat Reiz, sich die männliche Jugend nicht mehr übergewichtig und unmotiviert, sondern staubig und erschöpft, aber rank und strahlend im Kampfanzug vorzustellen. Ob der Krieg wirklich die reinigenden und kräftigenden Wirkungen hat, die ihm zugeschrieben werden, ist sehr die Frage – man hat auch schon gehört, daß er die Menschen schlecht macht; jedenfalls löst seine Abwesenheit nach einer gewissen Zeit eine Unruhe aus, die das helle Bild suggeriert. Für dieses Bild stehen die Worte Hegels, daß eine Gesellschaft ohne Krieg zu faulen beginnt wie ein stehendes Gewässer, über das nie der Sturm geht – und in der Tat können wir die Fäulniserscheinungen feststellen. Noch ruft niemand offen nach diesem Sturm; einer rationalen Betrachtung würde der Ruf ja auch nicht standhalten: zu gut weiß heute jeder Besonnene, daß der moderne Krieg nicht die enthusiastierenden und vitalisierenden Formen hat, auf die sich die Sehnsucht richtet. »Wie oft sind wir geschritten ...« – diese Romantik gibt es nicht mehr, aber als uraltes kollektives Erlebnis, als archetypischer Topos strömt der Krieg noch immer den mythischen Reiz aus, den die Waffengänge sicherlich einmal gehabt haben. Uns verlangt nach der Droge Krieg, eine Sucht macht sich bemerkbar, die, wie jede Sucht, nicht danach fragt, ob ihre Befriedigung nützt oder schadet.

Der Kalte Krieg hatte die in diese Richtung gehenden Bedürfnisse eingefroren. Keinerlei Sehnsüchte gingen dahin, daß die Ost-West-Spannung sich erhitzen und explosiv entladen möge. Nur als Atomblitz und pilzförmige Wolke vor dem Himmel konnte man sich das Ereignis vorstellen, und es erschien unter keinem Gesichtspunkt attraktiv. Einen ganz anderen Charakter hat die Szenerie, die wir jetzt in Bosnien vor uns sehen. Das dortige Gemetzel, von dem die Medien

allabendlich ein treues Bild geben, stößt zwar jeden anständigen Menschen ab, aber doch nicht so sehr, daß er nicht Tag für Tag darüber »informiert« sein wollte. Was man dort sieht, ist nicht der kalte und stumme Strahlentod, sondern echtes archaisches Blutvergießen, und die anthropologisch tief gelagerten Wirkungen, die von diesem Vorgang ausgehen, können sich entfalten: Man möchte dreinschlagen, und diese Aggression kann sich verbinden mit dem humanitären Motiv der Nothilfe, wenn die Opfer vergewaltigte Frauen und Kinder sind. Wie man diesen vom Flugzeug aus helfen kann, bleibt dabei ganz offen.

Natürlich will der Betrachter nicht selbst gehen: das ist ja der Vorteil des Krieges (wie auch seines friedlichen Bruders, des Fußballs), daß man repräsentiert wird, daß stellvertretend junge unwissende Menschen das ganze Kollektiv, für das sie stehen, zu einem kämpfenden machen, und daß sich geistig *alle* an der Front befinden, auch die älteren und alten Männer, auch die Frauen, auch die Kinder.

Der lockende Ruf geht wieder von Sarajewo aus, ungeachtet der Tatsache, daß dieses Wort allein in jedem, der Geschichtsunterricht genossen hat, die Erinnerung »Verhängnis durch Einmischung« wecken müßte; als hätte der Teufel seinen Wohnsitz an diesem gottverdammten Ort (heute, am 20. 3., wurde in Sarajewo allerdings wieder Fußball gespielt), löst sein Name wieder den Impuls aus: »Das kann man doch nicht mit ansehen, da muß man doch dazwischengehen.« Das Dazwischengehen stellt man sich allerdings auch für die stellvertretenden Kämpfer des Kollektivs nicht wörtlich vor. Man denkt zunächst an ein Überfliegen der Situation. Die Bundeswehr annonciert zur Zeit so: »...aus einem Flugzeug der Bundeswehr in tiefster Dunkelheit Lebensmittel über Bosnien abzuwerfen und zu wissen, daß die Flugabwehr auf einen gerichtet ist – das erfordert Tapferkeit, eine Haltung, die von Soldaten erwartet wird.« Die erotisierenden Wirkungen der Gefahr werden hier nicht nur für die wenigen jungen



Flüchtlingslager in Karlovac

Foto: JOKER/Arn von der Osten-Sacken

Männer versprochen, die einen Einsatz fliegen müssen, sondern für die vielen Deutschen, die über die Medien daran teilhaben dürfen. »Wir sind da« ist der neue Slogan der Bundeswehr, und »wir« sind wir alle, auch die Zuschauer im Fernsehsessel, einfach kraft der Zugehörigkeit zur Nation, die sich an solchem Wir-Sagen überhaupt als innere Tatsache formieren möchte, und »da« ist überall, wo es heiß ist. Die segensreichsten Wirkungen für unsere an Untertemperatur leidende, in Unterintegration zerfallende Gesellschaft kann man sich von solchen Aktivitäten versprechen – wenn man vergißt, daß neben gewissen kohäsiven Wirkungen des Krieges, die in der Erinnerung nostalgisch haften, seine tatsächlichen innergesellschaftlichen Folgeerscheinungen Familienzerstörung, Kriminalität, Haß und Mißtrauen sind.

Das Ereignis, daß die Hemmungen gegenüber einer Intervention in Bosnien herabgesetzt hat, war das Marktplatz-Massaker in Sarajewo, bei dem es 60 Tote gab. 60 Tote – das ist das normale Ergebnis eines Pfingstsonntags auf den

**Neuerscheinungen
in der Reihe TEXT + KRITIK
herausgegeben
von Heinz Ludwig Arnold**

Heft 121
Arno Holz
129 Seiten, DM 26,--
öS 203,-- / sfr 27,--
ISBN 3-88377-462-6

Heft 122
Else Lasker-Schüler
etwa 100 Seiten, ca. DM 20,--
ca. öS 156,-- / sfr 21,--
ISBN 3-88377-463-4

Sonderband
Franz Kafka
etwa 250 Seiten, ca. DM 40,--
ca. öS 312,-- / sfr 41,--
ISBN 3-88377-464-2

Die Reihe TEXT + KRITIK
erscheint mit vier Nummern
im Jahr zum ermäßigten
Abonnementpreis von
DM 63,-- / öS 492,-- / sfr 64,--

Nähere Informationen über
mehr als 100 Hefte und Son-
derbände der Reihe finden
Sie in unserem Gesamt-
prospekt, den wir Ihnen
gerne zusenden.

**Neuabonnenten und Inter-
essenten erhalten kosten-
los unser TEXT + KRITIK
notebook mit 100 leeren
Seiten für literarische und
andere Notizen.**

**Verlag
edition text + kritik
Levelingstraße 6 a
81673 München**

TEXT+KRITIK

Zeitschrift für Literatur · Hg. von Heinz Ludwig Arnold · I/94

121
Arno Holz



TEXT+KRITIK

Zeitschrift für Literatur · Hg. von Heinz Ludwig Arnold · IV/94

122
Else Lasker-Schüler



TEXT+KRITIK

Sonderband · Herausgegeben von Heinz Ludwig Arnold · V/94

Franz Kafka



deutschen Straßen. Wir nehmen im eigenen Land jährlich mehr als 10 000 Tote und 200 000 Verstümmelte im Straßenverkehr hin, ohne daß uns Intervention einfiel, schon gar nicht gewaltsames Eingreifen, etwa das Bombardement des Mercedes-Werks oder ein Scharfschützeinsatz auf die Politiker, die das Tempo 130 verhindern – so ein Gedanke erscheint uns geschmacklos, während entsprechende, gegen ferne Serben gerichtete Aktivitäten vollkommen gesellschaftsfähig sind. Sie genießen das uralte Ansehen des Krieges.

Insoweit ist also die für eine kriegerische Intervention nötige geistige Disposition vorhanden. Nur ein wesentlicher Bestandteil scheint – Gott sei Dank – zu fehlen: die Opferbereitschaft. Nicht die Bereitschaft zu materiellen Opfern ist gemeint – man veranschlagt den Gewinn hoch genug, um sich die Sache etwas kosten zu lassen –, sondern die Bereitschaft zu Menschenopfern. Zwar erschien schon einmal Rühes Bemerkung, es würden Opfer gefordert, als Überschrift in der Bildzeitung, aber die Befürchtung, dieses Motiv würde sich wieder einmal selbständig machen, hat sich bisher nicht bewahrheitet. Man hat nicht den Eindruck, daß das Volk bereit ist, ohne Protest Zinksärge in Empfang zu nehmen. Diese Bereitschaft ist anlässlich des ersten in Sarajewo ausgelösten Weltkrieges zu offensichtlich mißbraucht worden; die Ehrenmale, die in allen Städten und Dörfern stehen, wirken nicht mehr als Mahnungen an die Opferbereitschaft für Volk und Vaterland, sondern warnen vor Kriegshetze, nationaler Geltungssucht, Gier nach Beförderungen und Kriegsprofiteuren, den Antrieben, die sich jugendliche Abenteuerlust und Opferbereitschaft zunutze gemacht und mit dem Gedanken an die von menschlichen Körpern gedüngten Felder Flanderns eine Art Geilheit erzeugt haben, die zur Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges noch einmal künstlich hervorgerufen wurde. Deutsche Mütter, so darf man hoffen, werden nicht wieder bereit sein, ihre Todesanzeigen mit der Formel »In stolzer Trauer« zu unterzeichnen.

DOKUMENTATION

Tilman Fichter in der »Geistigen Welt«

Was würde eigentlich passieren, wenn in Sarajevo Protestanten oder Katholiken und nicht Moslems lebten? Hätten in einem solchen Fall nicht unsere Regierungen längst dafür gesorgt, daß die NATO dort – falls nötig auch mit Waffengewalt – eingegriffen hätte? Doch so wie die Bevölkerungsmehrheit in Sarajevo nun einmal aussieht, wiederholt sich dort – zugegebenermaßen schleichend – das Menschheitsdrama von Auschwitz erneut. (. . .)

Statt über Luftangriffe müßte meines Erachtens über ein anderes Konzept nachgedacht werden. So provozierend das auch klingen mag: Es geht um die vollständige Entwaffnung aller Kriegsparteien und um die Demilitarisierung dieses Landes, um auch langfristig einen Frieden auf dem Balkan zu sichern. Dazu müßten die Eliteeinheiten der europäischen und nordamerikanischen Armeen Bosnien-Herzegowina in einer gemeinsamen Aktion besetzen und die gesamte Bevölkerung beziehungsweise die diversen Streitkräfte entwaffnen. Ziel einer solchen Militäraktion sollte die »Entmilitarisierung« dieser Region sein. Alle Waffen würden beschlagnahmt, und die ausländischen Freischärler beziehungsweise Söldner müßten sofort das Land verlassen. (. . .)

Die Russen sind gegenwärtig ökonomisch so schwach, daß man bei UNO-Friedensvorstellungen nicht zu sehr auf sie Rücksicht nehmen sollte. Die russischen Blauhelm-Soldaten sollen wohl in erster Linie die Interessen der Serben vor Ort wahrnehmen und zugleich Jelzin helfen, sein Gesicht im eigenen Land nicht zu verlieren. (. . .)

Heute geht es vielmehr erst einmal darum, daß die europäischen Länder der großserbischen Parole des Präsidenten Slobodan Milošević, Serbien sei überal, wo Serben leben, entschlossen entgegengetreten.

Erst wenn die dortige Bevölkerung entwaffnet ist, mag ein erneuter Dialog über die Zukunft dieser Vielvölkerkulturen sinnvoll sein. (. . .) (DIE WELT, 26. 2. 94)

Peter Glotz an Tilman Fichter

Bonn, 14. 3. 1994

Lieber Tilman, erst jetzt hatte ich Gelegenheit, Deinen Beitrag *Die Gewalt entwaffnen* in der GEISTIGEN WELT vom 26. 2. 94 zu lesen. Es drängt mich, dazu eine Bemerkung zu machen.

Ich sehe von vielen Einzeleinwänden ab. Das geht los mit dem Ort der Veröffentlichung. Ich schreibe ja auch ganz bewußt, bei »gegnerischen« Zeitungen. Herr Zitelmann allerdings ist mit seinem »kämpferischen Konservatismus« schon ein fragwürdiger Partner. Der treibt es ja sogar mit der JUNGEN FREIHEIT. Aber das lasse ich genauso dahingestellt wie die Frage, warum Du Dich so plötzlich zum Balkanexperten entwickeln willst, obwohl Du nun wirklich keiner bist. Leider strotzt Dein Artikel von vielen, in Deutschland weitverbreiteten antiserbischen Klischees. Kein Wort über die Brutalitäten der Kroaten gegenüber der serbischen Minderheit in der Kraina. Kein Wort auch über die systematischen Versuche der Moslems, eine internationale Militärintervention durch Terroranschläge, die den Serben in die Schuhe geschoben werden, herbeizuzwingen. Es ist nachgewiesen, daß die Moslems zu genau diesem Zweck 1991 ein französisches Flugzeug abgeschossen haben. Und nicht nur das. Im übrigen unterrichte ich Dich darüber, daß nach Auskunft unseres Außenministers immer noch unklar ist, von wem das Massaker angerichtet wurde, welcher das NATO-Ultimatum letztlich aufgelöst hat. Es gibt plausible Hinweise darauf, daß bestimmte Kampfgruppen unter den Moslems auch nicht davor zurückschrecken, eigene Leute in die Luft zu sprengen, wenn das eine entsprechende publizistische Wirkung hat. In der Wissenschaft nennt man dies »Greuelpropaganda« oder »Propaganda der Tat«.

Deine Grundidee, daß die einzige »Lösung« dieses Konfliktes ein regelrechter Krieg und eine daran sich anschließende langjährige Besetzung wäre, teile ich. Das Problem ist nur: Eine solche, viele Milliarden Dollar kostende Aktion wird von keiner der betroffenen Mächte in Erwägung gezogen. Ich bezweifle auch schlicht, daß ein amerikanischer Präsident seinen Bür-

gern in Idaho oder Texas klar machen kann, warum junge amerikanische Soldaten dafür sterben sollen, daß Bihac moslemisch oder Mostar kroatisch bleiben oder werden. Vergiß bitte nicht, daß es in Kabul, Tbilissi oder Maputo genauso schlimm zugeht wie in Sarajevo. Warum ein großer Krieg in Sarajevo und nicht auch in den übrigen dreißig Konfliktherden, die derzeit brennen? In diesem Zusammenhang erschüttert mich auch, daß ausgerechnet Du Sarajevo mit Auschwitz vergleichst. Sarajevo ist eine Stadt, in der sich drei Volksgruppen bis aufs Messer bekämpfen, wobei eine an diesem Kampf größere Schuld haben mag als zwei andere. Inzwischen kämpfen allerdings auf jeder Seite Massenmörder. Auschwitz ist das Symbol für den Versuch, ein wehrloses Volk systematisch auszuradieren, und zwar aus »russischen« Gründen. Ich halte diesen Vergleich für leichtfertig; er unterstützt Geschichtsrevisionisten wie Ernst Nolte.

Was mich aber wirklich aufgestört hat, ist Dein Satz: »Die Russen sind gegenwärtig ökonomisch so schwach, daß man bei UNO-Friedensvorstellungen nicht so sehr auf sie Rücksicht nehmen sollte.« Das ist nun wirklich ganz abwegig. Erstens ist das falsch; vergiß bitte nicht, daß die »schwachen« Russen immer noch über genügend Atomwaffen verfügen, um uns alle in die Luft zu blasen. Zweitens aber verstehe ich die Logik nicht. Rücksicht nehmen soll man nur auf Staaten, die stark sind? Dann darfst Du niemals auf ein Entwicklungsland Rücksicht nehmen. Mit solchen öffentlich gemachten Bemerkungen treibst Du doch den großrussischen Machtpolitikern die Hasen direkt in die Lücke. Die Folgerung aus Deinem Satz lautet: Die Deutschen verkehren mit uns nur vernünftig, wenn wir stark sind und sie vor uns Angst haben müssen. Ich halte das für einen gefährlichen Rückfall in ein Denken, das Deutschland schon einmal in die Isolation getrieben hat.

Peter Glotz

Tilman Fichter an Peter Glotz

Bonn, 24. 3. 1994

Lieber Peter, Rainer Zitelmann ist m. E. ein kämpferischer »Jungkonservativer«,

der sich durchaus in der Tradition des »Tat-Kreises« sieht. Da ich ähnlich wie Du der Meinung bin, daß »Demokratie« letztlich »Diskussion« ist, schreibe ich auch bewußt in gegnerischen Zeitungen. Ob es Zitelmann mit der »jungem Frechheit« treibt, entzieht sich meiner Kenntnis. Soviel ich weiß, hat er dort einmal ein Interview gegeben. Augenblicklich führt er einen redaktionsinternen Krieg gegen die – wie Zitelmann die Mehrheit seiner Redaktionskollegen nennt – »domestizierten Konservativen« und stürzt so die »Welt« in heftige hausinterne Turbulenzen. »Das Politische« wird momentan von Konservativen erneut entdeckt. Noch vor zwei Jahrzehnten – darauf hat Jürgen Seifert kürzlich hingewiesen – sprach man im konservativen Lager vom »Ende der Politik« und beschwor die »Unregierbarkeit« der modernen Industriegesellschaft. Seit dem Epochenbruch von 1989 wird deutlich, daß gestaltende Politik noch immer möglich ist. Hier ist die Linke jetzt auch inhaltlich gefordert. Diskussionsverweigerung und Maulkörbe helfen hier mittelfristig nicht weiter. Vielmehr muß die Linke neue Antworten auf die weltweite Absatzkrise und die schwere Strukturkrise in Deutschland finden. »Nothing goes« könnte das Motto heute in Bonn heißen. Denn das Wessi-Wohlstandsgehege scheint gefährdet, und in Deutschlands neuem Osten sind die Plattmacher unterwegs. Die Zeit des bloßen Politik-Verwaltens ist vorbei. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Konzepten der Rechtsintellektuellen jenseits der Union wird sich angesichts dieser Konstellation nicht vermeiden lassen.

Ich bin kein Balkan-Experte und war Mitte der 60er Jahre auch kein Vietnam-Experte. Trotzdem stimmte unsere Einschätzung damals, daß die Regierung der Vereinigten Staaten einen Krieg gegen das Volk in Vietnam führten. Ich erinnere in diesem Zusammenhang bloß an die ökonomischen, politischen und militärischen Analysen des Arbeitskreises »Südvietnam« im Berliner SDS 1965/1966. Während wir damals bereits im Februar 1965 die amerikanischen Bombardements auf die »Demokratische Republik Vietnam« im Norden des Landes kritisieren, fuhr der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, Ende April 1965 nach Washington und ließ sich dort von Präsident

Lyndon B. Johnson umfassend über die amerikanische Vietnampolitik informieren. Brandts Kommentar nach seiner Rückkehr am 26. April 1965: »Ich gehe zwar nicht als Apostel für die amerikanische Südostasien-Politik nach Deutschland zurück. Aber ich habe Verständnis gelernt und werde in Deutschland um Verständnis für die amerikanische Haltung bemüht sein.« Es wäre freilich besser gewesen, Willy Brandt hätte damals vielleicht weniger auf seine außenpolitischen Berater und mehr auf sein Herz gehört. Denn eine Intervention ist eine Intervention.

Genauso ist für mich heute deutlich, wer letztlich an der bosnischen Tragödie die größte Schuld trägt. Denn jede friedliche Lösung des Balkankonflikts scheitert zur Zeit an den Kriegszielen Serbiens, einen geschlossenen großserbischen Staat bilden zu wollen. Dies ist zweifellos die heutige Maximalposition von Slobodan Milošević, während die Minimalposition (zumindest bis vor drei, vier Jahren) ein föderales Jugoslawien unter Führung der Serben gewesen ist. Die ideologische Ausgangsposition der derzeitigen serbischen Politik ist das »Memorandum« der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (SANU) in Belgrad aus dem Jahre 1986. Einer der Kernsätze in diesem Memorandum lautet: »Der serbische Staat erfuhr seine fast vollständige Auflösung im föderalen Jugoslawien der Nachkriegszeit.« Darüber hinaus analysierten die Verfasser dieses Memorandums, daß Jugoslawien ohne konsequente Reformen auseinander fallen müsse. Um diese Reform durchzuführen, ergriff Milošević die Macht in Belgrad und startete seine »antibürokratische Revolution«. Ein Ziel dieser Politik war u. a. die Wiederherstellung der ethnischen Vorherrschaft der Serben im Kosovo. Der europäischen Öffentlichkeit ist dieser Kosovokonflikt seit nunmehr rund zehn Jahren vertraut. Damals wäre noch Zeit genug gewesen, um in Belgrad durch gezielten Druck aus Bonn, Paris, London oder Washington die Menschenrechte im Kosovo zu verteidigen. Doch wer in Europa interessierte sich in den 80er Jahren schon für den aufkeimenden Nationalitätenkonflikt im Kosovo? Nur einige wenige linksliberale Journalisten und diverse kleine Men-

schenrechtsorganisationen. Der Faktor Zeit spielt also bei solchen Nationalitätenproblemen nach wie vor eine zentrale Rolle.

In meinem Artikel in der WELT habe ich u. a. darauf hingewiesen, daß die »Russen« gegenwärtig »ökonomisch so schwach« seien, daß man in Westeuropa bei »UNO-Friedensvorstellungen« nicht zu sehr auf russische geopolitische Interessen im Balkan »Rücksicht« nehmen sollte. Du hast deshalb in Deinem Brief die »Logik« meiner Argumentation kritisiert. Deshalb hier noch einige Bemerkungen zu den deutsch-russischen Beziehungen in der Periode nach dem Sowjetkommunismus.

Die deutsche Außenpolitik steht heute gegenüber Rußland vor einer Kernfrage: Soll das neuvereinigte Deutschland auch künftig die russischen Sicherheitsinteressen, so wie dies alle Bundesregierungen in Bonn seit Abschluß des Moskauer Vertrages im Sommer 1970 faktisch getan haben, höher bewerten als die nationalen Interessen der zahlreichen alten und neuen kleineren Staaten in Ost- und Mitteleuropa? Der polnische Deutschlandkenner und Publizist Adam Krzeminski warnt die deutsche Außenpolitik schon seit längerer Zeit vor einer Fortsetzung solch privilegierter Beziehungen Deutschlands gegenüber Rußland. Schließlich sei der »sowjetrussische Sonderweg« mittlerweile jäh an seinem Ende angelangt. Demnächst verlassen die letzten GUS-Soldaten der »Westgruppe« den Boden der Ex-DDR.

Moskau müsse endlich – so Adam Krzeminski in zahlreichen Artikeln in der deutschen Presse bzw. in Fernsehinterviews – begreifen, daß die GUS-Reststaaten heute keine hegemoniale Landmacht mehr seien. Je früher die Staatsführung in Moskau – und ich bin in Versuchung auch zu sagen in Bonn – dies begreife, um so größer seien die Chancen für eine langanhaltende Beruhigung der politischen Konstellation in Mittel- und Osteuropa. Wenn Krzeminskis These richtig ist, dann sollte die deutsche Außenpolitik schnell begreifen, daß durch den rapiden Zerfall der UdSSR jenseits von Oder und Neiße ein Vakuum existiert. Gleichberechtigte Beziehungen zu allen und ost- und mitteleuropäischen Staaten wäre deshalb m. E. ein Zeichen von Klugheit.

Im übrigen ist momentan ein militärisches Engagement der GUS-Staaten bzw. der Ukraine im ehemaligen Jugoslawien über eine längere Periode nur dann möglich, wenn die westlichen Industriestaaten in der UNO einen solchen Militäreinsatz der russischen bzw. ukrainischen Militärs finanzieren. Grundsätzlich ist gegen eine Teilnahme der GUS-Staaten und der Ukraine an UNO-Aktionen in Bosnien-Herzegowina nur dann nichts einzuwenden, wenn Moskau und Kiew sich allmählich damit abfinden, daß sie nicht länger als panslawistische Großmächte auf der balkanischen Szene auftreten können. Denn das »heilige Rußland« als »Wahrer der Orthodoxie« gehört inzwischen wahrlich der Geschichte an.

Nun noch kurz einige Anmerkungen zu meinem Vergleich zwischen dem Terror der bosnischen Serben gegen die muslimische Zivilbevölkerung und dem Holocaust. Du hast recht, wenn Du darauf hinweist, daß Auschwitz das Symbol des versuchten industriellen Völkermords an einem wehrlosen Volk aus rassistischen Gründen ist. Sarajevo dagegen ist für einen großen Teil der zivilisierten Welt mittlerweile das Symbol dafür, daß gegenwärtig in Europa aus politischen wie religiösen Motiven ein Vernichtungsfeldzug gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe geführt werden kann. Damit verfolgen viele Serben das Ziel, einen von ihnen befürchteten »islamischen Sperrriegel« von Tirana, Pristina, Skopje bis nach Istanbul um jeden Preis zu verhindern.

Die »ethnischen Säuberungen« der bosnischen Serben erinnern nun leider wirklich an die Untaten der ss-Totenkopfverbände in Polen, in der Ukraine und in Weißrußland. Aber Westeuropa ließ die Menschen in Sarajevo fast zwei Jahre im Stich. Eines sollten wir aber nicht vergessen: der Krieg in Bosnien-Herzegowina begann am 5. April 1992, als unbewaffnete Demonstranten in Sarajevo gegen den Krieg im zerfallenen Jugoslawien demonstrierten. Damals schossen serbische Heckenschützen auf unbewaffnete Demonstranten.

»Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken«, – so Rosa Luxemburg 1913 in einem Gedenkartikel auf Karl Marx –, »aber sie machen sie selbst.«

Tilman Fichter

GABRIELE DIETZE

Nachdenken über Christa W.

Vom Mythos der verratenen Revolution

Ich gebe es zu: Mürrisch und nicht ohne Häme habe ich auf Christa Wolfs neuestes Buch gewartet. Die Ärgernisse hatten sich aufsummiert: Die anmaßende Inanspruchnahme der deutschen intellektuellen Emigration in Kalifornien, als die Autorin zu einer eigenen lang vergangenen Stasimitarbeit Stellung nehmen mußte; die Erinnerung an das Ungeschick, so spät und risikolos mit der Überwachungs-novelle *Was bleibt* an die Öffentlichkeit zu treten und sich in einer Opferposition zu präsentieren; ihre Blindheit, *Für unser Land* auf einem gewendeten Sozialismus zu bestehen, gegen den das Volk schon längst mit den Füßen abgestimmt hatte; das Unvermögen zu begreifen, daß sie als Autorin mit Paß und Staatspreisen, Vorstandsarbeit im Schriftstellerverband und früheren Kandidatenstatus des ZK der SED auch von ihren Landsleuten eher zur Nomenklatura als zu den Unterdrückten gerechnet wurde; die schnelle emotionale Flucht in das Verfolgungssyndrom als Frau, als Intellektuelle, als Sozialistin, als okkupierte Ostlerin. . . All das hatte sich verbunden mit einem steigenden Unbehagen an der Rolle, die Nachkriegsintellektuelle beider Deutschländer im Zuge der Vereinigung einnahmen und -nehmen: Stefan Heyms Herrenreiterekel an angeblicher Bananensucht und Wühltischgier seiner Landsleute, Günter Grassens erst kürzlich relativiertes Diktum, daß nach Auschwitz keine Wiedervereinigung möglich sei, wobei er gegen den ausgesprochenen Volkswillen der Ostdeutschen zu einer vernachlässigbaren Größe erklärte, des Pen-Präsident Gerd Heidenreichs Paranoia, man habe die Kritik an Christa Wolf eigens erfunden, um den finalen Sieg über Westdeutschlands kritische Intelligenz zu zelebrieren.

Und doch hat sich ganz gegen andere Erwartungen aus diesem Lärm der Verlautbarungen und Schlammringkämpfe mit dem »falschen« Zeitgeist, dem Schock, Gegenstand öffentlicher Kritik zu sein, ja vielleicht sogar an der Schwelle der Vernichtung des eigenen Ruhms und Nachruhms zu stehen, ein stilles, ein nachdenkliches Buch hervorgearbeitet. Natürlich ist es nicht der große Wurf, die literarische Reflexion der an der Verwundung der Person durchgearbeiteten Zeitgeschichte. Verhielte es sich so, wäre es ein Wunder, das stut-

zig machen sollte, das uns an der Empfindlichkeit, Empfindsamkeit Christa Wolfs zweifeln lassen müßte, die eben gerade Voraussetzung für ihr künstlerisches Werk ist.

Die »literarischen« Texte dieses Sammelbandes sind eher spärlich, fast all in dieser Kategorie sind Auftragsarbeiten für Sammelbände der bildenden Kunst, Rezensionen, Festreden zu Heinrich Böll, Hans Mayer, Grace Payley, Paul Parin, Max Frisch, Otl Aicher, Friederike Mayröcker, Anna Seghers. Ein paar wenige Einzeltexte, vielleicht 20 Seiten insgesamt, haben jenen Grad an sprachlicher Durchformung, die sie zu eigenständigen Kunstwerken macht. Das ist der kleine Text *Nagelprobe*, Katalogbeitrag zu einer Ausstellung von Günter Uecker von 1991, fünf Seiten einer Selbstreflexion mit der Überschrift *Befund*, drei Seiten *Anwandlung* von 1992, dann 1993 ein zwölfseitiges Brief-Prosagedicht *Rückäußerung* an Volker und Anne Braun, das sich zum erstenmal rückhaltlos mit den Unsagbarkeiten des »vergessenen« Stücks Stasi-Vergangenheit auseinandersetzt. Viel klarer als die idyllisierenden, noch in der Tradition von *Sommerstück* stehenden Tagebuchnotizen *Woserin, 27. September 1991* und *Berlin, 27. September 1993*, geben sie Auskunft über die Größe und Plötzlichkeit des Schocks, der für Christa Wolf die öffentliche Kritik an ihrer Person und Arbeit bedeutet hat. *Nagelprobe* gibt sich ganz Bildern von Qual und Folter hin, wobei immer wieder Sätze aus dem Text springen, die unmittelbar zur Applikation auf die Lage der Autorin einladen. Eine üppige Phantasie über die Eiserne Jungfrau, einst gebraucht, um »Hexen« eine zugeschriebene »Schuld« geständig zu machen, eröffnet den Text. Sprachliche Assoziationen über Nagelproben, »damit die Wahrheit endlich Tropfen für Tropfen aus ihr herausgetrieben wird«, drehen sich hinein in einen fiktiven Angriff auf die »Verfolger« (im westdeutschen Feuilleton, steht zu vermuten): »Manche treffen immer jeden Nagel auf den Kopf. Oder sie treffen unfehlbar jeden anderen Kopf. Unfehlbar immer jeden anderen Kopf.« Unschwer ist der Schlüsselcharakter dieses Textes zu erkennen, der sich über Jagd- und Kreuzmotive zu einem persönlichen, mit *Prinzip Hoffnung* getitelten Passionsgedicht verdichtet: »Genagelt/ans

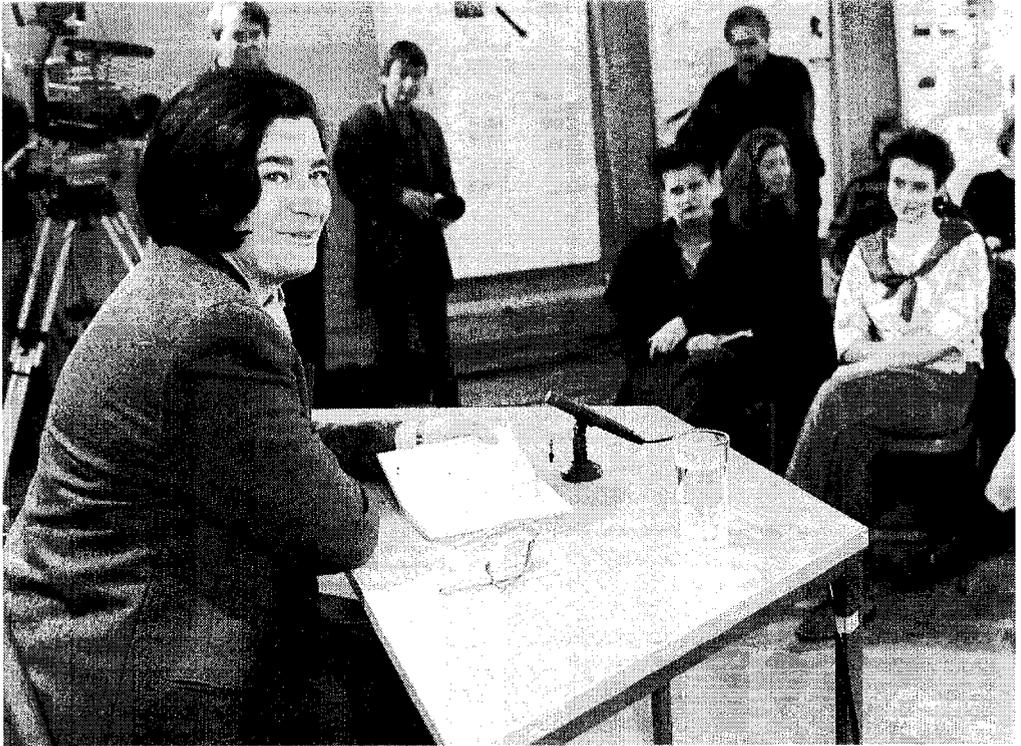
Kreuz der Vergangenheit/Jede Bewegung/ treibt/die Nägel ins Fleisch.« Die Camouflage von *Nagelprobe*, nicht in eigener Sache zu sprechen, sondern zu einem Künstler, dessen Arbeiten für seine Obsession mit Nägeln bekannt sind, erlaubt eine direkte Äußerung über Verletzungen, die in den essayistischen und biographischen Textstücken eher umgangen wird.

Der kleine Text *Befund* entwickelt die Metapher eines »Gesträuchs«, das sich im Rachen der Ich-Erzählerin ausbreitet und immer mehr Worte verschlingt und unsagbar macht, es beginnt mit den Abstrakta Wahrheit, Treue, Liebe und Verrat, bemächtigt sich schließlich des unschuldigen Adjektivs »ehrlich«, bis es am Schluß Frieden schließt mit seinem Menschenwirt in gemeinsamem Schweigen. Dieses Gleichnis läßt sich in viele Richtungen lesen, auch als Anklage, daß man es der Autorin verwehrt, jenen »humanistischen« Diskurs zu sprechen, der ihre geistige Existenz ausgemacht hat. Man kann diese Parabel aber auch mit einer im selben Buch dokumentierten Bemerkung von Jürgen Habermas konfrontieren: »Dieser »Arbeiter und Bauernstaat« hat mit seiner politischen Rhetorik fortschrittliche Ideen zu seiner Legitimation mißbraucht [...] Ich fürchte, daß diese Dialektik der Entwertung für die geistige Hygiene in Deutschland ruinöser sein wird als das geballte Ressentiment von fünf, sechs Generationen gegenaufklärerischer, antisemitischer, falsch romantischer deutschmüelnder Obskurantisten.« Eine der Stärken von Christa Wolf besteht darin, daß sie zwar auf sich selbst bezogen leidenschaftlich einseitig ist, aber trotzdem, wie sie auch schon in ihrem Buch zur Stasi-Akte bewiesen hat, andere Lesarten und Kritik zuläßt und selbst dokumentiert, wie hier kritische Äußerungen von Günter Grass und Jürgen Habermas.

Was sich im Disput mit dem Westen defensiv im Rekurs auf das eigene Leiden und mit dem Hinweis auf aberkannte »Verdienste« versperert, öffnet sich in der »Rückantwort« an Volker und Anne Braun 1993 über das Fegefeuer der Offenbarung eigener kurzer IM-Tätigkeit vor 30 Jahren. Eine nachdenkliche Selbstbefragung hebt den Nebelvorhang von Leidensmetaphern und Passionsgeschichten, im Ton des Brechtschen Lehrgedichts, also noch immer nicht frei von Botschaft und erzieherischem Impuls, aber doch nach Maßgabe der Umstände und der Zeit selbstkritisch, ohne in die Falle der ritualisierten Selbstkritik des Machtdiskurses zu verfallen. »Es gibt lese ich / ein Menschenrecht auf Irrtum / Gibt es ein Menschenrecht auf eine IM-Akte.« In klaren Sätzen wird eingeräumt, daß eine Wahl, »Nein« zu sagen, bestan-

den hätte, das die Erinnerung zwischen Loyalität mit den regierenden »Sozialisten« und eigenen schlechten Gründen versickert ist, daß die Autorin, wenn vielleicht niemand Fremden, so doch sicherlich sich selbst geschadet habe, selbst wenn es nur auf den Stoßseufzer hinauslaufen sollte. »Es ist so schwer, gehaßt zu werden.« Eine persönliche Bilanz ergibt unter dem Strich »Ich aber das ist neu für mich / kann mich auf nichts und niemand mehr berufen / Zuschanden gingen meine Heiligen mir / und die Instanz / bei der Berufung einzulegen wäre / nimmt von mir keinen Auftrag an.« Der Umbruch eines Bewußtseins ist hier zu studieren, labyrinthisch, aber beharrlich forschend, ein Blick in den Spiegel mit entzündeten Lidern, selten sich die Linderung des Selbstmitleids gestattend, eine Verpuppung unter Qual: »Den Prozeß / den ich gegen mich eröffnen habe / muß ich ohne Beistand führen [...] Mir schwant / das unrecht haben / mir gut tun kann.« Die große Nachkriegsautorin hat die Sorgfalt und Genauigkeit in der individuellen Weltwahrnehmung in der privaten Zeitgenossenschaften in der Hitze des Gefechts nicht verloren.

Doch es gibt auch eine andere Seite von Christa Wolf, wo sie als öffentliche Person auftritt, als repräsentative Intellektuelle, Symbolfigur der »besseren« DDR, wo sie nicht für sich, sondern für andere spricht. Zwischenzeitlich, im Fegefeuer der Stasidebatte, wurde ihr dieser Part fast zu schwer, und doch hat sie die Bühne erneut betreten mit einer Grundsatzrede *Zur Sache Deutschland*, gehalten im Februar 1994. Für Christa Wolf und noch einige andere in der DDR verbliebene Autoren ist die Geschichte der Wiedervereinigung gleichzeitig die einer Niederlage und die eines persönlichen Gründungsmythos. Die Niederlage besteht darin, daß das Konzept des Sozialismus zusammen mit den bösen Greisen seiner schlechten Verwalter im historischen Orkus verschwunden ist. Der Gründungsmythos besteht in der Demonstration vom 4. Oktober 1989 und ihrer eigenen Podiumsrede mit dem Kernzitat »Man stelle sich vor, es ist Sozialismus, und keiner läuft weg«. Fast alle politischen Texte des Bandes nehmen darauf Bezug. Der sehr späte Durchbruch von der Autorin, die sich neben dem Ringen um ein Stück »Wahrheit« in ihren literarischen Arbeiten als eine Art stille Maklerin oder Anwältin der Volksinteressen gegenüber der Staatsmacht gesehen hatte, zur aktiven Widerstandspolitikerin, ja zur »Revolutionärin«, war geschafft und gleich wieder verwehrt. Den ersten Traum hatte ihr die Herrschenden kaputtgemacht, den zweiten die ehemals Beherrschten. In beiden



Christa Wolf liest aus »Unter den Linden«

Foto: dpa/Machowina

Fällen hatte Christa Wolf eine Avantgarde-Position eingenommen, die der kritisch »Bleibenden« der Anwälte und die der revolutionären Symbolfigur. In beiden Fällen repräsentierte sie die »bessere« DDR. Für beide Positionen wurde ihr innerhalb von Tagen und Wochen der Boden entzogen. Die Partei zerfiel ebenso schnell wie das Volk der DDR, das bald nur noch *ein Volk* sein wollte.

Die abgehalfterte Avantgarde reagiert gekränkt, auch Stefan Heym, Christoph Hein, Günter de Bruyn, auch unter leicht anderen Vorzeichen Heiner Müller. Das plötzliche Ausmaß der eigenen Bedeutungslosigkeit, die Erfahrung des nicht mehr Benötigtwerdens läßt sie wie Fische auf dem Trockenstranden. So waren die DDR-Intellektuellen dann die ersten, die wieder das Wort gegen die »neue Zeit« ergriffen, von Kolonisierung, Enteignung, Raub der Vergangenheit, Negierung der »Verdienste« redeten. Doch jetzt schlug ihnen ein unerwarteter Wind ins Gesicht. Das Volk der DDR erinnert sich plötzlich an sogenannte »Privilegien«, die die Genossen Schriftsteller mit Pässen, Datschen, West-Lektüre versorgt hatten. Das westdeutsche Feuilleton entdeckt die »Gesinnungsästhetik«, zweifelt die Nachkriegsüberkunft beider Deutschländer an, daß dieses

ungehobelte Volk »repräsentative Intellektuelle« weiterhin nötig hat, die die Wunden der Vergangenheit offenhalten, den »besseren« Deutschen darstellen. Und zu allem Überfluß läßt die Stasi-Debatte die persönliche Integrität einiger Leitfossilien zumindest zweifelhaft erscheinen. Man hat doch stets das Beste gewollt, immer im Interesse anderer gesprochen, ja Gefährdungen auf sich genommen, ist Risiken eingegangen, immer im Bewußtsein der moralischen Richtigkeit der Aufgabe. Dunkle Mächte werden geargwohnt, irgendwo müssen Ränke geschmiedet worden sein. Sogar eine Psychologie vormaliger »Unterlegenheit« des Westens wird konstruiert. Mehrfach weist Christa Wolf darauf hin, daß man sie wohl in der Vergangenheit sehr gefürchtet haben muß, um jetzt soviel Befriedigung in der Rache zu finden. Denn all das kann kein natürlicher Prozeß sein, so schandbar ist das »Gute« doch nie in Mißkredit geraten. . . Der Verständnissfaden zwischen Ost und West scheint gerissen zu sein, falls er denn je unter realen Bedingungen gesponnen wurde. Die Übereinkünfte scheinen verbraucht zu sein. Man entdeckt plötzlich Unterschiede an Begriffen, die vormalig gesamtdeutsche Einheitsfronten ermöglichten. Spricht man heute von Antifaschismus, kritisiert man nach Osten, daß er

zur Rhetorik und zur Legitimationsideologie eines überlebten Machtssystems verkommen war.

Im Osten moniert man, jenseits der Elbe habe man notwendige Verbindung von Kapitalismuskritik und Antifaschismus vergessen. Im Westen mahnt man Kollektivschuld und Sühne für die Opfer der systematischen Menschenvernichtung des Faschismus an, aus dem Osten wird historischer Revisionismus und Entehrung des kommunistischen Widerstands (Tilgung von Straßennamen) beklagt. Der Neofaschismus wird abwechselnd als Lumpenphänomen des Spätkapitalismus oder als Ventil-Reaktion einer vormals realsozialistisch gegängelten Jugend verstanden.

Der entscheidendste Dissens besteht aber in jeweilig umgekehrter Hierarchisierung von Freiheit und Gleichheit. Während für die Intellektuellen des Ostens in der Gleichheit die Wurzeln von Humanität und Mitmenschlichkeit stecken und in der Freiheit die Gefahren von Manchesterkapitalismus und Nationalismus lauern, schlummern für viele westdeutsche Intellektuelle in der Gleichheit die Langeweile des Egalitarismus und die Gefahren der Erziehungsdiktatur. Die Freiheit im Gegensatz dazu ist der Garant für Menschenwürde und künstlerische Entfaltung. Folgerichtig gilt die paradigmatische Solidarität der Welt-Intellektuellen Salman Rushdie und die der Ost-Intellektuellen bevorzugt dem »Fall Christa Wolf«.

Ostdeutschen Intellektuellen war es möglich und in gewisser Weise selbstverständlich, zu Manifestationen des Volkswillens zu schweigen. Sie taten das zum 17. Juni 1953, der Schriftstellerverband schickte eine Solidaritätserklärung an das ZK, sie taten das 1956 zum Ungarnaufstand. Die wenigen, die die Konterrevolutionsthese – wenn auch schweren Herzens – nicht übernehmen wollten, zahlten einen hohen Preis, wie Walter Janka; sie taten das 1961 beim Mauerbau, weil sie hofften, die Einsperrung eines ganzen Volkes würde das richtige Kleinklima für den Sozialismus erzeugen; sie taten das 1968 zum Einmarsch der Russen in die ČSSR, wo auch Christa Wolf im NEUEN DEUTSCHLAND am 4. September 1968 eine Ergebnisadresse abdrucken ließ. Erst 1976 mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann, als einer der Ihren betroffen war, kam eine Petition an die Oberen zustande. An dieser Konfrontation läuterten sich Dichterbiographien sowohl im westdeutschen Exil wie auch im Osten, die sich die Souveränität des Denkens und Gestaltens ohne Blick auf Kulturkonferenzen und ZK-Plenen zurückgewannen, Kunert, Kirsch, Schädlich, Jentsch dann im Westen, Endler, Erb, Wolf, Mickel, Braun, Müller, Heym im

Osten. Die Ich-Werdung durch Widerstand in eigener Sache.

Die westdeutsche Entwicklung lief da nicht aus eigenem Verdienst, sondern auf Grund anderer Vorgaben anders. Mit einer demokratischen Verfassung mehr beschenkt als ausgestattet, rieb sich die Intelligenz an der politischen Macht, am Antikommunismus der Adenauerzeit, der satten Behaglichkeit des Wirtschaftswunders an der Vergeßlichkeit gegenüber der Geschichte. 1968 erfaßte dann die Revolte eine ganze Generation, die sich an Vätern, Pfarrern, Lehrern, Politikern, Polizisten und abarbeitete. Wenn Christa Wolf in *Zur Sache: Deutschland* schreibt: »Wann waren Deutsche, als Masse, so undeutsch: humorvoll, heiter, unverbissen locker, voller Lebensfreude?« und damit die historische Einmaligkeit des 4. Oktober 1994 meint, würden Millionen Westdeutsche antworten: Das erleben wir seit 30 Jahren, angefangen mit dem Ho-Ho-Ho Tshi Minh der Vietnamkampagnen, dem »Arsch hoch und Zähne auseinander« der Antirassismorallyes, meinetwegen auch zu Tüx oder St. Christopher's Street Day. In der BRD wurden weniger Petitionen geschrieben als Zeitungslastwagen blockiert. Die Staatsmacht wurde nicht als Partner mit der richtigen Gesinnung, aber der falschen Politik gesehen, sondern als Feind. Mit kaum verborgener Verständnislosigkeit sah man daher vom Westen, wie spät und zögerlich die DDR-Autoren sich der »Wenderevolte« anschlossen, wie schnell sie sich gegen die Wiedervereinigung stellten, wie bereitwillig sie beklagten, okkupiert und entmündigt und ihrer Vergangenheit beraubt zu sein. Gemäß den obigen Überlegungen waren sie das auch tatsächlich. Sie hatten ihre Funktion, einzige Relaisstation von Wahrheit zu sein, einzige, wenngleich geheimdiplomatische, Botschafter des unterdrückten Volkes zu sein, verloren. Eine Position, die sie sich 1976 mit der Biermann-Petition als Widerstandsidentität erst wirklich erworben hatten. *Kassandra* und *Störfall* konnten erst dann entstehen. Trotzdem hat Christa Wolf den Spagat, mit den Herrschenden im Gespräch zu bleiben, weiterhin fertiggebracht und sich nicht in eine Nischenexistenz wie z. B. Elke Erb und Adolf Endler zurückgezogen, die als Avantgarde-Eltern Kontakte zu den neuen Mikrokulturen des Prenzlauer Berges knüpften. Das ist einer der vielen Gründe, warum Christa Wolf diese große Wertschätzung und Liebe im Osten noch immer genießt. Man fühlt sich ihr ähnlich im leisen Widerstand und in der oberflächlichen Anpassung. Die Angriffe, denen sie sich aus dem Westen ausgesetzt sah: Daß man sie nicht als ein Opfer der Staatssicherheit an-

erkennen, daß sie an einem Übermaß an »Gesinnung« und einem Mangel an Zivilcourage verfüge und daß sie den kleinen Loyalisierungszumutungen der Stasi nicht vollständig widerstehen konnte, all das trifft ebenfalls voll ins Herz der Ostbefindlichkeit: Das Selbstverständnis von sich selbst als Opfer (sozialistischer und kapitalistischer Machthaber), das Wertbewußtsein einer »humanistischen Gesinnung« als erhaltenswertes DDR-Erziehungsgut und die Lust am Vergessen der kleinen Verratshandlungen, die zum Durchkommen irgendwie immer unterliefen. In Christa Wolf wurde die Volksseele sozusagen symbolisch abgestraft, all das, was gut, richtig und wichtig war und ist. So gesehen ist es kein Zufall, daß jüngst der Veranstaltungssaal für Christa Wolfs große Rede *Zur Sache: Deutschland*, der das Buch beschließt, gleich dreimal hätte ausverkauft werden können. Paradoxerweise ist Christa Wolf gerade durch die jüngsten Anfechtungen erneut zur Symbolfigur der Ostdeutschen geworden. »Ich selbst bin Protagonistin, es geht nicht anders, ich bin ausgesetzt, ich habe mich ausgesetzt«, macht sie sich Mut.

Unter dem recht unzutreffenden Titel *Abschied von Phantomen* artikuliert sie einen neuen Mythos, der atmosphärisch zwar schon lange in der Diskussion ist, hier aber klare Form und Botschaft erhält: Der Mythos von der verratenen Revolution. In ironischer Geste entfaltet Christa Wolf über Wilhelm Buschs Struwwelpeter die unselige deutsche Revolutionsgeschichte, wo sich schon 1848 eine Koalition der Klugen und Wohlmeinenden die Revolution habe entwinden lassen wie später dann 1989. Sie präsentiert eine okkupierte und enteignete Nation. Um Würde und Geschichte gebracht, von egoistischen Westdeutschen, die nicht ‚teilen‘ wollen, ausgeschlossen und kritisiert. Damit trifft Christa Wolf gewiß die Befindlichkeit ihrer Mitbürger, nicht unbedingt aber die Sachlage, wie sie aus dem Westen wahrgenommen wird.

Es gibt eine lange und unselige Tradition deutscher Geschichtslegenden, oder man könnte es auch schärfer formulieren, von Realitätsverleugnung bis tief in die Sprache hinein. Bei uns brechen »Kriege aus«, die vorsätzlich erklärt wurden, werden sie anschließend nicht verloren, sondern eine unbesiegte Front durch »Dolchstöße« in der Heimat gemeuchelt, werden Diktatoren nicht gewählt, sondern installieren sich durch eine »Machtergreifung«, wird das Land nicht besetzt, sondern »befreit«. Das von dem historischen Desaster niedergeschlagene Volk kann sich nicht mit seiner Mitschuld auseinandersetzen, weil es soviel »mitgemacht«

hat. Wer vom Mitmachen sprach, meinte die Bombennächte und eigenen Kriegstoten und verriet doch im Wort schon, was eigentlich verleugnet werden sollte. So ähnlich verhält es sich mit der verratenen Revolution. 1989 ist keine Revolution verraten worden, weil es keine gegeben hat. Die DDR ist an der Schwäche der Sowjetunion und an der massenhaften Fluchtbewegung ihrer Bürger zu Freiheit und Wohlstand gescheitert. Sie ist auch nicht vom Westen »okkupiert«, sondern ihre Bürger haben zuerst im eigenen Parlament Wiedervereinigung und dann DM und »Blühende Landschaften« in freier und geheimer Wahl gewählt. Das Volk ist nicht enteignet worden, sondern es hat schon zuvor keineswegs über seine Fabriken verfügt. Die Verkaufssummen dieses Volkseigentums decken nur einen Bruchteil dessen ab, was die Treuhand für die Erhaltung von Betrieben ausgibt. Die Politiker der neuen Bundesländer werben händeringend um West-Investoren, genügend Spezialisten für Justiz und Verwaltung können auch mit sogenannten »Buschzulagen« nicht rekrutiert werden. Solidarsteuer und monatliche Milliardentransfers an Renten- und Sozialkassen haben ein »Teilen« zu einem Alltagsphänomen gemacht, das sich zwar in der Anonymität der Steuererklärungen abspielt, nichtsdestotrotz aber »real existent« ist.

Doch das verständliche östliche Entsetzen über Arbeitslosigkeit, Industriebrachen, Abwicklungen, neue Rechtsnormen, Auflösung der Solidarsysteme und Vereinzelung läßt sich nicht über diese Art Faktenanerkennung lindern. Trost wird gebraucht, eine Vergewisserung des Eigenwertes, eine Legende über Verrat und Betrug beginnt sich zu bilden und sucht nach Artikulation. Christa Wolf in ihrem nach Erkenntnis ringenden Verständnis, in ihrer Betroffenheit soll auch hier wieder der unterdrückten Wahrheit Stimme verleihen, wie sie es schon in *Kassandra* tat, als sie dem Volk und den Herrschenden sagte, daß Troja, sprich das alte System, zum Untergang verurteilt ist. Jetzt amalgamieren sich eigene Verletzungen mit den Gefühlen der Enttäuschten zum Mythos von der verratenen Revolution.

Mir scheint, es werden hier eher Phantome willkommen geheißen als verabschiedet. Das Beharren auf dem Opferstatus und die Reklamation des humanistischen Wertekatalogs werden zu Balsam auf den Seelen der Enttäuschten. Die Wirklichkeit wird als angetane begriffen: die »Geschichte entsorgt«, die »Frau an den Herd« zurückbeordert, die »soziale Spaltung« installiert, eine »neue Oberschicht« importiert und die deutschen Schriftsteller sind schon wieder heimatlos im eigenen Land, auf der

Schwelle zum Exil. Das marxistische Diktum, das »Geschichte gemacht« wird, es darauf ankommt, die »Welt zu verändern«, scheint vollständig aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden zu sein. Statt Kampf um ein selbstbestimmtes Leben im Nutzen und zum Nutzen der Freiheit verordnet man sich Trauerarbeit, Klagestunden und Schuldzuweisungen. Wortführende Intellektuelle beider Deutschländer – auch Walter Jens und Günter Grass nehmen ähnliche Positionen ein – tragen mit solchen Reden wenig zur Einigung der gespaltenen Nation bei. Sie bestärken die angeblichen »Opfer«, die neuen Bundesbürger, in ihrer Passivität, die angeblichen »Täter«, die Westdeutschen in ihrem mürrischen Ressentiment, geben den selbstgerechten Affen beider Deutschländer Zucker. Damit zieht man keine Staatsbürger heran, sondern Klageweiber auf beiden Seiten. Der dringend benötigten zivilen Gesellschaft der Selbstverantwortung erweist man damit einen Bärendienst.

ELISABETH ENDRES

Nachforschungen über eine Wahl

Wie unterwandert war der ›Verband deutscher Schriftsteller?‹

Es war im Februar dieses Jahres. Da wollte die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG etwas Sensationelles erfahren haben. Thomas Rietzschel hatte die passende Überschrift parat: »Entlarvt. Wie der vs gelenkt wurde.« Solche Aussagen liebt das Land. Wieder einmal ein schöner Stasi-Skandal. Der Hintergrund: An der Freien Universität Berlin gibt es einen »Forschungsverband SED-Staat«, der die Unterlagen des SED-Archivs durchsucht und dabei manchmal fündig wird. Es muß nicht immer Herbert Wehner oder Manfred Stolpe sein. Auch der Verband deutscher Schriftsteller in der IG MEDIEN ist ein interessantes Thema, dessen man sich gerne annimmt. Besonders in den Gazetten, in denen ein Tarifkonflikt zwischen der Gewerkschaft und den Zeitungen voraussehbar ist.

Nach 1968 . . .

Wir erfuhren, daß im Frühjahr 1984, also vor gut zehn Jahren, der Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR, Hermann Kant, und sein Erster Sekretär, Gerhard Henniger, sich in München aufhielten. Hermann Kant hielt eine Dichterlesung. Über Gespräche, die am Rande dieser Veranstaltung stattfanden, berichtete Henniger dem Zentralkomitee seiner Partei, daß er den bundesdeutschen Verband der Schriftsteller recht hübsch gegängelt habe. Er wollte/konnte die Wahl von Ingeborg Drewitz zur Bundesvorsitzenden verhüten und wohl auch die von Erich Loest.

Nun kann man über dergleiche Notizen verschiedener Meinung sein. Selbst in sehr demokratischen Ländern, in denen man nicht um Ausreise-Erlaubnis kämpfte, ist es schon vorgekommen, daß ein Regierungsvertreter oder ein Mensch, der das Geld von der Regierung erhält, seine eigene Rolle herausstrich und dabei einen Konflikt mit der Wahrheit auf sich nimmt. Henniger hat sicher übertrieben. Aber ein Treffen hat stattgefunden. Dieter Lattmann erinnert sich. In dem Restaurant *Picasso* in der Hiltenspergerstraße (München-Schwabing) saßen etliche Personen beisammen. Er selbst, der Gründervater des vs, Bernt Engelmann, der angeschlagene Noch-Vorsitzende des Verbandes, die beiden DDR-Gäste, und die fast vollständige Redaktion der Zeitschrift KÜRBISKERN, also vor allem Friedrich Hitzer, der Chefredakteur und langjährige Schriftführer des vs Bayern. Konspiriert hätten sie nicht.

Marionetten seien sie natürlich auch nicht gewesen. Überhaupt haben doch die Regierungen, die Parteien, die gesellschaftlichen Institutionen in diesen Jahren Gespräche mit östlichen Verbänden geführt. Was ist dabei? Was war anrüchrig? Niemand kann und will allzuviel Auskunft geben. Immerhin weiß man soviel: Die Zeitschrift KÜRBISKERN war kommunistisch orientiert; viele Mitarbeiter gehörten der DKP an. Friedrich Hitzer stand dieser Partei so nahe, daß er an Treue manche Mitglieder übertraf. Wenn es eine Verschwörung gab, dann hätte der Konferenzraum des Verlags einen besseren Ort abgegeben. Und wer sagt, daß man sich dort ohne die Anwesenheit Lattmanns und Engelmanns nicht noch einmal absprach? Aber bevor wir uns in Spekulationen verlieren, sollten wir uns erinnern! Was war eigentlich dieser vs, über den jetzt soviel geredet wird?

Alles hatte sich nach 1968 abgespielt, in den Folgejahren einer Revolution, die sich nicht politisch durchsetzte, sondern im Kulturellen verlor. Man wollte eine andere Welt und setzte

eine andere Lebensart durch. Die Verdammten dieser Erde errangen die Macht nicht, aber es wurde möglich, ohne Krawatte und mit Turnschuhen repräsentativ aufzutreten. In den ganz frühen 70er Jahren, als sich das Scheitern schon andeutete, wurde den Schriftstellern etwas Exzellentes geboten. Sie konnten Gewerkschafter werden.

Man kann sehr viel gegen Dieter Lattmann sagen. Aber am Anfang stand seine Leistung. Er hat die Schriftstellerverbände aus ihren konservativen und unproduktiven Verbindungen erlöst und jenen Verband deutscher Schriftsteller begründet, der etwas Neues aufbauen sollte. Auf den Kongressen, die er veranstaltete, brillierten Günter Grass, Heinrich Böll, Martin Walser. Da wurde vom »Ende der Bescheidenheit« gesprochen, von der »Einigkeit der Einzelgänger«. Und es gab ein Stück Utopie. Wir wollen in die IG DRUCK/PAPIER eintreten, jene Gewerkschaft, die sich inzwischen zu der IG MEDIEN mauserte. War das ein Jubel! Ein neues Wir-Gefühl war produziert. Selbst Willy Brandt war gekommen, um sich Schriftstellers Leid und Freud anzuhören.

Natürlich hat es die Diskussion gegeben. Wäre es nicht klüger, sich der schwächeren GEWERKSCHAFT KUNST anzuschließen? Dieter Lattmann war dagegen. Und er hatte die kommunistenfreundlichen Leute auf seiner Seite. Diese kleine Gewerkschaftslösung würde lediglich zu Querelen führen, zu innergewerkschaftlichen Kämpfen. Man mußte sich nicht nur mit den Schwierigkeiten auseinandersetzen, die böse Feinde verursachten. In diesen frühen Jahren war jeder Vertreter der bürgerlichen Presse ein Gegner. Die FAZ, die ZEIT. Überall wurden Bedenken angemeldet, überall wurde gegen diese Bedenken angekämpft.

Bayern und Berlin

Aber es gab andere Schwierigkeiten, ganz schön hausgemacht. Es gab Bayern und Berlin. Die Einigkeit der Einzelgänger wich der Fraktionierung. In Bayern saß Friedrich Hitzer, DKP-nahe. In Westberlin saß Hannes Schwenger, ein Juso aus dem Bilderbuch. Und daneben Yaak Karsunke, nicht minder offen einem wilden und dogmatischen Sozialismus. Einige Leute bezeichneten die Berliner als Trotzkiten, womit sie nur freie, chaotische Menschen meinten, die natürlich nicht in eine Industriegewerkschaft paßten.

Und als Dieter Lattmann, der inzwischen Bundestagsabgeordneter der SPD war, auf den Vorsitz des Verbandes verzichtete, gab es Neuwahlen, in denen die sogenannte Beton-Frak-

tion, die von Friedrich Hitzer geleitet wurde, den Ton angab. Am Anfang stand freilich eine Niederlage. Die Bayern nominierten als Nachfolger Martin Gregor-Dellin. Aber der Hesse Horst Bingel siegte. Eine seltsame Gegenkoalition hatte ihn gekürt. Die Sache scheiterte, was auch daran lag, daß Bingel den Aufgaben nicht gewachsen war. Es wurde lebhaft gestritten, und nicht nur Autorenfeinde sahen das Ende der Einigkeit gekommen. Und jetzt, im Jahr 1976, kam ein Bayer im engeren Sinn des Wortes an die Spitze des Verbandes: Carl Amery. Wenn es in dieser ganzen Affäre je einen integren Mann gegeben hat, dann trug er diesen Namen. Er trat auch innerhalb der Gewerkschaft sehr entschieden auf. Er protestierte gegen die angeblich arbeitsplatzfreundliche Unterstützung der Atomindustrie. Und er wußte auch, wo man sich in Moskau für Schriftsteller wie Juri Trifonow einzusetzen hat. Er ist auch der einzige unter vielen vs-Funktionären, der heute offen zugibt, daß die bundesdeutschen Linksintellektuellen ihre Schwierigkeiten mit den Dissidenten aus dem Osten hatten. Wir wollten Frieden, Anerkennung des anderen Deutschlands, der anderen eurozentrischen Welt.

Wir wehrten uns gegen jede Denunziation linker Gesinnung, die mit einem Hinweis auf mieseste östliche Praxis verbunden war. Aber ging es noch um Frieden, oder schon um Krieg, als Bernt Engelmann im Jahr 1977 vs-Vorsitzender wurde? Auch er war ein Kandidat der Bayern. Immer noch protestierte man gegen den Osten, gegen die Verletzung der Menschenrechte. Aber die Formulierungen waren pflaumenweich. Manche hielten die Hand vor den Mund, wenn sie von den special relationships zwischen Engelmann und der DDR sprachen. Hannes Stein, der in der FAZ schreibt, hat es wunderschön formuliert: »War Bernt Engelmann ein Einflußagent der Stasi, oder verhielt er sich freiwillig so, als sei er einer?«

Man wußte doch, woher Engelmann das Material für seine Bücher bezog. Hermann Kant war ein lieber Gast. Und Engelmann ein für alle seine Freunde sehr sympathischer, liebenswürdiger Gastgeber. Nur wem zu Nutzen? Zugunsten jener Friedenskongresse, die ursprünglich von Hermann Kant und Bernt Engelmann ausgingen, die später, als sie das sogenannte Weltniveau erreicht hatten, von Stephan Hermlin, dem Gentleman des Ostens, übernommen wurden? Das hat damals viele junge Herzen bewegt. Selbst dort, wo man das Rechte vermutet, also bei der CDU, gab es Stimmen, die begeistert klangen: Frieden ist doch das Wichtigste. Heute möchte man diesem Ge-



Mit Stasihilfe VS-Vorsitzender: Bernt Engelmann gratuliert Hans-Peter Bleuel 1984 in Saarbrücken

Foto: dpa/Wieseler

fühl recht geben. Aber der Frieden war damals in den 70er Jahren eine instrumentalisierte Angelegenheit.

Dann begann in Polen die Unterdrückung der Solidarnosc, einer gewerkschaftsähnlichen Vereinigung, die zuerst einmal Demokratie einfordern wollte. Sie wurde unterdrückt. Und dabei sollte auch der polnische Schriftstellerverband verboten werden, der sich in der schönen Tradition eines Emile Zola für die Freiheit, für die Menschenwürde eingesetzt hatte. Bernt Engelmann war für die bundesdeutsche Resolution verantwortlich, die sowohl vom VS wie vom P.E.N.-Klub ausgegeben wurde. Man forderte im Sinn eines subalternen Protestes die Zulassung »eines« Schriftstellerverbandes. Natürlich hätte es anders lauten müssen. Man hätte gegen die Auflösung des existierenden Schriftstellerverbandes lostoben sollen, dessen Wiederzulassung verlangen müssen.

Saarbrücken

1984 hielten die Mitglieder, die Delegierten des VS die Spannung nicht mehr aus. Bernt Engelmann war angeschlagen. Der Verband sollte sich erneuern. Natürlich war er von Anfang an ein linker Verein gewesen. Schriftsteller, die

sich einer Gewerkschaft anschließen, sind ein gutes Stück linker als normale Arbeiter, die in der Gewerkschaft ihre Interessenvertretung ausmachen. Sie sind ein gutes Stück emotionaler, empfindlicher.

Und damit zu Saarbrücken. 1984 fand die Delegiertenversammlung statt. Man erinnert sich. Im März 1994 wurde dieser Erinnerung nachgefragt. Die Geschichtskommission des VS sollte ergründen, wie verhandelt VS-Vertreter mit dem Osten waren. Keine leichte Aufgabe. Zumal sich die Kommission sehr demokratisch verhielt. Aus jedem, auch aus jedem neuen Bundesland, sollte ein Vertreter, eine Vertreterin nachfragen. Was war eigentlich geschehen? Es gab eine Bewerberin für den Bundesvorsitz: *Ingeborg Drewitz*. Jahrelang hatte sie sich für die Solidarität der Einzelgänger eingesetzt. Sie war auch schon einmal zugunsten Carl Amerys abgeschmettert worden. Jetzt sollte sie siegen. Auch die Bayern, die Betonfraktion und ihr Anhang hatten sie nominiert. Nur, wollten sie die Bayern wirklich? War die Nominierung eine Finte, um dann, wenn alles ernst wird, doch einen Kandidaten zu präsentieren, der so viel besser als die diffuse Drewitz oder die diffus gemachte Drewitz in das Bild des VS paßt? Sie hatten ihn bereits. Er hieß

Hans Peter Bleuel. Wer ihn als Sachbuch-Autor nicht kennt, erfährt jetzt von seiner Existenz. Er gewinnt die Wahl mit einer Stimme Mehrheit bei sehr vielen Enthaltungen. Und bis zum heutigen Tage betont Hans Peter Bleuel, was er geleistet hat, wie prima er doch war. Müssen wir über Intrigen sprechen? Haben die Berliner, Hannes Schwenger und Co., hier vielleicht eine Schlacht gewagt, die von vornherein verloren war? Sie wollten eine Drewitz, die sich anständigerweise gegen die Polenresolution aussprach, die für die Menschenrechte stand.

So lautete das Motto in Springen ›Menschenrechte oder Frieden‹. Die Alternative ist eine Erinnerung an den Kalten Krieg. Ein anti-kommunistischer Westen instrumentalisierte den Begriff ›Menschenrechte‹, um alles abzublocken, was links, was gewerkschaftlich erreicht werden sollte. Mehr Bewegungsfreiheit, mehr Lohn. Und doch hatten viele Rednerrecht. Es gab die schreckliche Unterdrückung von Menschenrechten im Osten. Viel früher als wir haben dies die Franzosen erkannt. Es wurde gequält, es wurde gefoltert. Das andere schöne Wort heißt Frieden. Die Leute wußten nichts oder wollten nichts wissen von der Fragwürdigkeit, von der Instrumentalisierung des Begriffs. Die Vertreterin der Menschenrechte verlor. In Saarbrücken wurde nicht Ingeborg Drewitz gewählt, sondern Hans Peter Bleuel. Die Betonfraktion aus Bayern hatte wieder einmal gesiegt. Man kann von Intrigen sprechen, die in jeder Partei, jeder Gewerkschaft, in jedem Kaminchenzüchterverband an der Tagesordnung sind. Die Delegierten waren keine Marionetten des Ostens. Sie haben, ohne es zu wollen, lediglich ein Signal gesetzt.

In Springen sprach nach langem Schweigen der Berliner Journalist Hans-Georg Soldat. Als er nach Saarbrücken flog, hat ihn der vs Berlin eingeweiht. Man will nicht die Drewitz, man will andere Vertreter des Verbands. Er war vorsichtig geworden. Er hörte bei dem Kongreß ein Wispern, andere Stimmen, andere Motivationen. Also doch eine Intrige? Es wäre ein Witz. Die Betonfraktion, die Münchener Vereinigung zur Vernichtung aller freien linken demokratischen Kräfte, hätte sich in Saarbrücken wirklich nicht verschworen. Sie hätte wirklich in der Erkenntnis von Ingeborg Drewitz' offensichtlicher Krankheit zugunsten von Hans Peter Bleuel entschieden. Und jetzt würden sie angeklagt werden. Für all die Schweinereien, die sie früher begangen hatten.

Wenn der vs weiterhin existieren will in der engen Verbindung mit der IG MEDIEN, muß er über seine Vergangenheit nachdenken. Ob er dabei alles eruieren kann, was früher, vor zehn

Jahren geschah, sei dahingestellt. Wenn heutzutage Detlef Hensche darüber redet, daß auch Politiker mit fragwürdigen östlichen Staaten debattieren, hat er völlig recht. Die CDU sprach mit der DDR, sie spricht mit China. Nur ist das Herz nicht dabei. Wir kennen die Gesetze der Machtpolitik. Aber in den 70er, den 80er Jahren der linken Bewegung war alles anders.

Erich Loest und sein Polenplan

Die Autoren wollten etwas völlig Perverses. Sie wollten *Liebe*. Sie erhofften sich aus Absprachen, aus Beschlüssen, aus Kontakten so irgendetwas wie einen Versöhnungshimmel für ihre verwundeten Seelen. Das konnte ihnen weder die Gewerkschaft, noch Hans Peter Bleuel geben. Die Gewerkschaft versuchte Rechte herauszuschlagen, ein Mustervertrag wurde entworfen. Was kann ein Verband dafür, wenn ein Autor sich nicht daran hält. Es ist doch ein Glück, ein Buch publizieren zu können. Das ist die eine Seite. Die andere Seite erzählt uns von dem erfolgreichen Autor, der seine Gesetze diktiert. Die Zeiten sind vorbei, in denen die großen Autoren sich zur Solidarität bekannten. Man darf nicht die Schuld den schrecklichen Querelen des vs zuweisen. 1984 gab es noch etwas wie die Einigkeit der Einzelgänger. Günter Grass, Heinrich Böll, Siegfried Lenz haben sich für Ingeborg Drewitz engagiert. Sie fürchteten, daß sich sonst die mit dem Kommunismus verbandelten Kräfte durchsetzen könnten.

Gibt es heute eine vergleichbare Koalition? Zum Beispiel: Könnten sich heute Autoren zusammensetzen, um einen Erich Loest zu fördern, der vieles gutmachen will? Er hat einen Polenplan, der sich gegen den damaligen Pseudoprotekt wendet. Vier Autoren sind ausgesucht worden: Christa Wolf, Günter Grass, Siegfried Lenz, Marcel Reich-Ranicki. Sie sind alle geboren in dem Gebiet, das heute Polen heißt. Sie stehen für Verbindungen. Sie wollen sprechen, sie wollen etwas in Bewegung bringen. Der vs geriet in die Krise angesichts einer schlimmen Polen-Resolution. Vielleicht könnte er diese Krise überwinden, wenn Erich Loest und sein Vorschlag anerkannt würden.

Das geschehe nicht nur zugunsten des Verbandes. Er bedarf sehr wohl der gewerkschaftlichen Aktivität, des Einsatzes für freie Mitarbeiter und dergleichen. Aber darüber hinaus muß etwas leuchten, Freude machen; der Plan von Erich Loest wäre ein Beispiel.

Demokratische Gelassenheit

Da sage niemand mehr, unsere Volksvertreter seien nicht kulturbeflissen. Nur selten in den letzten Jahren waren 525 von ihnen im Deutschen Bundestag versammelt, selten wurde so heißblütig um eine Entscheidung gerungen und unter Mißachtung jeglichen Fraktionszwanges abgestimmt. Seit dem 25. Februar 1994 steht es nun fest: Christo Javacheff darf 14 Tage lang den Berliner Reichstag mit 100 Quadratmeter seidig schimmernden Stoffen verhüllen.

Der 58jährige, aus Bulgarien stammende Künstler, der dem *Nouveau Réalisme*, eine der Wiegen der Aktionskunst, zugeordnet wird, hat Beharrungsvermögen bewiesen: 23 Jahre lang diskutierte er mit Politikern, versuchte, sie von seinem Reichstags-Projekt zu überzeugen. Auf Widerstand zu stoßen, war er gewohnt: Der Plan etwa, die Brücke *Pont Neuf* zu verhüllen, »einzupacken«, führte zu heftigen Diskussionen mit dem damaligen Pariser Oberbürgermeister Jacques Chirac, der meinte, es handele sich um Kunst für eine »elitäre Minderheit«, die Bürger hätten für ein solches Projekt kein Verständnis. Als die *Pont Neuf* 1985 dann dank der Unterstützung des Präsidenten Mitterrand in neuem Gewand die Seine überbrückte, strömten hunderttausende keineswegs verständnislose Bürger nach Paris.

Doch diese Auseinandersetzungen sollten nichts im Vergleich zu dem sein, was Christo in der Bundesrepublik erwartete. Die Idee entwickelte der international renommierte Künstler, dem immer der Geruch des Till Eulenspiegels anhaftete, im Jahr 1971. Im Februar 1976 stellte er das Projekt erstmals der Öffentlichkeit vor. Dreimal wurde das Projekt offiziell von den jeweils zuständigen Bundestagspräsidenten abgelehnt: 1977 von Karl Carstens, 1981 von Richard Stücklen, der sich weigerte, Christo vorzulassen. Er ließ ihm mitteilen: »Wenn Ihnen der Papst die Genehmigung gibt, den Petersdom zu verhüllen, dann bekommen Sie von mir die Genehmigung für den Reichstag.« Fast habe er damals die Flinte ins Korn geworfen, berichtet der Künstler. Ihm Mut gemacht habe Willy Brandt, der ihn im Herbst 1981 in New York besuchte, ihm seine Unterstützung zusicherte. Sechs Jahre später erteilt der Bundestagspräsident Philipp Jenninger Christo eine erneute Absage. »Es heißt immer, Künstler seien die unlogischsten Menschen der Welt«, so kommentierte Christo leicht genervt. »Das stimmt nicht. Das trifft eher auf Politiker zu.«

Erst Rita Süßmuth bekundete Sympathie, doch zur Entscheidung fehlte der Mut. Bundeskanzler Kohl war's leid und gab die Entscheidung an den Bundestag weiter. Er, dezidiert Gegner des Projektes, mußte eine Niederlage einstecken: 292 Abgeordnete stimmten für die zeitweilige Verhüllung, 223 dagegen. Die Beharrlichkeit Christos, immer wieder aufs neue den Sinn dieses Projektes zu erklären, hat zumindest bei der Mehrheit gefruchtet. Ihm geht es nicht darum, den monumentalen Gründerzeitbau des Oppenheimer Architekten Paul Wallot, dessen ästhetischer Wert immer wieder kontrovers diskutiert wurde, zumindest zwei Wochen den Blicken der Bevölkerung zu entziehen. Der Künstler spielt – gerade dadurch, daß seine Werke zeitlich befristet sind, nicht für die »Ewigkeit« geschaffen sind – mit dem Element des Zeitlichen. Seine Werke weisen aber über diese Erfahrung von Vergänglichem, dem Moll-Akkord, der sich durch die ganze Kunstgeschichte zieht, hinaus.

Christo: »Wenn ich ein Gebäude verhülle oder mit der Landschaft arbeite, will ich ja auf den Symbolgehalt der Dinge aufmerksam machen, die so vertraut sind, daß sie schon gar nicht mehr wahrgenommen werden.« Dieser Verweis auf den Symbolgehalt des deutschen Reichstags drohte ihm zum Verhängnis zu werden: Hatte er doch zu Beginn vor allem darauf verwiesen, daß dessen Geschichte untrennbar mit den Nationalsozialisten verbunden sei. Er berichtet über das Gespräch mit einem Bundestagsabgeordneten, der ihm unmißverständlich erklärt habe: »Ich bin dagegen, weil es Erinnerungen weckt, wenn wir Gebäude, die mit dem Nazi-Regime in Verbindung gebracht werden, für Kunst benutzen. Wie sollen unsere Freunde in Israel darüber denken?« Auch das Reichstagsgebäude als Symbol der Trennung zu definieren und zuletzt auch als das der deutschen Wiedervereinigung, schien nicht weiterzuhelfen. Die verschiedenen Begründungen, mögen sie auch die wechselvolle Geschichte widerspiegeln, zeigten, so seine Kritiker, daß er das Gebäude nicht genügend würdigen könne.

Doch gerade diese Debatte um den Symbolgehalt, für Christo Bestandteil seiner Kunst, läßt das Acht-Millionen-Dollar-Projekt, das den deutschen Steuerzahler keine müde Mark kostet, schon jetzt zum vollen Erfolg werden. Kaum eine Zeitschrift, in der nicht die Geschichte des Gebäudes aufgearbeitet wurde: 1894 errichtet, mit einem sinnigen Planungs-

fehler – die Arbeitsräume der Abgeordneten wurden vergessen. Kein Wunder, denn der dekorative Aufwand des Hauses, von Wilhelm II. verächtlich »Reichsaffenhaus« genannt, stand im umgekehrten Verhältnis zu den Einflußmöglichkeiten der parlamentarischen Versammlung. Erst 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, wird die von Wallot vorgeschlagene Inschrift »Dem deutschen Volke« angebracht. Am 9. November 1918 ruft der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstagsgebäudes die deutsche Republik aus. Die Weimarer Republik nimmt ihren tragischen Lauf. Am 31. Juli 1932 zieht die NSDAP mit 230 Abgeordneten in den Berliner Reichstag. Einen Monat nachdem Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hat, steht der Reichstag in Flammen. Hitler nimmt den Brand zum Vorwand, durch Notverordnungen die wichtigsten demokratischen Grundrechte außer Kraft zu setzen, das düsterste Kapitel deutscher Geschichte bricht an. 1945: In einem Trümmerfeld steht das zerbombte Monument, die Sowjetfahne flattert am Fahnenmast eines Eckturmes. In den 50er Jahren wird lauthals darüber debattiert, das Gebäude abzureißen. Erst 1957 entschließen sich alle im deutschen Bundestag vertretenen Parteien, das Reichstagsgebäude wieder auszubauen. Die 1961 errichtete Mauer wird nur wenige Meter von seiner Ostfassade entfernt hochgezogen. Der Berliner Reichstag wird ständiger Sitz der Ausstellung *Fragen an die deutsche Geschichte*, Veranstaltungsort. Nun soll er umgebaut werden, um die Abgeordneten des vereinigten Deutschlands zu beherbergen.

Aber in der Debatte ging es nicht nur darum, sich der deutschen Geschichte, des eigenen Selbstverständnisses zu vergewissern. Es stand auch das Verhältnis von Demokratie und Kultur zur Debatte. Wolfgang Schäuble etwa zeigte sich von seiner immer stärker aufscheinenden deutsch-nationalen Seite: »Es gibt keine konsistente und überzeugende Antwort auf die Frage, was das eigentlich soll.« Doch anstelle es den mündigen Bürgern zu überlassen, sich ihren Reim darauf zu machen, rief er die Abgeordneten auf, ihrer Pflicht, »den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden«, nachzukommen. Seine Argumentation über die Schädlichkeit des Projektes: Die »Menschen in unserem Lande müssen vieles an Veränderungen und an Verunsicherungen aushalten«, hätten die Belastungen des wirtschaftlichen Strukturwandels zu tragen. Dagegen sei nur ein Kraut gewachsen: »Wir müssen uns der Grundlage unserer Gemeinschaft, unseres Fundamentes gemein-

samer Werte, auch unserer nationalen Identität neu vergewissern.«

Das nun habe auch mit Bauwerken zu tun: Bauwerke verkörperten auch die Institution, die sie beherbergen. Und, so Schäubles Kurzschrift: »Damit sie sich glaubwürdig repräsentieren können, sollen wir mit ihrer Erscheinung keine Experimente veranstalten.« Dadurch könne das Vertrauen der Bürger in die Würde der Demokratie Schaden nehmen.

Als ob sich Glaubwürdigkeitsverlust nach elf Jahren konservativ-liberaler Regierung durch die Ideologisierung von Gebäuden aufhalten ließe, als ob der Bürger nicht zwischen Architektur und Demokratie zu unterscheiden wüßte. Angesichts dieser Argumente fragte sich nicht nur Wolfgang Rainer in der *STUTTGARTER ZEITUNG*, wie brüchig unser demokratisches Selbstverständnis sein müsse, wenn es schon durch dieses Projekt gefährdet sei. Und wer erdreiste sich, die Grenze zu ziehen, von der an Kunst nicht mehr der Erkenntnis oder auch der Selbstverwirklichung dient, sondern dem Staate »schadet«? Alle bekannten Versuche endeten in jenen Verhältnissen, vor denen Christo aus Bulgarien einst floh.

So bedurfte es der Lektion Peter Conrads über demokratisches Grundverständnis: Er zitierte Adolf Arndt, den Kronjuristen der SPD in den 50er Jahren: »Nicht nur ist in einer Demokratie niemand da, der bestimmen kann, was Kunst ist, sondern von ihrem eigenen Wesen her darf keiner da sein, der sich dessen von Staats wegen mit Geltung für alle unterfangen dürfte.« Er warb mit einem Strauß von Argumenten für das Projekt, erklärte, daß in der Kunstgeschichte gerade die Verhüllung mit Stoff dem Kostbaren vorbehalten war, daß die künstlerische Verfremdung der Erkenntnis zu dienen vermöge. Wie auch seine Mitstreiter Konrad Weiß vom *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und der CDU-Abgeordnete Heribert Scharrenbroich. Und Conradi scheute sich nicht, den von Burkhard Hirsch (FDP) geschmähten Gedanken anzusprechen, daß »diese Umhüllung ein schönes künstlerisches Zeichen für unseren Neuanfang in Berlin« sei.

Mag sein, daß Freimut Duves (SPD) Appell für eine »neue demokratische Gelassenheit« die Mehrheit der Abgeordneten dann letztlich zu überzeugen wußte.

Christo Javacheff sei jetzt schon gedankt: Mit seiner Beharrlichkeit, das Reichstagsgebäude verhüllen zu wollen, mit seinem Bemühen, das Projekt zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu machen, hat er geholfen, demokratisches Bewußtsein, vor allem aber vordemokratisches Denken zu enthüllen.

Wenn die Irrtümer verbraucht sind

Theater in Berlin

Glückhaben fällt in Glück und Haben unerbittlich auseinander«, schrieb der renommierte DDR-Theaterkritiker Hans Schumacher 1969 anlässlich der letzten großen Aufführung von Brechts *Der gute Mensch von Sezuan* in der Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Damals inszenierte Benno Besson die Parabel über die Tödlichkeit von Tugenden in einer Welt, in der die Verhältnisse nicht danach sind, Gutes zu tun.

Neulich, als Andrea Kriegenburg den Guten Menschen auf die Volksbühne brachte, war Hans Schumacher wieder vor Ort. Im ersten Stockwerk des Theaters ließ Frank Carstorf, der Intendant, einen Boxring aufstellen. Zwei mächtige Gestalten droschen mit Wucht aufeinander. Das zartbesaitete Premierenpublikum verharrte in der Distanz des interessierten Fremden, dem ein exotisches Spektakel dargebracht wird – stumm, als gelte es Schauspieler in ihrer Artistik nicht zu stören. Der Platzsprecher, der da nach Art eines Kommentators aus der Christall-Palace-Manege für Stimmung zu sorgen versuchte: Ernst Schumacher, der Kritiker. Im Hintergrund dröhnten die Verse von Brechts *Mahagonny*-Oper:

Erstens, vergeßt nicht, kommt das Fressen

Zweitens kommt der Liebesakt.

Drittens das Boxen nicht vergessen

Viertens Saufen, laut Kontrakt.

Vor allem aber achtet scharf

Daß man hier alles dürfen darf.

Alles wird gedurft in Frank Carstorfs Volksbühne. *Anything goes. And it works.* Als der 42jährige Berliner vor eineinhalb Jahren das Haus am Rosa-Luxemburg-Platz übernahm (Der hieß einstmals Bülow-Platz; hier soll 1931 Erich Mielke am Mord an zwei Polizisten beteiligt gewesen sein; das Karl-Liebknecht-Haus, früher KPD-, jetzt PDS-Zentrale liegt in unmittelbarer Nähe), galt das Verdikt des Senatsgutachters Ivan Nagel: »In zwei Jahren wird die Volksbühne tot oder berühmt sein.« In der Spielzeit 1992/93 wurde die Bühne mit dem Rekordergebnis von 20 von 40 möglichen Stimmen von führenden Kritikern zum »Theater des Jahres« gekürt.

Frank Carstorfs hat sich das Leben in sein Haus geholt. Jede Inszenierung ein Mordsspektakel, jede Premiere ein Mini-Woodstock. Für

die Twens zwischen Pankow und Kreuzberg ist der Besuch in der Volksbühne Pflicht wie der Gang zur Techno-Party. Mit grellem und reduktionistischem Design hat sich die Volksbühne – das Werbekonzept lieferte die Agentur LSD – ins Bewußtsein der Berliner gebohrt. Das Bühnenlogo, ein Wagenrad mit Beinen – eine mittelalterliche Gaunerzinke –, ist längst unverkennbares Markenzeichen geworden. Wie auf der Bühne das dramatische Repertoire, so wird rund um das Haus der sprachliche Fundus dekonstruiert. »Gebt mir ein Leitbild«, leuchtet in prallen Lettern auf langen roten Fahnen, schon weithin sichtbar. Kein Mittel zur Provokation ist Frank Carstorf und seiner jungen Truppe zu billig. Zum jüngsten Premieren-Event wurden den Besuchern Kondome ausgehändigt, rundumverpackt, mit der Aufschrift »Rein-Raus«.

Theater und sein Milieu

Wir wissen derweil, wieviel es braucht, Theater zu machen. Ein Intendant, dem der Instinkt für das Milieu fehlt, in dem er agiert, wird scheitern. Wenn schon nicht die dargestellten Probleme jene sind, die das Publikum tatsächlich betreffen, muß er seine Besuchern zumindest glauben machen, daß das Dargestellte mit ihnen etwas zu tun hat. Doch das ist längst nicht alles. »Nur in vier Ländern gab es nach dem Ersten Weltkrieg Theater«, befand Brecht 1942, »in dem ersten war eine vollständige, in dem zweiten eine halbe, in dem dritten eine viertel- und im letzten eine Achtelumwälzung erfolgt«. Demnach scheint schlüssig, daß, wenn sonst schon wenig, zumindest die Theaterlandschaft blühen sollte in Berlin. Wo die Menschen den Boden unter den Füßen verlieren, weil die Erde bebt, die noch inkompatiblen Schichten der ost- und westdeutschen Gesellschaft nach Art der Plattentektonik gegeneinanderdriften, da sollte ein Klima entstehen, das dem Neuen günstig ist. Die Bühnen im Osten der Stadt versuchen, mit ihren Mitteln, dieser Anforderung gerecht zu werden.

Carstorfs Volksbühne wartete in diesem Frühjahr gleich mit sechs B auf: Brecht, Bronnen, Benn, Bier, Buletten und Boxen. In einer langen Nacht präsentierte sie Brechts *Guten*

Menschen; Die Krone der Schöpfung, das Schwein, der Mensch, ein Tanztheater nach Gedichten von Gottfried Benn; *Die Exzesse*, ein frühes Stück des Dramatikers Arnold Bronnen. Das Berliner Ensemble (geführt vom Intendanten-Quartett Peter Zadek, Heiner Müller, Peter Palitzsch und Matthias Langhoff) glänzt zur Zeit mit dem *Quartett*, Müller in einer Inszenierung von Müller. Das Deutsche Theater (Intendant: Thomas Langhoff) gibt es ein wenig betulicher, hatte aber mit Botho Strauß' *Gleichgewicht* zumindest jenen Erfolg, den das verworrene Drama hergeben konnte.

An welchen Stücken will man sich versuchen, in diesen Zeiten? Nach Laelos *Gefährliche Liebschaften* von 1782 hat Müller sein *Quartett* entworfen, einen jedes Gefühls entäußerten Geschlechterkampf am Ende aller Zeit, in der die Rhetorik im eigentlichen Wortsinn geschliffen daherkommt: Wie Messer fliegen die Wörter über Bühne und Zuschauerraum. Nicht sehen, nicht hören müssen. »Das Privileg der Blinden ... Das Ideal wäre blind und taubstumm.« Vage benennt Müller den Ort der Handlung, an dem die Zukunft abgedankt hat. *Salon vor der Französischen Revolution / Bunker nach dem dritten Weltkrieg.* »Gefühle sind nicht zu befürchten.« Verwittet alle Markierungen. Müller, der die DDR immer als »Material« nahm, dicht dran und auf Distanz blieb, den das Motiv des Verrats interessierte, wie er in seiner Autobiographie schrieb: »Kunst hat und braucht eine blutige Wurzel. Das Einverständnis mit dem Schrecken, mit dem Terror gehört zur Beschreibung.« Seinen Valmont läßt er zugeben, »daß ich zu begreifen beginne, warum die Treue die wildeste aller Ausschweifungen ist.« Wie blaß ist die Hoffnung, wie trügerisch ist Freiheit? »Auch die Zugvögel flattern im Netz der Gewohnheit, selbst wenn ihr Flug sich über Kontinente spannt.« Marianne Hoppe, 83, gibt den Part der Gräfin Merteuil als Denkmal aus UFA-Tagen. Dies programmiert allein den Erfolg. Denn Ovationen sind sicher, wo jedes Wiedersehen mit dem Vorgefühl des Abschieds versehen ist.

»Tugend«, sagt sie, »Tugend ist eine Infektionskrankheit«.

Und immer wieder Brecht. Das Berliner Ensemble am Schiffbauerdamm, des Meisters einstiges Haus, ist ohnehin *die* Brecht-Bühne. Unlängst wurde eine recht mäßige *Baal*-Inszenierung ins Programm genommen, jenes frühe Stück über Genuß und Verfall des asozialen Dichters in einer dekadenten Welt. Folgerichtig, gilt doch die landläufige Meinung, daß nur der frühe Brecht uns heute etwas sagt, jener,

der die Düsternis der Zeitläufe beim Namen nennt, ohne uns Hoffnung machen zu wollen. Jener, aus der Zeit, in der Theater schon nicht mehr den Menschen, aber noch nicht die Gesellschaft ändern wollte.

Um so bemerkenswerter ist, daß sich Andreas Kriegenburg an *Der gute Mensch von Sezuan* wagte und in der Volksbühne eine Inszenierung auf die Bühne brachte, wie sie im Berliner Ensemble nicht denkbar wäre. Brecht schrieb in der Ausgabe 27/32 seiner *Versuche*: »Der gute Mensch von Sezuan, ein Parabelstück, 1938 in Dänemark begonnen, 1940 in Schweden fertiggestellt, ist der 27. Versuch. Paul Dessau hat die Musik dazu geschrieben. – Die Provinz Sezuan der Parabel, die für alle Orte stand, an denen Menschen von Menschen ausgebeutet werden, gehört heute nicht mehr zu diesen Orten« (Brecht schrieb das 1953; 1949 hatten Mao-Tsetungs Kommunisten in China die Macht übernommen). Brecht, der Philosoph unter den Dichtern, wollte damals schon die »Realität so darstellen, daß sie meisterbar wird«, pointiert in seinem Galilei-Stück formuliert: »Da es so ist, bleibt es nicht so.«

Kriegenburg nimmt Brecht alle Hoffnung. Die Plätze, an denen Brecht einst ein Ende der Ausbeutung verortete, sind längst wieder in den Weltmarkt integriert, Sonderwirtschaftszonen ersetzen Kolchosen. Kriegenburg schlägt Brecht mit der Axt zu, damit er in den Befindlichkeitsdiskurs zwischen Prenzlauer Berg, Berlin-Mitte und Pankow paßt. Dies gibt der Inszenierung Brisanz, nimmt dem Stück aber seine Dimensionen. Aus einem *späten* Brecht wird so ein *früher* gezimmert. In einer Welt, in der die Beziehungen ihren Marktwert, Menschen ihren Warencharakter haben, ist, wie bei Müller, Tugend eine Infektionskrankheit, da bringen gute Vorsätze die Menschen, wie Brechts Shen-Te, »an den Rand des Abgrunds, gute Taten stürzen sie hinab.« Brechts Epilog ist folgerichtig gestrichen. Da hieß es:

Verehrtes Publikum, los, such dir selbst den Schluß!

Es muß ein guter sein, muß, muß, muß!

Ein guter Schluß ist nicht mehr vorgesehen. Alle Heilserwartungen trieben in die Tragödie. Hoffnung ist eine Infektionskrankheit. Was bleibt, ist der in Punkmanier gegen Text und Musik angeschrieene Chor, vielstimmig: »Kaufen – Kaufen? – Kaufen«

Bronnen und Benn, ein tragisches deutsches Duo. Zwei *Fälle*. Schillernde Figuren des Expressionismus, später Hauptakteure des literarischen Verrats, Überläufer, die ästhetischen Gefallen am totalen Staat fanden. Die Volks-

bühne seziert ihre Anfänge. Bronnens *Exzesse* von 1922 galten damals als »überhitzt« und »krankhaft erotisch«. Seine Wendung ins Nationale nahm Bronnen Mitte der 20er Jahre, endgültig 1929 mit seinem Oberschlesien-Roman »O.S.« Einen »Freikorpsbarden« und »von allen guten Geistern verlassenen Patriotenclown« nannte ihn daraufhin Kurt Tucholsky. Joseph Goebbels, mit Bronnen verbunden, hat das plumpe Stück Literatur »mit gierigen Augen verschlungen«.

Noch 1948 vermerkte die WELTBÜHNE, die *Exzesse* im Auge: »Die Schilderung sämtlicher erotischer Perversitäten in Form eines Schauspiels, das unter Handelsangestellten spielt«. Literarische Ausschreitungen eines verbläsen »Konjunkturreferenten«? Oder doch Zeitdiagnose, die uns heute noch – wieder – etwas sagt? »Herunter mit den falschen Fahnen! – Mit den Hosen«, so ein programmatischer Dialog in Bronnens Lust-Spiel. »Einer der trübsten Rinnale der Literatur« nannte ihn die FRANKFURTER RUNDSCHAU 1957, nachdem er sich bis 1940 an die Seite der Nazis gestellt hatte, nur um 1945 der »Kommunistischen Partei Österreichs« beizutreten und sich später in der DDR dann auch niederzulassen.

Und dazu Benn, der Mediziner und Sanitäter, die große lyrische Begabung, dem die zerschossenen Kriegstoten und die aufgedunsenen Wasserleichen, die verschlissenen und zerrissenen Frauenkörper auf den Tisch gelegt worden waren. Der gefeierte Avantgardist, dessen Flucht ins Ästhetische im Lobgesang auf die Nazis mündete, dessen artistische Vereinzeln ins emphatische »Volk ist viel« umschlug. Sind sie neu zu definieren? Ist aus dem dekadenten Spiel tatsächlich Ich-Erkenntnis zu gewinnen, oder drängt nicht vielmehr immer mit Schrecken die fatale Wendung ins Bewußtsein? Schwer ist es, diese Texte heute zu hören, ohne insgeheim auf Botschaften zu lauern, die den späteren Verrat schon ankündigen könnten.

Wer heute über Theater reden will, der darf über Geld nicht schweigen. Es ist so knapp wie die Hoffnung. In Berlin ist der Kultursenator Ulrich Roloff-Momin zuvorderst damit beschäftigt, zu sparen. Allein 1994 hat Finanzminister Theo Waigel rund 100 Kulturmillionen aus der Berlin-Förderung gestrichen. 1993 sprang das Schiller-Theater über die Klinge. Zwischen den Intendanten der Bühnen entsteht so ein »mafioshafter Umgang«, meint Frank Castorf, »ein Lobbyismus, der sich von dem der Zahnärzte

Letzter Vorhang am Berliner Schiller-Theater

Foto: dpa/Altwein



überhaupt nicht unterscheidet.« Immerhin freilich reißt die Konkurrenz die Bühnen aus ihrer Lethargie, läßt die besten Regisseure gegeneinander anspielen, treibt zu Höchstleistungen. An die Betulichkeit westdeutscher Häuser – der der Dentisten viel ähnlicher – ist hier gar nicht zu denken. Doch nicht nur die eigenen Begehrlichkeiten drängen dazu, über Geld zu sinnieren. Theater im Ostteil Berlins wird an einem sozialen Ort betrieben, an dem Geld einen Funktionswandel erfuhr, somit die Beziehungen zwischen Menschen veränderte. In der DDR, die vielleicht keine sozialistische, ganz sicher jedoch keine kapitalistische Gesellschaft gewesen war, hatte Geldbesitz geringe Bedeutung. Soziales Prestige, formelle und informelle Eliten bildeten sich abseits der Marktkräfte. Seit dem 1. Juli 1990, dem Tag, an dem die D-Mark im späteren »Beitrittsgebiet« Einzug hielt, ist das anders. Jetzt ist Geld wichtig, und je größer seine Bedeutung, desto schneller rinnt es einem durch die Finger. Die zarten Bande, die in den sozialen Milieus des Ostens, vor allem auch in den geschützten – und wenn, dann jedenfalls nicht wirtschaftlich, bedrohten – Nischen des DDR-Kunstabetriebs und kulturellen Untergrund geknüpft wurden, hielten diesem Wirbelsturm der Marktkräfte ebensowenig stand wie die Kombinate und Betriebe des ehemaligen Arbeiter- und Bauernstaats. Geld fordert hier künstlerische Reflexion.

Unlängst versuchten dies die Veteranen der Subkultur des Prenzlauer Berges auf spielerische Art. Kunstgeld wurde gedruckt, entworfen und signiert von Malern, Grafikern, Lyrikern, Filmemachern. 5 400 dieser Noten kursierten sieben Wochen in Kneipen, Läden und Theatern am Prenzlauer Berg. Ihren Namen – ein Schein zählte »20 Knochen« im Gegenwert von 20 D-Mark – entlich die Währung bei Diogenes, der einst aus seiner Tonne heraus sinnierte, Geld müsse stinken oder vergänglich sein wie Knochen, um Verschätzung zu verhindern und die Zirkulation zu stimulieren. Der Prenzlberger Knochen stank zwar nicht, verlor jedoch Woche für Woche an Wert, und zwar eine D-Mark. Dieser Kursverlust mußte mit einer eigens zu erstehenden Klebmarke wettgemacht werden. Anarchistische Schwundgeldtheorien umgaben das Experiment zudem mit der Aura des sozialen Engagements.

Es ist auch ein Thema für's Theater. *Der gute Mensch von Sezuan* handelt davon, auch in den gediegenen Lehrstätten des Theaterbetriebs versuchen sich junge Regisseure und Schauspieler an diesem Thema. Etwa im BAT (Berliner Arbeiter- und Studententheater), dem Studiotheater der Hochschule für Schauspielre-

gie. Da feiert in diesen Wochen die Montage »MauerStücke« gewisse Erfolge, eine Reihe von sieben Dramoletten des Institutsleiters Manfred Karge. »Marzahn, kurz vor der Währungsunion« heißt das schönste, die absurde Geschichte über Denunziation für eine Summe D-Mark, »echtes Geld«, wie nicht nur Frau Schulz aus der Plattenbau-Trabanten-Siedlung sagt.

»Es gibt eigentlich nur einen Wert. Das ist Geld. Und gegen Geld kann man sich schwer zynisch verhalten«, meint Heiner Müller, die Kultfigur des hiesigen Theaterbetriebs, gerne mit den Attributen zynisch und dekadent versehen. Der heute oft geäußerte Vorwurf, Theater spiele an den deutschen Zeithemen vorbei, zerbröselt so unter der Hand. Nach dem Ende der DDR und der alten BRD sieht Müller ein Vakuum, »das von der D-Mark zusammengehalten wird . . . Deutschland gibt es nicht«. Mit den Zeitproblemen tut sich Theater schwer. Kunst, die der Tagesaktualität hinterhersprintet, wird scheitern, fürchtet auch Holger Teschke, Dramaturg am Berliner Ensemble, an den Inszenierungen sowohl von *Baal* (Regie: Peter Palitzsch) wie von *Quartett* beteiligt. »Viele sagen, man müsse jetzt Brechts *Der aufhaltbare Aufstieg des Arturo Uli* inszenieren. Ich sehe das anders.« Wo Theater zu nahe an die Aktualität gelangt, wird es bestenfalls plattes Abbild, schlimmstenfalls Agitprop. Anna Langhoffs deutsches Asylanten-Drama *Transit Heimat / Gedeckte Tische* am Deutschen Theater belegt diese These. Und auch das technisch furiose Tanztheater, das Johann Kresnik in die Volksbühne brachte, das Rosa-Luxemburg-Stück *Rote Rosen für Dich* und sein deutsches Heldenrama *Ulrike Meinhof*, ist in seiner agitatorischen Eindimensionalität politisch nur schwer verträglich.

Was kann Theater, was kann es wollen? Von seinen Heilserwartungen genesen, maladiert es an seiner Skepsis. Pessimismus, so heißt die grassierende Infektionskrankheit. Zivilisationskritik schlägt um in Gegenaufklärung. Richard Herzinger hat Müller, Christa Wolf und Volker Braun in einem vielbeachteten Essay in der ZEIT der neuen nationalen Rechten zugeschlagen. Er reiht sie ein in eine fatale Tradition deutscher Geistesgeschichte, die von Thomas Manns Dichotomie – »Kultur versus Zivilisation« – hinüberreicht zu Ernst Jüngers Stahlgewittern.

Die beschleunigte Zeit zu denunzieren, die Rasananz der Moden, der Geldzirkulation, der zerbrechenden Beziehungen, das kann Theater noch. Innehalten im Transrapid. Für einen neuen Zeitentwurf will es nicht mehr taugen,

zum Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit offenbar kaum etwas beitragen. »Keiner weiß mehr, wozu Theater überhaupt noch gut ist«, ist Heiner Müllers laute Klage. Frank Carstorf nennt das Credo, nicht nur das des Theaters: »Daß der Mensch und die Welt erkennbar seien, daß man nach verlässlichem Fahrplan eindringen könne ins Wesen der Dinge – das glaube ich nicht . . .« Wo die Zeitenläufe als undurchschaubar gedacht werden, endet tatsächlich alle Aufklärung – da droht gar der Umschlag von emanzipativer Widerstandsästhetik ins Mythische. Wer für das Irrationale die ästhetische Form sucht, landet leicht bei allerlei Bocksgesängen oder Züchtigungen – wie Botho Strauß heute, wie Benn und Bronnen vordem.

Kein Wunder, daß im Land der Desillusionierten der frühe Brecht als der Zeitgemäße gilt. Der den Nachgeborenen anvertraute, im Vorgefühl vom Bankrott der Utopien:

Ich gestehe es: ich

Habe keine Hoffnung.

Die Blinden reden von einem Ausweg. Ich
Sehe.

Wenn die Irrtümer verbraucht sind

Sitzt als letzter Gesellschafter

Uns das Nichts gegenüber.

HANS-MARTIN LOHMANN

Zeitschriften-Forum

In der neuesten Ausgabe von LENDEMAINS (Heft 69/70) erfahren wir von einem Fall, der den Nachgeborenen ähnlich berührt wie der erstaunliche Fall des Oskar Schindler, den Steven Spielbergs Film dem Vergessen entrissen hat. Als Mitglied der Widerstandsgruppe »Rote Kapelle« um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen wurde der Romanist Werner Krauss im September 1941 von der Gestapo verhaftet und am 18. Januar 1942 zum Tode verurteilt. Krauss (1900-1976), einer der bedeutendsten Romanisten unseres Jahrhunderts, saß in den Jahren 1943 und 1944 zweimal im Plötzensee »Totenhaus« und erwartete dort seine Hinrichtung. Wie durch ein Wunder überlebte er. Von diesem Wunder, das in seiner Einzigartigkeit Parallelen zur wunderbaren Rettung der »Schindler-Juden« aufweist, soll im folgenden die Rede sein.

Doch zuvor sei aus einem Dokument zitiert, das aus Krauss' Feder stammt (*Bericht aus der Todeszelle*) und sich in LENDEMAINS abgedruckt findet: »Im Anfang November 1943 wurde ich zu meiner großen Bestürzung wieder nach Plötzensee zurückgebracht. Als mir dieser Transportbescheid in Moabit zugestellt wurde, starb ich schon einen ersten Tod an dem mitleidigen Tonfall des mich verabschiedenden Wachhabenden. Offenbar wird die Widerstandskraft vor dem Tod nicht stärker, sondern sie nützt sich ab, und es gibt nur heroische Haltungen, keine heroischen Menschen. Jedenfalls hatte ich äußerst wüste und feige Gefühle auf dieser Rückreise ins Totenhaus ... Ein Kroatie wurde hingerichtet, weil er nach einem Fliegerangriff eine herumliegende Sardinienbüchse eingesteckt hatte. Noch schlimmer und trauriger ist der Fall eines jugendlichen Franzosen, der meine und Kummerows Zelle zwei Tage lang teilte und eifrig an seiner Selbstbiographie schrieb, um seiner Mutter oder seiner Braut etwas Bleibendes zu hinterlassen. Vielleicht kann wirklich nur ein Todesurteil die richtigen Gedanken über das Leben erzeugen. Aber dieses Todesurteil schrie zum Himmel. Der Direktor und alle Anstaltsbeamten erklärten dies mit der größten Offenheit, und sie bemühten sich, durch fortgesetzte Eingaben, Aufschub oder Gnade zu erwirken. Der junge Mensch hatte in einem ihm unerklärlichen Raptus im Dunkeln einer Frau die Handtasche entrissen und dann in sofortiger Reue wieder weggeworfen. Aber wenn das todeswürdig war, so wurde dem Gericht bezeugt, daß dieser Angeklagte kurze Zeit zuvor bei einem Luftangriff zwei Kinder aus den Flammen getragen hatte. Aber das ungerechte Gesetz kannte auch kein Erbarmen. Wie die Schließer uns erzählten, gehörte diese Hinrichtung zum schlimmsten in ihrer langen Praxis. Der junge Franzose war in keiner Weise zum Sterben vorbereitet, trotz geistlichen Beistandes für ein rechtgläubig geführtes Leben.«

Auch Werner Krauss wollte nicht sterben. Anders als der Arzt und Psychoanalytiker John F. Rittmeister, ebenfalls Mitglied der »Roten Kapelle«, der sich vor Gericht zu seinen politischen Überzeugungen bekannte und im Mai 1943 in Plötzensee hingerichtet wurde, lehnte Krauss es ab, die Rolle des Märtyrers zu übernehmen: »Ich widersprach ihm (Rittmeister) aufs schärfste; da ich glaubte, daß wir die Wahrheit unseren Gegnern zu allerletzt schuldig waren und dagegen die Pflicht hatten, mit allen Mitteln für unser Leben zu kämpfen. Rittmeister blieb aber seinen Grundsätzen treu. Er hat sich vor Gericht als Pazifist zu erkennen gegeben.« Für Krauss' ungeheuren Lebenswillen

spricht auch die Tatsache, daß er in der Zeit seiner Haft zwei Bücher verfaßte, *PLN. Die Passionen der haljyonischen Seele* und eine gelehrte Abhandlung über Gracián – beide Werke »in Fesseln geschrieben«, wie Krauss notierte.

Aus dem in LENDEMAINS zusammengestellten Dossier über die Umstände von Krauss' Inhaftierung und schließlicher Rettung – im September 1944 wurde das Todesurteil in eine fünfjährige Zuchthausstrafe umgewandelt – geht hervor, daß der Romanist zu seiner Verteidigung vor Gericht eine Taktik wählte, die er mit seinen Freunden und Kollegen vorher abgesprochen hatte und die alle Beteiligten konsequent durchhielten. Krauss porträtierte sich gegenüber der Gestapo und dem Gericht als weltfremden Gelehrten und als völlig unpolitische Natur, an deren Zurechnungsfähigkeit man zweifeln konnte. Kollegen wie der Psychoanalytiker Hans von Hattingberg, die Romanisten Karl Vossler und Ernst Robert Curtius und der Philosoph Hans Georg Gadamer, der auch ein Gnadengesuch für Krauss einreichte, vervollständigten und präzisierten in ihren Gutachten das Bild eines nicht nur weltfremden, sondern auch eines offenkundig psychopathischen Gelehrten, der nicht weiß, was er tut.

So heißt es etwa in dem Gutachten von Gadamer: »In den depressiven Zeiten fiel mir öfters auf, daß er beim Rasieren sich eine große Zahl von Schnittwunden beigebracht hatte. Da er in diesen Zeiten oft bis zur Verwilderung unrasiert blieb, schob ich es darauf – bis ich einmal ihn in Marburg (von Leipzig aus) besuchte und während einer solchen Depressionszeit bei ihm wohnte. Da beobachtete ich, daß er in seiner seltsamen Verwirrung sich mit einer solchen Hast (ohne Eile zu haben) rasierte, daß er sich notwendig verletzen mußte. Es war offenbar so, daß die innere Ungeduld und Unrast ihn in diesem Zustand ganz untauglich machte. Es gelang ihm da auch nicht, irgendeine Zeiteinteilung zu wahren. Offenbar beherrschte ihn dann zeitweise eine völlige Willenlosigkeit ... Seine Haushälterin erzählte, daß er zuweilen, ohne die Straßenschuhe auszuziehen, zu Bett ging. Der erschreckende Eindruck von Verwahrlosung, die er in diesem Zustand annahm, konnte dann über Nacht ohne mir bekannte Grund plötzlich verschwinden. Man bekam dann den Eindruck, er habe sich wieder eingefangen, und dann mag ihm auch in seiner wissenschaftlichen Produktion plötzlich alles wieder fruchtbar und zukunfts voll erschienen sein.«

Bemerkenswert an dieser Fallgeschichte von Widerstand, Todesdrohung und Rettung ist der Umstand, daß es hier nicht um eine heroische Geschichte geht, vielmehr um eine, in der

Individuen und Handlungen vorkommen, die für ein Heldenepos wenig taugen. Wie in dem Film von Spielberg verhalte sich die Protagonisten nicht nach den Regeln einer strikten Moralität und eines abstrakten Humanitätsgebots, sondern nach Maßgabe dessen, was unter den Bedingungen staatlichen Terrors möglich ist. Daß Werner Krauss am Ende gerettet wurde, verdankt er seiner eigenen Fähigkeit zum Komödiantentum nicht weniger als einem Netzwerk von Helfershelfern und Leuten, die über »Beziehungen« verfügen. Das Wunder geschah nicht, weil einer in die Rolle des Helden und Märtyrers schlüpfte, sondern weil viele, vom Direktor von Plötzensee bis zum Professorkollegen, kleine Handreichungen und Vorteile gewährten, die sich zum Guten summieren. Es gab nicht die eine große, befreiende Tat, sondern die vielen kleinen Gesten der Zuwendung und Hilfestellung. Auch Oskar Schindler war, folgt man der Spielberg-Version, kein moralischer Überflieger, kein besonders edler Mensch: Er war nur einer, der das ausnutzte, was an Spielräumen und humanen Nischen im Gefüge totaler Macht übriggeblieben war, und dadurch das Gute bewirkte.

Die Frage nach der Moral erhebt sich auch da, wo es um das schwierige Thema Kollaboration geht, dem das *KURSBUCH* seine jüngste Ausgabe gewidmet hat (Heft 115, März 1994). Als erstes fällt bei der Lektüre des Heftes ins Auge, daß – nicht zuletzt mit Blick auf die abgewinkelte DDR und ihr Stasi-Erbe – die meisten AutorInnen weit davon entfernt sind, die Meßlatte der Moral zu hoch anzusetzen. Es herrscht ein Ton des Verstehenwollens vor, der manchmal fast schon befremdlich klingt. Müssen wir wirklich Verständnis für alle größeren und kleineren Schurkereien aufbringen, zu denen sich Menschen um eines geringfügigen Vorteils willen getrieben fühlten? In vielen, in den meisten Fällen von Kollaboration, die im *KURSBUCH* berichtet werden (besonders lesenswert die *Kleine Kasuistik der Kollaboration* aus der Feder von Karl Markus Michel), ging und geht es ja nicht um Leben und Tod, sondern um so banale Dinge wie Geld, Gefälligkeiten oder auch nur schlechte Gewohnheiten.

Unter der Überschrift *Die schmutzigen Hände* erörtert Udo Tietz den Fall Stolpe, den er zum »Stolpe-Dilemma« promoviert: »Ein Unrechtsstaat ist ... nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine moralische Katastrophe. Denn er bringt all jene Menschen, die für in Bedrängnis geratene Menschen etwas tun wollen, in moralischer Hinsicht in ein eigentümliches Dilemma: nämlich in das Dilemma der »schmutzigen Hände«. Danach ist es unmöglich, in einem

irgendwie politisch relevanten Sinn effektiv zu handeln und gleichzeitig moralisch schuldfrei zu bleiben. Vor diesem Dilemma stand schon Hebbels Judith. Und vor diesem Dilemma stand auch Manfred Stolpe. Hebbels Judith hat dieses Dilemma für sich wie folgt gelöst: ›Wenn Gott zwischen mich und meine Tat eine Sünde stellt: wer bin ich, daß ich mit dir darüber hadern, daß ich mich dir entziehen sollte.‹ Und auch Manfred Stolpe hat sich der ›Sünde‹ nicht entzogen.«

Meiner Einschätzung nach taugt der Fall Stolpe gerade nicht zur Illustration der Politik der »schmutzigen Hände«, also des Sachverhalts, daß einer nur deshalb Gutes bewirken konnte, weil und insofern er sich auf Geschäfte und Kungeleien mit dem Staat einließ, die seine moralische Unschuld beschädigten. Verhielte es sich bei Stolpe tatsächlich so – nämlich daß er das Gute tat und dafür gewisse faule Kompromisse in Kauf nahm –, dann gäbe es gar nicht die anhaltende Debatte über seine Person: Jeder würde auf Anhieb verstehen, daß er so und nicht anders handeln konnte. Aber die Verhältnisse liegen bei Stolpe anders. Bis heute ist nicht eindeutig geklärt, ob und inwieweit seine Kollaboration mit der Stasi allein dem guten Zweck diene, in der DDR bedrängten Menschen zu helfen. Immerhin existieren ja bis heute massive Vorwürfe an Stolpes Adresse, er habe im Hinblick auf DDR-Oppositionelle erheblich zu viel des angeblich Guten getan, indem er z. B. dafür gesorgt habe, »daß die Opposition scheinweise in den Westen verkauft wurde« (Bärbel Bohley). Stolpes Hinhaltetaktik – immer nur so viel preiszugeben, wie ihm mit absoluter (Akten-)Sicherheit nachgewiesen werden kann – tut ein übriges, der schönen Version von den »schmutzigen Händen«, die sich einer im Dienst des Guten notwendig macht, mit einem gewissen Mißtrauen zu begegnen.

Es mag schon sein, daß man den Akteuren der Kollaboration nur unzureichend gerecht wird, wenn man ihre Taten – oder auch ihre unterlassenen Taten – stets an einer rein gesinnungsethischen Elle mißt. Insofern ist ein Stück Ermäßigung in Moralfragen tatsächlich angebracht. Was jemand in einer bestimmten Situation getan und wie man dieses Tun zu sehen und zu bewerten hat, läßt sich gewiß nicht am grünen Tisch rigoroser moralischer Prinzipienreiterei entscheiden. Gleichwohl, das betont auch Tietz abschließend, gibt es »weiterhin gute Gründe, die für eine Ausrichtung unseres Handelns an Prinzipien sprechen«. Denn die Frage laute: »Was hätte es für Konsequenzen, wenn alle nach der Maxime von Stolpe gehandelt hätten?«

Kritik

BERND FAULENBACH

Antifaschismus – ein antidemokratischer Mythos?

Die gegenwärtige Situation ist in vieler Hinsicht verwirrend: alte Feindbilder verblasen, politische Konzepte werden obsolet, die Gegenwart wird unübersichtlich und die Vergangenheit zum Problem. In dieser Konstellation wird auch über die Tradition des *Anti-Faschismus* diskutiert, von der manche meinen, sie sei eine der positiven Traditionen, die die DDR in das vereinigte Deutschland einbringe und an sie könne in der Auseinandersetzung mit den sich revitalisierenden rechtsradikalen Tendenzen angeknüpft werden. Dieser Einschätzung widerspricht Antonia Grunenbergs Essay über den Anti-Faschismus, den die Autorin als einen »deutschen Mythos« bezeichnet.

Die Autorin schreibt einen großen Essay, nicht eine historische Untersuchung oder Darstellung, obgleich sie im wesentlichen der Chronologie folgt. Ihr Interesse zieht auf die politische Weitsicht des Anti-Faschismus, auf die politisch-ideellen Konstruktionen, die diesem zugrundeliegen, auf den Anti-Faschismus als »intellektuellen Entwurf von Welt und Geschichte, die, projektiv als Einheit gedacht, in zwei Teile zerfallen ist«. Zweifellos impliziert ein derartiger Frageansatz die Gefahr, eine politische komplexe Bewegung bzw. im historischen Prozeß sich entwickelnde Haltungen auf ideelle Konstrukte zu reduzieren und damit die geschichtliche Realität nur aspektbezogen wahrzunehmen. Tatsächlich kommt der konkrete Gegensatz zu Faschismus und Nationalsozialismus zu wenig in den Blick. Dennoch erweist sich ihr Ansatz als fruchtbar.

Kennzeichnend für den Anti-Faschismus sind aus Grunenbergs Sicht eine dualistische politische Weitsicht, die sich nicht nur im Gegensatz zu Faschismus und Nationalsozialismus, sondern auch zur Demokratie begreift. Entstanden ist dieser Anti-Faschismus in der Weimarer Republik aus der Anti-Haltung von linken Intellektuellen gegen die Weimarer Republik und den Faschismus. Letztlich sucht die Autorin ihn – in Analogie zu rechtem Denken – als Ausdruck des Schocks der Moderne, die die alten Strukturen und Gewißheiten aufgelöst hat, nach denen man sich aber zurücksehnt. In der Republik mit ihren Kompromissen habe man nur eine transitorische Ordnung sehen

können. – Bei ihrer im Kern berechtigten Diagnose sieht die Autorin zu sehr von dem Tatbestand ab, daß die Republik keineswegs eine funktionierende Demokratie war und jedenfalls ein Teil der Intellektuellen – so ambivalent auch deren Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie war – Demokratie gegen die alten Führungsschichten in Staat und Gesellschaft durchsetzen wollte. Auch paßt die Sozialdemokratie eben nicht recht in dieses Schema, verband sich bei ihr doch der Anti-Faschismus mit einer eindeutig demokratisch-parlamentarischen Haltung. Allerdings wurden die Sozialdemokraten von Kommunisten seit Mitte der 20er auch als Sozialfaschisten attackiert, gleichsam nicht dem antifaschistischen, sondern dem faschistischen Lager zugerechnet, was darauf hinweist, daß Anti-Faschismus eine in ihrer Stoßrichtung variable Theorie war.

Antonia Grunenberg verzichtet darauf, die Bedingungen, unter denen der antifaschistische Kampf in den 30er Jahren stattfand, näher zu beleuchten, ein Kampf, der einige Verhärtungen des Anti-Faschismus mit erklären könnte. In der phänomenologischen Charakterisierung des Weltbildes ist ihr freilich nicht zu widersprechen: ein dualistisches, vom *Freund-Feind*-Schema geprägtes Denken leitete viele – insbesondere kommunistisch orientierte – antifaschistische Kämpfer. Sie befanden sich gleichsam in einem »permanenten Ausnahmezustand, in einer dauernden inneren und äußeren Mobilisierung, und zwar gegen äußere und innere Feinde« – man denke etwa an die Rolle stalinistischer Kader im Spanischen Bürgerkrieg. In diesem Kontext ist der Hinweis auf den männerbündischen Charakter bedeutsam – der Mangel an Frauen in der antifaschistischen Welt ist aufschlußreich. Dennoch wird man fragen, ob die Typisierung des anti-faschistischen Kämpfers durch die Autorin nicht doch zu holzschnittartig geraten ist: der Antifaschist war »Antiparlamentarist«, er war »antipluralistisch und kompromißunfähig oder – unwillig«: »Er sehnte sich nach Aufgehobenheit in der Gemeinschaft, nach Heiden Vorbildern, nach Unterordnung und Heimat.«

Das dualistisch antifaschistische Denken ließ sich aus der Sicht der Autorin unschwer auf die Nachkriegskonstellation übertragen, obgleich der Faschismus augenscheinlich niedrigerungen war: Die Teilung Europas, der Ost-West-Gegensatz war geradezu in den Denkmustern des Anti-Faschismus, in ihrem Manichäismus und der rigorosen Abwehrhaltung gegenüber liberaler Demokratie seit den 20er Jahren präformiert worden. Die Gründung der DDR war demnach nicht nur die Staat gewordene Ver-

wirklichung der antifaschistischen Theorie und Praxis, sondern auch die »Verkörperung jener Blockpolitik, die sich in der Weimarer Republik gegen die Institution der schwachen Demokratie gerichtet, im Spanischen Bürgerkrieg europäische Dimensionen gewonnen hatte und sich nun im Nachklang auf der Weltebene etablierte«. Keine Frage: Überwindung des faschistischen Erbes, sozialistischer Gesellschaftsaufbau und Errichtung einer stalinistischen Parteidiktatur waren auf das engste miteinander verwoben, im Grunde Aspekte eines einheitlichen Prozesses.

Der Anti-Faschismus kommunistischer Prägung, der durch Besatzungsherrschaft abgestützt wurde, konnte freilich auch an spezifischen deutschen Vorbedingungen nach '45 anknüpfen: an das Schuldgefühl angesichts der Mittäterschaft in der NS-Zeit und an das weitverbreitete Bewußtsein von der Notwendigkeit eines Neuanfangs. Die SED nutzte diese Voraussetzungen aus, indem sie jeden zum Antifaschisten erklärte, der sich für den Aufbau des Sozialismus unter Führung der SED einsetzte. Wurde der Anti-Faschismus damit zum Instrument des sozialistischen Aufbaus, so wurde er zugleich innenpolitisches Kampfinstrument der SED-Führung, die Widerspruch von Individuen und Gruppen als Aktivität des äußeren faschistischen Feindes denunzierte. Das Mittel der antifaschistischen Ausgrenzung wurde – so Grunenberg – insbesondere in schwierigen Situationen eingesetzt, etwa im Kontext des 17. Juni 1953 oder des Ungarn-Aufstandes oder des Baues der Mauer. Zweifellos wurde damit der Anti-Faschismus der »Machtbehauptungs- und Ausschließungsstrategie«.

Bemerkenswert ist, daß gleichwohl der Anti-Faschismus offenbar eine erhebliche Wirkung, insbesondere in der Intelligenz der DDR, ausgeübt hat, ein Tatbestand, den die Autorin nur wenig beleuchtet. Der Anti-Faschismus überhöhte die aus »Anti-Faschisten« bestehende SED-Führung moralisch, machte sie teilweise unangreifbar und blockierte damit auch die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus.

Die Nachkriegsentwicklung entsprach dem antifaschistischen Weltbild insofern, als tatsächlich in den Westzonen und in der Bundesrepublik der Anti-Faschismus zunehmend marginalisiert wurde und als ideelle Basis der westdeutschen Demokratie ein antitotalitärer Konsens entstand, der eine spezifische Stoßrichtung gegen den Kommunismus enthielt und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in spezifischer Weise kanalisierte, teilweise auch Verdrängung ermöglichte. Der Anti-Faschismus der 68er versuchte aus der Sicht Grunbergss

nicht nur eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit einzufordern, sondern übernahm die Denkfiguren des Anti-Faschismus und seinen Rigorismus, wobei er sich partiell mit Momenten des für die deutsche Entwicklung lange charakteristischen anti-westlichen Affektes auflud. Ungeachtet dieser ideologischen Orientierung aber habe die Studentenbewegung durch ihre konkreten Projekte zu einer zivilen Gesellschaft beigetragen.

Antonia Grunenberg arbeitet in ihrem Essay die problematischen Aspekte des traditionellen Anti-Faschismus überzeugend heraus, u. a. auch die »ästhetische Inszenierung des Mythos«, die die Idealisierung von »Helden ohne Individualität« und die Illustration des Mottos »Kämpfen, Sterben, Siegen« zum Gegenstand hatte, dabei aber die Trauer über den Massenmord an den Juden fast vollständig ausgeklammert hat; der politisch agitierende Anti-Faschismus der DDR habe sogar mit antisemitischen Stereotypen gearbeitet.

Insgesamt gesehen ist der Politikwissenschaftlerin Grunenberg zuzustimmen, daß es nicht nur keinen Grund gibt, die Problematik des Anti-Faschismus zu verschweigen, sondern Anlaß, sie zu reflektieren. Dabei ist freilich wohl doch das Phänomen Faschismus stärker miteinzubeziehen, das die Kampfformen mitbestimmt hat. Daß die Stoßrichtung keineswegs nur gegen faschistische Systeme sich richtete, arbeitet die Autorin freilich überzeugend heraus. Diese Stoßrichtung gegen die Demokratie läßt ihn als Basis der Auseinandersetzung der Demokratie mit Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit ungeeignet erscheinen.

Grunenberg ordnet den Anti-Faschismus dem Strom antidemokratischen Denkens in Deutschland in einer Weise zu, die die den demokratischen Anti-Faschismus bzw. Anti-Nationalsozialismus der deutschen Sozialdemokratie zu sehr ausblendet. Gerade die Sozialdemokratie zeigt, daß eine antifaschistische und antinazistische Position nicht zwangsläufig mit antidemokratischem und prokommunistischem Handeln verbunden sein mußte – im Gegenteil: in ihrem Hauptstrom war die antinazistisch wie antikommunistisch. Dies galt seit den Moskauer Schauprozessen zunehmend auch für die kleinen im Widerstand aktiven Gruppen zwischen SPD und KPD (SAP, NEU-BEGINNEN, ISK).

Antonia Grunenberg geht es um den Denktypus Anti-Faschismus. Damit aber kommen Differenzierungen im Hinblick auf verschiedene Strömungen und Repräsentanten des Anti-Faschismus ebensowenig in den Blick wie die Unterschiede zu rechten Mythen. Der Mangel an historischer Differenzierung führt mithin zu

gewissen Verkürzungen, abgesehen davon, daß der Untertitel »ein deutscher Mythos« nicht eigentlich gefüllt wird.

Zutreffend wird herausgearbeitet, daß der »Anti-Faschismus« nicht per se ein demokratisches Programm enthält. Gleichwohl ist die Erinnerung an die Erfahrungen der NS-Zeit für die demokratische politische Kultur konstitutiv. Allerdings reicht die »negative Utopie« des Nationalsozialismus von Auschwitz nicht aus, um am Ende des 20. Jahrhunderts das Richtige zu tun. Das Amalgam von berechtigten Zielen und totalitären Ansprüchen, wie es die Geschichte des Anti-Faschismus zeigt, stimmt nachdenklich.

Antonia Grunenberg: Antifaschismus – ein deutscher Mythos. rororo aktuell Essay, Reinbek bei Hamburg 1993, 224 S., DM 16,-

BIRGIT MEYER

»Ich bin keine politische Frau in dem Sinne«

Die Geschichte aller Zeiten, und die heutige ganz besonders, lehrt: daß diejenigen auch vergessen werden, welche an sich selbst zu denken vergaßen.«

Dies schrieb im Jahre 1848 die frühe Frauenrechtlerin Louise Otto. Daß sie fast 150 Jahre später immer noch recht haben sollte, ist nicht nur ein Spezifikum der Frauengeschichte, sondern all derjenigen, die historisch und sozial von den Privilegien ausgeschlossen wurden, der Nachwelt etwas über sich zu vermitteln. Aufgabe der Geschichtswissenschaft sei es nun, so Walther Benjamin, die Sprache der Unterdrückten wieder laut werden zu lassen und sich ihrer Tradition neu zu vergewissern. Im Text der Geschichte müsse gelesen werden, was niemals geschrieben wurde.

Mittlerweile hat sich hier viel verändert. Es fällt die Fülle und das breite Themenspektrum von politikwissenschaftlichen, soziologischen und historischen Studien zum spezifischen Beitrag von Frauen in der Geschichte auf. In diese Richtung, nämlich die politischen Biographien, die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Alltagsbewältigung von Frauen in der Nachkriegszeit für die nachgeborene, jüngere Gene-

ration der Töchter ernstzunehmen, zielt das von *Ulla Wischermann, Elke Schüller* und *Ute Gerhard* herausgegebene Buch über *Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung – Frauenpolitik in Hessen 1945 bis 1955*. Es ist die erste Veröffentlichung des Forschungsprojektes *Hessische Politikerinnen von 1945 bis 1955*, das unter Leitung von Ute Gerhard an der Frankfurter Universität durchgeführt wird und sich hauptsächlich mit Kommunalpolitik beschäftigt. Parallel dazu untersucht ein zweites Projekt unter der Leitung der Marburger Politikwissenschaftlerin Ingrid Langer die Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus Hessen. Beide Projekte sollen die bislang wenig bekannte Arbeit hessischer Frauen in den Parlamenten, Regierungen, Kreisausschüssen, Magistraten und Frauenorganisationen der ersten Nachkriegsgeneration in Erinnerung bringen, da diese Arbeit »bisher nicht genügend und nicht systematisch erforscht und dokumentiert worden« ist. (*Landtags-Drucksache Nr. 12/3639*) Ein höfliches Understatement, wenn man die Quellen- und Forschungslage ansieht. Daher ist die Verabschiedung des von allen weiblichen Landtagsabgeordneten der 12. Wahlperiode eingebrachten Antrages zur finanziellen Unterstützung der beiden Projekte lobenswert.

Ute Gerhard fragt nach der Bedeutung, die diese Phase aus frauenpolitischer Perspektive für die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland habe. Sie betrachtet die Frauenbewegung zwischen 1945 und 1949 als »Brücke zwischen 1. und 2. Frauenbewegung«, auch wenn dies von den Töchtern der 68er Generation bislang kaum entdeckt oder ernstgenommen worden sei. Ihre These ist, daß das »Erbe der Mütter« stets von den (besserwissenden, bornierten oder einfach nur eigenwilligen) Töchtern ausgeschlagen wird. Das sei auch nach 1945 so gewesen, als die Frauen der 1. Stunde vieles von dem »vergaßen«, was die Diskussionen und Forderungen der radikalen Frauenrechtlerinnen der 1. Deutschen Frauenbewegung bis in die Weimarer Zeit bestimmte. Die Erinnerung – so Gerhard – sei wichtig, daß die Frauen in der Nachkriegszeit vor allem Rechte erstritten, z. B. den Grundgesetzartikel 3 Abs. 2 *Männer und Frauen sind gleichberechtigt*, die Abschaffung der Frauenlohngruppen, das Gleichberechtigungsgesetz von 1957 und den Wegfall des Letztentscheidungsrechts des Vaters 1958. Von diesen Frauenrechten profitierten Generationen danach ganz ohne Zweifel. Doch vergessen sind die öffentlichen und internen Auseinandersetzungen der streitbaren Mütter, die sich auch noch gegen öffent-

liche Pauschalverurteilungen wie das von »verschrobener Frauenrechtleri« (WELT DER ARBEIT vom 8. 6. 1948, S. 6) und die Polarisierung des Kalten Krieges wehren mußten. All das katastrophierte sozialistisch und kommunistisch politisch aktive Frauen ins politische Abseits. Übrig geblieben sind die anderen, die angepaßten, nicht-widerständischen, leisen. Auch ein Kontinuum der deutschen Geschichte? Ute Gerhard bringt es auf den Nenner: »Kritik, das Eingeständnis von politischer Schuld, galten als destruktiv – ein Sakrileg in einer Wiederaufbau-gemeinschaft.« (S. 35)

Die relative »Flaute« in Sachen Frauenpolitik nach einem vielversprechenden Aufbruch in der unmittelbaren Nachkriegszeit lag sicherlich auch daran, daß die soziale Sprengkraft radikaler Frauenforderungen erkannt und verbannt worden ist – nicht zuletzt von vielen frauenpolitisch einflußreichen Frauen, die hierin auf ihre Weise die restaurative politische Kultur der Adenauer-Ära repräsentierten.

Zu fragen wäre allerdings, warum sich die unzähligen Frauen in ihren vielfältigen gesellschaftspolitischen Aktivitäten schon bald der sehr eingeschränkten traditionellen Definition von Politik angenähert und angepaßt haben, die von Parteien, Gewerkschaften und traditionell männlich dominierten Verbänden ausgegeben worden ist. Nach diesem engen Begriff von Politik wird all das ausgespart, was den Lebensalltag und die Arbeit von Frauen ausmacht. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war es zunächst plausibel, daß die Überlebensarbeit von Frauen als gesellschaftlich und politisch notwendige Wiederaufbauarbeit in einer für die gesamte Nation existentiell schwierigen Phase genutzt wurde. Schon bald jedoch, als das Dringlichste getan und die größte Not überstanden war, wurde man sich bewußt, daß man die Frauen nun eigentlich wieder ihrer »Bestimmung« für Heim und Herd zurückgeben könnte. Allzumal die vorher fehlenden Männer so langsam wieder aus Gefangenschaft zurückkehrte oder wieder von ihren Frauen instandgesetzt waren fürs Geldverdienen.

Der vielschichtige politische Prozeß, die sozio-kulturellen Rahmenbedingungen, die ökonomische Restauration unter dem ideologischen Vorzeichen eines außenpolitisch motivierten, aber auch innenpolitisch wirksamen Antikommunismus und Antifeminismus prägten die politischen Akteure und Akteurinnen der Jahre nach 1945 und vice versa. Es war nicht Nichts, was die Nachkriegsmütter uns politisch hinterlassen haben, und es war eben ein der spezifischen deutschen Geschichte geschuldetes Erbe. Aber daher ist es auch allzu geprägt von Be-

kanntem: von Selbstbeschränkung, Ausgrenzung und früher Akzeptanz. Das Erbe birgt *Selbstbeschränkungen* im politischen Anspruch – statt offensiver, massiver Inanspruchnahme des politischen Raumes, es ist geprägt von *Ausgrenzungen* der politisch Abweichenden und Mißliebigen – statt offener, kritischer Auseinandersetzung und diskursivem Wettstreit um die besseren Argumente, es ist geprägt von bereitwilliger Hinnahme und rascher *Akzeptanz* einseitiger und einschränkender Rollenvorgaben und gesellschaftlicher (Fremd)Placierung statt solidarischem Protest und Verweigerung der angemäßen Vorgaben. Eine deutsche Geschichte oder eine typische »Frauen-Story«? Vielleicht beides. Ute Gerhard hat recht, wenn sie feststellt: »Die nicht geachtete, mindere Stellung der Frau in unserer Gesellschaft zeigt sich nicht zuletzt darin, daß es immer noch üblich und besser für das eigene Fortkommen ist, das »Erbe der Mütter« auszuschlagen.«

Elke Schüller stellt in ihrem Beitrag – »Keine Frau darf fehlen! Frauen und Kommunalpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt in Hessen« – die Initiatorinnen des Frankfurter Frauen-Ausschusses vor und zeichnet sein Programm, seine Aktivitäten und Entwicklung bis

Anfang der 50er Jahre nach. Entgegen der anfänglichen Aufbruchstimmung unter den aktiven Frauen »und entgegen ihrem Anspruch, möglichst viele Frauen in die Arbeit einzubeziehen«, erstarrten die Frauenverbände zu verkümmerten Organisationen »ohne Basis und Bewegung«. Ebenso abträglich wirkte sich das anfangs noch funktionierende Postulat der Überparteilichkeit der Frauenorganisationen aus. Diese verhinderte, besonders in heiklen Fragen (wie z. B. beim § 218), eine pointierte Stellungnahme und übte einen nivellierenden Zwang zum unverbindlichen Minimalkonsens aus. Schüller weist ebenso auf die Konkurrenz zu Frauenverbänden von Parteien hin, die schon früh wieder ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen politischer Partizipation von Frauen anmeldeten. »Schon auf der ersten Reichsfrauenarbeitstagung der SPD, am 5. und 6. November 1946 in Frankfurt, wurde die Mitarbeit von Frauen in »unpolitischen Frauenbünden, Frauenclubs und Hausfrauenverbänden« sowie in »kommunistisch inspirierten Frauenausschüssen« abgelehnt.« (S. 111)

Darüber hinaus beleuchtet Schüller den Bereich der Kommunalpolitik als Frauen zugeständenes, sie anziehendes, aber auch gleich-

Gretchen

Foto: dpa



zeitig beschränkendes Terrain. Diktion und Politikverständnis sind in ihrer Selbstbescheidung entlarvend. »Frauen sollten auch und gerade in den unteren Rängen der Politik eine wichtige Rolle spielen.« Dies sei »ein Feld, das die Frauen viel mehr beackern sollten«. In der Gemeindefarbeit kann man wirklich »Mutter des Volkes« sein und Männer auf politische Probleme aufmerksam machen, die sie sonst übersehen würden.« (S. 124)

Kommunalpolitik wurde Frauen quasi als »Verlängerung ihres Haushaltes« angeboten. Dieser Hinweis rekurrierte auf Traditionen des gemäßigten Teils der Alten Frauenbewegung. So hatte Gertrud Bäumer 1911 geschrieben: »Es gibt keine bessere Einführung in das Gebiet der großen Politik als durch Kommunalpolitik, weil hier die gleichen prinzipiellen Frage in übersichtlicher Form auftreten und man das Anschauungsmaterial unmittelbar zur Hand hat.« (S. 124)

Margot Schmidt hat acht lebensgeschichtliche Interviews geführt mit hessischen Nachkriegsparlamentarierinnen, die alle vor dem Ersten Weltkrieg geboren worden sind (1901–1913). Sie will deren fast vergessene Geschichte erzählen, um zu erhellen, was es im Nachkriegsdeutschland bedeutete, eine politisch handelnde Frau zu sein. Leider geht sie mit keinem Wort auf die möglichen Gründe des Vergessens ein. So fehlt eine Kritik an der konventionellen Historiographie, die sich auf die männlichen Akteure politischen Geschehens konzentrierte und Frauen übergang. Auch ist ihre Analyse wenig systematisch strukturiert, etwa nach Gemeinsamkeiten in der Motivation zum politischen Handeln oder den Themen, denen sich die Politikerinnen zuwandten.

Darüber hinaus existiert bei auf diese Weise interpretierter Geschichte stets ein Dilemma, nämlich aus den Einzelschicksalen eine gemeinsame Wirklichkeit, eine »kollektive Geschichte« zu rekonstruieren und diese mit den bekannten historischen Daten zu konfrontieren. Auch Schmidt begeht den bei *oral-history*-Studien naheliegenden Fehler, sich ein wenig von der jeweiligen Lebensgeschichte überwältigen zu lassen und ihr fasziniert zu erliegen. Dies macht bei Schmidt gleichzeitig aber auch Stärken aus. Der Beitrag ist spannend zu lesen, wir sehen geradezu mit den Augen der erzählenden Frauen die längst zur Geschichte gewordenen Jahre.

Deutlich werden die Motivationsmuster für eine – gemessen an den rigiden Weiblichkeitsvorstellungen der Nationalsozialisten – geradezu untypische Einmischung von Frauen in die Politik. Motive der Frauen der »ersten Stunde«

waren allenthalben das Gefühl, persönlich gebraucht zu werden, gemischt mit einem »tief ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden« (S. 201) sowie der Wunsch, sich für Schwächere und ungerecht Behandelte einsetzen zu wollen. Außerdem hatten Frauen den Blick fürs Naheliegende: wer sorgte denn beispielsweise für Kinder und alte Leute, richtete Eßküchen ein, verteilte Lebensmittel und besorgte Wohnraum sowie Möbel mit dem allernotwendigsten Hausrat?

Auch für viele symptomatisch scheint der pure Zufallscharakter des politischen Einsatzes. Da ist Frau eben so reingeschliddert, oder sogar gegen ihren Willen hineingeworfen worden. »Ich habe mich da auch ein bißchen gewehrt, weil ich gesagt habe: Ihr habt doch Frauen gehabt, ich bin doch hier völlig fremd, ich kenn' doch nichts und niemand . . . und da haben sie geschubst und geschubst und geschubst, na also, ich muß sagen, ich mußte auch geschubst werden, nicht, ich wollte nicht.« (S. 240)

Hier wird auch das bei vielen auszumaachende »understatement« ihrer eigenen politischen Kompetenz deutlich. Politik scheint vielen als männliches Expertengeschäft, das zu erlernen ungeheuer schwierig sei. Die vielleicht wirklich typisch weibliche geringe Selbsteinschätzung, das geringe Selbstbewußtsein, das Gefühl, »ich kenn' doch nichts und niemand«, ist Ausdruck und Folge einer männlichen Dominanzkultur in der Politik, die auf Frauenaussgrenzung basiert. Erst allmählich wandelt sich mit zunehmender Präsenz von Frauen in der Politik das Bewußtsein eigener Defizite in rebellisches Aufbegehren, das den Blick geschärft hat für die Mängel des männlichen »Normalpolitikers«.

Der sog. Kalte Krieg und die massiven Schwierigkeiten für Kommunisten und kritische Sozialdemokraten wird von den verschiedenen Beiträgen ins Gedächtnis geholt und bietet eine gute Lektion für alle, die schnell und besserwisserisch all diejenigen Frauen als unpolitisch und reaktionär abqualifizieren, die sich damals von der politischen, von der öffentlichen Bühne zurückgezogen haben.

Ein Grund mag darin gelegen haben, daß viele Frauen ihr politisches Engagement nach 1945 nicht als ein solches, sprich als gesellschaftlich relevantes Tun mit dementsprechender Anerkennung, Ansprüchen und Konsequenzen ansahen. Berge von Schutt und Asche schafften die sog. Trümmerfrauen weg, zersprengte Familien und deren Mitglieder wurden von Frauen zusammengeführt und psychisch und physisch wieder aufgebaut. Wieviel Mut

und eisernes gegen die Hoffnungslosigkeit Ankämpfen wurde in zahllosen Familien und Freundeskreisen speziell von Frauen vermittelt? Die Zeiten gehen darüber hinweg. Unangenehmes wird gern rasch vergessen. Die »goldenen Jahre« des deutschen Wirtschaftswunders begannen bald, gleichzeitig die des reaktionären Zurückdrängens der erwerbstätigen Frauen in die – so vorhandene – Familie. Als ideologische Begleitmusik erklang das Lied der Schlüsselkinder, der Rabenmütter und des schlechten Gewissens. Hier wurde dann mit unterschiedlichsten Mitteln gleichzeitig gegen die Frau im Beruf oder in der Politik gekämpft – z. B. nach dem Motto: »Hat sie heute denn überhaupt gekocht?«

Die wesentlichste Dimension der politischen Arbeit von Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte scheint mir die *Unbewußtheit des (frauen)politischen Engagements* zu sein, und zwar in zweifacher Sicht: zum einen dachten die Frauen selbst, sie würden ja nur der Not gehorchen und das Notwendigste eben erledigen. Daneben engagierten sie sich aber überwiegend speziell für Frauenbelange, ohne aus der Differenz die Konstruktion von männlicher Macht und weiblicher Unterordnung zu thematisieren. Insofern können wir in dieser Phase von einem *unterbewußten Frauenbewußtsein und von unbewußtem Frauenhandeln* sprechen. Der andere wichtige Punkt scheint mir die *machtpolitische Bescheidenheit der Frauenausschüsse und -organisationen* selbst zu sein. Machtfragen wurden in Frauengruppen nicht wirklich gestellt. »Geschlechtsspezifische Barrieren wurden in der politischen Arbeit erfahren, nicht aber als Politikum oder gesellschaftspolitische Machtfrage öffentlich thematisiert.« (S. 252)

Es ging vielen um die Teilhabe an männlicher Macht, ohne ihre Prinzipien grundsätzlich in Frage zu stellen. Dieses scheint heute, 40 Jahre später, ein wenig anders zu sein. Oder doch nicht? Insofern ist es gut, daß dieses Buch an die »langen Wellen« von Bewegung erinnert, wo Kontinuität und Wandel der durch sie irrierten Verhältnisse, wo Niederlagen und Erfolge nicht kurzatmig zu beurteilen sind. Außerdem erinnert das Buch an den langen Atem, den Frauen benötigten, um tatsächliche Fortschritte zu erzielen.

Alle Beiträge sind fundiert und basieren auf breitem Quellenmaterial, deren Sichtung und Zusammenstellung allein schon beträchtliche und im nachhinein unsichtbaren Arbeitsaufwand bedeutet haben muß. Dies gilt für *Ulla Wischermanns* Analyse der Berichterstattung über »Frauen und Politik in der hessischen Ta-

gespresse von 1945–1950« wie für *Waltraut Boths* Analyse zur »Frauenpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht«. Nur wenige kritische Details fallen auf: Manche Wiederholungen wären bei genauerer Durchsicht des Gesamtmanuskriptes zu vermeiden gewesen. Dennoch sind diese Hinweise eher Marginalien in der Gesamtbewertung des Buches.

Die politologische und zeitgeschichtliche Auswertung von Frauenaktivitäten in der Nachkriegszeit läßt weiterhin sehr zu wünschen und zu forschen übrig. Längst nicht alles Archivmaterial ist gefunden oder ausgewertet, zahlreiche Quellen zur Frauengeschichte werden von der traditionellen Wissenschaft noch geflissentlich übersehen. Angesichts der immer noch desolaten Forschungslage zum Thema ist dieses Buch eine Fundgrube für Interessierte und macht neugierig auf weitere Studien.

Ulla Wischermann, Elke Schüller und Ute Gerhard (Hg.): Staatsbürgerinnen zwischen Partei und Bewegung – Frauenpolitik in Hessen 1945 bis 1955, Ulrike Hellmer, Frankfurt a. M., 1993, 286 S., DM 38,-

RENATE WIGGERSHAUS

Briefwechsel zwischen Nelly Sachs und Paul Celan

Mit einem Austausch von Gedichtbänden begann 1954 der Briefwechsel von Paul Celan und Nelly Sachs. Es ist ein sporadischer, schwieriger, schon bald zu einem rituellen Austausch anrührender Beschwörungen werdender Briefwechsel zweier Überlebender, die um ihr Leben schreiben, ohne im Leben je zur Ruhe zu kommen. »Wir sind so wund«, heißt es in einem Gedicht von Nelly Sachs, »daß wir zu sterben glauben, wenn die Gasse uns ein böses Wort nachwirft.« Doch es sind zwei ungleiche Gepeinigte. Bei Nelly Sachs, der im Chassidismus Verwurzelten, keine Bitterkeit gegen Menschen, statt dessen viel Dankbarkeit, Über-schwang noch aus dem Schmerz:

Paul Lieber,
was für ein Glück für mich Dein Wort – Deine Übersetzungen. Welches Geschenk an die deutsche Sprache. Und für mich von Dir zu hören!



Nelly Sachs

Foto: Suhrkamp Verlag

Bin nun 1 Jahr zu Hause in meiner Wohnung und welche Gnade: sie lassen mich wieder leben – schlafen – arbeiten. 4 Jahre Krankenhaus – Nacht – Schutz der Polizei – aufopfernde Güte des Arztes, endlich Freiheit.

Ich habe Euch immer in meinem Herzen getragen – Ihr geliebten Geschwister und mir das Herz herausgesehnt.

Aller Segen!

Eure Nelly

So Nelly Sachs im Sommer 1964 an Paul Celan, nach wiederholten schweren psychischen Krisen und längeren Krankenhausaufenthalten. Celan hatte ihr seine Übersetzung von William Shakespeares *Achtzehn Sonetten* zugeschickt. Einige Monate später, im Dezember 1964, dankte Paul Celan seinerseits für die Zusendung von Nelly Sachs' Gedichtband *Glühende Rätsel*:

Hab Dank, liebe Nelly, für Deine glühenden Rätsel. Wir gehen viel mit ihnen um, wie mit allen Deinen Gedichten, hoffen, noch viel mit ihnen umgehen zu dürfen.

Bald sind's elf Jahre, daß wir einander kennen, und viel ist geschehen in diesen Jahren, vieles hast Du vorausgewußt. Ein neues Jahr beginnt nun in ein paar Tagen – möge es Dir Freude, Glück und alle Erfüllungen bringen.

Sei herzlich begrüßt, auch von Gisèle und Eric. Paul

Das ist der Ton vieler Briefe Paul Celans. Sie sind nicht erfüllt von chassidischem Enthusiasmus. Sie sind aber keinesfalls oberflächlich, formelhaft, keine wohlfeilen Höflichkeiten. Hinter diesem Ton spürt man eine mühsam, aber entschlossen im Zaum gehaltene verzweifelte Bitterkeit und Schwermut. Man spürt Celans Entschlossenheit, Nelly Sachs nicht noch einmal mit dem zu belasten, was ihn umtreibt – Angst vor Deutschland wegen neonazistischer Aktivitäten und heftiger Antisemitismusverdacht selbst gegenüber Menschen, die, wie Alfred Andersch, wichtige Freunde für ihn und Nelly Sachs sind. Doch eine freie, ungezwungene Kommunikation ist durch Entschluß nicht erreichbar.

1967 kam es auch bei Celan wegen einer schweren psychischen Krise zu einem längeren Klinikaufenthalt. Danach lebte er getrennt von seiner Familie, verschonte aber Nelly Sachs mit dieser Nachricht. Er wußte, daß die Vorstellung, Freunde zu haben mit intakten, starken, lebensfähigen Familien, sie stärkte und aufrecht hielt. Celans vermutlich letztes Schreiben an Nelly Sachs ist ein fiktiver Familiengruß, undatiert, vermutlich zum Jahreswechsel, die Namen von Sohn und Frau dem eigenen voranstellend:

Alles Frohe, liebe Nelly, alles Liebe!

Eric, Gisèle, Paul

Im April 1970 machte Paul Celan – 50jährig – seinem Leben durch Selbstmord in der Seine ein Ende. Im Monat darauf starb die physisch und psychisch schwer kranke Nelly Sachs in Stockholm.

Der von beiden Seiten auf verschiedene Weise beschwörerische Briefwechsel ist – das prägt ihn ebenfalls durchgehend – der zweier Dichtender, Schmerz und unbegreifliches Leid in Dichtung Verwandelter, Aufhebender. Schreiben, Dichten war für sie Überleben. Aber beide waren auch seit Jugendzeiten dichterisch tätig und hatten nicht erst als Verfolgte und Überlebende damit begonnen. Als sie zu Anerkennung gelangten, geschah es unter Bedingungen, die Erleichterung, Hoffnung gar auf Heimischwerden nicht zuließen. Nelly Sachs war lange ungehört geblieben. Als Celan sie 1958 um Gedichte für die in Rom erscheinende Zeitschrift *BOTTEGHE OSCURE* bat, antwortete sie:

Wie dankbar bin ich daß ich da mit sein darf.

Und das Schönste immer wieder daß Sie es sind die sich meiner Dinge annahmen. Eigentlich irrten meine Bücher bis jetzt als Waisen umher. Natürlich gibt es einige Menschen denen ich damit etwas geben durfte, aber sonst sollte niemand etwas von den Dingen wissen, und Fischer mußte einen Teil der Sternverdunkelung einstampfen. Mein neuer Verleger Ellermann der Mutige hörte nicht auf meine Warnungen. Für mich ist es Glückes genug einige Freunde zu besitzen, aber Sie verstehen lieber Dichter – ich wollte noch etwas anderes. So muß ich mich auch nun an die Freude erst gewöhnen nach soviel Leid, und als die schwedischen Dichter mir ihren neu gestifteten Lyrikpreis am Neujahrstage überreichten begriff ich einfach nichts und wurde ganz wirr, mir fremdsprachigem Flüchtling, so viel Ehre.

Als dann mit der Verleihung des Droste-Preises der Stadt Meersburg auch die erste öffentliche Anerkennung seitens des Landes erfolgte, aus dem sie 1940 zusammen mit der kranken Mutter gerade noch das nackte Leben hatte retten können, begann für die inzwischen 69jährige schon die Zeit zunehmender Krankheit.

Paul Celan, der 1960 den Georg-Büchner-Preis der Stadt Darmstadt erhielt und bereits in den 50er Jahren in Deutschland zu Ruhm gelangt war, macht die schockierende Erfahrung, daß seine Gedichte zwar wahrgenommen, aber mißverstanden, ja mißbraucht wurden. Er, der 1942 in ein rumänisches Arbeitslager transportiert worden war und dort vom Tod der Eltern im Konzentrationslager erfuhr, erlebte seit dem Erscheinen seines ersten in Deutschland publizierten Lyrikbandes Reaktionen, die er als Enteignung und Verhöhnung seiner Erfahrungen und seiner dichterischen Verarbeitung dieser Erfahrungen empfand. *Mohn und Gedächtnis*, 1952 erschienen, enthielt die rasch berühmt gewordene *Todesfuge*. Von ihr meinte einer der ersten Rezensenten: »... da ist in der ›Todesfuge‹ der Abhub alles Gegenständlichen, der saugende Rhythmus, die romantisierende Metapher, die lyrische Alchemie. ... Celans Gedicht ... will nichts sein als Hauch, Laut, Lichtfigur, leicht und fast sangbar.«

Solche Verkürzung der Verwandlung und Aufhebung von Unmenschlichkeit und Leid in Poesie zur Verdrängung von Unmenschlichkeit und Leid durch grenzenlose Sublimierung und Ästhetisierung wurden charakteristisch.

Vor diesem Hintergrund hat es deshalb einen besonderen Sinn und eine besondere Bedeutung, daß als die tragende, unzerstörbare Grundlage der Brieffreundschaft zwischen Nelly Sachs und Paul Celan der Austausch von

Gedichten bzw. Gedichtbänden erscheint. In der Sprache dieser Dichtungen waren sie sich ungeachtet aller Schwierigkeiten nah und bedeuteten sie einander Trost und Stärkung. Nelly Sachs' vorletzter Brief an Paul Celan schließt nach wenigen Zeilen mit einem Gedicht:

*Teile dich Nacht
deine beiden Flügel angestrahlt
zittern vor Entsetzen
denn ich will gehn
und bringe dir den blutigen Abend zurück
Deine Nelly*

Dann ihr letzter Brief:

*Paul lieber Du, viele gute Wünsche. Alle Deine Gedichte sind bei mir in der Schmerzenszeit.
Deine Nelly.*

Nelly Sachs – Paul Celan, Briefwechsel. Hrsg. von Barbara Wiedemann. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1993, 184 S., DM 48,-

HARALD BRÄUNER

»Verlernt, zu Hause zu sein«

Peter Szondis Briefe

Peter Szondis früher Tod im Oktober 1971 hatte zur Folge, daß für viele jüngere Geisteswissenschaftler die entscheidende Rolle aus dem Blick geriet, die der 1929 in Budapest geborene jüdisch-ungarisch-schweizerische Literaturwissenschaftler für die thematischen und methodischen Neuorientierungen und die hochschulpolitischen Debatten in den 60er Jahren spielte.

Das Verschwimmen der Erinnerung an die Persönlichkeit Szondis hat zunächst eine paradoxe Ursache. Seit 1973 erschien im Suhrkamp Verlag, herausgegeben von Freunden und Schülern, die *Studienausgabe* der Schriften und Vorlesungen Szondis. Die vorzügliche Edition ließ den Eindruck einer Werkabgeschlossenheit entstehen, die der wissenschaftlichen Praxis Szondis so gar nicht entsprach. Seine *Theorie des modernen Dramas* gar avancierte nach der ersten Auflage von 1956 zu einem der meistverkauften literaturwissenschaftlichen Titel. Die Kenntnis des Buches für alle, die sich in

Praxis oder Theorie mit dem Theater befassen, wurde bald als selbstverständlich vorausgesetzt. Doch wie so oft behindert der Rang eines Beinaheklassikers eher eine intensive Beschäftigung.

Der zweite Grund für die fehlende Präsenz der Erinnerung an Szondi ist auf seinen persönlichen Habitus zurückzuführen. Er schien völlig in seiner Rolle als Wissenschaftler aufzugehen, Zeugnisse privater Art fehlen fast ganz. Seinen Vortrags- und Seminarstil erlebten viele als distanziert, manche gar als »einschüchternd«. Ganz gegen seine Absicht beförderte Szondis Lehrstil, wie er 1970 schrieb, eine »Esoterik à la Derrida«, in der »über Texte wie Liszt über Bachsche Themen« phantasiert wird. Nicht zufällig im selben Zeittakt mit der »Entpolitisierung« der Universitäten und der wachsenden Akademikerarbeitslosigkeit griff diese »Esoterik« in weiten Bereichen der geisteswissenschaftlichen Fächer seit der Mitte der 70er Jahre Platz.

Szondis Familie wurde 1944, nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Ungarn, in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verschleppt. Noch im selben Jahr wurden die Szondis im Rahmen des sogenannten »Kasztner-Abkommens« im Tausch gegen Rüstungsgüter in die Schweiz freigelassen. 1948 beginnt Peter Szondi sein Studium in Zürich.

Weiteren, wenn auch begrenzten, Aufschluß über Peter Szondis Lebensumstände, die Bedingungen und Leitlinien seiner wissenschaftlichen Arbeit bietet nun die von Christoph König und Thomas Sparr edierte Auswahl seiner Briefe aus den Nachlaßbeständen des Deutschen Literaturarchivs in Marbach. Die Herausgeber wählten unter den etwa 2500 Briefen Szondis an Dritte 155 für ihren Band aus, ergänzt, sofern für das Verständnis erforderlich, durch einige Gegenbriefe.

Neugierige, die Privates zu erfahren hoffen, werden enttäuscht sein. Das liegt nicht an der Auswahl. Der Briefschreiber Peter Szondi variiert den Stil seiner Wissenschaftsprosa nur in Nuancen. Selbst apodiktische Festlegungen sind von der Sache, nicht durch persönliche Ressentiments bestimmt. Die Briefe bestätigen Szondis wissenschaftliche Selbstcharakterisierung in Anlehnung an Hegels Bestimmung der Dramatik: Stets geht es ihm um die Verbindung der Objektivität, die aus dem Subjekt kommt, mit dem Subjektiven, das in seiner objektiven Gültigkeit zur Darstellung gelangt.

Dieses Kennzeichen der dramatischen Form analysierte Szondi in seiner 1954 bei Emil Staiger entstandenen Dissertation in ihren Metamorphosen von Ibsen bis Brecht. Die ersten

Briefe aus der Zürcher Zeit an Studienfreunde und an seinen Verleger Peter Suhrkamp, später Siegfried Unseld, zeigen die Entstehungsbedingungen der Arbeit.

Der *Brief* ist ein Medium artifiziellen, distanzierter Dialogs und hat insoweit ein dramatisches Moment. Es ist amüsant nachzuvollziehen, wie der Theoretiker des Dramas bei der Verteidigung seiner Thesen zunehmend monologische Züge annimmt, kritische Fragen leichthin beiseite schiebt. Beharrlich versucht er, seinen Korrespondenzpartnern begreiflich zu machen, seine Arbeit sei »keine Geschichte der modernen Dramatik«, sondern sie versuche, »an Beispielen ihre immanente Theorie zu begreifen«.

Neben den »Grundbegriffen der Poetik« seines Lehrers Emil Staiger hatte Szondis »Theorie« zwei intellektuelle Paten, deren Einführung in die wissenschaftliche Diskussion den Neuigkeitswert des Buches ausmachten: den jungen Lukacs und den Adorno der *Philosophie der neuen Musik*, die Szondi gleich nach Erscheinen 1949 gelesen hatte.

Die Briefe der folgenden Jahre markieren Szondis Wanderstationen: Die Berliner Habilitation mit dem *Versuch über das Tragische* 1961, die Privatdozenturen in Heidelberg und Göttingen. 1965 folgt die Berliner Professur am neu gegründeten Institut für Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft.

Szondi sucht und knüpft wissenschaftliche Beziehungen: zu Adorno, zu jüngeren Germanisten wie Rainer Gruenter. Er verfolgt eine umsichtige Publikationspolitik, für die die Beziehungen zu den Verlagen Insel und Suhrkamp unentbehrlich sind. Eng bleibt über Jahre die Freundschaft zu dem französischen Philologenpaar Jean und Mayotte Bollack.

Aus respektvoller Distanz korrespondiert Szondi mit Paul Celan, dessen Werk in Deutschland zu verbreiten und zu verteidigen er nicht müde wird. Die Korrespondenz mit Gershom Scholem in Jerusalem dient der Vermittlung des Werkes von Walter Benjamin, den Szondi in den deutschen Geisteswissenschaften erst heimisch macht. Zwar nimmt er Horkheimer und Adorno gegen Vorwürfe in Schutz, nicht alles getan zu haben, um Benjamin im Exil zu retten, er stellt andererseits aber fest, daß »Adorno nach dem Krieg nicht alles getan hat, um Benjamins Gesamtwerk zu publizieren.« Es war Szondi, der nach 1968 die Herausgabe der *Gesammelten Schriften* initiiert. Und er ist es auch, der Wissenschaftler wie Jean Starobinski, Jacques Derrida, Paul de Man oder Geoffrey Hartman als erster zu Vorträgen nach Deutschland holt.

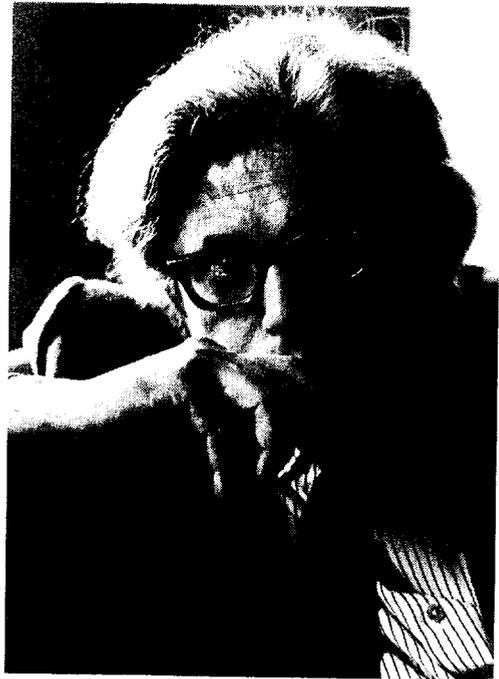
Ein Jahr nach Szondis Berufung an die Freie Universität Berlin setzten jene Auseinandersetzungen ein, die mit der Studentenrevolte von 1968 ihren Höhepunkt erreichten. Von Szondi zunächst noch als »histoires ridicules« abgetan, geht er bald auf entschiedene Distanz zur ängstlich-abwehrenden Haltung der konservativen Fakultätsmehrheit und sichert an seinem Institut, unter beträchtlichem Druck, einen Raum der Lehr- und Lernfreiheit.

Szondis Polemik gegen die Bestrebungen des Wissenschaftsrates von 1966 zur Einführung einer »Regelstudienzeit« könnte gestern geschrieben sein und dokumentiert so vor allem den Leerlauf und die Unernsthaftigkeit der bildungspolitischen Diskussion. Szondi durchschaute früh, was sich nur zu oft hinter den Attitüden von Reformern und Konterreformern verbirgt: schlichte Besitzstandssicherung. In seinen letzten Berliner Jahren gerät er hochschulpolitisch in eine *splendid isolation* mit gelegentlichen maniert ordinarienhaften Zügen. In einer Charakterisierung als »puritanisch« und »elitär« sieht er sich durchaus getroffen.

Szondi begriff sich bewußt als Jude in Deutschland. Die Briefe an Celan und Gershom Scholem umkreisen immer wieder das Thema. Nach einem Gastaufenthalt in Jerusalem wird Israel zu einem Fixpunkt seiner »inneren Geographie«. Feste Übersiedelungspläne gibt er schließlich auf. Geoffrey Hartman gegenüber begründet er dies damit, daß ihm die »deutsche Sprache als Erkenntnis- und Ausdrucksmittel unentbehrlich geworden« sei. In seinem Absagebrief an Scholem von 1970 heißt es tiefgründiger: »Sie haben einmal in Jerusalem mit einem in seiner Hellsichtigkeit zwar nicht überraschenden, aber unvergesslichen Satz gesagt, warum ich in Deutschland lebe und wohl hier bleiben werde: weil ich es verlernt habe, zu Hause zu sein.«

Szondis wissenschaftliches Werk ist ein Bestandteil der intellektuellen Remigration seit den 50er Jahren, die mühsam anzuknüpfen suchte an jene Kultur, die nach 1933 zerstört wurde. Die Briefe dokumentieren, wie bewußt Szondi seine persönliche und wissenschaftliche Haltung danach bestimmte, wie sein jeweiliges Gegenüber sich unter der nationalsozialistischen Diktatur verhalten hatte oder diese beurteilte. Seine Einschätzungen bleiben von bemerkenswerter Hellsicht, so etwa sein Verdikt über den Staatsrechtler und Grundgesetzkomentator Theodor Maunz, dem er attestierte, es sei nicht anzunehmen, daß er seine politischen Ansichten nach 1945 geändert hätte.

Denselben Motiven entspringt ein wissenschaftsgeschichtlicher Disput mit Emil Staiger,



Peter Szondi

Foto: M. Schnelle-Schneyder

der zu einer dauernden Entfremdung zwischen beiden führte. Szondi war auf einem Essay Staigers aus dem Jahre 1933 aufmerksam geworden, in dem sich sein Lehrer um »Verständnis« für die Bücherverbrennungen bemühte und den Sieg der Diktatur kurzschlüssig aus dem »Mißbrauch der Freiheit« in der Weimarer Republik ableitete. Dieser vollständig dokumentierte Briefwechsel zählt zu den theoretisch gehaltvollsten des Bandes und wird künftig in keiner Wissenschaftsgeschichte der Germanistik fehlen.

In einer Situation zunehmender Isolation, die ihm vermutlich ausweglos schien, und wachsender Entfremdung von der bundesrepublikanischen Gesellschaft, setzte Peter Szondi 1971 seinem Leben ein Ende. Eine Biographie über ihn wird wohl nie geschrieben werden können. Auch die in Marbach lagernden, unveröffentlicht gebliebenen Briefe geben nach Auskunft der Herausgeber keine weiteren Aufschlüsse. Immerhin haben wir mit der Briefedition eine *biographie intellectuelle* vorliegen, die darüber hinaus unverhoffte Einblicke in das wissenschaftliche Milieu der 50er und 60er Jahre bietet.

Peter Szondi: Briefe. Hrsg. von Christoph König und Thomas Sparr. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1993, 381 S., DM 48,-.

Zu den Autorinnen und Autoren

HARALD BRÄUNER, geb. 1957, Literaturwissenschaftler, lebt in Berlin.

GABRIELE DIETZE war Lektorin im Rotbuchverlag, lebt als Publizistin und Kritikerin in Berlin; Veröffentlichungen: »Die Überwindung der Sprachlosigkeit. Texte aus der neuen Frauenbewegung«, Darmstadt 1990.

ELISABETH ENDRES, geb. 1934, lebt als Publizistin in München; Veröffentlichung: »Die gelbe Farbe«. Die Entwicklung der Judenfeindschaft aus dem Christentum, München 1989.

BERND FAULENBACH, geb. 1943, ist Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD.

FRANZISKA FITTING, geb. 1955, ist Redakteurin der Zeitschrift METALL.

LEOPOLD GLASER, geb. 1936, Redakteur der BADISCHEN ZEITUNG.

SLAVKO GOLDSTEIN, geb. 1928, ist Verleger und Redakteur der kroatischen Kulturzeitschrift ERASMUS.

IVAN IVANJI, geb. 1929, lebt als Publizist in Wien und Belgrad.

JUDITH KLEIN, geb. 1946, Literaturwissenschaftlerin und Publizistin, lebt in Osnabrück.

WERNER KREMP, geb. 1945, Referent in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei.

BIRGIT MEYER, geb. 1949, ist Professorin für Politikwissenschaft/Sozialpädagogik an der Fachhochschule für Sozialwesen Esslingen mit den Schwerpunkten Frauenpolitik und Frauenarbeit.

ROBERT MISIK, geb. 1966, ist Deutschland-Korrespondent des Wiener Nachrichtenmagazins PROFIL, lebt in Berlin und Wien.

RAINER MÜNZ, geb. 1954, ist Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin.

KONRAD SCHACHT, geb. 1943, ist Wahlsoziologe, lebt in Frankfurt a.M.

SIBYLLE TÖNNIES, geb. 1944, Juristin, lehrt an der Universität Bremen Sozialarbeit.

LUTZ UNTERSEHER, geb. 1942, ist Organisationswissenschaftler, Vorsitzender der internationalen Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik (SAS) und Gesellschafter der sozialwissenschaftlichen Forschungsgruppe SALSS GMBH.

ZELJKO VUKOVIC, Bosnier, 1986–1992 Präsident des Journalistenverbandes Bosnien-Herzegowinas, bis Dezember 1992 Leiter des bosnischen Büros der Belgrader unabhängigen Tageszeitung BORBA, lebt im Exil in Oslo.

RENATE WIGGERSHAUS, lebt als freie Schriftstellerin, Funkautorin und Kritikerin bei Frankfurt/M.; Veröffentlichungen u. a.: »Frauen unterm Nationalismus«, Peter Hammer Verlag; »George Sand Monographie«, Rowohlt Verlag; »Joseph Conrad – Leben und Werk«, Insel Verlag.

NENAD ZAKOŠEK, geb. 1957, ist Dozent an der Fakultät für Politische Wissenschaften der Universität Zagreb.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (02 28) 8 83-5 40/5 42
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. 1. 1994
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus; Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.